16. Jahrgang 2006 Heft 2

Deutschland und der Mittlere Osten im Kalten Krieg

COMPARATIV
Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung

COMPARATIV

Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung

Hrsg. im Auftrag der Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig e. V./
European Network in Universal and Global History
von Matthias Middell und Hannes Siegrist

REDAKTION:

Sebastian Conrad (Berlin), Gerald Diesener (Leipzig), Andreas Eckert (Hamburg), Hartmut Elsenhans (Leipzig), Wolfgang Fach (Leipzig), Eckhardt Fuchs (Mannheim), Frank Hadler (Leipzig), Katharina Middell (Leipzig), Matthias Middell (Leipzig), Hannes Siegrist (Leipzig), Stefan Troebst (Leipzig), Georg Vobruba (Leipzig), Michael Zeuske (Köln)

ANSCHRIFT DER REDAKTION

Zentrum für Höhere Studien
Universität Leipzig
Augustusplatz 10/11, 04109 Leipzig
Tel.: (0341) 9730230 Fax: (0341) 9605261
middell@rz.uni-leipzig.de

REDAKTIONSSEKRETÄRIN:

Katja Naumann (knaumann@uni-leipzig.de)

COMPARATIV erscheint sechsmal jährlich mit einem Umfang von jeweils 140 Seiten. Einzelheft € 8,00; Doppelheft € 15,00; Jahresabonnement € 40,00; ermäßigtes Abonnement € 18,00.
Abonnement für
Mitglieder der Karl-Lamprecht-Gesellschaft e. V./European Network in Universal and Global History € 25,00 (im Mitgliedsbeitrag enthalten).

Zuschriften und Manuskripte senden Sie bitte an die Redaktion.
Bestellungen richten Sie an den Buchhandel oder direkt an den Verlag.
Ein Bestellformular finden Sie unter:
www.uni-leipzig.de/~sfb417/comp/formular.html

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT:

Carol Adamson (Stockholm), Garreth Austin (London), Jerry Bentley (Honolulu), Ida Blom (Bergen), Christophe Charle (Paris), Catherine Coquery-Vidrovitch (Paris), Michel Espagne (Paris), Etienne François (Paris/Berlin), Michael Geyer (Chicago), Alberto Gil Novales (Madrid), Margarete Grandner (Wien), Heinz-Gerhard Haupt (Florenz), Miroslav Hroch (Prag), Konrad H. Jarausch (Chapel Hill/Potsdam), Hartmut Kaelble (Berlin), Wolfgang Küttler (Berlin), Hans-Jürgen Lüsebrink (Saarbrücken), Attila Melegh (Budapest), Patrick K. O'Brien (London), Horst Pietschmann (Hamburg), Ljudmila A. Pimenova (Moskau), Lluis Roura y Aulinas (Barcelona), Jürgen Schriewer (Berlin), Edoardo Tortarolo (Turin), Peer Vries (Leiden), Susan Zimmermann (Budapest)

Leipziger Universitätsverlag GmbH

Oststr. 41, D - 04317 Leipzig
Tel./Fax: (0341) 99 00 440

info@univerlag-leipzig.de
www.univerlag-leipzig.de

Deutschland und der Mittlere Osten im Kalten Krieg

Herausgegeben von Wolfgang G. Schwanitz

Leipziger Universitätsverlag 2006

Comparativ : Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung / hrsg. von Matthias Middell und Hannes Siegrist – Leipzig : Leipziger Univ.-Verl.
ISSN 0940-3566
Jg. 16, H. 2. Deutschland und der Mittlere Osten im Kalten Krieg – 2006

Deutschland und der Mittlere Osten im Kalten Krieg. Hrsg. von Wolfgang G. Schwanitz,– Leipzig : Leipziger Univ.-Verl., 2006
(Comparativ ; Jg. 16, H. 2)
ISBN 3-86583-144-3

© Leipziger Universitätsverlag GmbH, Leipzig 2006
COMPARATIV. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung 16 (2006) 2
ISSN 0940-3566
ISBN 3-86583-144-3

Inhaltsverzeichnis

Wolfgang G. Schwanitz Editorial.
Nah- und Mittelost: Zweierlei Deutsche im Kalten Krieg 7

Aufsätze

Wolfgang G. Schwanitz Ägypten: Zweierlei Deutsche im Kalten Krieg 11

Klaus Polkehn Die Mission des Si Mustapha – ein Deutscher kämpft für Algerien 30

Angelika Timm Der Faktor USA in der Entwicklung deutsch-israelischer Beziehungen während des Kalten Krieges 46

Sabine Hofmann Wirtschaftskontakte versus Realpolitik: Israel und Ost- und Westdeutsche in der Außenwirtschaft 64

Uwe Pfullmann Anfänge der zweifachen deutschen Beziehungen zum Nordjemen 84

Wolfgang G. Schwanitz Staatsfalke, Reichsadler und Ährenkranz: deutsch-kuwaitische Beziehungen 104

Klaus Jaschinski Ins Unvermeidliche gefügt? Amerikaner, Iraner und Deutsche driften in den Kalten Krieg 126

Literaturbericht

Helmut Goerlich Verfassungsorientierte Wandlungen des Staates des Grundgesetzes – vier aktuelle Perspektiven 142

Rezensionen

Eva-Maria Stolberg (Hrsg.): The Siberian Saga. A History of Russia's Wild East, Frankfurt a. M. 2005 (*Lutz Häfner*) 155

Sepp Linhart/Susanne Weigelin-Schwiedrzik (Hrsg.): Ostasien 1600–1900. Geschichte und Gesellschaft, Wien 2004 (*Steffi Richter*) 158

Manfred Hettling/Bernd Ulrich (Hrsg.): Bürgertum nach 1945, Hamburg 2005 (*Gunilla Budde*) 163

Clemens Wischermann (Hrsg.): Vom kollektiven Gedächtnis zur Individualisierung der Erinnerung, Stuttgart 2002 (*Katja Naumann*) 168

Autoren und Autorinnen 170

Wolfgang G. Schwanitz

Editorial. Zweierlei Deutsche im Kalten Krieg in Nah- und Mittelost

Das Ende des Kalten Krieges – manche beharren darauf, dass dies ein Kalter Frieden gewesen ist und auch so bezeichnet werden sollte – wurde in Mitteleuropa offensichtlich, als der so genannte Eiserne Vorhang und die Berliner Mauer gefallen waren. Der Jubel darüber verklang und Akademiker schickten sich an, die Ereignisse auf ihren Gebieten zu verarbeiten. Freilich stellt sich anderthalb Jahrzehnte später heraus, dass viele der zeitgeschichtlichen Ansätze mit Blick auf Nah- und Mittelost unbefriedigend sind. Meist sind sie von der Warte der Welt- und Großmächte verfasst und reflektieren auch weniger Ansichten des Hauptstroms in Nah- und Mittelost.

Überdies gibt es noch keine, weithin geteilte Bezeichnung der neuen Ordnung, zu der die Welt nach 1990 übergeht oder in der wir uns bereits befinden. Ist es noch immer der Ausklang des Kalten Krieges? Einigen zufolge setzte er vor zweieinhalb Jahrhunderten nach der Geburt demokratischer Regierungsformen in Nordamerika und Großbritannien ein, um in deren immer globaleren Ringen mit Diktaturen und anderen nichtdemokratischen Regierungsformen durch eine Kette von heißen Kriegen unterbrochen zu werden. Oder befinden wir uns, wie andere wiederum behaupten, im schleichenden Dritten Weltkrieg mit neuen Mischungen aus den Elementen der herkömmlichen und modernen Waffengänge, in denen die Globalisierung von Terror und Gegenterror sowie der punktuelle Einsatz von ABC-Waffen ihre verheerende Rolle spielen?

Dritte schließlich meinen, dies sei bereits die Periode des globalen, regionalen und lokalen Kulturkampfes, kurzum der Kollision von Zivilisationen. Der Ausdruck *clash of civilizations*, den Orientalisten kurz nach dem Beginn des Kalten Krieges Mitte der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts eingeführt haben und der nach dessen Ende durch andere Forscher kultiviert wurde, wird aber auch nicht gleichermaßen anerkannt, obwohl er vielleicht der Realität am nächsten kommt.

Wie auch immer die Ansichten zu solchen Zäsuren ausfallen mögen, zweierlei ist sicher: das Ende des Kalten Krieges in Europa 1990 ist nicht überall gleich wahrgenommen worden und historische Studien darüber, was sich im Zeitraum davor seit dem Zweiten Weltkrieg hinter den Kulissen abspielte, sind nach wie vor rar. In Nordamerika fand der

COMPARATIV 16 (2006), Heft 2, S. 7-10.

Kalte Krieg sein Ende erst mit terroristischen Großanschlägen zu Beginn des Milleniums. Bis dahin bewegten sich die Administrationen mental und strukturell nach wie vor im Kalten Krieg. Dieser fand sein national reflektierendes Ende durch den 9/11-Report, der wie kein zweites Dokument dieses Paradox in der jüngsten amerikanischen Geschichte mit ihren mannigfaltigen Auswirkungen beleuchtet.

Was nun die ungenügenden historischen Studien zur Ära des Kalten Krieges betrifft, der in der Tat nur ein kalter Frieden unter den bipolaren Weltmächten in Europa war, ansonsten aber in der tripolaren Welt eine Kette blutiger Waffengänge bedeutete, so stehen wir ja noch am Anfang der systematischen Forschung. Einerseits liegt dies an nationalen Archivgesetzen. Denn nach der gemeinhin geltenden 30-Jahre-Sperrfrist können wir heute die Archivalien bis Mitte der 1970er Jahre einsehen. Und die nordamerikanischen und ostdeutschen Ausnahmen bestätigen diese Regel, da in diesen beiden Fällen bei einigen Bestandsgruppen der Zugang bereits bis Ende der achtziger Jahre erlaubt ist. Da dies aber nicht gleichwohl auf die Bestände der damaligen Gegenspieler zutrifft, wird die Geschichte noch einseitig rekonstruiert. Sie gebietet aber multiarchivalische Synopsen, von noch gesperrten Beständen in Nah- und Mittelost ganz zu schweigen. Israel, und in Ansätzen Irak, stellen dort Ausnahmen im geregelten Zugriff auf Archivalien dar.

Im deutschen Fall wird es noch klarer. Zwar können wir einige ostdeutschen Bestände bis in das Jahr 1991 studieren, jedoch nicht auch die westdeutschen und die der drei europäischen Vormächte. Daraus folgt hier ein Akzent auf der frühen Beziehungsgeschichte mit den ersten Anfängen. Führt man sich vor Augen, dass Nah- und Mittelost in Ost-West-Konflikten des Kalten Krieges aus bekannten Gründen eine Sonderrolle zugewachsen war, so wird es Zeit, die Geschichte der zweierlei Deutschen gegenüber und in dieser Region fortzuschreiben. Erst in dieser Verknüpfung der Erdregionen ergibt Weltgeschichte ihren Sinn. Und umgekehrt, aus Nah- und Mittelost gesehen, nationale Geschichte ist Beziehungsgeschichte. Im vorliegenden Fall bedeutete dies, zunächst die Akten aus Bonn und Ostberlin zu sichten, um dann die der Welt-, Regional- und Lokalmächte einbeziehen zu können. Zweifellos ist dies noch ein langer Forschungsweg.

Wie im ersten Heft von *Comparativ* vor zwei Jahren angekündigt, liegen hier nun auf der Linie der regionalhistorischen Komparatistik „Amerika, Nahost, Europa“ neue Resultate vor. Der Leser mag ersehen, was die Länderauswahl Ägypten, Algerien, Israel, Nordjemen, Kuwait und Iran bedeutet. Dem Nilstaat fiel nicht nur durch Abd an-Nasirs Charisma die Führung gegenüber den Deutschen zu. Wie sich ein deutsches Schicksal in Algeriens Befreiungskampf gestaltet hat, lotet *Klaus Polkehn* aus. Das junge Israel bildete den Dreh- und Angelpunkt in multip-

len Beziehungsachsen, wie *Angelika Timm* in der politischen Dimension und *Sabine Hofmann* in der wirtschaftlichen Dimension aufzeigen. *Uwe Pfullmann* leuchtet Beziehungen gegenüber Nordjemen aus. Kuwait ist in der großen Perspektive ein aufschlussreicher Fall. *Klaus Jaschinski* geht Beziehungen gegenüber Iran nach, das ein Zankapfel am Beginn des Kalten Krieges war und das sich nur zwei Jahrzehnte Ostberlins Ansinnen nach Anerkennung versperren wollte.

Als nächster Schritt wird im Dreieck Amerika, Nah- und Mittelost sowie Europa für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts die westliche Führungsmacht am zweifachen deutschen Beispiel in Nah- und Mittelost ergründet. Denn den USA fiel diese Rolle zu, als die alten Mächte Großbritannien und Frankreich nach dem Sues- und Algerienkrieg die Nahostbühne geräumt haben. Hinter der Geschichte der zweierlei Deutschen im Kalten Krieg, die in der Region ihre Nationalfrage unversöhnlich ausgetragen haben, steckt mehr. Denn sie agierten in einer neuen regionalen Qualität: aus Völkern, die bis dahin Objekte der Globalisierung waren, wurden nun nationalstaatliche Subjekte und Mitspieler mit all den Folgen, die jeweils solche Umwälzungen in den internationalen Beziehungen erfahren. Die zweierlei Deutschen bildeten konträre Seiten im Ost-West-Konflikt, der letztlich durch die Hinwendung der Ostdeutschen zur Demokratie in einer friedlichen Revolution seine Hauptgrundlagen verloren hat. Kurz, für Nah- und Mittelost ist es auch Beziehungsgeschichte, die gemäß den nationalen Archivgesetzen fortzuschreiben ist.

Dabei stehen neue Themen an. Zum einen ist dies, wie angedeutet, die regionale Hauptrolle der USA als westlicher Führungsmacht in Mitteleuropa und Mittelost. Sie zu erhellen, bedarf nicht viel Begründung, zumal die östliche Führungsmacht Sowjetunion stets im Ostberliner Kurs präsent war. Zudem drängt sich die Kernfrage nach der ungeschriebenen Islampolitik aller Seiten auf, die im Kalten Krieg besonders wichtig war. Gleichwohl fragt es sich nicht nur, wie sich diese Politik auswärtig in hochkomplexen bi- und multilateralen Beziehungen gezeigt hat, sondern welche Entwicklungen es dabei je im Inland gegeben hat. Das deutschsprachige Gebiet etwa wurde gleich nach 1945 zum Rückzugs- und Expansionsraum von Islamisten wie den Muslimbrüdern.

Wie vordem werden die Begriffe „Nah- und Mittelost" so differenziert benutzt, wie sie dies als Subregionen erlauben. Naher (oder Vorderer) und Mittlerer Orient sind davon historische Vorläufer, meist auf die Zeit bis 1945 bezogen. Insgesamt geht es um Länder Nordafrikas von Mauretanien bis Sudan sowie in Westasien um die Länder von der Türkei über die Arabische Halbinsel bis nach Iran und Afghanistan in Mittelasien. Es sind Räume, die besonders durch die drei monotheistischen Religionen geprägt werden. Im Interesse einer breiten Leserschaft wurde

einer strengen Umschrift entsagt. Ich darf den Autorinnen und Autoren danken, denn ohne ihren Zuspruch und ihre Leistung wäre dieses Forschungsergebnis in *Comparativ* nicht möglich geworden. Gleichwohl bin ich Matthias Middell verbunden, der all dies abermals so hilfreich begleitet hat.

Browns Mills NJ, Juni 2006

Wolfgang G. Schwanitz

Ägypten: zweierlei Deutsche im Kalten Krieg

Hier geht es um vier Jahrzehnte der Geschichte politischer Beziehungen zwischen dem geteilten Deutschland und Ägypten nach dem Zweiten Weltkrieg.[1] Danach, am 7. Februar 2002 kam Ägypten mit seiner neuen Botschaft im vereinten Berlin an. Aber es war länger in der Straße 22 im Ostberliner Stadtviertel Karlshorst (wie in Bonns Kronprinzenstraße 2) während der Zweistaatlichkeit vertreten. Das ist das Hauptmerkmal jener Beziehungen: zweierlei Deutsche im Kalten Krieg.

Anders als die auswärtig nicht souveränen Deutschen, hatten Ägyptens Regierungen unter dem König und den Freien Offizieren ihre Souveränität erlangt. In einer Welt, die sich in die Militärblöcke NATO, Warschauer Vertrag und in Paktfreie aufspaltete, war Kairos Außenpolitik je zwei Dekaden vom Ostblock, dann stark vom Westen abhängig. Parallel standen Deutsche in entsprechender Abhängigkeit, aber für den Kalten Krieg nur je zur Weltmacht UdSSR oder USA, ehe das panarabische Kairo und das gesamtdeutsche Berlin ihre Politik korrigierten.

Neuanbahnung deutsch-ägyptischer Beziehungen bis 1955

Ägypten brach seine diplomatischen Beziehungen zu Deutschland am 4. September 1939 ab.[2] Zwar war Kairo dem anglo-ägyptischen Pakt von 1936 verpflichtet, jedoch wollte es nicht gleich Berlin den Krieg erklären, sondern neutral bleiben. Erst am 26. Februar 1945 kam die Kriegserklärung. Premier Ali Mahir verschaffte Kairo damit als Mitgründer der UNO eine bessere Position. Noch am selben Tage ermordete ihn ein

1 Dieser Beitrag aktualisiert meinen Aufsatz „Gharbi, Sharqi, Ittihadi": Zur Geschichte der deutsch-ägyptischen Beziehungen 1945–1995, in: K. Schliephake, G. Shanneik, Die Beziehungen zwischen der BRD und der ARÄ, Würzburger Geographische Manuskripte, (2002) 60, S. 43-54. Weitere Überblicke: T. W. Kramer, Deutsch-ägyptische Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart, Tübingen 1974; ders., Kurze Geschichte der deutsch-ägyptischen Beziehungen, in: A. Elsamman, W. Seelig (Hrsg.), Ägypter in der BRD, Moos 1985, S. 9-32; W. Atek, Probleme der ägyptisch-deutschen Beziehungen 1952–1965, Essen 1983; W. G. Schwanitz, Berlin-Kairo: Damals und heute. Zur Geschichte deutsch-ägyptischer Beziehungen, Berlin 1991; ders., Deutsche in Nahost 1946–1965: Sozialgeschichte nach Akten und Interviews (Mikrofiches), Frankfurt a. M. 1998, Bde. I, II.

2 M. Kassim, Die diplomatischen Beziehungen Deutschlands zu Ägypten 1919–1939, Hamburg 2000.

COMPARATIV 16 (2006), Heft 2, S. 11-29.

prodeutscher Täter. Im Weltkrieg stieß das Deutsche Afrikakorps unter Erwin Rommel[3] nach Sues vor und wurde 1942 bei al-Alamain geschlagen.[4] Zu Kriegsbeginn wurden Deutsche und Ägypter jeweils als „feindliche Ausländer" deportiert,[5] darunter auch in Deutschland Dr. Aziz Cotta Bey.

Nach 1945 entsandte Ägyptens Regierung Dr. Aziz Cotta Bey nach Mitteleuropa, um über Deutschland hinaus Kairos Interessen zu vertreten. Cotta baute in Düsseldorf wieder eine Handelskammer Ägyptens auf und informierte den König in Kairo über deutsche Fragen.[6] In den Besatzungszonen übernahmen vier Militärregierungen die auswärtigen Beziehungen. Sie prüften Ansprüche von Deutschen und Ägyptern aus der Vorkriegszeit. Am Nil lebten ehemalige Diplomaten, etwa Hans Pilger; Vertreter deutscher Firmen wie Siemens, AEG, Krupp und Berger sowie der Deutschen Handelskammer, so William van Meeteren. In der Bizone plante man im April 1947 unter 574 höheren Beamten des alten Auswärtigen Amts 57 mit vormaligem Orientbezug wieder aufzunehmen, was zum größten Teil auch geschah. Kairo wiederum stellte ab 1949 und speziell ab Ende 1951 deutsche Militärberater ein.[7]

London vermittelte das erste Handelsabkommen Bonn-Kairo am 4. Oktober 1948, das Abdullah Fikri Abaza Bey bis Ende 1950 verlängerte und Hans Strack am 21. April 1951 neu abschloss. Jetzt gab es das Königliche Generalkonsulat in Frankfurt Main. Ägyptens Ministerrat beschloss am 14. Mai 1951, den Westmächten zu folgen, den Kriegszustand mit Deutschland zu beenden, die Bundesregierung anzuerkennen und Vertretungen zu errichten. Bonn, seit der Revision des Besatzungsstatus am 6. März 1951 teilsouverän, ging ähnliche Schritte.

---

3 J. Waldschmidt, Konnte Erwin Rommel für Ägypter ein Ritter der Hoffnung sein? Zwischen Gehorsam und Gewissen, in: W. Atek, W. G. Schwanitz (Hrsg.), Misr wa Almaniya fi al-Qirnain at-Tasia ashra wa al-Ishrin fi dau al-Wathaiq (Ägypten und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert im Spiegel von Archivalien), Kairo 1998, S. 123-157.

4 J. Waldschmidt, Al-Alamain – die Wende im Wüstenkrieg, in: W. Schwanitz (Hrsg.), Jenseits der Legenden: Araber, Juden, Deutsche, Berlin 1994, S. 111-120.

5 Ich danke Edouard Lambelet für Auskünfte. Vgl. ferner C. Köster, Geschichte des Orient-Kunstverlages und der Buchhandlung Lehnert & Landrock, in: W. G. Schwanitz (Hrsg.), 125 Jahre Sueskanal: Lauchhammers Eisenguß am Nil, Hildesheim 1998, S. 21-23. W.M. Weiss (Hrsg.), Im Land der Pharaonen. Ägypten in historischen Fotos von Rudolf Lehnert und Ernst Landrock, Heidelberg 2004.

6 W. G. Schwanitz, Aziz Cotta Bey, deutsche und ägyptische Handelskammern und der Bund der Ägypter Deutscher Bildung (1919–1939), in: G. Höpp (Hrsg.), Fremde Erfahrungen, Berlin 1996, S. 359–382.

7 Deutsche in Nahost (Anm. 1), Bd. I., S. 205-216; ferner W. Fahrmbacher, Sieben Jahre Berater bei der ägyptischen Armee, in: Wehrkunde, München 8 (1959) 1, S. 1-9.

Doch entfalteten sich die politischen Beziehungen zwischen Bonn und Kairo nicht wie gewünscht. Bonn musste Londons Bitte folgen, nicht Ägyptens Anspruch auf den Sudan anzuerkennen. Da die Akkreditierung aber Faruqs Titel „König von Ägypten und Sudan" bestätigt hätte, bremste dies volle Beziehungen. Privatleute traten auf. Am 31. Juni 1950 gründete Prinz Abbas Halim, der mit Dr. Albert Bühler um eine Nahostbank warb,[8] eine deutsch-ägyptische Förderungsgesellschaft in Hamburg. Dort bildete der Nah- und Mittelostverein am 22. Februar 1951 den Ägypten-Ausschuss. Angeregt davon, beschloss der Arbeitskreis Auslandshandelskammern des Deutschen Industrie- und Handelstages, die Deutsch-Ägyptische Handelskammer in Kairo unter Albert Degener zu gründen. Am 19. Dezember 1951 gebildet, wurde daraus 1958 nach der Union Ägyptens und Syriens die Deutsch-Arabische Handelskammer.

Nicht weniger problematisch stand es um Ostberlin und Kairo. An der Spree war man sich im Unklaren, ob Handelsbeziehungen zum „nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet" anzustreben seien, dass doch der neuen Ideologie nach dem Untergang geweiht sei. Die Ägypter ergriffen die Initiative. Abd al-Galil al-Ammari Bey sprach in Frankfurt am Main mit Rudolf Klein und Hermann Schrotz im September 1949 über ein Handelsabkommen „zwischen Ägypten und der Ostzone Deutschlands". Dies verlief im Sande. Als Konrad Adenauer Ende September 1951 Wiedergutmachung gegenüber Juden und Israel bejahte, stagnierten die Beziehungen Kairo-Bonn.[9] Indes hakte Kairos Handelsrat für die Schweiz und Deutschland (mit Sitz in Bern) nach. Mustafa Hashim wollte nach Ostberlin reisen. Dort zögerte man, bis Moskau die Beziehungen zu Israel Mitte Februar 1952 abgebrochen und mit Kairo ein Handelsabkommen hatte. In Ostberlin diente Bonns Abkommen mit Kairo als Muster: parallele Außenhandelsstrukturen nährten Rivalitäten der zweierlei Deutschen.

Fritz Koch, wenig später Nahostbevollmächtigter[10] der Ostberliner Regierung, reiste im Herbst 1952 nach Ägypten, um das nun beiderseits

---

8 W. G. Schwanitz, Gold, Bankiers und Diplomaten. Zur Geschichte der Deutschen Orientbank 1906–1946, Berlin 2002, S. 26, 344.

9 W. Atek, Der Standpunkt Ägyptens zur westdeutschen Wiedergutmachung an Israel, in: Orient, 24 (1983) 3; die Haltung der Deutschen und arabischer Länder wie Syrien, vgl. Deutsche in Nahost (Anm. 1), Bd. I, S. 129-131, 169-171.

10 Ostberlins Gesandte trugen ab 05.02.1953 den Titel: „[Sonder-]Bevollmächtigter der Regierung der DDR für den Nahen [ab 1954: und Mittleren] Osten mit Sitz in Kairo", der nach Bonner Demarchen vom 23.09.1961 bis 10.07.1969 hieß: „Ständiger Beauftragter der Regierung der DDR in der VAR [Ägypten]"; danach gab es durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen die Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter. Mein Aufsatz „Doppelte" deutsche Gesandte in Kairo 1953–1963, in: Atek/Schwanitz (Anm. 3), S. 158-215.

gewünschte Abkommen über den Handel vorzubereiten. Der Zeitpunkt war kein Zufall. Zwar hatten Bonn und Kairo am 3. Oktober 1952 volle Beziehungen hergestellt, doch sorgte das Bonner Abkommen über Wiedergutmachung mit Israel vom 10. Oktober 1952 für arabischen Unmut. Daher hielt Kairo aus Protest Botschafter Ahmad Sariyut ein Jahr lang zurück. Kairos Regierung, die durch einen Umsturz am 23. Juli 1952 unter einem Offizierskomitee an die Macht kam, hatte rasch bemerkt, dass das Druckmittel „Ostberlin" gegenüber Bonn stärker als übliche Proteste wirkte. Außenminister Mahmud Fauzi ginge daher auf Ostdeutsche zu, so dass das Handelsabkommen mit ihnen am 7. März 1953 zustande kam: in dem Monat, in dem Bonn das Israel-Abkommen ratifizierte.

Im Januar 1953 ernannte Kanzler und Außenminister Adenauer eine Delegation unter Ludger Westrick. Sie sollte am Nil einem Wirtschaftsboykott vorbeugen, den die Araber wegen des Wiedergutmachungsabkommens angedroht hatten. Jetzt entfalteten sich vier typische Beziehungslinien. Die erste folgte aus dem großen und kleinen Kräftevierecke. Das große Viereck prägte Beziehungen des Kalten Krieges zwischen dem durch die USA dominierten Westen und Israel sowie zwischen dem durch die UdSSR beherrschten Osteuropa und arabischen Staaten, wobei jeweils Frankreich und Japan sowie China ihre Sonderrollen spielten.

Aus dem großen Viereck ergab sich für Deutsche in Ägypten das kleine Kräftevierecke mit politischen Beziehungen zwischen den Achsen Bonn-Westjerusalem und Kairo-Ostberlin. Dabei stellten Spanien und Italien sowie die Türkei und Iran zu beachtende Extrafälle dar. Alle mussten in Mitteleuropa und Nahost mit Alleinvertretungsansprüchen geteilter Länder rechnen.[11] Mit der deutschen Frage, „Zwei Nationen oder Einheit?", und mit der Palästina-Frage, „Zwei Staaten oder ein Staat für zwei Völker?" Aber auch im kleinen Viereck Bonn-Westjerusalem und Kairo-Ostberlin wurde Bilaterales multilateral. Dies doppelt: hinter jedem der vier Regierungszentren standen Washington oder Moskau, mal mit, mal ohne Paris und Peking. Außerdem berührten Ägyptens Belange durch die Paktfreiheit und Islam afro-asiatische und neutrale Staaten wie Nigeria und Indien, später auch Pakistan.

Es waren aber nicht nur Ägypter, die Regierende im Viereck gegeneinander stellten. Als Ludger Westrick im Februar 1953 in Kairo weilte, trat Fritz Koch dort auf. Erstmals gab es zweierlei deutsche Gesandte in Nahost, den Bonner Staatssekretär und den Ostberliner Nahostbevollmächtigten sowie ständig in Kairo Botschafter Dr. Günther Pawelke und Handelsrat Kurt Enkelmann. Da es um Kredite ging und beide Seiten am

11 Y. Zing-Feng, Der Alleinvertretungsanspruch der geteilten Länder, Frankfurt a. M. 1997.

Nil parallel verhandelten, kabelte Staatssekretär Walter Hallstein an Staatssekretär Westrick und Botschafter Pawelke: Bonn empöre die gleichzeitige Einladung „der kommunistischen Delegation". Dies möge sofort Präsident Muhammad Nagib vorgetragen werden mit einer mündlichen Ergänzung „als von Ihnen kommend": In der Lage würde nur ein sofortiger Abschluss des Abkommens auf der Basis der [west-]deutschen Vorschläge Schlimmeres verhüten.[12] Eigentlich wollte Westrick den Aswan-Damm besuchen, doch kürzte er seine Reise nun ab.

Dies führt zur zweiten Beziehungslinie, zur Wirtschaftspolitik. Denn am 14. Februar 1953 schlug Präsident Nagib vor, die bundesdeutsche Wirtschaft möge doch das zentrale Vorhaben des Aswan-Hochdammes ausführen. Das Bonner Kabinett sah dies positiv, wollte aber weitere westliche Seiten einschalten. Es kam zum westdeutsch-britischen Konsortium für den Dammbau. Sowohl Westdeutsche als auch Ostdeutsche wiesen ihre Partner in Washington und London sowie in Moskau[13] auf die politische Bedeutung des Projektes hin, das sich zum Prestigevorhaben im Ringen um Paktfreie hochschaukelte. Kairo suchte für die wachsende Bevölkerung Neuland, Arbeit, stabile Wasserführung zur Ernährung und Elektrizität zur Industrialisierung. Offen blieb die Finanzierung, die später Moskau übernahm. Ägyptens Bauunternehmer Uthman Ahmad Uthman errichtete dabei sein Imperium.[14] Wirtschaftsbeziehungen der Deutschen prägten solche paktbezogenen Rivalitäten.

Eine dritte Beziehungslinie betraf politische Vermittlungen. Anfang 1953 klärten sich Kairos Probleme mit dem Westen. Es regelte Sudans Unabhängigkeit[15] mit London. Ein Abzug der Briten aus der Sueskanalzone rückte näher, wobei es London und Washington gern gesehen hätten, wenn Ägypter dafür einem westlichen Pakt beigetreten wären.[16] Dr. Pawelke gelang es, auch recht gut zu Präsident Nagibs Widerpart Abd

---

12 Akten zur Auswärtigen Politik der BRD. München 2001, Bd. I, S. 169–170: Ursprünglich sollte es nach dem Prinzip „Kreditvergabe versus Boykottverzicht" gehen (vgl. ebd., S. 171), wofür sich aber der westdeutsche Kredit als zu klein und Ägypter unter Arabern allein als nicht herauslesbar erwiesen.

13 Brief Heinrich Raus an Walter Ulbricht, Nil-Staudamm, Moskau, 25.11.1955 in meinem Beitrag: Judenargwohn? Zum Israel-Bild in SED-Akten über arabische Länder (1948–1968), in: Orient, 35 (1994) 4, S. 635-667, hier S. 660-662.

14 Meine Kurzbiographie zu: Osman Ahmad Osman, in: Orient, 35 (1994) 2, S. 177-185, und mein Aufsatz: West- und ostdeutsche Bemühungen um das Aswanhochdammprojekt und die Nationalisierung der Sueskanalfirma, in: 125 Jahre Sueskanal (Anm. 5), S. 218-240.

15 W. G. Schwanitz, Wasser, Uran und Paktfreiheit? Die Beziehungen zwischen der DDR und dem Sudan 1955–1970, in: S. Faath, H. Mattes (Hrsg.), Wuquf, Hamburg (1992/1993) 7-8, S. 379-396.

16 F. Steppat, Regionale Sicherheitsbestrebungen im Mittleren Osten, in: ders., Islam als Partner. Aufsätze 1944–1996, Würzburg 2001, S. 15-54, hier S. 27-31.

an-Nasir als „Nummer zwei" der Offiziere zu stehen. Dieser wandte sich an den Westdeutschen am 4. April 1953 in einem 50 Jahre später aufgedeckten Ersuchen.[17] Dr. Pawelke:

> „Ich wurde gebeten, in diskreter Weise festzustellen, ob Israel geneigt sei, Bedingungen vorzuschlagen, die eine Aufnahme von Friedensverhandlungen zu gegebener Zeit erfolgversprechend erscheinen lassen."

Äußerste Geheimhaltung sei geboten. Bonn leitete dies 24 Tage später an Felix E. Shinnar weiter, Leiter der Israel-Mission in Köln. Obwohl Ägypter nachhakten, kam nichts heraus. Dann zog Walter Hallstein die Notbremse: Pawelke möge nicht vermitteln, da man im Orient keine politischen Ziele hege und auf London Rücksicht nehme. Bonn sah sich für Vermittlungen weder souverän noch neutral genug an. Damit endete ein früher Versuch, deutsche Vermittlertraditionen in Nahost zu beleben.

Ausbau und Abbruch: Deutsche Frage und Nahostkonflikt bis 1965

Eine vierte Beziehungslinie betraf Militärbeziehungen. Indes im Westen deutsche Berater am Nil für Turbulenzen sorgten, die gar London 1955 als „westliche Vorposten" ansah, reiste Ende 1953 eine Militärdelegation unter General Hasan F. Ragab durch Osteuropa nach Ostberlin. Zuvor ging es in Warschau und Prag um Waffenlieferungen. Denn die Drei-Mächte-Erklärung vom 25. Mai 1950 (Paris, London, Washington) sollte den Status quo in Nahost sichern, ein arabisch-israelisches Wettrüsten verhindern und die Seiten durch Waffenlieferungen an westliche Paktsysteme binden. Ägypter aber strebten eine positive Neutralität an, *al-Hiyad al-Igabi*, und wehrten Bündnisse des Westens oder des Ostens im Kalten Krieg ab. Sie suchten panarabische Interessen, etwa Militär-

---

17 Das Politische Archiv des Auswärtigen Amts (PArchAA) gab mir 2001 geheime Berichte frei, womit die deutsche Seite erörtert werden kann. Forschungsbedarf besteht noch in Kairo und Westjerusalem: was geschah seit dem 28.04.1953 in Israel mit Kairos Friedensersuchen? Vgl. M. Sharett to Ch. Yahil, 16.08.1953, in: Documents on the Foreign Policy of Israel, Jerusalem 8(1995), S. 283-284. Vgl. meine Beiträge in Haaretz, 20.07.2001, B7-B9, 01.02.2002, S. B5; Akhir Saa [aus Haaretz, 20.07.2001], 12.09.2001, S. 24; DAVO-Nachrichten, 16 (2002), S. 62-63; J. Jelinek in Haaretz, 22.02.2002, S. B12. Das Ersuchen fehlt bei: S.O. Berggötz, Nahostpolitik in der Ära Adenauer, Düsseldorf 1998; F. Shinnar, Bericht eines Beauftragten, Tübingen 1967; J. Jelinek (Hrsg.), Zwischen Moral und Realpolitik, Gerlingen 1997; N. Hansen, Aus dem Schatten der Katastrophe, Düsseldorf 2002, S. 378. Vgl. meine Quellenkritik in: Sozial. Geschichte, 18 (2003) 1, S. 134-145; sowie Adenauers Botschafter in Kairo: Die geheime Friedensvermittlung Ägypten-Israel 1953, in: Historisch Politische Mitteilungen, 10 (2003), S. 151-171.

pakte oder die Vereinigung mit Syrien zur Vereinigten Arabischen Republik, und eine Allianz von Paktfreien unter Indiens Führung, wie sie 1955 auf der Bandungtagung des dritten Blocks aufkam.

Die Delegation von Unterstaatssekretär Ragab legte die Grundlage für den von Abd an-Nasir am 27. September 1955 verkündeten Beschluss, nun Rüstungsgüter im Ostblock zu beziehen. Ägypter vergaßen nicht, dass London ihnen 1948 im Krieg gegen Israel nicht die erbetenen Waffen geliefert hatte. Entscheidenden Waffen kamen für Israel aus Prag. Kairo wiederum zeigte seine Radikalität durch seinen Waffenkauf in Prag in jenem Jahr 1955, als beide deutschen Staaten der NATO oder dem Warschauer Vertrag beigetreten waren.

Krise und Krieg um Sues ließen 1956 bei den Deutschen diametrale Kurse gegenüber Ägypten erkennen. In Ostberlin meinte man, Israel sei als Trittbrettfahrer auf den Zug der Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien gesprungen. Israel habe Sinai okkupiert, um zu expandieren. Abgekartet hätten Paris und London versucht, alte Positionen in der nationalisierten Sueskanalgesellschaft und in der Sueskanalzone zu erlangen. Also sprach man in Ostberlin von der „Dreier-Aggression". Wie die Sowjets bejahten Ostdeutsche die Ägyptisierung der Sueskanalfirma. Sie schlugen vor, die Bonner Wiedergutmachung an Israel jetzt Kairo als Ausgleich für Kriegsschäden zu geben.[18] Diese Stellungnahme und die Hilfe durch ostdeutsche Lotsen am Sueskanal[19] wertete das Ansehen Ostberlins bei Arabern auf.

Bonns Lage war komplizierter. Zum einen begann es die Wiedergutmachung, ja es bot Israel 1952 vergeblich diplomatische Beziehungen an. Danach ging es umgekehrt zu. Israel wünschte Beziehungen 1956, 1957 und später.[20] Bonn fürchtete eine Kettenreaktion der Anerkennung Ostberlins durch Araber und Paktfreie. Zum anderen musste Bonn nicht wie Ostberlin lediglich einer Besatzungsmacht folgen, sondern den drei Westmächten mit widersprüchlichen Traditionen und Zielen. Zum Beispiel verlor Bonn viel Prestige wegen seiner NATO-Bündnistreue in Frankreichs Algerienkrieg und seiner Hörigkeit gegenüber Washington in den Waffenlieferungen an Israel. Dies nutzte Ost-

---

18 Erklärung der Regierung der DDR zur Suez-Aggression; Lothar Bolz zum Truppenabzug, in: A. Bator, W. Bator (Red.): Die DDR und die arabischen Staaten, Dokumente 1956–1982, Berlin 1984, S. 60-62.

19 W. Schwanitz, Der Übernahmeauftrag des Mahmud Yunis: Aktuelle Stimmen zur Verstaatlichung der Sueskanalgesellschaft, in: Berlin-Kairo: Damals und heute (Anm. 1), S. 45-49.

20 Diplomatische Beziehungen Bonn-Westjerusalem vgl. meinen Aufsatz „Cairo formula": Akten über „doppelte" deutsche Nahostgesandte 1950–1966 aus dem US-Nationalarchiv II, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 45 (1997) 5, S. 413–441, hier S. 426; sowie ParchAA, Akten Dr. Voigt, Bd. 66.

berlin, zumal Amerikas Übernahme der Führung im Westen gegenüber Nahost 1956 so manche Ungereimtheiten erbrachte.

Während Sueskrise und Sueskrieg 1956 sahen die Araber Ostberlin auf ihrer Seite, Bonn aber bei den Kolonialmächten. Bonn musste westliche Garantien, Rechtsnachfolger des Dritten Reiches zu sein, gegen seine NATO-Verpflichtungen eintauschen. Einerseits akzeptierte Bonn Kairos Hoheitsrecht auf den Kanal und verwarf Sanktionen und Gewalt. Andererseits sprach sich Außenminister Dr. Heinrich von Brentano im Widerspruch dazu für die Internationalisierung des Kanals und eine Souveränitätsabtretung durch Ägypten aus.

Problematisch war Adenauers Haltung. Zwar wies er die Schuld für die Sueskrise den USA wegen der kurzsichtigen Rücknahme der Kreditofferte für den Aswan-Hochdamm zu. Doch intern sah er Ägyptens Staatschef als „kleinen Hitler", der zum willigen Idioten der Sowjets verkommen sei. Sein Griff an Europas Gurgel mit der Nationalisierung des Sueskanals dürfe umso weniger toleriert werden. Überdies war der Kanzler überzeugt, „farbige", speziell afrikanische Völker wären unfähig, sich schon verantwortungsvoll zu regieren.[21] Er selbst war gegenüber den jungen Staaten aus alten Kulturen unerfahren. Ihn beeinflussten zudem Orientdiplomaten wie Wilhelm Melchers, die auch im Dritten Reich gewirkt hatten. Wer heute Bonns unsicheres Lavieren in der Suesfrage als Erfolg feiert[22], übersieht den Schaden des Sueskrieges für Nahost, Israel, Ägypten und für die deutsche Frage.

In der Welt, die seit 1955 durch drei Blöcke mit zwei feindlichen Militärpakten geprägt war, wurde nun rasch nach worst-case-Szenarien aufgerüstet. Waffenlieferungen wuchs eine Hauptrolle zu. Nach dem Sueskrieg wurden Israel, Großbritannien und Frankreich zum Rückzug gezwungen. Zum einen, weil Moskau mit Atomraketen und China mit Freiwilligen gedroht hatten. Zum anderen, weil Washington Druck ausübte, zu dem auch der Abbruch seiner Waffenlieferungen nach Israel zählte. Daher sah sich Tel Aviv nach neuen Quellen um, so in Bonn, wie David Ben Gurion Ende 1957 in der Knesset erklärte. Dies führte zum geheimen Waffenabkommen, das Shimon Peres und Franz Josef Strauß 1958 aushandelten. Rückblickend sah Verteidigungsminister Strauß darin auch eine Art Wiedergutmachung.

Geheime westdeutsche Waffenlieferungen, über Drittländer wie Frankreich realisiert, nahmen Anfang der sechziger Jahre stark zu. Dabei

---

21 H. P. Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 239, 317; Protokolle des CDU-Bundesvorstandes, 1953–1957, 20.09.1956, S. 1027 f.; vgl. R. Pfeiffer, Ein erfolgreiches Kapitel bundesdeutscher Außenpolitik: Die Adenauer-Regierung und die Sues-Krise von 1956, in: Historische Mitteilungen, Wiesbaden (2000) 13, S. 276.

22 Ebd., S. 213-232.

verflochten sich zwei Beziehungslinien in einer besonderen Weise. Im historischen Kräfteviereck Bonn-Westjerusalem und Kairo-Ostberlin waren diese Waffenzufuhren an die Kontrahenten und ihre Geheimhaltung unter gegenteiligen öffentlichen Bekundungen vor dem Hintergrund der deutschen Frage und des Nahostkonflikts sehr problematisch. Zuvor war Moskau Großlieferant für Araber geworden.

Im Sueskrieg hatte Ostberlin manche Positionsvorteile erreicht, zum Beispiel einen quasidiplomatischen Status seines Vertreters in Kairo. Bonn führte dagegen Beschwerde, denn es versuchte, die Moskauer Lage, wo es seit 1956 eine westdeutsche und eine ostdeutsche Botschaft gab, als Sonderfall zu begrenzen. Die Hallstein-Doktrin[23] sollte Ostberlins Anerkennung unter Androhung von Sanktionen verhindern. Sie wurde gegen Belgrad 1957 praktiziert. Bonn und Belgrad erhielten aber ihre Konsulate aufrecht und trennten dabei „Konsulat" von „Botschaft" oder „Wirtschaft" von „Politik". Dies gab einst Ostberlin Munition.

Da Westeuropäer im Sueskrieg in Nahost an Ansehen verloren, strebte Ostberlin volle Beziehungen mit den Arabern an. Es bildete 1958 die Deutsch-Arabische Gesellschaft.[24] Premier Otto Grotewohl bereiste 1959 sechs paktfreie Länder. Da fragte ihn Jawaharlal Nehru: „Warum verlassen so viele Menschen die DDR?" Kairo ließ ein Generalkonsulat zu, Damaskus scheute dies und Bagdad bejahte diplomatische Beziehungen zur gegeben Zeit. Dies alarmierte Westmächte, die auch in der NATO jede Aufwertung Ostberlins in Nahost zu verhindern suchten.

Das Bonner Auswärtige Amt prüfte, ob die erteilte Amtsbefugnis eines Konsuls eine „konkludente Anerkennung" wäre und ob die Hallstein-Doktrin anzuwenden sei. Man ersann eine Vorbehaltsklausel, die Botschafter Walter Becker im Herbst 1959 mit Kairo vereinbarte. Demnach sollten arabische Außenminister Konsularpatente für Ostdeutsche unter dem Vorbehalt ausstellen, dass dieses Exequatur weder eine de-facto- noch de-jure-Anerkennung darstelle. Die Lösung von Politik und Wirtschaft sollte auch umgekehrt wirken, denn als Araber später Beziehungen zu Bonn abgebrochen haben, konnte es Konsulate und Wirtschaftsbeziehungen aufrechterhalten.

Den Bau der Berliner Mauer begrüßten Ostberlin zugetane Ägypter, die entsprechenden Spaltungen in Nahost anzeigend. Andere Araber, darunter Salah ad-Din al-Bustani, nannten sie Schandmauer.[25] Es war Abd an-Nasir, mit Nationalisierungen und seinem Arabischen Sozialis-

---

23 W. Kilian, Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg BRD-DDR 1955–1973, Berlin 2001.

24 W. Schwanitz, Streng vertraulich? Aus den Akten der Deutsch-Arabischen Gesellschaft 1958–1969, in: Berlin-Kairo (Anm. 1), S. 85-110.

25 S. D. al-Bustani, Gidar al-Ar (Die Schandmauer), Kairo 1962.

mus[26] Anfang der 60er Jahre Ostdeutschen wie Vizepremier Heinrich Rau und dem dritten Nahost-Beauftragten Dr. Ernst Scholz sehr zugetan, der Ostberlins Anerkennung aus panarabischen Erwägungen blockierte und auch unter den Paktfreien abbremste.

Als sich nun aber seit Mitte 1963 die Gerüchte um Bonns geheimes Waffenabkommen mit Israel verdichteten, trat ein Skandal zu Tage. Zwei Momente kamen hinzu. Erstens sagte Nikita S. Chruschtschow, der Mitte Mai 1964 am Nil die erste Ausbaustufe des Aswan-Dammes einweihte, Ägypten neue Waffen zu. Daraufhin ersuchte Israels Premier Levi Eschkol Washington um dasselbe. So bat Präsident Lyndon B. Johnson den Kanzler Ludwig Erhard im Juni, Waffen gemeinsam zu liefern. Das Abkommen über 140 M48 Panzer stand Mitte November 1964 fest (es wurde Ende Juli 1965 ergänzt). Gegenüber Abd an-Nasir bestritt aber Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier am 23. November 1964 rundweg westdeutsch-amerikanische Lieferungen, woraufhin ihm der Ägypter die Dokumente vorgelegt haben soll. Einen Monat später publizierte das Blatt „Al-Akhbar" Details daraus.[27]

Zweitens lud Otto Grotewohl 1959 Abd an-Nasir nach Ostberlin ein. Seither stand dieser Gegenbesuch an. Da sich der Ägypter aber daheim unabkömmlich zeigte, wollte er erneut den Ostberliner Regierungschef in Kairo empfangen. Ende 1963, als nun schon Chruschtschows und Josip B. Titos Besuche in der Nilmetropole im Gespräch waren, hieß er formell gegenüber Dr. Ernst Scholz auch Walter Ulbricht willkommen. Der Besuch war für Ende 1964 vorgesehen, wurde allerdings auf Anfang 1965 verschoben. Trotz des Drucks der Westmächte, weilte der SED-Chef eine Woche bis Anfang März am Nil und wurde als Staatsgast behandelt.[28] Einen Tag nach Ulbrichts Rückkehr, am 3. März 1965, zog Bonn Konsequenzen: Es stellte seine Wirtschaftshilfe für Ägypten ein, wollte keine Waffen mehr in Spannungsgebiete liefern und strebte volle Beziehungen mit Israel an. Abd an-Nasir reagierte heftig. Er hatte zehn arabische Staaten hinter sich, die ihre Beziehungen zu Bonn abbrechen würden, sollte es Israel anerkennen. Dies geschah am 12. Mai 1965.

---

26 W. G. Schwanitz, Wolfgang G.: Arabischer Sozialismus, in: W.F. Haug (Hrsg.), Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Berlin 1994, Bd. 1, S. 391-401; mein Aufsatz West- und ostdeutsche Bemühungen, in: 125 Jahre Sueskanal (Anm. 5), S. 218-240, hier S. 230-240.

27 The White House, Meeting Israeli Arms Request, 19.03.1964, in: W. G. Schwanitz, „Salami Tactics": Akten über doppelte deutsche Nahost-Gesandte 1950–1966, in: Orient 40 (1999) 4, S. 597–630, hier S. 615; vgl. auch Deutsche in Nahost (Anm. 1), Bd. II, S. 540.

28 Der Staatsrat der DDR (Hrsg.), Die DDR und die VAR – gute Freunde. Dokumente des Staatsbesuchs Walter Ulbrichts in Ägypten, 24.02.–02.03.1965, Berlin 1965, 134 S.; ferner dazu A. Troche, Ulbricht und die Dritte Welt, Erlangen 1996.

Botschafter Georg Federer ließ die bundesdeutsche Fahne in Kairo einholen, sein Kollege Gamal Mansur die ägyptische in Bonn. Das Blatt „Al-Ahram" erläuterte Mitte Mai, warum man Ostberlin nicht anerkenne: um die arabische Einheit zu wahren und nicht alle Munition zu verschießen.[29]

Bonns Nahostdebakel schuf eine neue Lage. Während in Mitteleuropa ein deutsch-deutscher Frühling des „Wandels durch Annährung" aufkam, verhärteten sich die Fronten in Nahost. Dafür sprachen auch aufkommende Terrorakte von Fatah-Asifa-Anhängern. So verschärfte dieser Beziehungsabbruch im Kalten Krieg unter Deutschen den Nahost-Konflikt. Bonn fehlten zu zehn arabischen Ländern volle Beziehungen[30], indes Ostberlin dieses Vakuum auszufüllen suchte. Dabei argumentierte man an der Spree, „ohne eine gleichzeitige Anerkennung der DDR darf es keine Wiederaufnahme der Beziehungen zu Bonn geben, das den Feind der Araber, Israel, unterstützt". Dem folgten „sozialistisch orientierte" Araber in Algier, Bagdad, Damaskus und Kairo. Sie warben dafür, die beiden deutschen Staaten in die UNO aufzunehmen und empfahlen der Arabischen Liga Beziehungen so lange zu Bonn zu blockieren, bis die Regierung ihre Alleinvertretung aufgebe oder parallel eine arabische Anerkennung Ostberlins ohne die Sanktionen ermögliche.[31]

Einseitigkeiten und Korrekturen bis 1972

Der Versuch, Ostberlin zu isolieren, scheiterte graduell. Mit Ulbrichts Ägyptenbesuch und mit dem arabischen Beziehungsabbruch war nunmehr Bonn in Nahost isoliert. Zwar hatte es Beziehungen zu Israel, aber sie entsprangen einer Krise. Dem gegenüber nahm Ostberlin zur im Vorjahr gebildeten Palästinensischen Befreiungsorganisation, PLO, Beziehungen auf. Ihr Leiter Ahmad ash-Shuqairi war offiziell zu Ulbrichts Empfang im Kairiner Qubba-Palast eingeladen. Mithin entfaltete sich

29 „Vier Gründe" vgl. Deutsche in Nahost (Anm. 1), Bd. II, S. 544. Laut Abd an-Nasir hätten nur Ägypten, Algerien, Irak und Jemen in der Arabischen Liga für volle Beziehungen mit Ostberlin gestimmt.

30 12.05.1965: Beginnend mit Irak und gefolgt von Ägypten, Syrien, Libanon, Saudi-Arabien, Jordanien, Kuwait, Jemen, Algerien und Sudan brachen diese Länder ihre Beziehungen mit Bonn ab. Marokko, Tunesien und Libyen schlossen sich dem nicht an.

31 Bundesarchiv Koblenz, B206/919, Nachrichtendienstliche Führungsorientierung 1/67, BND 05-14/67, Nah- und Mittelost, geheim, 15.01.1967, S. 12-13: Dies sah man im BND so: die Haltung maßgeblicher Politiker im Generalsekretariat der Arabischen Liga und in ihren Mitgliedsländern gewinne an Boden, die Wiederaufnahme voller Beziehungen zu Bonn hinauszuzögern. Man spekuliere darauf, dass Bonn durch die Entspannung in nächster Zeit ohnehin gezwungen sei, die Hallstein-Doktrin aufzugeben. Das erleichtere es den Arabern, die sich dann nicht zwischen der SBZ oder Bonn entscheiden müssten.

die Eigendynamik im deutsch-deutschen Tauziehen in Nahost mit Rückwirkungen auf inner- und zwischendeutsche Verhältnisse im erweiterten kleinen Kräftevieneck Bonn-Westjerusalem und Kairo-PLO-Ostberlin.

In Nahost war 1966 Krieg angezeigt. Moskau vermittelte Abd an-Nasir viel Zutrauen und wies Mitte Mai 1967 auf den angeblich drohenden Angriff der Israelis gegen Syrien hin. Im Ergebnis des Sechs-Tage-Krieges im Juni 1967 besetzte Israel die Sinai-Halbinsel samt Gaza-Streifen, das Westjordangebiet samt Ostjerusalem und Syriens Golan-Höhen: Eine verheerende Niederlage für arabische Armeen und für den Nasserismus. Wieder flohen zahlreiche Palästinenser in die Nachbarländer oder sie kamen unter ein israelisches Besatzungsregime.

Ostberlin intensivierte seine Beziehungen zu Arabern auf allen Ebenen, speziell in den Bereichen Militär und Geheimdienste. Ostdeutsche Gesandte berieten Abd an-Nasir, der sich am 9. Juli 1967 niedergeschlagen zeigte. Er habe 600 Panzerbesatzungen verloren und befürchte einen Vorstoß der Israelis über den Sueskanal. Für diesen Fall, so sagte er Ulbrichts Sondergesandten, sah er seinen Rücktritt und ein Arrangement mit Amerika vor. Kairo habe nur eine Alternative, entweder mit der UdSSR voranzuschreiten oder den USA beizugeben. Er hoffe auf ein direktes Eingreifen Moskaus, auf Piloten, Besatzungen und Waffen, so dass Israels Luftüberlegenheit ausgeschaltet werde. Abd an-Nasir nannte Ägypten gar „erste Verteidigungslinie für das sozialistische Lager". Faktisch erklärte er seinen Bankrott und mit Blick auf weitere Hilfe: „Ohne das offiziell zu erklären, sind wir Wirklichkeit Kommunisten."[32]

Radikalität aus Schwäche nutzte Ostberlin, obwohl Abd an-Nasir volle Beziehungen noch bremste. Er wollte Araber nicht weiter in der deutschen Frage spalten. Er stand nicht allein damit, denn der Harmel-Bericht der NATO betonte, die Teilung Deutschlands sei der Kern der Spannung in Europa. Abd an-Nasir versprach, keine Beziehungen zu Bonn herzustellen, solange er in seiner Funktion bleibe. Er kündigte an, Ostberlin in einer für Ägypten stärkeren Lage voll anzuerkennen. Sollten dem andere Araber nicht folgen, so würde es Kairo allein tun. Zudem hörte er von Ostberlins Plan „Kader für die arabischen Länder": systematisch sollten Ostdeutsche die westdeutschen Experten ersetzen. Ägypter verlangten 115 solche Spezialisten. Trotzdem nahmen nicht wenige der vor dem Krieg evakuierten Westdeutschen im September 1967 wieder ihre Stellen ein, etwa im Goethe-Institut, in Firmen und deutschen Schulen. Insgesamt aber stieg Ostberlins Einfluss auf Araber.

---

32 SAPMO-BArchZ, NL182/1337, Vermerk über das Gespräch des Sonderbeauftragten Dr. Gerhard Weiss mit Ägyptens Päsidenten, Gamal Abdel Nasser, Geheime Verschlußsache, Kairo 09.07.1967, gez. Dr. Scholz, 17 S.

Neues folgte für Ägypten, das mit Israel noch drei Jahre bis zur Aufstellung von SAM-Raketen an der Sueskanalzone im Zermürbungskrieg stehen sollte, als in Syrien und im Irak radikale Baath-Kräfte an die Macht kamen. Vizepremier Dr. Gerhard Weiss trug Damaskus daher Anfang 1968 an, Ostberlin anzuerkennen. Dies führte zu langwierigen Verhandlungen. Als ihr positives Resultat im April 1969 feststand und als in Bagdad Ahmad Hasan al-Bakr unter der Hand davon erfuhr, kam dieser am Vorabend des 1. Mai 1969 den Syrern zuvor, indem er kurzerhand in den Medien die Anerkennung Ostberlins verkünden ließ. Dabei erwartete Bagdad – neben einem Kredit – eine „besondere Rolle Ostberlins gegenüber der PLO" und gegen Israel.[33] Hans-Jürgen Weitz, zuvor 1962 bis 1966 Generalkonsul in Kairo, wurde nunmehr in Bagdad der erste ostdeutsche Nahost-Botschafter.

In einer Kettenreaktion erkannten Ostberlin nicht nur arabische, sondern auch asiatische und afrikanische Länder[34] an. Kairo folgte dem am 10. Juli 1969. Es gab keine zweierlei deutschen Beziehungen mehr, sondern meist nur ostdeutsche Botschafter in Nahost. Bonn fehlten volle Beziehungen zu zehn arabischen Staaten. Es konzentrierte sich auf Israel, das seit 1969 einem Waffen-Embargo aus Paris unterlag, und auf drei arabische Länder. Dies hatte Folgen im historischen Kräftevierecke Bonn-Westjerusalem und Kairo-PLO-Ostberlin. Indes Bonn auf Israel zuging, sah es sich ab 1969 gezwungen, die Hallstein-Doktrin zu entkräften.[35]

Ostberlin stellte sich ebenso auf neue Entwicklungen im Palästinakonflikt ein, die einen Teil seiner politischen Beziehungen gegenüber Ägypten bildeten. Noch führten alle Wege über Kairo und Moskau. Im August 1969 erließ der Kreml eine Direktive zum Umgang mit Palästinensern inner- und außerhalb der PLO. Sie lautete verknappt: „Progressive fördern, Extreme zügeln, mehr Hilfe, auch Waffen".[36] So lieferte Ostberlin Palästinensern ab 1970 Ausrüstungen. Damit folgte eine besondere Verknüpfung der deutschen mit der palästinensischen Frage. Ostdeutsche gewannen auch Raum für Vermittlungen zwischen Arabern, der PLO und ihren Rivalen. In Ostberlin war dies ein Teil der Ä-

33 Botschafter a.D. Hans-Jürgen Weitz (1923–1997), Interview zur Nacht des 30.04.1969 mit Außenminister Shaikhli al-Kuwaitli in Bagdad. Vgl. auch Judenargwohn? (Anm. 13), S. 663-666; A. Timm, Hammer, Zirkel, Davidstern: Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997.

34 Übersicht Beziehungen zu Ostberlin 1969–1974 in: Jenseits der Legenden (Anm. 4), S. 151.

35 Außenminister Scheels Rückblick: Die Hallstein-Doktrin außer Kraft gesetzt, in: Auslandskurier, Bonn, Sonderteil (1991) 3, S. 33.

36 SAPMO-BarchZ, NL182/1333, An Ulbricht, Handelsrat Dr. Gerhard Herder zur Botschaftertagung in Moskau, Beirut 19.08.1969, Palästinensische Widerstandsbewegung, Berlin 01.10.1969, gez. Winzer.

gypten- und Araberpolitik, solange am Nil Abd an-Nasir herrschte. Das sollte sich mit seinem Tod Ende September 1970 ändern.[37]

Aufgehängt an militärischen Beziehungen, brachte Anwar as-Sadat fünf Momente zur Geltung, die Abd an-Nasir schon Ostdeutschen angezeigt hatte. Erstens, so noch Abd an-Nasir, man müsse eine Zivilverteidigung und einen Angriffsplan zur Überquerung des Sueskanals haben, um „mit Gewalt wieder zu holen, was mit Gewalt genommen worden war". Dafür erhielt dann Anwar as-Sadat die Rückendeckung des Warschauer Vertrags. Die Ostberliner WTO-Tagung verwarf Ende 1970 nicht nur „Großisrael", sondern sie bejahte eine „Befreiung der besetzten Gebiete". Zweitens, sollte Israel überlegen sein und nach Ägypten vorstoßen, so Abd an-Nasir, so trete er zurück. Sein pro-amerikanischer Nachfolger würde sich dann mit Amerika einigen, das damit Nahost in der Hand habe. Er klammerte sich voll an den Ostblock.

Drittens, der Kurs der Neutralität habe sich erübrigt, was für Ägypten im negativen Fall bedeute, dem Ostblock zu entsagen und sich dem Westen zu öffnen, denn, so Anwar as-Sadat, der wissenschaftlich-technische Fortschritt entfalte sich in Westeuropa und in Amerika, aber nicht in den Diktaturen Osteuropas. Viertens müsse der Islam als Kraft genutzt werden, was Abd an-Nasir bis 1967 wegen seiner Rivalität mit Saudi-Arabien, der Türkei und Iran abgelehnt hatte. Seine Niederlage änderte dies, wie der Weg in die Organisation Islamische Konferenz ab Ende September 1969 zeigte. Anwar as-Sadat setzte dies fort, indem er Islamisten einbezog. Fünftens sollte Ägyptens Wirtschaft über Freizonen dem Weltmarkt geöffnet werden, wozu es ab Mitte der 1960er Jahre Ansätze[38] gab.

Anwar as-Sadat verfolgte diese fünf Nasserschen Gedanken nicht geradlinig. Er hatte eigene Ideen, die Deutsche herausforderten. Ostberlins Botschafter Dr. Martin Bierbach meldete aus Kairo Anwar as-Sadats Abkehr vom alten Weg. Demnach strebe er einen modernen, auf Wissenschaft und Glauben beruhenden Staat, bürgerlich-demokratische Freiheiten und freie Wahlen an. Dies ordne sich in Amerikas Globalstrategie ein, die seit Ende 1969 unter Außenminister William Rogers auf separate Abmachungen in Nahost abzielte.[39]

---

37 Vgl. dazu meinen Aufsatz Olivenzweig, Waffe und Terror. Deutsche und Palästinenser im Kalten Krieg, in: KAS, Auslandsinformationen, 21 (2005) 3, S. 34-66.

38 Mein Aufsatz: „Politik der offenen Tür" – Ägyptens Wirtschaftskurs 1971 bis 1981, in: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin 16 (1988) 4, S. 649-664.

39 SAPMO-BarchZ, NL182/1338, An Ulbricht, Auszug aus dem Bericht von Botschafter Bierbach, 10 S., Vertrauliche Verschlußsache, Berlin 24.05.1971, gez. Winzer.

In Bonn bemühte sich Willy Brandt um eine neue Osteuropa- und Nahostpolitik im Rahmen der EG. Zwar fand Brüssel Mitte Mai 1971 einen ausgewogeneren Konsens zum Nahostkonflikt, der den Rückzug auf Israels Grenzen vor 1967, die Internationalisierung Jerusalems und eine Regelung für palästinensische Flüchtlinge und deren Entschädigung forderte, doch waren die Europäer gegenüber Amerika ein weltpolitisches Leichtgewicht. Es fehlte Westeuropäern an Mitteln, ihre Beschlüsse auch durchzusetzen. Bonn schaffte es über die EG und die NATO, das Veto der Syrer und Iraker vom November 1971 in der Arabischen Liga gegen die Wiederaufnahme voller Beziehungen aufzuheben. Als dann Algier und Khartum im Alleingang ihre Beziehungen zu Bonn normalisierten, stellte die Arabische Liga Mitte März 1972 ihren Mitgliedern dasselbe frei. Am 8. Juni 1972 nahm Kairo wieder Beziehungen zu Bonn auf. Noch schlug Anwar as-Sadat Haken, indem er im Frühjahr einen Freundschaftsvertrag mit Moskau schloss, aber sein prosowjetisches Führungspersonal ausschaltete.

Im Mai 1971 übernahm Erich Honecker in Ostberlin das Zepter. Er suchte den Dialog mit Bonn, grenzte sich aber durch eine „sozialistische Nation deutscher Nationalität" ab. Er strebte an, Ostberlins diplomatische Anerkennung in Nahost vollenden zu lassen und sein Land in die UNO zu bringen. So gab es ab 1972 auch wieder zweierlei deutsche Politik in der Region. Zwei deutsche Botschafter residierten in Kairo, die Bonner Hans Georg Steltzer, späterhin Dr. Kurt Müller, sowie die Ostberliner Dr. Martin Bierbach, hernach Hans-Jürgen Weitz. Das entschärfte den Kalten Krieg, der Konflikte in Nahost vertieft hatte. Umgekehrt wirkte neben Botschafter Sa'ad al-Fatatri in Ostberlin noch sein ägyptischer Kollege in Bonn.[40] Die Deutsche Frage blieb zwar offen, aber nicht mehr als extremer Spannungsfaktor. Eine normalisierte Rivalität zwischen den Deutschen in Ägypten nahm ihren Lauf, das sich 1972 vorbereitete, die von Israel besetzten Gebiete zu befreien,

Entspannung und Konflikte bis 1981

Der Beginn des Oktoberkriegs 1973 überraschte die meisten Politiker. Doch sowohl Tel Aviv als auch Ostberlin lagen konkrete Angaben über den bevorstehenden Krieg vor. Während man dem in Israel nicht genug Aufmerksamkeit schenkte und eine verlustreiche Überraschung erlitt, ordnete man dies in Ostberlin in den Kurs des Warschauer Vertrags ein, wonach Araber das Recht hätten, 1967 besetzte Gebiete auch mit Gewalt zurück zu erobern. In Nahost verschoben sich Gewichte leicht zugunsten arabischer Staaten, die das militärische Patt für sich verbuchten. In Amerika und Japan gingen Angst und Schrecken um, denn das Kriegsfeu-

40 Ich danke Sa'd al-Fatatri und Gamal Mansur, vgl. Atek/Schwanitz (Anm. 3), S. 6.

er bedrohte wichtige Handels- und Rohstoffströme. In Europa, speziell unter Deutschen, polarisierten sich Kräfte, die sich entweder für Israelis oder für Araber einsetzten.

Hingegen mehrten sich in der EG, in der NATO und im Warschauer Vertrag Stimmen, die einen konfliktregelnden Nahostkurs suchten. Der Waffengang, der atomar zu werden drohte, erhellte eine zwar asymmetrische, aber gewachsene wechselseitige Abhängigkeit von Erdregionen, also eine globale Verletzlichkeit. Auf das arabische Erdölembargo folgten rasch weltweite Korrekturen im Wert-Preis-Gefüge, sichtbar an Preiserhöhungen bei petrochemischen Produkten. Das traf die Westdeutschen härter, Ostdeutsche weniger. Beide Seiten versuchten, ihre Länder nicht zu Schauplätzen von Terror und Gegenterror werden zu lassen, wie es auf der Münchner Olympiade 1972 geschah. Europas Welle der Entspannung trug Bonn und Ostberlin vor dem Helsinki-Prozess[41] im September 1973 in die UNO.

Zum Wendepunkt in den zweierlei deutschen Beziehungen zu Ägypten wurde 1974. Anwar as-Sadat stellte in seinem Oktober-Dokument eine Strategie bis 2000 vor, die die Öffnungspolitik und eine offene, freiheitliche Ordnung als Ziele erklärte. Seine Planung lief auf einen Bruch mit Moskau hinaus. Er ergänzte dies später mit der These, Amerika halte 99 Prozent der Nahostkarten in der Hand. Kairo kündigte den Freundschaftsvertrag mit Moskau 1976. Einen mutigen Schritt ging Anwar as-Sadat, indem er Konsequenzen aus seinen Überlegungen zog, was wohl mit „regionalen Stellvertretern" geschähe, wenn die Weltmächte plötzlich einmal nicht mehr rivalisierten, sondern nur noch gemeinsame Sache machten. Er rief Araber auf, sich auf eigenen Kräfte und eine eigenständige Rolle in der Weltpolitik zu besinnen.

Zwischen Ostberlin und Kairo kühlten sich die Beziehungen nun ab. Sie wurden auch von anderen Beziehungen entkoppelt, so zu Palästinensern. Nach der vollen Anerkennung verlor Ostberlins Nahostpolitik als Spezialhebel in der deutschen Frage ihren besonderen Stellenwert. Zwischen Bonn und Kairo kam es zum Aufschwung, als Willy Brandt Mitte April 1974 Ägypten besucht. Danach setzte sich Außenminister Hans-Dietrich Genscher für eine wirtschaftliche Absicherung des neuen ägyptischen Kurses durch die EG ein. Wie kaum jemand zuvor erkannte er die Folgen der globalen Interdependenz und münzte dies in den europäisch-arabischen Dialog um, der 1975 zaghafte Eigenständigkeiten von Westeuropäern gegenüber Amerika andeutete. Ostberlins Kurs gegenüber Ägypten folgte hingegen stur Moskaus Linie gegen „separate Teilschritte" im Nahostkonflikt, die Anwar as-Sadat nach Jerusalem, Camp

41 Auswärtiges Amt (Hrsg.), 20 Jahres Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) 1973–1993. Dokumentation, Bonn 1993.

David und 1979 zum Friedensvertrag mit Israel führten. Dafür zahlte er am 6. Oktober 1981 mit dem Leben, was Ostberlins Botschafter Hans-Jürgen Weitz nahebei auf der Ehrentribüne miterlebte.

Problem zum Ausklang des Kalten Krieges

In den achtziger Jahren gab es ein normalisiertes Neben- und Gegeneinander der zweierlei deutschen Politik. Indes Bonn sich bemühte, in Nahost kleine Schritte zu gehen, vertiefte Ostberlin durch seinen Einfluss auf radikale Regimes und auf die PLO die Gegensätze, da es den ganzheitlichen Ansatz einer Konfliktregelung suchte. Wo Ost- und Westdeutsche äußerliche Gemeinsamkeiten aufwiesen, so etwa für eine Teilnahme der PLO an einer Regelung, wie es der EG-Rat Mitte 1980 in Venedig und auch der Warschauer Vertrag forderten, da lief ihre konkrete Politik weiterhin in den beiden Militärpakten einander zuwider.

Ägypter verstanden es unter Husni Mubarak, mit den Deutschen umzugehen. Wurden mit der einen Seite Konsultationen abgehalten, so fanden sie auch mit der anderen statt. Im Juli 1982 wurde die neue Bonner Botschaft in Kairo az-Zamalik am Grottenpark eingeweiht. Durch Mubaraks Ausgleich wurde Ägypten ab 1984 wieder das Herzland der arabischen Nation. Gegenüber den zweierlei Deutschen steuerte es einen die Konflikte in Europa mildernden Kurs. Dies auch, als nach dem Einmarsch von Moskauer Truppen in Afghanistan und nach Raketenaufrüstungen in Mitteleuropa die relative Entspannung ihr Ende fand.

Die verhärteten Positionen gerieten seit Mitte der 80er Jahre mit dem Wandel in der UdSSR ins Wanken. Entsagten Osteuropas Regimes der vorherrschenden Ideologie, so gab es keinen Grund für die deutsche Teilung mehr. Ägypter hegten ihre Erfahrungen mit sozialistischen Experimenten. Wenn ihnen Außenminister Genscher erklärte, Europa und Nahost seien als benachbarte Regionen aufeinander angewiesen, „Ihr Friede ist unser Friede, und Ihre Sicherheit ist unsere Sicherheit. Unsere Zukunft müssen wir gemeinsam gestalten.“[42], so war ihnen dies bewusst. Neu war der Vernichtungsgrad von ABC-Waffen in Mitteleuropa und Nahost, die dem Radius nach eben diese beiden Regionen erfassten. Seit dem Sueskrieg konnten Konflikte in Mitteleuropa und Nahost nicht mehr getrennt behandelt werden.

Das große historische Kräftevieneck zwischen dem durch die USA dominierten Westeuropa und Israel einerseits sowie zwischen dem durch die UdSSR beherrschten Osteuropa und den radikalen arabischen Staaten andererseits entwickelt sich nach 1990 zu einem neuartigen regio-

42 H.-D. Genscher in Hamburg, 11.04.1983, in: Auswärtiges Amt (Hrsg.), Die Bundesrepublik und der Nahe Osten. Dokumentation, Bonn 1987, S. 31-35, hier S. 33.

nalhistorischen Dreieck mit den Ecken Amerika, Nahost und Europa. Gegenüber Amerika werden der Orient und Europa ihre Interessen durchsetzen müssen, wobei es auch für Deutschland zu einer neuen Widerspruchslage kommt, in der es seine wirklich eigenständige, primäre mitteleuropäische Nahostpolitik des Friedens finden muss.

Erstmals seit Napoleons Feldzug gibt es in Nahost und um Ägypten keine kolonialen Rivalitäten der Welt- und Großmächte mehr. Ein neues Viereck der Rivalität reift heran, sollten arabische Staaten nicht zu einer demokratischen Zivilisation finden und insofern an die einstige russische Stelle im Viereck großasiatische Bündnisse zwischen China und Indien treten. Das kleine Kräfteviereck mit den Achsen Bonn-Westjerusalem und Kairo-Ostberlin entfiel wie auch zweierlei deutsche Politik gegenüber Ägypten. Aus Berliner Sicht gibt es wieder die alte Dreiecksbeziehung zwischen den Deutschen, Arabern und Israelis. Deutsche finden seit der Einheit zu Merkmalen ihrer Nah- und Mittelostpolitik zurück: Achtung der territorialen Integrität, der Verzicht auf Gebiete und die Vermittlung in Konflikten.[43]

Vier Problemfelder rückten an die erste Stelle. Politisch ist sowohl von Berlin als auch von Kairo her eine eigenständige und besondere Rolle in der Konfliktvermittlung gefragt, denn diese beiden Machtzentren sind repräsentativ für je eine bestimmte Gruppe von Staaten und für eine spezifische Einstellung zu globalen Problemen. Wirtschaftspolitisch gibt es weite Entfaltungsräume, die gleichwohl die regionalen Extras Israel, Türkei und Iran mit einbeziehen.

Sicherheitspolitisch erfordert der nah- und mittelöstliche Terror von oben und der Terrorismus von unten mehr Ursachenbekämpfung durch Politiker in Kairo und Berlin. Hier haben beide Seiten speziell seit den 1970er Jahren mit ähnlichen Fragen zu ringen, die sich für die offenen Gesellschaften stellen. Während Deutschland zum Rückzugs- und Entfaltungsgebiet von Islamisten geworden ist, darunter auch die Muslimbruderschaft, gibt es am Nil Fragezeichen. Wird es dereinst eine Machtübernahme durch islamistische Kreise geben, die dies durchaus mit demokratischen Mitteln im Zuge des *lawful Islamism* erreichen können? Was würde daraus im Verhältnis zu Deutschland, Israel und Amerika folgen? Und wie wirkt sich ein EG-Beitritt der Türkei im Dreieck Deutsche, Juden und Araber aus? Angesichts der globalen Migration und des Wachsens muslimischer Zentren in den Demokratien wird auch die Islampolitik mehr zu einem Moment der jeweiligen Innenpolitik.

Militärisch bleibt das Ringen gegen den illegalen Handel mit Waffen in Konfliktzonen und gegen die Weiterverbreitung von ABC-Waffen für

43 Ausf. W. G. Schwanitz (ed.), Germany and the Middle East, 1871–1945. Princeton 2004.

Berlin und Kairo eine erstrangige Aufgabe. Auch hier kann die behutsame Kooperation zwischen Europäern und Arabern hilfreich sein, ohne dabei wie noch im Kalten Krieg Israel zu schaden. Nach 1990 ist sehr viel in Bewegung geraten. Die Politik in den bilateralen Beziehungen wird sich daran messen lassen, ob sie demokratische Potenzen erweitert und das Leben der Menschen verbessert.

Klaus Polkehn

Die Mission des Si Mustapha – ein Deutscher kämpft für Algerien

Im August 1957 erhielt die Redaktion der in Ostberlin erscheinenden Zeitung „Wochenpost" überraschend einen Brief aus Schleswig-Holstein. Der deutsche Vertreter einer Außenhandelsfirma in Nigeria berichtete mit wenigen Worten von einer abenteuerlichen Sahara-Reise und bot der Redaktion einen Artikel darüber an. Er habe allerlei über französische Kolonialpraktiken erfahren und „algerischen Freunden" versprochen, darüber in deutschen Medien zu berichten. Das sei aber „in der bundesdeutschen Presse nicht möglich". Es war diese Mitteilung, die uns in der „Wochenpost"-Redaktion aufmerken ließ: Wir äußerten uns interessiert, und erfuhren nach einigen Wochen, ein Herr Si Mustapha im marrokanischen Tetuan sei willens, der „Wochenpost" geeignetes Material über den algerischen Befreiungskampf zukommen zu lassen. Der ein wenig ungewöhnliche Beginn einer langjährigen Bekanntschaft war in gewisser Weise charakteristisch für diesen „Si Mustapha" – das „Si" stand als Kurzform für das marokkanische „Herr".

Es dauerte mindestens zwei Jahre, bis ich erfuhr, dass Mustapha eigentlich auf den nicht so seltenen deutschen Familiennamen Müller hörte, und noch einmal geraume Zeit, bis sich herausstellte, dass er Winfried hieß. Nicht, dass er ein Wichtigtuer war, oder dass er mit der Aura des Geheimnisvollen kokettierte. Zu Kriegszeiten war eine Tarnung lebensrettend. Die Mimikry bewirkte, dass er in einer Darstellung der bundesdeutschen Sympathisantenszene des algerischen Befreiungskrieges als „eine der wichtigsten und zugleich mysteriösesten Figuren unter den westdeutschen Kofferträgern" bezeichnet wurde.[1] Die Rekonstruktion seines Lebensweges, bevor er „Si Mustapha" wurde, ist einigermaßen kompliziert: Immerhin, wenn wir uns trafen, in Berlin oder in Tetuan, später in Algier, umgeben von Hunden, Wüstenfüchsen und sogar mal von einem Affen, auch wenn wir durch nordafrikanische Oasen und über die Berge der Kabylei gezogen sind, dann lernte ich nach und nach immer wieder etwas von diesem ungewöhnlichen Leben kennen. Seine

1 C. Leggewie, Kofferträger. Das Algerien-Projekt der Linken im Adenauer-Deutschland, Berlin 1984, S. 89. Das Wort „Kofferträger" wurde für die Unterstützer geprägt, weil sie „die Koffer" der algerischen Waffenschmuggler tragen würden.

COMPARATIV 16 (2006), Heft 2, S. 30-45.

Essenz war bemerkenswertes Engagement: für Algerien und seine Unabhängigkeit, für unserer aller Umwelt.

Winfried Müller wurde 1926 in Wiesbaden geboren, sein Vater war angeblich Jude, aber schon diese Feststellung ist umstritten. Leggewie schrieb, der jüdische Vater sei „während der NS-Zeit an einen unbekannten Aufenthaltsort verschwunden; ob seine Eltern im Widerstand gearbeitet haben, lässt sich heute nicht mehr rekonstruieren".[2] 1941 sei er mit der Mutter nach Götzens in Tirol übergesiedelt. Unter dem Einfluss von Nachbarn, österreichischen Monarchisten, hätte sich bei ihm eine Anti-Nazi-Haltung herausgebildet. Er habe heimlich die Londoner BBC gehört und sei deshalb 1943 denunziert worden. Bei der Gestapo in Innsbruck sei er misshandelt worden, da war er sechzehn. Weiter schrieb Leggewie:

> „Der etwa 16jährige Realschüler wird im Winter 1942/43 wegen antinazistischer Wandparolen verhaftet und ins KZ Mauthausen gebracht. Ein SS-Mann hilft ihm aus dem Lager heraus und rettet ihn mit der Verschickung in ein Strafbataillon an die Ostfront vor der Vernichtung. Müller organisiert sofort neuerlichen Widerstand, wird wieder gefaßt und soll erschossen werden. In letzter Minuten gelingt ihm die Flucht, er kann sich in die russischen Linien durchschlagen. Auf diese Weise kommt er ins ‚Nationalkomitee Freies Deutschland' ..."[3]

Was ist zutreffend? Mustapha sprach mit einem österreichischen Unterton. Ortskenntnisse und Liebe zu Tirol waren unüberhörbar. Er hatte hinsichtlich der Nazis eine unumstößlich feindselige Haltung. Und es gab bei ihm eine gewissermaßen „nostalgische" Beziehung zum Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD)[4], jener Organisation, die unter den Fittichen der Roten Armee antifaschistische Arbeit an der Front und unter deutschen Kriegsgefangenen leistete.

Kofferträger zwischen allen Fronten

Erst 1949 sei Winfried Müller aus der Sowjetunion zurückgekehrt – nach Österreich. Die Kommunistische Partei Österreichs habe ihn sogleich auf die SED-Parteihochschule in Klein-Machnow bei Berlin geschickt, wo er unter dem Namen „Wilfried Mauser" eingeschrieben war, wird in einem Film mitgeteilt. Leggewie hingegen behauptete:

---

2 Ebenda, S. 89.

3 Ebenda, S. 90

4 „Sie haben vor zirka einem Jahr ein Buch zur Geschichte des Nationalkomitees Freies Deutschland herausgebracht. Ich möchte aus sentimentalen Gründen sehr gern dieses Buch besitzen." Brief von Si Mustapha an den Autor; Tetuan 10. 6 1962

„Nach Kriegsende gehörte Müller zur ‚Gruppe Ulbricht' ...“ Er sei „zuerst nach Österreich geschickt“ worden, dann aber bald nach Wiesbaden übergesiedelt, „wo er einen damals auch noch in den Westzonen legalen FDJ-Verband aufbaut; dann wird er in die FDJ-Schule Klein-Machnow in der sowjetischen Besatzungszone geschickt.“[5] Das dürfte so nicht stimmen; immerhin, für den Besuch der SED-Parteihochschule spricht alles. Es hat mich immer verblüfft, welche intimen und stets zutreffenden Personal-Kenntnisse aus dem führenden SED-„Milieu“ er besaß. Wann Winfried Müller aus Klein-Machnow nach Westberlin ging, vermag ich nicht festzustellen. In dem „Kofferträger“-Buch heißt es:

> „Offensichtlich ist er, den Freunde als gutwilligen Idealisten schildern, dort ein Opfer der stalinistischen Säuberungspolitik geworden, politische und persönliche Konflikte führen dazu, daß er wegen ‚titoistischer Umtriebe' aus der Partei ausgeschlossen wird.“

Das hört sich hochdramatisch an. Mustapha hat mir aber eine etwas abweichende, jedoch in meinen Augen glaubhaftere Version gegeben. Er habe einen kleinen verletzten Vogel gefunden und in seinem Zimmer aufgepäppelt; es scheint, er habe diesem Vogel mehr Aufmerksamkeit gewidmet als dem seinerzeit obligatorischen Studium der Werke J.W. Stalins. Jedenfalls kam es zu einem Parteiverfahren mit unschönen Diskussionen – ein Grund für Müller, von Klein-Machnow ins benachbarte Westberlin zu wechseln.

Dazu meinte Leggewie: „Über Müllers Verbleib in den Jahren zwischen 1949 und 1953 ist wenig bekannt; er soll des öfteren ‚hereingelegt' und von dubiosen Semi-Agenten, wie sie die damalige Berliner Szene epidemisch bevölkerten, benutzt worden sein.“[6] Die „Frankfurter Rundschau“ erwähnte in einem Artikel nach einem Gespräch mit ihm seine Mitarbeit in „zwielichtigen antikommunistischen Gruppen in Westdeutschland“,[7] angeblich unter dem Aliasnamen „Michael Müller-Samson“. Mir hat Mustapha von seiner Mitwirkung in der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“, einer von USA-Geheimdiensten geförderten und finanzierten antikommunistischen Untergrundorganisation, erzählt und von seiner engen Bekanntschaft mit deren Gründer und Leiter Dr. Rainer Hildebrandt. Er fügte hinzu, er sei auf dem besten Wege gewesen, in einem (Spionage-)Sumpf zu landen, im Grunde habe ihn die algerische Revolution davor bewahrt.

Zunächst heiratete er Sonja Uth, ein Sohn wurde geboren. Winfried Müller kam in das Umfeld einer westdeutschen antistalinistischen Lin-

---

5 Leggewie (Anm. 1), S. 90; „FDJ-Schule Klein-Machnow“ war natürlich Unfug.
6 Ebenda.
7 Frankfurter Rundschau 22.7.1960.

ken, der Splittergruppe Unabhängige Arbeiterpartei, bewegte sich im Umkreis der trotzkistischen Bewegung. Durch sie kam er 1955 in Paris in Kontakt zur algerischen Nationalen Befreiungsfront (FLN). Am 1. November 1954 hatte in Algerien der Aufstand gegen die mehr als hundertjährige französische Kolonialherrschaft begonnen. Acht Jahre später zog sich Frankreich nach einem blutigen Krieg, der hunderttausende Tote kostete, zurück. Das Land wurde unabhängig.

Die „Kofferträger"-Funktion, die Leuten wie Mustapha zugeschrieben wurde, ist wahrscheinlich sogar wörtlich zu nehmen. Mustapha hat mir erzählt, dass er in Frankreich vornehmlich Kurierdienste für die FLN leistete, Material jedweder Art transportierte. Dass er bei einem solchen Unternehmen einmal fast erwischt worden wäre, weil Blut aus einem Behältnis tropfte, mag eine Überhöhung sein. Jedenfalls kam der Moment, da er damit rechnen musste, von der französischen Polizei gefasst zu werden. Er und die FLN entschieden, es sei besser außer Landes zu gehen. So fuhr er im Herbst 1956[8] nach Marokko, „nur mit einer Streichholzschachtel, auf der eine Telefonnummer stand".[9] Er sei in ein Ausbildungslager der algerischen Befreiungsarmee (ALN) gebracht worden, wo man überlegte, wofür er nützlich sein könnte. An militärisch ausgebildeten Kämpfern – noch dazu mit intimen Kenntnisse von Land und Leuten, von der Sprache ganz zu schweigen –, mangelte es den Algeriern nicht. Was also sollte man in Nordafrika mit diesem Deutschen? Es war eine Art Zufall, der Müllers künftigen Weg bestimmte. Er wurde nämlich plötzlich als Dolmetscher benötigt. Man brachte ihn über Land zu einer Gruppe deutscher Fremdenlegionäre, die von der ALN gefangen genommen worden waren.

Mit Islam und Rückführungsdienst gegen Fremdenlegion

Die 1830 gegründete „Légion Ètrangére" setzte (und setzt) sich mit Ausnahme der Offiziere aus Ausländern zusammen, zumeist solchen, die Gründe hatten, ihr Heimatland zu verlassen oder zu meiden; die Legion gab ihnen die Möglichkeit, wenn nötig unter einem Alias unterzutauchen. Diese Truppe, im Selbstverständnis eine Eliteeinheit, wurde stets in besonders brenzligen Situationen eingesetzt, so also auch in Algerien. Es war also unvermeidlich, dass die ALN es mit gefangenen Legionären zu tun bekam. In dem erwähnten Fall war der vernehmende algerische Offizier Capitaine Larbi[10] – und der war einigermaßen ratlos,

8 Bei Leggewie (Anm. 1, S. 91) heißt es fälschlich 1955.

9 So seine Aussage in dem Film „Kurze Zeit des Ruhms" – Ein Film von Erika Fehse, 1992 (WDR).

10 Larbi war nach 1965 in der Regierung Boumedienne Minister für Landwirtschaft.

was man nun mit den Legionären machen solle. „Erschießen geht nicht", habe Larbi sinniert, dem stehe der traditionelle arabische Verhaltenskodex für einen Gefangenen, der sich ergeben habe, entgegen. Müller-Mustapha hatte die Erfahrung mit dem Nationalkomitee „Freies Deutschland" im Hinterkopf. So entstand die Idee des Rückführungsdienstes für geflüchtete Fremdenlegionäre.[11]

Winfried Müller fand seine Berufung und seine neue Identität. Am 6. Oktober 1956 schrieb er aus dem marokkanischen Oujda an seine Frau,

> „daß ich erstmals seit dem Zusammenbruch des falschen kommunistischen Himmels die direction gefunden habe: Im Islam das Weltbild, im Kampf die erhaben über jedem Zweifel stehende praktische Aktion. Unter diesen herrlichen Menschen hier, ein Volk, das erste, unter dem ich mich wohlfühle."[12]

Er bekannte sich zu dem Ziel, „daß ich Algerier werde und Algerier bleibe". Später sagte er: „An Deutschland band mich nichts, gar nichts, weder an das eine, noch an das andere Deutschland."

Zu der neuen Identität gehörte der Übertritt zum Islam. In einer feierlichen Zeremonie erhielt er den Namen Mustapha. Dazu sagte er im Interview: „Es war nicht nur eine Nützlichkeitsüberlegung bei mir... Ich kann Ihnen heute noch nicht sagen, ob der liebe Gott existiert oder nicht..." Aber nach verschiedenen „starken Enttäuschungen in meinem Leben ... ist es mir lieber, daß sie an einen Gott glauben, als an einen politischen Führer", denn der sei ein Mensch und dieser könnte sich irren.

Der Rückführungsdienst für geflüchtete Fremdenlegionäre nahm seinen offiziellen Sitz in Tetuan, also in dem vormaligen Spanisch-Marokko (Frankreich und Spanien beendeten zwar im Frühjahr 1956 ihre Kolonialherrschaft über Marokko, blieben aber dennoch noch längere Zeit im dem nunmehr unabhängigen Land präsent.) Eine kleine arabische Villa inmitten eines weitläufigen Gartens wurde zum Stützpunkt ausgebaut. Hier brachte man die Ex-Legionäre unter, bevor es gelang, sie in ihre Heimatländer zu repatriieren.

In einem Artikel Mustaphas von 1958 hieß es zur Gründungsgeschichte des Rückführungsdienstes:

> „Die Schaffung des Rückführungsdienstes für Fremdenlegionäre geht auf einen Beschluß des CNRA – Nationalrat der algerischen Revolu-

---

11 Lt. Leggewie (Anm. 1, S. 93) war Oberst Boussouf, seinerzeit Logistikchef der ALN im Wilaya V und später einer der algerischen Geheimdienstschefs in die Gründung involviert

12 Ztiert in „Kurze Zeit des Ruhms".

tion[13] vom Oktober 1956 zurück. Ursache für diese Entscheidung war die Tatsache, daß die algerischen Befreiungsarmee einen Krieg gegen den französischen Kolonialismus führt, jedoch keinerlei Interesse daran hat, militärische Auseinandersetzungen mit Fremden zu suchen, die meistens nur unwillig für die Franzosen kämpfen und ihrer Heimkehr herbeisehnen. (...) Zur Verwirklichung der Aktion wurden drei Aufgaben gestellt:

1. Erziehung der algerischen Bevölkerung zur Hilfsleistung für die Flüchtlinge.
2. Schaffung der notwendigen organisatorischen Voraussetzungen.
3. Bekanntmachung dieser Rettungsmöglichkeiten innerhalb der Legion.

Die Gewinnung der Bevölkerung war der wohl schwierigste Teil, war doch die Legion durch ihre furchtbaren Ausschreitungen allgemein gefürchtet. Radio ‚Freies Algerien', die nationale algerische Rundfunk-Station, klärte systematisch die Bevölkerung auf. Die algerische Widerstandspresse stellte sich in den Dienst der Sache und die politomilitärischen Chefs der ALN nahmen diesen neuen Punkt in ihre Instruktions-Stunden mit auf. Fälle von Hilfsverweigerung wurden durch die Polizei-Organisation der FLN entsprechend geahndet. Was die organisatorischen Voraussetzungen anbetraf, so wurde ein großes Netz von Kontaktleuten geschaffen, Unterkunftsmöglichkeiten sowie Transportmittel bereitgestellt. Selbst provisorische Personalausweise, die den Flüchtlingen in den befreiten Gebieten ungehinderte Bewegungsmöglichkeiten garantierten, wurden hergestellt.

Die Aufklärung innerhalb der Legion vollzog sich auf verschiedene Weise. Losungen in deutscher Sprache wurden von algerischen Patrioten an Straßen und Bahnübergängen angebracht, gedrucktes oder vervielfältigtes Materials sogar mit Hilfe von Legionären in die Kasernen geschmuggelt. Aufgrund der dem französisch-marokkanischen Abkommen widersprechenden Benutzung marokkanischen Geländes zu Angriffen in Algerien wurde die Aktion Heimkehr auch auf Marokko ausgedehnt. Dort gelang es knapp drei Monaten die Hälfte des 4.R.E.I.[14] zur Flucht zu bewegen. (...) Im März 1957 verließ die Legion fluchtartig Marokko..."[15]

Mustaphas Aufgabe war mehrgleisig. Man benötigte Informationen aus der Legion, um die Soldaten gezielt ansprechen zu können. „Wir hatten eigentlich immer Ohren in der Legion", sagte Mustapha später.[16] Sodann waren Wege zu finden, die Botschaft des Rückführungsdienstes unter den Legionären zu verbreiten. Und schließlich musste Sorge getragen

13 Conseil National de la Révolution Algérienne – oberstes Beschlussorgan der FLN.

14 4. Infanterieregiment der Fremdenlegion

15 Manuskript von Si Mustapha, 1958; im Besitz des Autors.

16 Interview in „Kurze Zeit des Ruhms".

werden, die Ex-Legionäre auch zu repatriieren – das Versprechen sollte auch eingelöst werden.

Auch aufgrund seiner Erfahrungen aus dem Nationalkomitee „Freies Deutschland" entwarf Si Mustapha Flugblätter, die von ALN-Mitkämpfern in die Legionskasernen geschmuggelt wurden. Die Botschaft war simpel, sie musste simpel sein: „Bald ist es zu spät!" – „Die Algerische Nationale Befreiungsfront verzeiht jedem Legionär und garantiert ihm den Heimflug", hieß es in einem Flugblatt. Über Chiffreanzeigen (Kontaktanzeigen) in westdeutschen Zeitungen verschaffte er sich Adressen von Legionären, die sich dann womöglich wunderten, statt des erwarteten Briefes von irgendeinem Mädchen in Deutschland ein FLN-Flugblatt in Händen zu halten. Deutschland wurde bald zum Angelpunkt der Aktivitäten des Rückführungsdienstes, denn Deutsche stellten das größte Kontingent in der Legion.[17] Und so lautete die Parole: „Wer desertiert muß ‚Alemani' rufen".[18]

Um die Anliegen des Rückführungsdienstes in der Bundesrepublik bekannt zu machen, bediente sich Si Mustapha alter Verbindungen zur westdeutschen Linken. Unterstützergruppen wurden mobilisiert. Auch gab es im politischen Spektrum der Bundesrepublik Leute, denen klar war, dass man es eines Tages mit einem unabhängigen Algerien zu tun haben würde, und die auch aus diesem Grunde von der Politik des Bundeskanzlers Adenauer mit seiner unbedingten Unterstützung der französischen Politik abrückten. Zu denen gehörte der SPD-Funktionär (und spätere Bundesminister) Hans-Jürgen Wischnewski, der späterhin – auch dafür – den ehrenvollen Spitznamen „Ben Wisch" erhielt. Es war durchaus ein Erfolg für Si Mustapha, wenn Wischnewski 1958 die erste Debatte des Bundestags über die Fremdenlegion initiierte. Anfang Februar 1959 nahm eine Bundestagsmehrheit seinen Antrag an: Die Bundesregierung solle einen vertragliche Regelung mit Frankreich treffen,

> „daß deutsche Staatsbürger, die noch nicht ... die Volljährigkeit erreicht haben, nicht gegen den Willen der Erziehungsberechtigten bei der Fremdenlegion festgehalten werden dürfen".

Die Behörden der Bundesrepublik Deutschland befanden sich in einer gewissen Zwangslage. Direkt nach dem Ende des Weltkrieges hatten vier Besatzungsmächte (USA. Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich) volle Handlungsfreiheit auf deutschem Boden. Das bedeutete auch, dass

---

17 34 Prozent der Legionäre seien Deutsche, hieß es in „Die Welt", 10.6.1954; der Evangelische Pressedienst ging 1958 sogar von 75 Prozent aus („Telegraf", 18.4.1958).

18 So auch die Überschrift eines Artikels von Si Mustapha in: Der Spiegel (1959) 36.

die Werbung für die französische Fremdenlegion in Deutschland weitgehend ungehindert vor sich gehen konnte, in der auf diese Weise auch Söldnertypen der verbrecherischen SS untertauchten. Mit dem schrittweisen Gewinn ihrer staatlichen Souveränität wurde die Werbung deutscher Staatsbürger für die Bundesrepublik zu einem peinlichen Ärgernis. So beschloss der Bundestag 1952 eine Änderung im Strafgesetzbuch, wo es im Paragraph 41 nun hieß, wer einen Deutschen zum Wehrdienst zugunsten einer ausländischen Macht anwerbe, werde mit mindestens 3 Monaten Gefängnis bestraft.[19]

Mit der Gesetzesänderung von 1952 konnten sich die Legionswerber bestenfalls noch verdeckt in der französischen Besatzungszone bewegen. Großbritannien untersagte 1954 jede Werbung für die Legion in seiner Besatzungszone.[20] Die amerikanischen Besatzungsbehörden verhielten sich genauso. Es sei bemerkt, dass die USA zu dem Kolonialkrieg in Nordafrika eine sehr ambivalente Haltung bezogen. Einerseits fühlten sie sich dem NATO-Verbündeten Frankreich verpflichtet, andererseits sorgten sie sich um gute Beziehungen zu den – ölreichen – arabischen Staaten.

Hatten die USA zunächst den Grundsatz der Nichteinmischung in den Algerienkonflikt vertreten, so änderte sich die amerikanische Politik nach dem französischen Luftangriff auf die tunesische Grenzstadt Sakiat Sidi Yusuf. Außenminister John Foster Dulles bot im Februar 1958 die „guten Dienste" der USA an, zwischen beiden Seiten zu vermitteln. Unterstaatsekretär Robert Murphy wurde mit dieser Mission betraut.[21] Diese politische „Großwetterlage" kam Si Mustapha entgegen.

Briefbombe vom französischen Geheimdienst

Nun sicherte er sich die Unterstützung bekannter westdeutscher Journalisten, darunter Bernt Engelmann und Gert von Paczensky.[22] Dank solcher Kontakte berichtete das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel"[23] und gab ihm später die Möglichkeit, selbst ausführlich in einem langen Artikel Anliegen und Methoden – natürlich nicht alle – des Rückführungsdienstes darzulegen.[24] Am 14. September 1959 konnte Mustapha in Aachen seine erste Pressekonferenz in der Bundesrepublik geben. Das Thema Legion war von nun an in den westdeutschen Medien immer

19 „Neue Zürcher Zeitung", 6.2.1952.
20 „Die Welt", 5.6.1954.
21 Siehe H. Elsenhans, Frankreichs Algerienkrieg 1954–1962, München 1974, S. 50 ff.
22 Paczensky veröffentlichte im Oktober 1958 in der Zeitung „Die Welt" eine mehrteilige Serie über die Legion und über die Arbeit des Rückführungsdienstes.
23 „Der Spiegel (1959) 8.
24 „Wer desertiert muß 'Alemani' rufen" in: Der Spiegel (1959) 36.

wieder präsent, und sei es, dass die Haltung der Behörden kritisch verfolgt wurde. So als 1961 in Frankreich ein desertierter deutscher Ex-Legionär festgenommen und abgeurteilt wurde und die Bundesregierung zu der Forderung, sie müsse sich pflichtgemäß für den deutschen Staatsbürger einsetzen, erklärte, sie sehe sich dazu außerstande.[25]

Kontakte mit Organisationen der Naturfreunde führten ab 1960 zur Herausbildung von Unterstützergruppen für den algerischen Befreiungskampf. Dass diese Aktivitäten das „Interesse" der bundesdeutschen Sicherheitsorgane fanden, kann als gegeben genommen werden. Jedenfalls schrieb mir Mustapha aus Tetuan:

> „Rein persönlich und nicht in irgendeiner Form zur Auswertung möchte ich Ihnen sagen, daß alle in Verbindung mit der FLN stehenden Persönlichkeiten bereits durch die westdeutsche Polizei überwacht werden, die völlig zu Unrecht annimmt, daß es sich da um kommunistisch gestützte Bemühungen handelt."[26]

Natürlich war Si Mustapha längst im Visier der französischen Dienste, und die waren nicht zimperlich. Mit der zunehmenden Zahl von Desertionen aus der Legion und mit seiner immer umfangreicheren PR-Tätigkeit in Deutschland war er zu einem ernstzunehmenden Faktor geworden, den man aus dem Weg räumen wollte. Bereits 1957 sei im marokkanischen in Meknes ein Anschlag gegen ihn unternommen worden, schreibt Leggewie.[27] Einmal wurde der Wagen, in dem er saß, von Schüssen durchlöchert.[28] Die „Rote Hand", eine – wie sich später herausstellte – operative Abteilung des französischen Geheimdienstes, stellte ihm nach. Spektakulär war der Anschlag, bei dem Si Mustapha am 26. März 1960 um ein Haar ums Leben kam. An diesem Tag holte er die für ihn auf seinem Postfach beim Postamt Tetuan („Apartado 399") eingegangene Post ab. In einem nahe gelegenen Café sichtete er die Korrespondenz, als er zufällig aufsah. Der neben ihm am Tisch sitzende spanische Ex-Legionär, der ihn als Dolmetscher begleitete, hatte ein Päckchen geöffnet und das darin enthaltene Buch herausgezogen. Als Absender war das Kulturzentrum der Vereinigten Arabischen Republik in Rabat angegeben. Als der Spanier das Buch ein wenig öffnete, sah Mustapha einen Hohlraum und eine Reihe von Drähten. Er konnte seinem Gegenüber gerade noch auf die Hände drücken und das Buch wieder fest schließen. Feuerwerker der ALN entschärften die Buchbombe, Sprengstoff, in den man, um sicher zu gehen, auch noch Stahlnägel ge-

25 Siehe dazu u. a. Hamburger Abendblatt 14.4.1961.
26 Brief an den Autor, Tetuan 28.11.1957.
27 Leggewie (Anm. 1), S. 102.
28 Interview in „Kurze Zeit des Ruhms".

bettet hatte. Mustapha zeigte mir einmal eine Röntgenaufnahme des Buches, auf der Hohlraum, Nägel und Fadenzünder klar zu erkennen waren. Der lebensrettende Zufall bewahrte übrigens andere algerische Funktionäre vor dem Tode, eine Warnung vor derlei Buchpäckchen konnte rechtzeitig weitergegeben werden.[29]

Später wurde Mustapha in Frankfurt am Main abends auf der Straße mit einer Maschinenpistole beschossen – den oder die Täter ermittelte man nie. Si Mustapha hat sich später zu den Anschlägen geäußerte. Auf die Frage, ob er nicht ständig Angst gehabt habe, sagte er:

> „Um sich einer Gefahr bewußt zu werden, muß man Zeit haben, darüber nachzudenken... wovor ich Angst hatte ... daß ich so oder so lebendig in einer Legionskaserne verschwinde"

wegen der „unwahrscheinlich unsympathischen Methoden", mit denen Legionsoffiziere gedroht hatten.[30]

Legionäre kamen nicht nur aus Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen, sondern gleichermaßen aus Sachsen oder Mecklenburg, wie denn überhaupt zahlreiche Flüchtlinge aus den Ostblockstaaten in der Legion landeten. Das schuf dem Rückführungsdienst für Fremdenlegionäre Probleme für die zugesagte Repatriierung. So schilderte Mustapha die Probleme mit einem Legionär aus dem Ostberliner Bezirk Niederschönhausen,

> „der nach seinen eigenen Worten die DDR aus ‚jugendlichem Leichtsinn' verließ. ... Da Ihre Republik hier über keinerlei Vertretung verfügt, war ich gezwungen, den westdeutschen Konsulatssekretär mit der Heimschaffung von Herrn B. zu beauftragen. Letzterem wurde von mir geraten, erst in Frankfurt (am Main) seine Absicht der Rückkehr (in die DDR) verlauten zu lassen, damit sich nicht noch zusätzliche Schwierigkeiten einstellen. Sollten sich in Frankfurt wider Erwarten Komplikationen ergeben, soll sich Herr B. schriftlich an Sie wenden, damit Sie etwas unternehmen können."[31]

Ostberliner Kontakte des Rückführungsdienstes

Si Mustapha hatte also seine Fühler in die DDR ausgestreckt; in der Ostberliner Zeitung „Wochenpost" mit ihrer Millionenauflage sah er eine Möglichkeit, Eltern und Freunde von Legionären und so diese zu erreichen. Mustapha schickte regelmäßig und in dichter Folge Artikel und später auch Bulletins an die Redaktion. Der Rückführungsdienst

29 Siehe auch Der Spiegel, 13.4.1960, Rote Hand – Tod mit der Post.
30 Interview in „Kurze Zeit des Ruhms".
31 Brief an den Autor, Tetuan 18.11.1957.

professionalisierte sich zusehends und vermittelt nun auch andere Informationen über Algerien.[32] Mustapha schrieb aber auch:

> „Leider habe ich erfahren, daß alle aus Ihrer Republik kommenden Briefe an Legionäre entweder überhaupt nicht ausgehändigt oder jedoch auf jeden Fall zensiert werden. Dies ist mit Briefen aus Westdeutschland nicht der Fall, weshalb man also Legionärsangehörigen raten müßte, diesbezügliche Briefe über Angehörige in Westdeutschland aufgeben zu lassen. – Daneben bliebe noch der Rundfunk, der ja bekanntlich keine Grenzschwierigkeiten hat."[33]

Bald bot sich der DDR-Rundfunk mit seinem internationalen Programm an. Radio Berlin International (RBI)[34] konnte man auch in Nordafrika empfangen. Seit dem Herbst 1958 sendete RBI einmal wöchentlich speziell für die Legion. Hintergrundmaterial lieferte der Rückführungsdienst. Der Nationalrat der Nationalen Front in der DDR wandte sich am 2. Januar 1958 mit einem Aufruf an die Fremdenlegionäre, überzulaufen.[35] Der Bundesvorstand des Ostberliner Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes richtete ebenfalls einen Aufruf an die Legionäre.

Die Behörden der DDR sahen sich dabei durchaus in einer gewissen Zwangslage. Einerseits sollte die algerische Befreiungsbewegung aus außenpolitischen Gründen unterstützt werden. Sodann hatte die Anti-Legions-Propaganda natürlich auch eine Funktion im Kampf gegen die „Republikflucht". Andererseits aber war man nicht daran interessiert, sich Leute mit einem oftmals strafrechtlich relevanten Hintergrund ins Land zu holen, von der Möglichkeit einer Geheimdienstinfiltration ganz zu schweigen. Das erschwerte Mustaphas Bemühungen. Dazu ein beispielhafter Vorgang: Am 11. Dezember 1957 kündigte er in einem Brief die Rückkehr von zwei Legionären an, die in der „Wochenpost"-

---

32 „Heute sind wir technisch so weit, daß mir täglich alle Operationen der Wilaya von Oran durchgefunkt werden. Außer einer Veröffentlichung dieser Meldungen in der hiesigen Presse haben wir sie bisher nie verwertet. Könnten Sie mir eventuell eine Idee geben, ob und in welcher Form diese Meldungen auch in Europa in Umlauf gesetzt werden könnten?" Brief an den Autor, Tetuan, 7.11.1957.

33 Brief von Si Mustapha an den Autor, Tetuan 18.11.1957.

34 Ausf. Dazu H. Odermann, Wellen mit tausend Klängen, Geschichten rund um den Erdball in Sendungen des Auslandsrundfunks der DDR Radio Berlin International, Berlin 2003.

35 Siehe dazu auch den Brief von Si Mustapha an den Autor, Tetuan 14.1.1958, in dem es hieß: „Dann möchten wir uns noch besonders für die Initiative des Nationalrates und seinen Aufruf an die deutschen Fremdenlegionäre bedanken, zu deren Zustandekommen sicherlich der mit Ihnen bestehende Kontakt wesentlich beigetragen hat. Sollte dieser Aufruf oder auf ihm fußende Reportagen laufend publiziert werden, so würde das bestimmt praktische Rückwirkungen innerhalb der Legion zeitigen und auch die Summe der Rückkehrer stark ansteigen lassen."

Redaktion vorsprechen sollten. Tatsächlich erschien am 20. Dezember 1957 bei mir der Ex-Legionär Siegfried R. aus Ostberlin. Was sollte eine Zeitungsredaktion tun? Ich bat ihn, sich erst einmal in der Rückkehrerstelle des DDR-Innenministeriums zu melden. Am nächsten Tage rief mich ein Oberleutnant L. von dieser Rückkehrerstelle an und teilte mir mit, R.'s Gesuch auf Aufnahme in die DDR sei abgelehnt worden.

> „R. sei einigemale vorbestraft, u. a. wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und in Westberlin wegen Raubes in Verbindung mit Körperverletzung. Es bestehe keine Garantie, daß R. nicht in kurzer Zeit schon wieder rückfällig werde. Im übrigen gehe man überhaupt an die Aufnahme ehemaliger Fremdenlegionäre sehr ungern und dann auch nur sehr vorsichtig heran."

Am 27. Dezember 1957 wurde die Ablehnung bestätigt, R. sei „aus dem Gebiet der DDR ausgewiesen" worden.[36]

Misstrauen war durchaus berechtigt. In der Redaktion der „Wochenpost" erschienen – es war die Zeit der noch offenen Grenze zu Westberlin – auch schon mal Leute, die behaupteten, von Mustapha geschickt worden zu sein. Rückfragen in Tetuan ergaben allerdings mehrmals, dass diese angeblichen Ex-Legionäre dort unbekannt waren.

Der Ausbau der Beziehungen auch zur DDR war für den Rückführungsdienst also wichtig, wenn auch nicht unproblematisch. Einerseits musste Müller-Mustapha klar sein, dass man in der DDR angesichts seiner Vergangenheit mindestens Vorbehalte haben würde. Andererseits war der algerischen Befreiungsfront zwar an Beziehungen zur DDR gelegen, doch wollte man sich nicht in der Auseinandersetzung zwischen den beiden deutschen Staaten instrumentalisieren lassen.[37]

Mustapha kam erst 1960 erstmals in die DDR, als Angehöriger einer FLN-Delegation. Er reiste mit einem tunesischen Pass, ausgestellt auf den Namen Mustapha Ouazzani. In dem mehrfach zitierten Film wird behauptet, sein Auftrag sei es auch gewesen, Waffen zu kaufen. Er erzählte mir später einmal voller Ärger, die DDR sei zwar bereit gewesen, den Algeriern Waffen zu liefern – alte Beutewaffen der deutschen Wehrmacht, mit denen die Kasernierte Volkspolizei der DDR[38] vor ihrer Umrüstung auf sowjetische Waffen ausgerüstet war, also Karabiner 98k und Maschinenpistolen MPi44 – allerdings habe die DDR dafür exorbi-

36 Privatarchiv Klaus Polkehn: Aktennotiz vom 27.12.1957.

37 Ausf. W. G. Schwanitz, „Flammendes Algerien": Deutsche und Araber im Lichte der „doppelten Alleinvertretung" in Nordafrika (1947–1961). In: S. Faath, H. Mattes (Hrsg.), Wuqûf, Hamburg (1995) 9, S. 339-362.

38 Vorläufer der DDR-Volksarmee.

tante Preise in harten Devisen verlangt.[39] Es folgten zwei weitere DDR-Besuche im Jahre 1961 und im März 1962.

Algerische Zwiste, Grab in der Sahara

Am 19. März 1962 trat der Evian-Vertrag über die Feuereinstellung in Kraft. Am 4. Juli 1962 wurde Algerien unabhängig. Der Rückführungsdienst für Fremdenlegion hatte seine Mission erfüllt, er hörte auf zu existieren. Die Bilanz konnte sich sehen lassen. In einem Interview mit Bernt Engelmann für die ARD-Fernsehsendung „Panorama" wurde die Gesamtzahl der „abgeworbenen" Legionäre genannt: 3726, davon 2787 Deutsche „und ein Koreaner".[40] Mustapha musste die Villa am Stadtrand von Tetuan verlassen, die so viele Ex-Legionäre beherbergt hatte, den weitläufigen Garten, den die Ex-Söldner beackerten (Mustapha: „Man musste die Leute beschäftigen, damit sie nicht auf dumme Gedanken kamen"). Der reiche Tierbestand war abzuschaffen, Enten und Hühner landeten in Kochtöpfen.

Mustapha-Müller sagte später mehrmals, eigentlich sei es sein Wunsch gewesen, einmal Direktor des Zoologischen Gartens und des „Jardin d'Essai", des Botanischen Gartens in Algier, zu werden. Doch dazu kam es nicht. Ende September 1962 teilte er mit: „Ab 1.10.1962 erreichen Sie mich unter folgender Adresse: Si Mustapha, Delegation aux Affaires Militaires; Alger – Algerie, Ancienne Delegation Generale."[41] Das hatte seine Logik. Der Rückführungsdienst war mit einem der algerischen Geheimdienste unter Abdelhafid Boussouf verknüpft, unterstand zudem dem ALN-Oberkommando für die Truppen in den Grenzzone in Marokko und Tunesien (Commandement des Frontières), das seinen Sitz in der marokkanischen Grenzstadt Oujda hatte. Chef dieser Truppen war Oberst Houari Boumedienne. Im Sommer 1962 war es zu einer Auseinandersetzung zwischen diesen ALN-Kräften und der algerischen Provisorischen Regierung (GPRA) über den politischen Kurs des unabhängigen Algerien aber auch über die Machtverteilung gekommen. Dem waren Bemühungen vorhergegangen, eigene Positionen zu verbrei-

39 Die Behauptung, Mustapha habe bei jener Reise in der DDR Waffen beschaffen sollen, findet sich im Film „Kurze Zeit des Ruhms". Ich füge eine eigene Beobachtung hinzu: Bei einem Besuch bei der ALN in Marokko im Frühjahr 1962 fand ich tatsächlich viele Kämpfer mit der deutschen MPi44 ausgerüstet.

40 „Kurze Zeit des Ruhms"; Leggewie (Anm. 1), S. 101, nennt übrigens als „Abschlussbilanz" 4111 Legionäre, davon 2783 Deutsche. Eineinhalb Jahre zuvor war die Zahl der in ihre Heimatländer zurückgeführten Legionäre mit 3310 darunter 2079 Deutschen angegeben; es seien bis dahin 8486 Deutsche als Angehörige der Fremdenlegion im Algerienkrieg gefallen (Süddeutsche Zeitung, 25.10.1960).

41 Brief von Si Mustapha an den Autor, Tetuan 24.9.1962.

ten; dazu gehörte u. a. auch ein Interview, das die „Wochenpost" im Februar 1962 mit der die DDR besuchende ALN-Delegation geführt hatte.[42]

Im August 1962 erschien in Deutschland ein Buch, das recht exakt die Position des „Oujda-Clans", der Boumedienne-Fraktion, in der inneralgerischen Auseinandersetzung beschrieb, die Geschichte der algerischen Krise bis Anfang Juli 1962 schilderte und überdies einige relevante Dokumente im Originaltext, zum Teil sogar als Faksimile, enthielt: „Die algerische Revolution".[43] Hinter der im Deutschen etwas hochtrabenden Verfasserbezeichnung („Mitglied des Politischen Büros der Obersten Heeresleitung") verbarg sich Si Mustapha – der Titel war als Übersetzung aus dem Französischen durchaus korrekt: Bureau Politique de l'Etat Major General.

Bei den Militärangelegenheiten blieb Mustapha nicht lange. Anfang November 1962 teilte er mit:

> „... ich wurde zu meinem eigenen Erstaunen ins Kabinett unseres Jugend-, Sport und Touristenministers gesteckt, Verbindungen mit dem Ausland sowie Presse. Habe da nun gewisse Haus-Verpflichtungen, insbesondere was politische und materielle Hilfe für unsere zu schaffende Jugendorganisation anbetrifft. – Können wir das eventuell etwas gemeinsam moscheln?"[44]

Der Minister für Jugend, Sport und Tourismus war der vormalige Boumedienne-Adjutant Abdelaziz Bouteflika[45], ein alter und guter Bekannter Mustaphas. Spätere Briefe Mustaphas auf offiziellem Briefkopf des Ministeriums trugen zunächst den Vermerk „Cabinet du Ministre" und später außerdem noch „Service: Rélations Internationales". Mustapha versuchte, den Tourismus, vor allem aus Westdeutschland, nach Algerien in Gang zu setzten; die PR-Arbeit beschränkte sich auf Werbezettel und einige Zeitungsartikel. Doch der Sache war, den Umständen geschuldet, kein großer Erfolg beschieden.

Dann brach die Verbindung zu ihm plötzlich ab. In Medien fanden sich Mutmaßungen über eine Absetzung Mustaphas „wegen Amtsanma-

---

42 In einem Brief vom 16. Februar 1962 bedankte sich Mustapha bei mir für das Interview: „Es ist für uns in unserer innenpolitischen Auseinandersetzung eine wirkliche Waffe."

43 Die algerische Revolution. Von einem Mitglied des Politischen Büros der Obersten Heeresleitung der Algerischen Nationalen Befreiungsarmee (ALN). Deutsche Verlagsanstalt. Stuttgart o. J. (1962).

44 Brief von Si Mustapha an den Autor, Algier 5.11.1962.

45 Abdelaziz Bouteflika war ab 1965 algerischer Außenminister; als Präsident der UNO-Vollversammlung hatte er übrigens 1974 maßgeblichen Anteil an der Einladung Yasir Arafats zur Vollversammlung und an dem Beschluss der Resolution 3236, die das Recht des palästinensischen Volkes auf nationale Souveränität und Unabhängigkeit festschrieb. Im April 1999 wurde er Staatspräsident Algeriens.

ßung". Leggewie berichtete noch 1980 über einen Brief Mustaphas an einen Kontaktmann in der Bundesrepublik aus dem Jahr 1964, „in dem er von einer ‚sehr unangenehmen Situation' spricht, in die er nach den politischen Wirren nach der Unabhängigkeit hineingeraten sei; er soll in diesen Jahren festgenommen worden sein. Hier verliert sich seine Spur; allerdings soll Mustapha-Müller ... noch bis heute in den Diensten des genannten Ministeriums" für Jugend, Sport und Tourismus „arbeiten".[46]

Daran ist Verschiedenes falsch. Ich erhielt im Januar 1964 einen Brief Mustaphas, in dem es unter anderem hieß:

> „Bis August (1963) hatte ich sagenhaft viel Arbeit, dann wurde ich ganz krank, bin es eigentlich immer noch. Nachdem ich im September in Madrid einen Spezialisten konsultiert hatte, wollte ich mit etwas Ausspannen über Marokko zurückreisen. Dort nahm mich dann die Geheimpolizei als ‚Spion Ben Bellas' für 50 Tage in Obhut.[47] Es war sehr schlimm..."

Das Ministerium, in dem er gearbeitet habe, sei in dieser Form aufgelöst worden; er habe sich noch nicht noch nicht zu etwas neuem entschieden, „bin praktisch arbeitsunfähig, verschleppter Paludismus, böses Geschwür nebst Leber, Galle und Milz-Gebrechen".[48] Später machte mir Mustapha Andeutungen was sich ereignet hatte: Er war offenkundig Opfer von Intrigen der gegeneinander tätigen verschiedenen algerischen Geheimdienstzweige geworden, möglicherweise hatte er sich auch selbst in diese Intrigenspiele hineinziehen lassen. Einer der Dienste versperrte ihm offenbar zunächst den Rückweg von Madrid nach Algier. Der „Umweg" über Marokko war hingegen angesichts der Umstände mehr als leichtsinnig. Einiges wird wohl für immer im Dunkel bleiben.

Ende Februar 1964 erfuhr ich: „Ich bin inzwischen als Presse-Attaché des Ministers für Nationale Orientation ernannt..." Gewiss war diese Anstellung im Ministère de l'Orientation Nationale, Section allemande, auch Resultat des Wirkens des „Oujda-Clans". Der ihm vorgesetzte Minister war zu jener Zeit der Ex-Boumedienne-"Adjutant" Noureddine Djoudi, ein alter guter Bekannter Mustaphas. Dennoch: Der Job in diesem Ministerium, das bald in das Informationsministerium umgewandelt wurde, unterforderte Mustapha sicherlich und sichtbar. Seine Aufgabe bestand darin, zusammenzustellen, was die deutsche Presse über Algerien berichtete und Gutachten darüber abzugeben, welche deutschen Zeitungen in Algerien verkauft werden dürften. Aber erstens waren die deutschen Berichte über Algerien eigentlich immer weniger

46 Leggewie (Anm. 1), S. 103.

47 Man erinnere sich: es gab 1963 Grenzstreitigkeiten und schließlich einen kurzen Krieg zwischen Algerien und Marokko.

48 Brief von Si Mustapha an den Autor, Algier 25.1.1964.

relevant, und zweitens hielt sich die Zahl der Käufer deutschsprachiger Blätter an den Kiosken Algeriens in starken Grenzen.

Mustapha Muller, wie er sich jetzt nannte, musste auf tragische Weise erleben, dass die „diréction" von der er 1956 gesprochen hatte, doch nicht die seine sein konnte – das unabhängige Algerien schlug einen anderen Weg ein, der schließlich in eine Art Militärherrschaft und in einen blutigen Bürgerkrieg mündete. Man erkannte in Algerien seine Verdienste an, aber die gerieten natürlich im Lauf der Jahrzehnte in Vergessenheit. Er genoss die (in seinem Falle bescheidenen) Privilegien eines „Ancien Moudjahid".

Aber er blieb dennoch immer der „Alemani", der Außenseiter. Dabei liebte er das Land und seine Menschen. Also wandte er sich ihm auf andere Weise zu. Er hielt sich aus politischen Querelen heraus. Dank seiner Jugend in Tirol war er ein begeisterter Wintersportler. Entgegen landläufiger Vorstellungen bieten die algerischen Gebirge durchaus gute Wintersportmöglichkeiten. So wurde er initiativ bei der Gründung des algerischen Skiverbandes, bei der Einrichtung von Skihütten in der Kabylei. Er gewann einen hochrangigen und einflussreichen Militär, den Colonel Aouchiche, als Sponsor für Algeriens Wintersport. Beim Skisport erlitt er im Frühjahr 1972 einen schweren Unfall – ein Ereignis, das seine „Abnabelung" von der algerischen Politik weiter beförderte. Es zog ihn mehr noch als zuvor in die Natur. Er hatte schon in seiner kleinen Stadtwohnung in Algier ständig Tiere um sich, natürlich einen Hund, lange Zeit einen Fennek, einen Wüstenfuchs, außerdem einen Dob, einen kleinen Wüstenwaran. Schließlich hat Mustapha Algier verlassen. Er zog sich in eine Hütte in den kabylischen Bergen zurück, wo er sich inmitten von Pflanzen und Tieren ein kleines Paradies schuf. Aber er war kein „Aussteiger". Er verwandte viel Zeit und Energie darauf, durchzusetzen, dass Regionen des unabhängigen Algerien zu Nationalparks erklärt wurden. So war es denn logisch, dass er 1993 nach seinem Tode im Tassili-Nationalpark tief in der Sahara beigesetzt wurde.

Angelika Timm

Der Faktor USA in der Entwicklung deutsch-israelischer Beziehungen während des Kalten Krieges

Sowohl die Bundesrepublik Deutschland als auch die Deutsche Demokratische Republik, machten während ihrer vierzigjährigen separaten Existenz geltend, den Herausforderungen deutscher Geschichte des 20. Jahrhunderts gerecht zu werden. Ihr Selbstverständnis als grundsätzliche Antithese zum jeweils anderen sowie ihre Blockbindung während des Kalten Krieges beeinflussten maßgeblich die Beziehungen zu dritten Staaten – nicht zuletzt zu dem ebenfalls im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs 1948 gegründeten Staat Israel.

Determinanten deutscher Israelpolitik

Die Spezifik des deutsch-israelischen Verhältnisses wurzelt zunächst und vor allem in der Schoah, dem von Deutschen verantworteten und industriemäßig ausgeführten Massenmord an den europäischen Juden. Die Politiker in Ost- und Westdeutschland freilich näherten sich völlig unterschiedlich der historischen Erblast. Die Bundesrepublik verstand sich als juristischer Nachfolgestaat des Dritten Reiches. Daran band sich die Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus am jüdischen Volk, wie es Bundeskanzler Konrad Adenauer am 27. September 1951 vor dem Bundestag zum Ausdruck brachte. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, SED, – führende politische Kraft im ostdeutschen Staat – akzeptierte hingegen gemäß ihrem Grundverständnis von Faschismus und Antifaschismus keine über die Festlegungen des Potsdamer Abkommens hinausgehende gesamtdeutsche Schuld für die Verbrechen des Nationalsozialismus. Insbesondere eine spezifische deutsche Verantwortung gegenüber Israel lehnte sie ab.

Die Außen- und Sicherheitspolitik beider deutscher Staaten wurde zudem maßgeblich durch die jeweiligen Bündnisbeziehungen im Kalten Krieg geprägt. Der engen Bindung der Bundesrepublik an Westeuropa und an die USA, ihrer Mitgliedschaft in der NATO und ihrer aktiven Mitgestaltung der Europäischen Gemeinschaft, EWG, später EG, standen der sowjetische Einfluss auf die Innen- und Außenpolitik der DDR sowie deren Einordnung in die Politik des Warschauer Vertrages und des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, RGW, gegenüber.

COMPARATIV 16 (2006), Heft 2, S. 46-52.

Die zunehmende Einbeziehung der strategisch, politisch und ökonomisch wichtigen Nahostregion in den Ost-West-Konflikt wirkte sich auch auf die deutsch-israelischen Beziehungen aus. Israel hatte das bei seiner Gründung verkündete Prinzip der Äquidistanz in der Außenpolitik bereits 1950 aufgegeben, enge Bindungen zu den Westmächten hergestellt und wurde von ihnen wirtschaftlich und militärisch unterstützt. Einige der arabischen Kontrahenten Israels dagegen erhielten ab Mitte der fünfziger Jahre politische Zuwendung und militärische Hilfeleistung durch die Sowjetunion und andere osteuropäische Staaten. Diese Konstellation bildete den Hintergrund für die unterschiedliche Positionierung von BRD und DDR während der Nahostkriege von 1956, 1967, 1973 und 1982.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Beziehungen zu Israel war das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten. Die Bundesrepublik hatte im Grundgesetz die Wiedervereinigung Deutschlands als Ziel formuliert; ihre Vertreter beanspruchten, auch auf internationalem Parkett im Namen ganz Deutschlands zu sprechen. Am 22. September 1955 hatte Bundeskanzler Adenauer erklärt, seine Regierung würde die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch Staaten, mit denen die Bundesrepublik offizielle Beziehungen unterhalte, als „unfreundlichen Akt" werten, „der geeignet wäre, die Spaltung Deutschlands zu vertiefen".[1] Die nach dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt benannte Hallstein-Doktrin erwies sich im folgenden Jahrzehnt nicht selten als kontraproduktiv. So drohten arabische Staaten wiederholt mit der diplomatischen Anerkennung der DDR für den Fall, dass die Bundesregierung ihre Beziehungen zu Israel intensiviere. Das engte den nahöstlichen Handlungsspielraum Bonns deutlich ein.

Die DDR wiederum suchte in ihrem Bemühen, internationale Anerkennung zu erlangen, in der Dritten Welt nach Verbündeten. Sie fand die gewünschte Unterstützung bei einer Reihe arabischer Politiker und fokussierte während der sechziger Jahre ihre Nahostpolitik prononciert auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Das politische Kalkül, die Hallstein-Doktrin mit Hilfe arabischer Staaten zu durchbrechen, ging mit einseitiger Parteinahme im Nahostkonflikt und mit betonter antiisraelischer Polemik einher.

Zu den politischen Erwägungen traten wirtschaftliche Interessen. Die Bundesrepublik unterhielt umfangreiche Handelsbeziehungen mit der arabischen Welt; sie war insbesondere von Erdöllieferungen aus den Golfstaaten – zumindest bedingt – abhängig und hatte somit Boykott-

---

1 Zit. nach N. Hansen, Aus dem Schatten der Katastrophe. Die deutsch-israelischen Beziehungen in der Ära Konrad Adenauer und David Ben Gurion, Düsseldorf 2002, S. 412.

drohungen mit gebotenem Ernst zur Kenntnis zu nehmen. Israelische Regierungen wiederum reagierten allergisch auf reale oder angekündigte westdeutsche Militärexporte in arabische Staaten. Nicht selten führte die Konstellation zu Zickzackbewegungen in der bundesdeutschen Nahostpolitik. Für die DDR hingegen stand zu keinem Zeitpunkt die Frage eines „Entweder Oder", da sie ihre Nahostbeziehungen ab Mitte der fünfziger Jahre einseitig auf die arabischen Staaten ausgerichtet hatte.

Partner im Kalten Krieg: Das trilaterale Verhältnis USA – Israel – BRD

Sowohl die Bundesrepublik als auch Israel entwickelten sich in der Periode des Kalten Krieges zu wichtigen Verbündeten der Vereinigten Staaten von Amerika. Die US- Administrationen hatten bei der Geburt des westdeutschen Staates Pate gestanden. Sie forderten und förderten in den folgenden Jahren dessen Integration in das westliche Bündnis. Der amerikanische Marshall-Plan trug maßgeblich zur wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung der jungen Bundesrepublik bei. Auch bei der Gründung Israels spielte Washington einen zentrale Rolle, hatte es 1947 doch die UN-Resolution zur Teilung Palästinas unterstützt und den jüdischen Staat unmittelbar nach dessen Unabhängigkeitserklärung am 14. Mai 1948 de facto anerkannt. Die de-jure-Anerkennung folgte im Februar 1949. Sie verband sich mit amerikanischer Unterstützung für die Aufnahme Israels in die Vereinten Nationen. Überdies wurde der jüdische Staat am 5. Juni 1950 in das wirtschaftliche Hilfsprogramm der USA aufgenommen.

Die Vereinigten Staaten sahen sich für die Bundesrepublik von Anfang an, für Israel zunehmend als wichtigste militärische Schutzmacht. Darin widerspiegelten sich nicht zuletzt die eigenen globalen Interessen, stellten beide Staaten doch zuverlässige Verbündete in zwei geostrategisch und politisch bedeutsamen Weltregionen – Europa und Nahost – dar. Die Bundesrepublik wurde sehr bald zu einem wichtigen Pfeiler des Nordatlantikpakts, NATO. Der jüdische Staat entwickelte sich zum „strategischen Partner" der USA im Nahen Osten. Nicht zuletzt aus dieser Konstellation erwuchsen erste Schritte einer militärischen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Israel, die durch die USA toleriert oder unterstützt wurde.

Amerika, die Bundesrepublik und Israel sahen sich in strategischer Gegnerschaft zur Sowjetunion, die ihren internationalen Einfluss auszuweiten suchte, den zweiten deutschen Staat dominierte und die arabischen Gegner Israels militärisch unterstützte. Das trilaterale Bündnis bildete sich somit vor dem Hintergrund kongruenter Interessen während des Kalten Krieges heraus; es zeigte sich stabil sowohl in Phasen der

Détente als auch zugespitzter Ost-West-Konfrontation. Zeitweilige Dissonanzen in den bilateralen deutsch-israelischen, deutsch-amerikanischen oder amerikanisch-israelischen Beziehungen blieben angesichts der internationalen Entwicklungen marginal.

Neben weltanschaulichen Bindungen und politisch-strategischen Interessen spielte die deutsche „Vergangenheitsbewältigung" im Dreieck USA – Israel – BRD stets eine Rolle. So nahmen die US-Administrationen wiederholt Einfluss auf das entsprechende Agieren der Bundesregierung. Einen deutlichen Akzent setzte bereits frühzeitig zum Beispiel die Erklärung des amerikanischen Hochkommissars und Militärgouverneurs John J. McCloy vom 30. Juli 1949, in der dieser betonte, dass „die Art, wie die Deutschen sich den Juden gegenüber verhalten werden, die Feuerprobe der deutschen Demokratie sein wird".[2] Es folgten amerikanische Vorstöße, die auf den Abschluss des Luxemburger Abkommens 1952 und auf erfolgreiche Verhandlungen über Wiedergutmachungszahlungen an Holocaust-Überlebende gerichtet waren. Verstärkt, mitunter vielleicht auch initiiert, wurden die US-Aktivitäten durch die Interessenlagen der großen jüdischen Gemeinschaften in den USA wie auch der jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik. Die Washingtoner Politologin Lily Gardner Feldman konstatiert zumindest, dass bei der westdeutschen Bewältigung der NS-Vergangenheit die amerikanische Regierung lediglich „die Rolle eines Vermittlers oder eines Unterstützers" eingenommen habe, Hauptakteure jedoch Deutschland, die deutsche jüdische Gemeinde, Israel und die jüdischen Gemeinden in den USA gewesen seien.[3]

Luxemburger Abkommen – Hallstein-Doktrin – EU-Positionen

Die Entwicklung staatlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel lässt sich inhaltlich wie strukturell in mehrere Etappen untergliedern. Unmittelbar nach Gründung beider Staaten stand die Wiedergutmachungsproblematik im Mittelpunkt der bilateralen Kontakte. Die israelische Regierung hatte sich am 16. Januar 1951 und am 12. März 1951 in diplomatischen Noten an die vier Besatzungsmächte gewandt und von der Bundesrepublik wie von der DDR Reparationszahlungen gefordert, um damit die Kosten für die Eingliederung von etwa 500.000 in der NS-Zeit entrechteter und verfolgter europäischer Juden in den Staat Israel zu decken. Die Interessen jüdischer Überlebender außerhalb Israels sollten von der 1951 durch 24 jüdische Organisationen in New

2 Neue Zeitung, 31. Juli 1949, zit. nach ebenda, S. 106.

3 L. Gardner Feldman, Zusammenfassende Bewertung und Ausblick, in: H. Hubel (Hrsg.), Die trilateralen Beziehungen zwischen Deutschland, Israel und den USA, Erfurt 2001, S. 128.

York ins Leben gerufenen Conference on Jewish Material Claims against Germany wahrgenommen werden.

Die israelischen Forderungen wurden von den Westmächten, insbesondere den USA, unterstützt, sahen diese doch im Kontext des Kalten Krieges die deutschen Zahlungen als wichtigen Schritt an, Israel zu stabilisieren und gleichzeitig das internationale Image der Bundesrepublik derart zu gestalten, dass diese in das westliche Bündnis integrierbar erschien. Präsident Harry S. Truman schrieb am 30. April 1952 in diesem Sinne an Jacob Blaustein, den Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden der Claims Conference,

> „das deutsche Volk habe eine unentrinnbare moralische Bürde auf sich geladen, die Opfer der Naziverfolgungen materiell zu entschädigen, und diese Verpflichtung werde, solange sie nicht erfüllt sei, die Wiederaufnahme der deutschen Nation in den Kreis der freien Völker schwer behindern."

John McCloy – so Truman weiter – habe Bundeskanzler Adenauer in einem persönlichen Gespräch mitgeteilt, dass der Abschluss eines Abkommens mit Israel „mit großer Genugtuung aufgenommen werden würde".[4]

Am 10. September 1952 unterzeichneten der israelische Außenminister Mosche Scharett, der Präsident der Claims Conference, Nachum Goldmann, und Bundeskanzler Konrad Adenauer das „Wiedergutmachungsabkommen" in Luxemburg. Die Vereinbarung sah – zusätzlich zu individuellen Entschädigungen für Holocaust-Überlebende – westdeutsche Zahlungen von drei Milliarden DM an Israel und Kompensationen in Höhe von 450 Millionen Mark an die Claims Conference vor. Die Leistungen sollten sich über einen Zeitraum von zwölf Jahren erstrecken und vorwiegend in Form deutscher Warenlieferungen erfolgen; etwa eine Milliarde DM war zur Finanzierung israelischer Erdölkäufe vorgesehen. Das in Israel zunächst höchst umstrittene Abkommen ebnete den Weg für politische, wirtschaftliche und militärische Kontakte zwischen der Bundesrepublik und Israel sowie für informelle Beziehungen in den Bereichen Kultur und Wissenschaft.

Das folgende Jahrzehnt war durch das Ringen um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel geprägt. Trotz der bereits 1955 durch David Ben Gurion signalisierten Bereitschaft, diesen Schritt zu wagen, erfolgte er erst am 12. Mai 1965. Das bilaterale Verhältnis in dieser Etappe war ambivalent und widersprüchlich. Als positiver Eckpunkt sei das Treffen von Ministerpräsident Ben Gurion und Bundeskanzler Adenauer im New Yorker Waldorf

4 Y. Jelinek (Hrsg.), Zwischen Moral und Realpolitik. Eine Dokumentensammlung, Tel Aviv 1997, S. 190.

Astoria Hotel am 14. März 1960 genannt. Die erste Begegnung der Premiers beider Länder stellte die Weichen für wirtschaftliche und militärische Kooperation für die Zeit nach Auslaufen des Luxemburger Abkommens. Zweifellos war es kein Zufall, dass die Zusammenkunft in den USA stattfand.

Neben politischer Annäherung und wirtschaftlicher Zusammenarbeit entwickelte sich bereits seit Mitte der fünfziger Jahre ein Netzwerk deutsch-israelischer Militärkooperation, von dem beide Seiten profitierten. Der israelische Politologe Shlomo Shpiro weist zum Beispiel nach, dass es auf Initiative des BND-Präsidenten Reinhard Gehlen frühzeitig zu intensiven Kontakten von Vertretern beider Geheimdienste kam.[5] Hintergrund der Kooperation bildeten zweifellos die militärischen Erfolge der israelischen Armee während des Sinaifeldzugs 1956. Für das neu gewonnene Selbstbewusstsein der westdeutschen Politiker spricht, dass die Bundesregierung sich 1956 weigerte, dem Aufruf des State Department zu folgen und sich amerikanischem Druck auf Israel anzuschließen. Nach Auffassung des deutschen Bundeskanzlers widersprach die Nahostpolitik der USA zu jenem Zeitpunkt vitalen europäischen Interessen; die Bundesregierung fühlte sich in der Pflicht, ihren europäischen Verbündeten – Großbritannien und Frankreich – in der Nahostregion beizustehen.[6]

Für die Formulierung und Gestaltung der westdeutschen Nahostpolitik in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten spielte – neben den genannten Interessenlagen – das Viereck BRD-DDR-arabische Staaten-Israel eine gewichtige Rolle. Die Umkehrung der Hallstein-Doktrin durch Mitglieder der Arabischen Liga hatte den Botschafteraustausch zwischen Bonn und Jerusalem über Jahre verzögert. Bundeskanzler Ludwig Erhard erklärte noch im Dezember 1963, dass „die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel nicht zu einer Wiederbelebung des Themas der Anerkennung der DDR, vor allem im arabischen Raum, werden" dürfe.[7] Für Spannungen sorgten 1964 zudem Nachrichten über die Tätigkeit westdeutscher Raketenspezialisten in Ägypten. Als die Bundesregierung sich dem Druck arabischer Staaten beugte und im Februar 1965 bekannt gab, dass sie ihre Waffenlieferungen an Israel einstellen werde, schien das Verhältnis zu Israel auf einem Tiefpunkt angelangt.

---

5 S. Shpiro, Communicating Interests Across History: German-Israeli Security Cooperation, in: H. Goren (Hrsg.), Germany and the Middle East. Past, Present, and Future, Jerusalem 2003, S. 313-317.

6 Y. Jelinek, Deutschland und Israel 1945–1965. Ein neurotisches Verhältnis, Oldenbourg 2004, S. 297 f.

7 R. Vogel (Hrsg.), Der deutsch-israelische Dialog. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik, Teil I, München 1987, Bd. 1, S. 254.

Das Bild wandelte sich abrupt mit dem offiziellen Besuch des DDR-Staatsoberhauptes Walter Ulbricht vom 24. Februar bis 2. März 1965 in Ägypten. Die Bundesregierung reagierte auf die Infragestellung der Hallstein-Doktrin am 7. März 1965 mit einer Erklärung, in der sie „die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel" sowie die Einstellung der Wirtschaftshilfe an Ägypten ankündigte. Amerikanisch-jüdische Organisationen hatten die Entscheidung der Bundesregierung maßgeblich stimuliert. Wie der CDU-Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel später schrieb, hatte seine Fact-Finding-Mission in die USA, bei der er Ende Februar 1965 nicht nur mit Präsident Lyndon B. Johnson, sondern auch mit Repräsentanten jüdischer Organisationen zusammentraf, unmittelbaren Einfluss auf die Entscheidungsfindung der Bundesregierung.[8]

Eine politische Bewährungsprobe für das deutsch-israelische Verhältnis stellte der Sechs-Tage-Krieg 1967 dar. Er war mit verstärktem Engagement der USA in der Region verbunden und mündete in die israelisch-amerikanische militärstrategische Partnerschaft. Bundestag und Bundesregierung sowie wesentliche Teile der deutschen Öffentlichkeit brachten ihre Solidarität mit Israel zum Ausdruck oder verurteilten einhellig die arabische Bedrohung des jüdischen Staates. Einzig die deutsche Linke, die sich bis zu diesem Zeitpunkt für enge Beziehungen zu Israel engagiert hatte, begann – den generellen „antiimperialistischen" Impulsen der 68er Bewegung folgend – ihre Sympathie auf die Palästinenser zu verlagern.

Der Regierungswechsel in Bonn 1969 veränderte die Schwerpunktsetzung in der bundesdeutschen Außenpolitik. Die „neue Ostpolitik" und die mit dem Grundlagenvertrag 1972 de facto vollzogene Anerkennung der DDR gingen mit dem Versuch einher, verloren gegangenes Terrain in den Beziehungen zur arabischen Welt zurück zu gewinnen. Willy Brandt verwies in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 auf die „Ausgewogenheit" deutscher Nahostpolitik gegenüber allen am Konflikt beteiligten Seiten. Die Bundesregierung betrachte die UN-Resolution 242 als Grundlage für eine Friedensregelung zwischen Israelis und Arabern.[9] Zugleich setzten sich Bonner Politiker dafür ein, Israel innerhalb der Europäischen Gemeinschaft umfangreiche Zollvergünstigungen zu gewähren.

Der Oktoberkrieg 1973 und die sich anschließende Ölkrise beeinflussten erneut nicht unbeträchtlich das deutsch-israelischen Verhältnis. Aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Interessen Europas in den

---

8 R. Barzel, Der Weg zur Aufnahme von Beziehungen – die deutsche Sicht, in: M. Zimmermann/O. Heilbronner (Hrsg.), ‚Normale' Beziehungen. Deutsch-israelische Beziehungen (hebräisch), Jerusalem 1993, S. 15.

9 K. Jaeger, Quadratur des Dreiecks. Die deutsch-israelischen Beziehungen und die Palästinenser. Schwalbach/Ts. 1997, S. 31.

Öl produzierenden und exportierenden arabischen Staaten wiesen Stellungnahmen der EG nunmehr zunehmend Formulierungen auf, die seitens israelischer Politiker als pro-arabisch oder pro-palästinensisch gewertet wurden. Eine Erklärung der EG-Außenminister vom 6. November 1973 beinhaltete zum Beispiel die Forderung, alle von Israel während des Junikrieges 1967 besetzten Gebiete zu räumen sowie die „legitimen Rechte der Palästinenser" zu berücksichtigen.[10] Die Erklärung der EG-Regierungschefs von Venedig am 12. und 13. Juni 1980 ging in ihrer Grundaussage noch weiter. Sie betonte, dass es sich beim Palästinenserproblem nicht lediglich um ein Flüchtlingsproblem handle und dass dem palästinensischen Volk das Recht auf Selbstbestimmung gewährt werden müsse; erstmals wurde die Beteiligung der PLO an Friedensverhandlungen gefordert.[11]

Der Versuch der Europäischen Gemeinschaft, hinsichtlich des Nahostkonflikts mit eigener, sich von den USA unterscheidender Stimme zu sprechen, gelang letztlich nur bedingt. Die Vereinigten Staaten behielten innerhalb des westlichen Bündnisses die Initiative im nahöstlichen politischen Geschehen. Ihre primäre Position wurde nicht zuletzt während der Gespräche in Camp David 1978 und beim Abschluss des ägyptisch-israelischen Friedensabkommens 1979 sichtbar. Diese internationalen und nahostpolitischen Realitäten vor Augen, bekannte Alois Mertes, Staatsminister im Auswärtigen Amt, am 8. November 1982 vor der VI. Deutsch-Israelischen Konferenz:

> „Wir alle wissen: Die USA sind die einzige auswärtige Macht, die im Nahen Osten kraft militärischer Potenz und politischen Einflusses etwas Entscheidendes zu bewegen vermag. Demgegenüber spielt Europa eine vergleichsweise begrenzte Rolle in der Region. [...] Deswegen darf sich auch europäische Nahost-Politik niemals getrennt von der der USA oder gar gegenläufig zu der der USA vollziehen."[12]

Das Konzept der „Ausgewogenheit" implizierte während der siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre somit zwar eine leichte Akzentverschiebung der bundesdeutschen Nahostpolitik zugunsten des arabischen oder palästinensischen Faktors. Es kollidierte jedoch nicht mit der

---

10 M. A. Weingardt, Deutsche Israel- und Nahostpolitik. Die Geschichte einer Gratwanderung seit 1949, Frankfurt a. M. 2002, S. 230.

11 J. Peters, Europe and the Arab-Israeli Peace Process: The Declaration of the European Council of Berlin and Beyond, in: S. Behrendt/Ch.-P. Hanelt (Hrsg.), Bound to Cooperate – Europe and the Middle East, Gütersloh 2000, S. 154 f.

12 Auszug aus der Ansprache von Dr. Alois Mertes, Staatsminister im Auswärtigen Amt, vor der VI. Deutsch-Israelischen Konferenz am 8. November 1982 in Rhöndorf, in: Die Bundesrepublik und der Nahe Osten. Dokumentation, Bonn 1987, S. 126.

amerikanischen Politik in der Region und ergänzte sie lediglich in einigen Fragen.

Belastungen im deutsch-israelischen Verhältnis während der achtziger Jahre

Trotz der schrittweisen Annäherung auf staatlicher und gesellschaftlicher Ebene blieben Spannungen in den deutsch-israelischen Beziehungen nicht aus. Sie wurden genährt aus dem deutsch-israelisch-arabischen Dreiecksverhältnis, resultierten mitunter jedoch auch aus deutscher „Vergangenheitsbewältigung". In der Begin-Schmidt-Affäre von 1981 paarten sich beide Elemente; sie verdeutlichte die Sensibilität des bilateralen Verhältnisses.

Helmut Schmidt war bereits unmittelbar nach seiner Wahl zum Bundeskanzler von Premier Jizchak Rabin zu einem Staatsbesuch nach Israel eingeladen worden. Menachem Begin wiederholte die Einladung im November 1977. Schmidt jedoch ließ erkennen, dass er den Regierungswechsel in Israel von der Avodah zum Likud für problematisch halte. Er machte keinerlei Anstalten, der israelischen Einladung Folge zu leisten. Im Frühjahr 1981, bei seiner Rückkehr von einem Staatsbesuch in Saudi Arabien, erklärte er, die Nazi-Vergangenheit habe Deutschland eine historische Verantwortung gegenüber einer Reihe europäischer Nationen und auch gegenüber dem palästinensischen Volk auferlegt. Das jüdische Volk oder der Staat Israel wurden in diesem Zusammenhang nicht erwähnt. Der israelische Premierminister reagierte daraufhin sichtbar erbost:

> „Es ist nackte Arroganz und Frechheit, meiner Generation, der Generation der Vernichtung und der jüdischen Wiedergeburt, zu sagen, dass Deutschland [...] uns gegenüber keine, den Arabern, die angeblich aus West-Jordanien geflohen waren, hingegen wohl eine Verpflichtung hat."[13]

Begin warf dem deutschen Kanzler zudem vor, in der Nazi-Armee gedient und sich „fraglos" an den Eid, den er dem Führer geschworen hätte, gehalten zu haben.[14]

Die israelische Attacke auf Helmut Schmidt hatte unterschiedliche Beweggründe. Neben der Sensibilität Begins, der mehrere Familienangehörige im Holocaust verloren hatte, und seiner daraus resultierenden Empörung spielte offensichtlich auch politisches Kalkül eine Rolle. Da-

13 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.5.1981, zit. nach Jaeger (Anm. 9), S. 134.
14 T. Segev, Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung, Reinbek b. Hamburg 1995, S. 531.

zu gehörte das israelische Interesse, deutsche Waffengeschäfte mit arabischen Staaten – insbesondere mit Saudi Arabien – zu verhindern. Ein weiteres Anliegen mag darin bestanden haben, die Politik der Europäischen Gemeinschaft, die Israel zwar wirtschaftlich unterstützte, zugleich jedoch immer wieder die Siedlungspolitik in den 1967 besetzten Gebieten anprangerte und das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung betonte, über einen ihrer Mitgliedstaaten – Deutschland – „abzustrafen".

Das deutsch-israelische Verhältnis blieb auch in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre nicht spannungsfrei. Nachdem bereits die 1984 vor der Knesset geäußerte Bemerkung von Bundeskanzler Helmut Kohl hinsichtlich der „Gnade der späten Geburt"[15] in Israel für kontroverse Diskussionen gesorgt hatte, führte insbesondere die Bitburg-Affäre 1985 zum politischen Eklat. Während seines Staatsbesuchs in Deutschland hatte US-Präsident Ronald Reagan gemeinsam mit dem Bundeskanzler den Militärfriedhof in Bitburg besucht, auf dem auch Angehörige der Waffen-SS beerdigt liegen. Trotz der im Vorfeld des Reagan-Besuchs laut gewordenen Proteste jüdischer Organisationen in den USA und Westeuropa sahen beide Politiker keinen Grund, die „Geste der Aussöhnung mit der Geschichte" zu modifizieren. Israels Premierminister Schimon Peres und Staatspräsident Chaim Herzog äußerten daraufhin „tiefen Schmerz", bemühten sich jedoch, die offiziellen politischen Beziehungen, insbesondere zu den USA, nicht zu gefährden.[16] Die ohnehin recht kritische israelische Presse zeigte hingegen keinerlei Verständnis für die Kranzniederlegungen von Bitburg.

Ungeachtet aller Krisen und Spannungen nahmen die deutsch-israelischen Beziehungen von Jahr zu Jahr an Vielfalt, Breite und Intensität zu. Sie blieben keinesfalls auf die staatliche Ebene beschränkt. Die Frage jedoch, ob bereits eine „Normalität" im Völker- und Staatenverhältnis erreicht oder jemals erreichbar sei, wurde im Brief des israelischen Ministerpräsidenten Jizchak Schamir vom 10. Dezember 1989 an Bundeskanzler Helmut Kohl verneint, in dem „Zweifel und Ängste" des jüdischen Volkes angesichts des deutschen Vereinigungsprozesses zum Ausdruck gebracht wurden. Die generelle Zurückhaltung Israels angesichts der deutschen Vereinigung belastete kurzzeitig die staatlichen Beziehungen, stellte sie prinzipiell jedoch nicht in Frage. Nicht zuletzt die vehemente Unterstützung der USA für den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik ließ kritische israelische Stimmen sehr bald leiser werden.

---

15 Auszüge aus Reden des Bundeskanzlers anlässlich seines Israelbesuchs vom 24.-29. Januar 1984, in: Die Bundesrepublik und der Nahe Osten. Dokumentation, Bonn 1987, S. 141.

16 S. Shafir, Ambigous Relations. The American Jewish Community and Germany since 1945, Detroit 1999, S. 304-305.

Sowjetische Dominanz und ostdeutsche Eigeninteressen

Die DDR war als Mitglied des Warschauer Vertrags in ihrer Innen- und Außenpolitik in hohem Maße auf die UdSSR fixiert und von dieser abhängig. Hauptziel war das Bestreben, den Einflussbereich des „realen Sozialismus" auszudehnen und im Kalten Krieg gegenüber den westlichen Mächten, insbesondere den USA, die politischen, wirtschaftlichen und strategischen Interessen des Ostblocks durchzusetzen. Zugleich verfügten die Entscheidungsträger im ostdeutschen Staat in der Innen- wie Außenpolitik über eingeengte politische Freiräume, die sich in den sechziger und siebziger Jahren leicht vergrößerten und insbesondere in den achtziger Jahren bedingt genutzt wurden.

Sowjetische Politik und ostdeutsche Eigeninteressen verquickten sich nicht zuletzt in der Haltung zur Bundesrepublik. Die DDR-Führung sah sich herausgefordert, ihre politische Identität und Existenzberechtigung in ständiger Auseinandersetzung mit dem ökonomisch weitaus stärkeren westdeutschen Staat, der vorgab, alle Deutschen zu vertreten, nachzuweisen. Die engen Beziehungen der USA und Israels zur Bundesrepublik blieben in diesem Zusammenhang nicht ohne Auswirkungen auf das Agieren ostdeutscher Politiker. Nicht selten wurde von einer „Allianz des Imperialismus" gesprochen, die unter Führung der USA und unter Beteiligung der BRD und Israels gegen „die gemeinsame Front aller antiimperialistischen Kräfte" [17] gerichtet sei.

Obwohl die USA und Israel auf derselben Seite der Barrikade im Kalten Krieg wahrgenommen wurden, lassen sich in der ostdeutschen Außenpolitik neben den häufig zitierten Gemeinsamkeiten auch Unterschiede im Umgang mit beiden Staaten konstatieren. Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, der westlichen Hauptmacht, waren durch ein Wechselspiel von ideologisch-politischem Abgrenzungsbemühen und pragmatischen Nützlichkeitserwägungen geprägt. Die jeweils konkreten Konstellationen in der internationalen Politik – Phasen der Konfrontation oder der Entspannung – beeinflussten nicht unwesentlich offizielle Stellungnahmen und staatliche Aktivitäten. Unabhängig davon zeigte sich die DDR-Elite an einer politischen Evolution interessiert, die die völkerrechtliche Anerkennung ihres Staates durch die Großmacht USA zum Ziel hatte, ökonomischen Interessenlagen, insbesondere der Erlangung der Meistbegünstigungsklausel im Handel, folgte und sich – in den achtziger Jahren – mit persönlichen Ambitionen Erich Honeckers deck-

17 Erklärung des Afro-Asiatischen Solidaritätskomitees der DDR anlässlich des Tages der Internationalen Solidarität mit den Opfern der israelischen Aggression, 1. November 1971, in: W. und A. Bator (Hrsg.), Die DDR und die arabischen Staaten. Dokumente 1956–1982, Berlin 1984, S. 215.

te, das heißt, dessen Interesse entsprach, als international geachteter Staatsmann ins Weiße Haus eingeladen zu werden.

Das Verhältnis zu Israel folgte weitgehend den Axiomen sowjetischer Außenpolitik.[18] Eckpunkte waren der von Deutschen verübte Holocaust und die daraus abgeleiteten „Wiedergutmachungsansprüche", ostdeutsche Interessen im Nahen Osten und generelle antizionistische Prämissen. Relativ früh wies die DDR-Regierung Forderungen der israelischen Seite als unberechtigt zurück, beide deutsche Staaten hätten Entschädigungsleistungen für die an den Juden während der NS-Zeit begangenen Verbrechen zu erbringen. Gängige Argumentationen enthielten die Behauptung, der ostdeutsche Staat habe die aus dem Potsdamer Abkommen resultierenden politischen, materiellen und moralischen Verpflichtungen, insbesondere gegenüber der UdSSR und Polen, erfüllt; die DDR habe die Wurzeln für Faschismus und Antisemitismus auf ihrem Territorium ausgemerzt; Israel sei erst nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden, habe nicht das Recht, für alle Juden zu sprechen und sei somit nicht befugt, Reparationen einzufordern.

Obwohl sowohl die USA als auch Israel den SED-Politikern und Ideologen über Jahrzehnte hinweg gleichermaßen als „Feindstaaten" galten, zeigten sich deutliche inhaltliche und zeitliche Unterschiede in der Perzeption und im bilateralen Beziehungsgeflecht. Hinsichtlich der USA gewannen zunehmend pragmatische und realpolitische Elemente die Oberhand, die die ideologischen Prämissen verdrängten oder überdeckten. Washington und Ostberlin nahmen 1974 volle diplomatische Beziehungen auf. Sie pflegten in den Folgejahren einen intensiven politischen Dialog, der nicht frei von Konfrontationen war, jedoch stets im Rahmen der diplomatischen Gepflogenheiten blieb. In Bezug auf Israel dagegen wurden bis Ende der achtziger Jahre vorrangig politisch-ideologische Begründungen angeführt, um die einseitige DDR-Nahostpolitik zu rechtfertigen. Israel blieb trotz des immer wieder beschworenen Grundsatzes der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung für die DDR-Politiker ein „Feindstaat". Ernsthafte Überlegungen hinsichtlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen wurden erst nach der politischen „Wende" vom Herbst 1989 durch die Regierungen Hans Modrow und Lothar de Maizière angestellt.

---

18 Ausführlicher zum Verhältnis DDR – Israel siehe A. Timm, Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997.

Amerika und die Realisierung jüdischer Wiedergutmachungsforderungen gegenüber der DDR

Ein interessantes Kapitel im trilateralen Beziehungsgeflecht DDR – USA – Israel bildete das Ringen um die ostdeutsche Wiedergutmachung gegenüber den verfolgten und vertriebenen europäischen Juden.[19] Nachdem israelische Versuche, mit Vertretern der DDR zu Vereinbarungen über Entschädigungsleistungen für in Israel lebende jüdische Opfer nationalsozialistischer Verfolgung zu gelangen, Mitte der fünfziger Jahre gescheitert waren, geriet die Frage für lange Zeit ins Hinterfeld der Politik. Neben der geringen Erfolgserwartung war es die ausschließliche Orientierung auf die Bundesrepublik, die sowohl Israel als auch jüdische Organisationen lange davon abhielt, die DDR zur Kasse zu bitten. Die Situation änderte sich erst 1972 mit dem Abschluss des Grundlagenvertrages zwischen der DDR und der Bundesrepublik bzw. 1973 mit der Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO.

Die Conference on Jewish Material Claims against Germany nahm im Sommer 1974 die bevorstehende Anerkennung der DDR durch die USA zum Anlass, um erneut auf die Verpflichtung des ostdeutschen Staates gegenüber den Überlebenden der Schoah aufmerksam zu machen. Das U.S. State Department war zwar nicht bereit, die Normalisierung der politischen Beziehungen zur DDR von Entschädigungszahlungen an Holocaust-Überlebende abhängig zu machen, konnte sich den jüdischen Forderungen jedoch nicht vollends verschließen. In das Protokoll über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vom 4. September 1974 wurde daher eine Formulierung aufgenommen, die die DDR verpflichtete, „in naher Zukunft" in Gespräche über bisher ungelöste Eigentumsfragen einzutreten. Bestandteil derartiger Verhandlungen sollten auch Themen sein, die Naziopfer betrafen.[20]

Die DDR-Führung, ihrerseits interessiert, das internationale Prestige durch den Botschafteraustausch mit den USA zu erhöhen und günstigere Rahmenbedingungen für die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zu erlangen, suchte die sich aus der Wiedergutmachungspassage ergebenden Konsequenzen so gering wie möglich zu halten. Im „Bericht über Verhandlungen zur Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und den USA" hieß es dementsprechend:

> „Da die USA hartnäckig auf der Forderung bestanden, in irgendeiner Weise zu Festlegungen in dieser Frage zu gelangen, wurde durch den

19 Ausführlicher zu den Gesprächen zwischen der Claims Conference und DDR-Vertretern siehe A. Timm, Jewish Claims against East Germany – Moral Obligations and Pragmatic Policy, Budapest 1997.

20 United States Department of State, Documents on Germany 1944–1985, Washington, DC 1985, 1275.

Delegationsleiter der DDR unter vier Augen mündlich zugesagt, dass das Komitee Antifaschistischer Widerstandskämpfer zu einem Gespräch bereit sei."

Gleichzeitig wurde betont, dass die Claims Conference nur Interessen „von USA-Bürgern jüdischer Herkunft" vertreten könne und die DDR nicht gewillt sei, Versuche zu akzeptieren, „durch die Hintertür die Forderungen Israels und anderer an uns heranzubringen".[21]

Erste Gespräche zwischen Vertretern der Claims Conference und des Antifa-Komitees, die nach wiederholten amerikanischen Anfragen 1974 und 1975 zustande kamen, blieben ergebnislos. Erst als nach Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki durch die DDR das State Department nachdrücklicher als zuvor darauf bestand, die bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen gegebenen Zusicherungen nunmehr zu verwirklichen, sah sich der DDR-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker veranlasst, eine „symbolische Geste" in Aussicht zu stellen. Am 22. November 1976 überwies das Antifa-Komitee der DDR eine Million US-Dollar an die Claims Conference „zur Unterstützung von Bürgern der USA jüdischen Glaubens, die vom Naziregime verfolgt wurden".[22] Nahum Goldmann, erbost über die beleidigend niedrige Summe, veranlasste, das Geld postwendend zurück zu senden. Die DDR-Führung fasste den Vorfall als Affront auf; erst im Oktober 1977 zeigte sie sich auf Drängen der USA bereit, die Gespräche mit der Claims Conference wieder aufzunehmen. Trotz des unrühmlichen Abschlusses der ersten Phase in den Wiedergutmachungsgesprächen war mit der Dollar-Überweisung an die Claims Conference ein jahrzehntelanges Tabu gebrochen.

In den achtziger Jahren trugen enge Kontakte zwischen den Repräsentanten der Claims Conference in New York und dem State Department erneut dazu bei, die Entschädigung jüdischer Holocaust-Opfer durch die DDR als Gesprächsthema anzumahnen. Die DDR-Führung, für die immer stärker wirtschaftliche Interessen in den Vordergrund rückten, stimmte entsprechenden Kontakten ihrer Diplomaten mit Vertretern der amerikanischen Regierung zu. Das magische Wort, das im Zeitraum von 1984 bis 1988 ihren Interessen entgegen kam, lautete „Meistbegünstigungsklausel". Der Präsident der Claims Conference, Israel Miller, und seine Mitarbeiter setzten sich dafür ein, dass es der DDR ermöglicht werde, bestimmte Waren zu günstigen Tarifen in die USA zu exportieren, erhofften sich dafür jedoch die verbindliche Zusage Honeckers, einen Teil der zusätzlich erwirtschafteten Devisen dafür einzusetzen, den Forderungen der Claims Conference im Zeitraum von vier

21 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 57/K 68/1.

22 Central Zionist Archives, Jerusalem (CZA), Z6/2506.

bis fünf Jahren nachzukommen. Sie betrachtete 100 Millionen Dollar als eine „nicht verhandelbare" Mindestsumme.

Die so genannte „Paketlösung" stand im Mittelpunkt von Gesprächen, die Israel Miller im Juni 1987 mit Honecker in Berlin und im Mai 1988 mit SED-Politbüro-Mitglied Hermann Axen in Washington führte. Während der Begegnungen wurde jedoch deutlich, dass die Vorstellungen beider Seiten unvereinbar geblieben waren. Anfang September 1988 entschied der National Security Council, dass eine Aufwertung der DDR durch Handelserleichterungen nicht in Frage käme. Das „Package Deal" war gescheitert.

Sondierungen im Verhältnis DDR–Israel „Fünf Minuten vor Zwölf"

In den Gesprächen über Entschädigungsleistungen spielte der Staat Israel eine nur marginale Rolle. Wegen der prononciert antiisraelischen Positionen der DDR gingen die Kontrahenten davon aus, israelische Forderungen würden durch die DDR zum gegebenen Zeitpunkt zurückgewiesen werden, gegenüber internationalen jüdischen Organisationen könne dagegen von einer gewissen Gesprächsbereitschaft ausgegangen werden.

Im Oktober 1988 folgte Edgar M. Bronfman, Präsident des Jüdischen Weltkongresses, WJC, einer Einladung Erich Honeckers nach Ostberlin. Während seiner Begegnungen mit DDR-Repräsentanten sprach er sich explizit auch für die Herstellung normaler Beziehungen der DDR zu Israel aus. Mit Blick auf die Interessen seiner Gastgeber im Verhältnis zu den USA gab er zu bedenken, dass

> „die möglichen Leistungen des Weltkongresses davon abhängig sein [werden], wie in dieser Frage eine klare Antwort gegeben werden kann".[23]

Auf einer Pressekonferenz am 18. Oktober 1988 in Ostberlin erklärte Bronfman, er habe das Ziel, „Brücken zu bauen zwischen der DDR und dem amerikanischen Volk und der amerikanischen Regierung, aber auch zwischen der DDR und dem Volk und der Regierung des Staates Israel".[24]

Das SED-Politbüro behandelte die Ergebnisse der Gespräche mit dem WJC-Präsidenten am 25. Oktober 1988. Festlegungen, die auf eine Normalisierung der Beziehungen der DDR zu Israel abzielten, wurden nicht getroffen. Das Protokoll stellte vielmehr die wirtschaftlichen Interessen der DDR gegenüber den USA in den Mittelpunkt.[25] Dennoch kündigten sich in der Folgezeit gewisse Modifizierungen in der Haltung

---

23 BArch, SAPMO, DY 30/IV B/2/14/175; Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam (BArchP), DO 4, 1051.

24 Neues Deutschland, 19. Oktober 1988.

25 Barch, SAPMO, DY 30/J IV 2/2/2300.

der DDR-Regierung gegenüber dem Staat Israel an. An den Veranstaltungen anlässlich des fünfzigjährigen Gedenkens an die Pogromnacht vom 9. November 1938 nahmen zum Beispiel Josef Burg, der ehemalige Innen- und Religionsminister, und Jizchak Arad, Direktor der Holocaust-Gedenk- und Forschungsstätte Jad wa-Schem in Jerusalem, sowie weitere israelische Persönlichkeiten als offizielle Gäste der DDR-Staatsführung teil. Im Januar 1989 reiste der Staatssekretär für Kirchenfragen, Kurt Löffler, auf Einladung von Jad wa-Schem und des WJC nach Israel. Während der Begegnungen in Jerusalem sollten Möglichkeiten für eine Normalisierung der staatlichen Beziehungen zwischen der DDR und Israel sondiert werden. Es wurde erwartet, dass in diesem Kontext auch die Wiedergutmachungsproblematik zur Sprache kommen würde. Neben einem Mitarbeiter der Nahostabteilung gehörte der Delegation daher ein Diplomat der USA-Abteilung des DDR-Außenministeriums an.

Die wiederholten Interventionen amerikanischer Diplomaten in der Wiedergutmachungsfrage und das Beharren jüdischer Organisationen auf ihren Forderungen nach ostdeutschen Entschädigungsleistungen für Holocaust-Überlebende außerhalb der DDR wirkten sich zweifellos auf die Haltung der SED-Führung zum Staat Israel aus. Die vorsichtigen Modifizierungen in der ostdeutschen Nahostpolitik der achtziger Jahre lediglich darauf zurückzuführen, griffe jedoch zu kurz. Eher mag das 1985 einsetzende, von der Anerkennung der Realitäten ausgehende „neue Denken" in der sowjetischen Außenpolitik in die Verantwortung genommen werden. Es führte – sehr zögerlich zunächst – zu einer neuen Kultur in den internationalen Beziehungen und damit auch zu einer veränderten Perspektive auf den Nahostkonflikt.

Zunehmend setzte sich die Einsicht durch, dass Israel als gewichtiger politischer, militärischer und wirtschaftlicher Faktor im Nahen Osten nicht länger ignoriert werden könne und als Konfliktpartei ein entscheidendes Wort bei Friedensbemühungen mitzusprechen habe. Angesichts der erneuerten sowjetisch-israelischen Gesprächsbereitschaft sowie der schrittweisen Normalisierung der Beziehungen Polens und Ungarns zum jüdischen Staat sah sich auch die DDR im Zugzwang. In den Jahren 1988 und 1989 wurden seitens der ostdeutschen Staatsführung daher Schritte unternommen, die – freilich erst nach der politischen „Wende" – in bilaterale Verhandlungen zwischen der DDR und Israel einmündeten und deren Ende durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen markiert werden sollte. Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 setzte dem ostdeutsch-israelischen Dialog ein Ende, ohne dass namhafte Vereinbarungen getroffen worden waren.

Fazit

Der Faktor USA war für die politischen Eliten in Ost- wie in Westdeutschland von bedeutendem Gewicht. Er beeinflusste nicht zuletzt auch ihr Agieren in der Nahostregion oder ihre Beziehungen zum Staat Israel. Während die Bundesrepublik jedoch mit den USA und Israel durch politische und strategische Interessen verbunden war, befand sich die DDR – in ihrer Außenpolitik in hohem Maße abhängig von der Sowjetunion und den Positionen des Warschauer Vertrags – auf der anderen Seite der Barrikade. Sie versuchte, ihre nationalen Ambitionen, die insbesondere auf internationale Anerkennung gerichtet waren, mit Hilfe einiger arabischer Regierungen durchzusetzen. Diese Konstellation bildet einen realpolitischen Erklärungsansatz für die „gespaltene" Israelpolitik beider deutscher Staaten. Ihm seien politisch-ideologische Aspekte – so die Haltung gegenüber dem Zionismus, zur arabischen Nationalbewegung bzw. zu den Palästinensern – hinzugefügt. Mit Zuspitzung der Krisensituation in der DDR gewannen wirtschaftliche Zwänge oder. pragmatische politische Erwägungen die Oberhand, deren ideologische Verbrämung in der Öffentlichkeit immer weniger Akzeptanz fand.

Auch der Umgang mit der „Wiedergutmachungsproblematik" in Ost- und Westdeutschland verweist auf die Verquickung von realpolitischen Interessen und moralischen Faktoren, wenngleich Anspruch und Ergebnisse in beiden deutschen Staaten einander diametral entgegenstanden. Das Engagement jüdischer Organisationen in den USA, insbesondere die Aktivitäten Nahum Goldmanns, trug maßgeblich zum Zustandekommen und zur Realisierung des Luxemburger Abkommens von 1952 bei. Es erscheint daher nur logisch, wenn die Claims Conference der DDR-Führung immer wieder die gesamtdeutsche Verantwortung für den Genozid am jüdischen Volk zu verdeutlichen suchte und sie zu Entschädigungsleistungen drängte. Wenngleich die DDR in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre gegenüber Moskau über größere außenpolitische Spielräume verfügte als zuvor, verhinderten das Beharren auf obsoleten ideologischen Grundpositionen und die wirtschaftliche Schwäche das Zustandekommen eines zweiten deutschen Wiedergutmachungsabkommens.

Die Entwicklung des deutsch-israelischen Verhältnisses nach 1990 stellt eine produktive Fortsetzung der bilateralen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Staat Israel dar. Angesichts der historischen Last – der Schoah – kann bis heute keineswegs von „normalen", sondern muss eher von „äußerst komplexen und schmerzhaft schwierigen Beziehungen"[26] gesprochen werden. Deren künftige Belastbarkeit und die Ausweitungs- oder Intensivierungschancen des bilateralen Staa-

26 Geleitwort von Shimon Peres zu Hansen (Anm. 1), S. 6.

ten- und Völkerverhältnisses werden nicht zuletzt durch innenpolitische Parameter in Deutschland und Israel bestimmt werden. Darüber hinaus werden zweifelsfrei das Dreiecksverhältnis Deutschland – Europa – Israel sowie das transatlantische Bündnis und dessen Weiterungen für die Nahostregion bestimmend im gegebenen Beziehungsgeflecht bleiben.

Sabine Hofmann

Wirtschaftskontakte versus Realpolitik: Israel und Ost- und Westdeutsche in der Außenwirtschaft

Im Mai 2005 blickten Israel und die Bundesrepublik Deutschland auf Konferenzen und Festveranstaltungen in beiden Staaten auf vierzig Jahre diplomatische Beziehungen zurück: aus den vorsichtigen Annäherungsgesprächen der fünfziger Jahre hatte sich eine stabile Partnerschaft entwickelt, deren Träger um die Spezifika des Verhältnisses beider Staaten wussten. In tiefer gehenden Analysen wurde dargelegt, dass die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik und des Nahen Ostens stets eng verknüpft war.[1] Beide deutsche Staaten rangen in einer in Ost und West politisch-ideologisch, militärisch und wirtschaftlich polarisierten Systemauseinandersetzung um internationale Akzeptanz und Integration.

Der Nahe Osten wurde zu einem Zentrum machtpolitischer Interessen und Rivalitäten der Großmächte und des Kalten Krieges. Während sich die Bundesrepublik mit dem Luxemburger Abkommen von 1952 zur Wiedergutmachung an Israel und dem jüdischem Volk bekannte und so den Weg für ihre Westintegration und internationale Anerkennung bereitete, verfolgte die DDR – eingebettet in die Bestrebungen der UdSSR, durch Ausweitung des proklamierten Modells des „realen Sozialismus" ihren Einfluss im Nahen Osten auszudehnen – die Strategie der Annäherung an die arabischen Staaten und der Unterstützung der Palästinenser zur Ostintegration.[2] Die Sowjetunion erklärte 1955 offiziell den Zweiten Weltkrieg für beendet. Die DDR-Regierung verabschiedete sich von der Zielstellung eines vereinten deutschen Staates, trat dem Warschauer Vertrag bei und erweiterte schrittweise ihren außenpolitischen

1 Vgl. K. Hafez, Von der nationalen Frage zur Systempolitik: Perioden der DDR-Nahostpolitik, 1949–1989, in: Orient, 36 (1995) 1, S. 77-94.

2 Siehe A. Timm, Das Verhältnis der osteuropäischen Staaten zu Israel, in: R. Bernstein, J. Böhme (Hrsg.), Ein nationalbewußter Jude muß Linker sein, Frankfurt a. M. 1994, S. 60-73; P. Brod, Die Antizionismus- und Israelpolitik der UdSSR. Voraussetzungen und Entwicklung bis 1956, Baden-Baden 1980; G. Golan, Soviet Policies in the Middle East. From World War II to Gorbachev, Cambridge 1990; M. A. Goodman, C. M. Ekedahl, „New Directions" in the Middle East, in: The Middle East Journal, 42 (1988) 4, S. 571-586; J. Govrin, Jechasej Jisrael – Brit ha-Mo'azot. Mi'et chiduscham b-schnat 1953 ad nitukam b-schnat 1967 (Die israelisch-sowjetischen Beziehungen. Von ihrer Wiederaufnahme 1953 bis zur ihrem Abbruch 1967), Jerusalem 1990.

COMPARATIV 16 (2006), Heft 2, S. 64-83.

Spielraum. Der Bau der Berliner Mauer 1961 gilt als realpolitische Zäsur in der Abgrenzung zwischen beiden deutschen Staaten. Unter den Bedingungen des Kalten Krieges festigten sie ihre Position in Nahost, und die Bundesrepublik musste ihren Alleinvertretungsanspruch letztendlich aufgeben.

Die Bundesrepublik nahm 1965 diplomatische Beziehungen zu Israel auf, die DDR zu Ägypten 1969, also nach dem Nahostkrieg vom Juni 1967.[3] Sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR wurden 1973 Mitglieder der Vereinten Nationen. Als sich der damals führende arabische Staat, Ägypten, zunehmend den westlichen Industriestaaten annäherte, sank der Einfluss der Sowjetunion in der Region. Nachdem Israel und Ägypten 1979 einen Friedensvertrag abgeschlossen hatten, spielten die USA politisch und rüstungswirtschaftlich eine größere Rolle in der Region.

Die DDR artikulierte ihr eigenes außenpolitisches Interesse an einer Veränderung der Beziehungen zu den USA, einschließlich von Wirtschaftsbeziehungen. Sie modifizierte ihre Außenbeziehungen und ging im Nahen Osten wesentlich pragmatischer vor. In den achtziger Jahren, gezeichnet von eigenen wirtschaftlichen und politischen Problemen, unterstützte die DDR-Regierung weiterhin die Palästinensische Befreiungsbewegung, PLO. Doch ging ihr politischer Einfluss– wie der der Staaten des Ostblockes überhaupt – zurück.

Ende der achtziger Jahre nahm die DDR schrittweise Verbindung zu offiziellen Stellen in Israel auf. Bis zum Ende des ostdeutschen Staates am 3. Oktober 1990 bestanden zwischen Israel und der DDR keine diplomatischen Beziehungen. Ungeachtet des Fehlens offizieller Beziehungen wurden dennoch auf politischer Ebene Kontakte gepflegt, und nicht nur dort. Als Minimalbasis für das Verhältnis zwischen beiden Seiten in dieser Zeit scheint gegolten zu haben, dass die DDR-Regierung das Existenzrecht des Staates Israel im Nahen Osten nie in Frage stellte.

Dieser Beitrag widmet sich einem Bereich, der in der Forschung zur Nahostpolitik der DDR weitgehend unterbelichtet geblieben ist – den wirtschaftlichen Interaktionen und der Abwicklung von Handelsgeschäften zwischen der DDR und Israel. Untersucht werden Zielstellungen und

---

3 Zur deutschen Politik in Nahost siehe u. a.: N. Hansen, Aus dem Schatten der Katastrophe. Die deutsch-israelischen Beziehungen in der Ära Konrad Adenauer und David Ben Gurion, Düsseldorf 2002; M. A. Weingardt, Deutsche Israel- und Nahostpolitik. Die Geschichte einer Gratwanderung seit 1949, Frankfurt a. M. 2002; N. Sagi, Wiedergutmachung für Israel. Die deutschen Zahlungen und Leistungen, Stuttgart 1981; Walid Omar, Die wirtschaftlichen Aspekte der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel seit 1966, Berlin 1982 (Diss.); A. Neustadt, Die deutsch-israelischen Beziehungen im Schatten der EG-Nahostpolitik, Frankfurt a. M. 1983; L. Feldman, The Special Relationship between West Germany and Israel, Boston 1984.

Charakter der wirtschaftlichen Verbindungen im Gesamtsystem der Außenkontakte beider Staaten, auf welchen Wegen diese inoffiziellen und informellen Beziehungen geführt wurden sowie welchen politischen und ökonomischen Hintergrund diese Geschäfte angesichts der offiziell proklamierten antizionistischen Position der DDR und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hatten.[4]

Deutsch-deutsche Lage und Nahost

Einer weit verbreiteten Meinung nach – sowohl in Israel als auch in Deutschland – wird die Haltung des einstigen ostdeutschen Staates überwiegend als einseitig pro-arabisch und pro-palästinensisch, aber antiisraelisch bewertet. Diese Einschätzung ist jedoch zu pauschal und zu undifferenziert.[5] Sie berücksichtigt weder den Einfluss und die Entstehungsbedingungen der Gründung der DDR als dem anderen deutschen Staat neben der BRD und das innerdeutsche Gefüge, noch die determinierende Wirkung der Auseinandersetzungen zwischen den beiden Block- und Bündnissystemen der USA, der NATO und deren Partnern auf der einen Seite, und der UdSSR, den Staaten des Warschauer Vertrages und deren Verbündeten auf der anderen Seite. Das Verhältnis Ostdeutschlands zu Israel stand stets im Spannungsfeld der politischen Außenbeziehungen beider Staaten jeweils auf internationaler, auf regionaler und auf bilateraler Ebene. Zudem prägten innenpolitische Zielstellungen, wirtschaftliche Realitäten und gesellschaftliche Erfordernisse die Gestaltung der Außenverbindungen.

Sowohl die DDR als auch Israel waren als Staaten im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges unter der maßgeblichen Mitwirkung externer Akteure und Großmächte entstanden. Ohne die Unterschiede zu verwischen, hatten die politischen Eliten teilweise mit vergleichbaren Ausgangsproblemen umzugehen. So rangen die Regierungen beider Staaten um innergesellschaftliche Konsolidierung, internationale Akzeptanz und den Aufbau effizienter, integrierter Außenwirtschaftsbeziehungen. Ihre Länder verfügten über wenige Kapitalressourcen und waren roh- und brennstoffarm und permanent vom Ressourcenzufluss aus dem Ausland

---

4 Ausführlicher dazu siehe meinen Beitrag: Geschäfte ja, Beziehungen nein: Israel und zweierlei Deutsche in der Außenwirtschaft, in: W. G. Schwanitz (Hrsg.), Amerika, der Mittlere Osten und das geteilte Deutschland, Berlin (in Vorbereitung).

5 Siehe dazu die Einschätzung des ehemaligen stellvertretenden Außenministers der DDR, Heinz-Dieter Winter, Bemerkungen zur DDR-Politik gegenüber Israel, in: asien. afrika. lateinamerika, 21(1993), S. 153-163; außerdem: P. Dittmer, DDR und Israel. Ambivalenz einer Nichtbeziehung. Teil I, in: Deutschland Archiv, 10 (1977) 7, S. 736-754; Teil II, in: Deutschland Archiv, 10 (1977) 8, S. 848-861.

abhängig; zudem bedingten flächenmäßig kleine Staatsgebiete, enge Binnenmärkte und nicht konvertierbare Landeswährungen, dass die Regierungen auf eine exportorientierte Volkswirtschaft setzten.

Zwischen der DDR und Israel bestanden – im Unterschied zu den anderen osteuropäischen Staaten – zu keiner Zeit offizielle staatliche Beziehungen, weder auf politischem noch auf wirtschaftlichem Gebiet. In den fünfziger Jahren hatten alle anderen osteuropäischen Staaten mit Israel einen Handelsvertrag abgeschlossen und unterhielten verschiedene bilaterale kommerzielle Abkommen.[6] Bis zu vierzig Prozent seines Erdölbedarfs deckte Israel zu dieser Zeit durch sowjetische Lieferungen und konnte damit den arabischen Boykott erfolgreich unterlaufen.[7] Im Austausch für solch „lebenswichtige Waren wie Kohle, Koks, Rohre, optische Instrumente, Chemikalien, Industrieausrüstungen, Stoffe und Holzkisten zum Verpacken von Apfelsinen"[8] aus Osteuropa kauften diese Länder Zitrusfrüchte, Bananen und Produkte der Leichtindustrie aus Israel.[9] Mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen Osteuropas zu Israel im Zuge des Krieges 1967 gingen auch deren geschäftliche Verbindungen erheblich zurück oder wurden teilweise ganz unterbrochen. Fortgesetzte inoffizielle Handelskontakte zu Israel spielten in den osteuropäisch-nahöstlichen Wirtschaftsbeziehungen insgesamt nur noch eine marginale Rolle. Als einziges osteuropäisches Land hielt Rumänien auch zwischen 1967 und 1990 offizielle diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen mit Israel aufrecht.

Annäherung und Abwendung zwischen Ostdeutschland und Israel

Das Verhältnis der am 7. Oktober 1949 gegründeten DDR zu dem am 14. Mai 1948 ausgerufenen Staat Israel war vielschichtiger und modifizierter als in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde. Es weist verschiedene Phasen auf, die von deutlicher Entfernung und Ablehnung,

---

6 Israel hatte einen Handelsvertrag mit der ČSR (1950), ein Handelsabkommen mit Ungarn (1950), Polen (1951), der UdSSR (1953), Bulgarien (1954) und Rumänien (1954) sowie eine Anzahl bilateraler Geschäftsvereinbarungen abgeschlossen. Vgl. R. L. Allen, Middle East Economic Relations with the Soviet Union, Eastern Europe, and Mainland China, University of Virginia 1958, insbes. S. 28, 29, 96-99; Brod (Anm. 2), S. 131.

7 Brod (Anm. 2), S. 97; Govrin (Anm. 2), S. 111 f.

8 Bundesarchiv (BArch), L 2/1737.

9 Für 1953 hatte Israel geplant, 40 bis 60 Tonnen Bananen in die UdSSR zu exportieren und prüfte den Verkauf von ätherischen Ölen. Perspektivisch rechnete die Regierung mit einer Zunahme der Handelsbeziehungen zur Sowjetunion: „Mit der Erweiterung des Exportes in die SU ist eine direkte Schiffsverbindung anzustreben." BArch, L 2/1737.

aber auch von politischer Annäherung geprägt waren. Im ökonomischen Bereich, nicht zuletzt im Außenhandel, lässt sich eine Abgrenzung zwischen den Phasen nicht so eindeutig vornehmen; teilweise scheinen sich politische und wirtschaftliche Fakten – wenigstens auf den ersten Blick – sogar zu widersprechen. Das mag auch daran liegen, dass es sich hier eben nicht um offizielle Wirtschaftsbeziehungen handelte, sondern dass diese Kontakte und Transfers weitgehend geheim verliefen, mit politischen Interessen der jeweiligen Akteure verbunden waren und davon ausgegangen werden muss, dass ihr tatsächlicher Umfang wohl unklar bleiben wird. Nach bisherigen Forschungen zeichnen sich drei Hauptabschnitte ab: erstens die frühe Phase nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1955, die zweite, große Phase bis Mitte der achtziger Jahre und die dritte Phase bis zum Ende der staatlichen Existenz der DDR.

Bereits Ende der vierziger Jahre diskutierten jüdische Geschäftsleute Palästinas, ob sie den Handel mit deutschen Firmen direkt aufnehmen und nicht wie bisher über daran verdienende Zwischenhändler in anderen Ländern fortsetzen sollten:

> „Wäre es nicht besser, wenn wir selbst gehen und direkt kaufen würden, im Austausch für Produkte unseres Landes, die wir ihnen liefern werden?“[10]

Dennoch bestätigte die israelische Regierung noch im August 1949 ihren Beschluss, keine Genehmigung für den Import von Waren aus Deutschland zu erteilen (außer dem eingeführten Besitz von Neueinwanderern). Nur einige Wochen später besuchte eine Delegation Israels die Leipziger Herbstmesse und zeigte nach Einschätzung der Nachrichtenagentur ADN „viel Interesse“ an den ausgestellten Maschinen, wie die israelische Tageszeitung Ha-Arez schrieb.[11] Die Sowjetische Besatzungszone verzeichnete für die erste Jahreshälfte 1949, also noch vor der Gründung der DDR im Oktober des Jahres, einen Export nach Israel im Umfang von 650.600 DM[12]. Das waren zwar nur 0,24 Prozent des Gesamtexportes der SBZ, aber mehr als ihre gesamten Ausfuhren nach Asien, Afrika und Lateinamerika in diesem Zeitabschnitt.

---

10 Ha-Arez, Jerusalem, 11.08.1947.

11 Ha-Arez, 4. 9.1949.

12 BArch, L 2/1429.Die Einwanderung von Juden aus Osteuropa war nach Meinung von Brod ein Faktor für das erhebliche Wachstum des Imports aus diesen Staaten. Wie eine Meldung in Ha-Arez zeigte, band auch die DDR den Transfer von Kontoguthaben der Auswanderer an den Export von entsprechenden Waren Ostdeutschlands nach Israel. Auf Grund der politischen Entwicklung und einzelner Bestimmungen in beiden Staaten über erforderliche Genehmigungen konnte die Abwicklung teilweise Jahre dauern und wurde ebenfalls als Teil des Außenhandels bilanziert. Vgl. Brod (Anm. 2), S. 96; Ha-Arez, 11.10.1953.

Der Weg für eine weitere Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen schien noch offen zu stehen, denn die politische und ökonomische Bindung Israels an die Industriestaaten war keinesfalls entschieden. Nach dem Krieg 1948/49, vor der Aufgabe der Errichtung einer eigenen Volkswirtschaftsstruktur stehend und mit den Anforderungen zur Integration von Hunderttausenden jüdischen Einwanderern konfrontiert, benötigte Israel große Mengen an Produktionsmitteln, aber auch Konsumgüter. Politische und militärisch-technische Unterstützung aus dem Osten Europas war bis zu dieser Zeit insbesondere durch die Sowjetunion und die ČSR geleistet worden. Israel wandte sich auch an die DDR. Herr Mendelsohn, ein offizieller Vertreter des Wirtschafts- und Finanzministeriums Israels machte in einem Gespräch in der Hauptabteilung Wirtschaftspolitik des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR. Anfang Mai 1950 deutlich, dass er von der DDR Warenlieferungen erwartet, um „in pauschalisierter Form" die Ansprüche zur Wiedergutmachung „global" abzufinden. Daraus könnte sich dann „ein normaler Handelsverkehr entwickeln".[13] Seinen Ausführungen zufolge waren normale Handelsbeziehungen aber nicht grundsätzlich an die Vorbedingung der Restitution gebunden.

In dieser Etappe ihrer Entwicklung zeigten beide Seiten Interesse an normalen kommerziellen Beziehungen. Als neu gegründete, junge Staaten mit unzureichend diversifizierten und strukturierten Volkswirtschaften waren sie auf der Suche nach neuen, erweiterten Handelskontakten und mussten versuchen, sich angesichts der Dominanz der Industrieländer zu behaupten. Israel hatte sich auf Beziehungen zur Bundesrepublik und zu westlichen Ländern noch nicht festgelegt. Gleichwohl war klar abzusehen, dass Kontakte mit Ostdeutschland ein weitaus geringeres Potential besaßen als Verbindungen mit der Bundesrepublik.

Im Frühjahr 1951 forderte die israelische Regierung in Schreiben an die vier Besatzungsmächte Deutschlands von der Bundesrepublik eine Milliarde US-Dollar und von der DDR 500 Millionen US-Dollar Reparationen, um die Integration der Einwanderer zu bewältigen. Die UdSSR lehnte die Zahlungen Ostdeutschlands ab; die Bundesrepublik und Israel sowie die Claims Conference hingegen nahmen im März 1952 Gespräche auf, die am 10. September 1952 zur Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens führten.[14] Die Führung der DDR bestand auf einer ei-

13 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes der BRD, Bestände des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (folgend: PAAA-MfAA), A 12739, 3. Außereuropäische Abteilung, 1374/65.

14 Ausf. A. Timm, Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997, S. 127-133.

genen Identität in Abgrenzung von der Bundesrepublik.[15] Nach dem Selbstverständnis der die Regierung tragenden Partei, der SED, verkörperte die DDR einen antifaschistischen, internationalistischen Staat, in dem die gesellschaftlichen Grundlagen für Antisemitismus und Völkerhass beseitigt worden waren.[16] Im Unterschied zur Bundesrepublik und deren Leistungen an Israel und die Claims Conference habe sie tatsächliche Wiedergutmachung geleistet. Diese Haltung vertrat die DDR-Regierung bis 1989 und lehnte es ab, mit Israel direkte Verhandlungen über Entschädigungsleistungen zu führen. Nach der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens 1952 zwischen Israel und der BRD und der Aufnahme offizieller Handelsbeziehungen zwischen der DDR und Ägypten 1953 war eine erste, sondierende Vorentscheidung auch auf dem Gebiet der Wirtschaftsbeziehungen der DDR in Nahost gefallen.

Bonn blickt nach Israel, Berlin nach Arabien

Israel erhielt ab 1955 umfangreiche Lieferungen aus der Bundesrepublik: Der Schwerpunkt lag nicht primär auf Konsumtionsgütern, sondern insbesondere auf Investitionsmitteln und Rüstungsgütern. Betriebsausstattungen, Schiffe, Maschinen, Rohstofflieferungen sowie technologische Unterstützung, die Israel für den Aufbau seiner Wirtschaft benötigte, legten zugleich die Grundlage dafür, dass die Bundesrepublik später zum zweitwichtigsten Wirtschaftspartner des Landes wurde. Demgegenüber hatte die DDR zu dieser Zeit – ohne Unterstützung durch einen Marshall-Plan, gezeichnet von den Belastungen der Reparationszahlun-

15 Vgl. A. Timm: DDR-Israel: Anatomie eines gestörten Verhältnisses, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage, Das Parlament, B 4/93 (22.01.1993), S. 46-54 (S. 47).

16 Der Botschaftsrat der DDR in Moskau, Karl Seitz, übergab dem israelischen Botschafter Schmuel Eliaschiv am 28. September 1955 ein Aide Memoire mit der grundsätzlichen Position der DDR zur Wiedergutmachung: „Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat bisher alles in ihren Kräften Stehende getan, um den deutschen Faschismus mit seinen Wurzeln zu vernichten und Bedingungen zu schaffen, die ausschließen, daß von Deutschland nochmals eine Bedrohung der Sicherheit und Existenz anderer Völker – auch des jüdischen Volkes – ausgeht. Den auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik wohnhaften Opfern des Faschismus wurde in großzügiger Weise Unterstützung und Hilfe gewährt. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat die von den vier Alliierten festgelegten Reparationsleistungen zur Wiedergutmachung des von dem deutschen Faschismus angerichteten Schadens erfüllt." Israel State Archives, Jerusalem. Foreign Ministry (F.M.), 93.39/547/2, zitiert in: A. Timm, Alles umsonst? Verhandlungen zwischen der Claims Conference und der DDR über „Wiedergutmachung" und Entschädigung, in: Forscher- und Diskussionskreis DDR-Geschichte (Hrsg.), hefte zur ddr-geschichte, Heft 32, Berlin 1996, S. 18.

gen sowie innenpolitisch mit Konflikten konfrontiert, nur wenig anzubieten.

In Konkurrenz zur wirtschaftlichen Stärke der Bundesrepublik und deren größerem Import- und Exportpotential[17] suchte die DDR ihre spezielle Nische, um sich für die arabischen und anderen paktfreien Entwicklungsländer alternativ zur Bundesrepublik als ein attraktiver und wertvoller Geschäftspartner zu etablieren. Wie die anderen osteuropäischen Staaten orientierte sich die DDR in den fünfziger Jahren insbesondere auf das zu dieser Zeit in der Region politisch führende arabische Land, auf Ägypten,[18] und auf Syrien. 1954 führte die DDR in Kairo ihre viel beachtete erste Industrieausstellung im Nahen Osten durch, um die Realisierung der Handelsabkommen mit Ägypten (1953) und Libanon (1952) zu verbessern und die Absatzmöglichkeiten in der Region zu erweitern. Die Leitung der DDR-Delegation schätzte in der Auswertung dieser Ausstellung ein, dass durch den Aufbau eines arbeitsfähigen Vertreternetzes in den Staaten „der Markt des Nahen und Mittleren Ostens mit größerem Erfolg als bisher bearbeitet werden kann."[19]

Auf Hinweis Ägyptens sollten jüdische Geschäftsleute von vornherein als Vertreter ausgeschlossen werden:

> „Größte Aufmerksamkeit ist der Tatsache zuzuwenden, daß in starken Maße ägyptische (nicht ausländische, jüdische usw.) Vertreterfirmen gewonnen werden. Ein entsprechender Hinweis war wichtiger Punkt einer Besprechung zwischen dem Unterstaatssekretär im Ministerium für Handel und Industrie [Ägyptens] und unserer Handelsvertretung."[20]

---

17 Zur Wirtschaft in der DDR siehe u. a.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW (Hrsg.), Handbuch DDR-Wirtschaft, Berlin 1984; United Nations: Yearbook of International Trade Statistics, New York, verschiedene Jahrgänge (vorrangig Vol. I oder Kategorie Trade by Country); International Monetary Fund: Direction of Trade Statistics, Washington, verschiedene Jahrgänge; C. Buchheim (Hrsg.), Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995; Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden, verschiedene Jahrgänge; Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin, verschiedene Jahrgänge; J. Bähr, Integrationseffekte und Integrationspotentiale in unterschiedlichen Wirtschaftssystemen: Das geteilte Deutschland im Vergleich, in: E. Schremmer (Hrsg.), Wirtschaftliche und soziale Integration in historischer Sicht, Stuttgart 1996, S. 241-258.

18 Ausf. Darstellung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens und Osteuropas für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1957 siehe Allen (Anm- 6).

19 BArch, L 200/74.

20 BArch, L 200/74.

Mit dem Abschluss von weiteren Handelsverträgen und der Etablierung von ständigen Handelsvertretungen in den folgenden Jahren legte die DDR den Schwerpunkt in ihren Beziehungen zu den Entwicklungsländern auf den Vorderen Orient. Dieser perspektivisch expansionsfähige und volkswirtschaftlich wichtige Markt sollte weder durch politische noch durch Handelsbeziehungen zu Israel gefährdet werden. Die überragende politische Determiniertheit, die aufgrund der Konfliktkonstellation im Nahen Osten der Implementierung jeglicher Wirtschaftskontakte zukam, machte insbesondere diese Beziehungen zu den Staaten der Region zu einem der sensibelsten Bereiche der Außenbeziehungen der DDR.

Mit dem Luxemburger Abkommen und der Aufnahme der Lieferungen an Israel 1955 hatte die Bundesrepublik sich im Nahost-Konflikt nach außen auf die Seite Israels gestellt, auch im Suez-Krieg 1956; die DDR-Regierung unterstützte Ägypten. In den 1960er Jahren konnte sie in den arabischen Staaten erheblichen Prestigegewinn erzielen. Dem offiziellen Besuch des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Walter Ulbricht, im Frühjahr 1965 beim ägyptischen Präsidenten Gamal Abd an-Nasir und umfangreichen Krediten an Ägypten folgte nach dem Nahostkrieg 1967 eine Anerkennungswelle der DDR 1969/1970 durch 14 arabische Staaten.[21] Nachdem im Herbst 1964 die westdeutschen Rüstungslieferungen an Israel bekannt geworden waren und beide Staaten im Mai 1965 diplomatische Beziehungen aufgenommen hatten, brachen zehn arabische Staaten ihre Beziehungen zu Westdeutschland ab und nahmen sie zu Beginn der 70er Jahre wieder auf.

Boykott und Orangen

Damit waren auch für die DDR in den sechziger Jahren, bereits vor dem Krieg 1967, die Umstände für die Abwicklung von Geschäften mit Israel stärker politisiert und komplizierter geworden. Die DDR-Führung musste ihre Außenkontakte sorgfältig abwägen. Das Risiko der DDR, das sie mit der Realisierung von Warenanfragen aus Israel und dem Import von süßen Jaffa-Orangen einging, erschien ungleich größer als das Israels:

---

21 Zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und den arabischen Staaten sowie zu den Palästinensern siehe u. a.: Die DDR in Nah- und Mittelost: Eine Begegnung und ihre Spuren. Ein Rundtischgespräch mit Diplomaten, geführt von Martin Robbe im April 1993, in: asien. afrika. lateinamerika, 21(1994), S. 551-601; W. u. A. Bator (Hrsg.), Die DDR und die arabischen Staaten. Dokumente 1956 bis 1982, Berlin 1984; H.-A. Jacobsen, G. Leptin, U. Scheuner, E. Schulz (Hrsg.), Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR. Bestimmungsfaktoren, Instrumente, Aktionsfelder, München, Wien 1979; H.-J. Spanger, Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt: Die Entwicklungspolitik der DDR – eine Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland?, Opladen 1987.

Die Unterhaltung von Wirtschaftskontakten mit Israel fand unter Umgehung der Sanktionen des von der Liga der Arabischen Staaten verhängten dreifachen Boykotts gegenüber Israel und seinen Handelspartnern statt.[22] So verlangte die Vereinigte Arabische Republik (VAR) im Handel mit der DDR eine „Legalisierung der Handelsdokumente", d. h. die Erklärung der DDR-Unternehmen,

> „daß die exportierten Waren nicht israelischen Ursprungs sind und daß bei ihrer Herstellung keine israelischen Rohstoffe verwendet wurden. Außerdem erklären wir, daß das Außenhandelsunternehmen ... keine Geschäftsbeziehungen zu Israel unterhält."[23]

Nachdem Kairo die „Israelklausel" noch verschärft hatte, plädierte der Leiter der Handelsdelegation der Regierung der DDR, Dr. Gerhard Weiss, in Vorbereitung eines langfristigen Handelsvertrages mit der VAR in einem Aide Memoire an die Handelsdelegation der Regierung der VAR 1962 dafür, die zeit- und kostenaufwendige Legalisierung von Exporten der DDR in die VAR durch eine Pauschalerklärung wegfallen zu lassen:

> „Wie allgemein bekannt, bestehen zwischen der DDR und Israel keine Beziehungen. Bei den für den Export nach der VAR vorgesehenen Waren werden keine israelischen Rohstoffe verarbeitet. Die Vereinigte Arabische Republik verzichtet deshalb auf die Forderung der Legalisierung von Handelsdokumenten durch die Handelsvertretung der Vereinigten Arabischen Republik in der Deutschen Demokratischen Republik."[24]

Der nah- und mittelöstliche arabische Markt mit seinem Rohstoffreservoir spielte eine zentrale Rolle in der Außenhandelsabhängigkeit der DDR; vornehmlich diese Beziehungen mussten aufrechterhalten werden. Insofern war es notwendig, jegliche Wirtschaftskontakte mit Israel den Prämissen der Außenhandelspolitik der DDR unterzuordnen. In einer speziellen Anweisung zum „Handel mit Firmen aus den von Israel ok-

---

22 Der primäre Boykott verbietet „im Kern" direkte Handels- und Kooperationsbeziehungen von Personen und Unternehmen der LAS mit Israel und in der „erweiterten" Form diese Beziehungen über Drittländer. Die Grundsätze des Boykotts gegenüber Israel legte die LAS in der 1954 verabschiedeten Resolution Nr. 849 „Unified Law on the Boycott of Israel" nieder. Zu einzelnen Vorschriften, deren Einhaltung das Central Boycott Office der LAS in Damaskus überprüft, vgl. D. Chill, The Arab Boycott of Israel: Economic Aggression and World Reaction, New York 1976; R. A. Weiner, The Arab Boycott of Israel: A Privat Right or Action under the Export Administration Act, in: Syracuse Journal of International Law and Commerce, 13 (1987) 3, S. 569-591.

23 BArch, DN 1/2187.

24 BArch, DN 1/2187.

kupierten Gebieten" wies das Ministerium für Außenwirtschaft der DDR im September 1967, also kurz nach dem Juni-Krieg, darauf hin, mit Firmen in den von Israel besetzten arabischen Gebieten (Gazastreifen, Westjordanland, Golanhöhen) keine Verbindungen zu unterhalten. Eine

> „Zusammenarbeit mit bisherigen Geschäftspartnern im gegenwärtig okkupierten Gebiet würde der israelischen Seite eine Handhabe geben, zu erklären, daß die DDR Handelsbeziehungen zu Israel aufgenommen habe. Derartigen Versuchen ist unter allen Umständen entgegenzuwirken ... Bisherige Importe von Zitrusfrüchten aus diesen Gebieten sind demzufolge nur mit Firmen in der VAR bzw. im Libanon durchzuführen..."

Insgesamt soll „keinerlei Zusammenhang mit den Firmen im okkupierten Gebiet [entstehen]. Das gleiche trifft auf Exporte der DDR zu."[25] Die DDR achtete darauf, dass konkrete Hinweise auf die Herkunft der Waren „Made in Israel" verhindert wurden; so mussten bei einer tonnenschweren Ladung von importierten Orangen die Aufkleber von jeder einzelnen Frucht notfalls per Hand entfernt werden.

Die arabischen Länder verfolgten die Einhaltung der Boykottbestimmungen und forderten damit eine eindeutige Stellungnahme der Länder Osteuropas. Die DDR wickelte die Geschäfte mit Israel weitgehend über Drittländer und als Barterhandel ab, durch Verknüpfung von Transaktionen und ein Netz von Firmen in verschiedenen Ländern. Der Umfang war gering, dennoch wäre es illusorisch anzunehmen, dass die arabische Seite nichts bemerkt haben soll, zumal die DDR auf die Einhaltung der „Israel-Klausel" hingewiesen worden war. Entsprechende Einrichtungen der DDR registrierten sehr wohl, welche Maßnahmen einzelne arabische Staaten im Falle eines Beschlusses der Arabischen Liga zum so genannten Blacklisting anwandten.[26] Auch Firmen der DDR bekamen die Anwendung der Boykottbestimmungen zu spüren: So verwehrten die Zollbehörden Jordaniens einem langjährigen Vertreter von Außenhandelsunternehmen der DDR, seine Waren nach Jordanien einzuführen, weil der Außenhandelsbetrieb Textilkommerz auf der „Schwarzen Liste" der Arabischen Liga stand. Der jordanische Vertreter ersuchte wiederholt um Unterstützung durch die Kammer für Außenhandel und das Ministerium für Außenhandel der DDR. Kuwait und Jordanien hatten arabischen Vertretern die Einfuhr von Waren dieses Außenhandelsbetriebes in ihre Länder verboten.[27]

---

25 Regierungskommission Leipziger Messen, Informationsstab: Information vom 8. September 1967. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin (folgend: SAPMO-BArch), DY 30/IV A2/20/831.

26 Vgl. W. G. Schwanitz, Judenargwohn? Zum Israel-Bild in SED-Akten über arabische Länder (1948–1968), in: Orient, 35 (1994) 4, S. 635-667 (S. 645).

27 BArch, L 200/7521.

Die DDR wollte ihren ohnehin minimalen Handel mit Israel nicht „auf Kosten" ihrer Wirtschaftsbeziehungen zum arabischen Markt betreiben. Am 22. September 1965 veröffentlichte dennoch eine große französischsprachige libanesische Tageszeitung einen Artikel über die Einfuhr israelischer Orangen in die DDR. Damit erschien erstmals eine Nachricht über derartige Lieferungen in der Öffentlichkeit. In einem Schreiben an den Leiter der Abteilung IV des ZK der SED, Peter Florin, bestätigte Wolfgang Kiesewetter, stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, den Warentransfer und regte eine abwartende Haltung der DDR an, um die Verbindungen zur arabischen Welt nicht zu gefährden.

> „Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese nunmehr bekannt gewordenen Handelskontakte nicht auch zukünftig gegen die Verbesserung der Beziehungen der DDR zu den arabischen Staaten von der gegnerischen Seite Verwendung finden werden. ... Ich schlage vor, zur Wahrung der außenpolitischen Interessen der DDR im arabischen Raum keine Stellungnahme zu der veröffentlichten Meldung abzugeben. Erst im Falle direkter arabischer Vorstellungen sollte die Angelegenheit in Abrede gestellt werden."[28]

Über spezielle Verbindungen verschiedener Firmen in Europa und Israel wurden die Kontakte fortgesetzt, auch nach dem Juni-Krieg 1967. Der Export Israels in die DDR ging zwar drastisch zurück, aber die Einfuhren Israels aus Ostdeutschland stiegen an. Sie waren sogar höher als vor dem Juni-Krieg 1967. In dieser Phase seiner industriellen Expansion verzeichnete Israel 1970 den höchsten Import, den es je aus der DDR bezog (256.000 US-Dollar). Israel führte dafür keine Konsumgüter, sondern Waren für den produzierenden Sektor ein: mechanische Geräte und Teile, unter anderem zwei Sortiermaschinen, eine Maschine für Erdarbeiten, ein Fördergerät sowie verschiedene Kleinteile und Materialien.[29]

Erweiterter internationaler Spielraum

Nach dem Nahostkrieg von 1973 engagierte sich die Regierung der USA aus ureigensten Interessen stärker in Nahost. In den siebziger Jahren zum Nettoimporteur von Erdöl geworden, wollte sie sich den Zugang zu diesem strategischen Rohstoff zu einem „vernünftigen Preis"[30] sichern. Pfeiler der Politik blieb die nicht erst seit der Gründung Israels beste-

---

28 SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/20/826.

29 Central Bureau of Statistics (CBS): Foreign Trade Statistics of Israel, Jerusalem, verschiedene Jahrgänge.

30 K. W. Stein, Die Rolle der Vereinigten Staaten im Nahost-Friedensprozeß, in: Europa-Archiv, Folge 2/93, S. 41-48 (S. 42).

hende *special relationship* zum jüdischen Staat.[31] Neben guten Beziehungen zu einer Reihe von arabischen Staaten sollte vorrangig der Schutz Israels gesichert werden und der Einfluss der Sowjetunion in der Region begrenzt werden. Erhielt Israel bis dahin den größten Teil der Wirtschafts- und Militärhilfe aus Westeuropa, insbesondere durch Reparationszahlungen aus der Bundesrepublik, so kamen die Transfers danach zunehmend aus den USA.[32] Ende der siebziger Jahre wurde Israel zum größten Empfänger von US-amerikanischer Auslandshilfe.[33] Der Aufstieg der israelischen Rüstungsindustrie erhielt nicht zuletzt durch die Kooperation mit US-Firmen einen wesentlichen Impuls. In ihrer Suche nach möglichen Partnern orientierte sich die israelische Wirtschaft nicht nur auf die Bundesrepublik, sondern war an einer Institutionalisierung der Beziehungen in größerem Rahmen interessiert: 1975 unterzeichnete die Europäische Gemeinschaft mit Israel als erstem nicht europäischen Staat ein Freihandelsabkommen.[34]

Der Entspannungsprozess in Europa erhöhte die Handlungsfreiheit der DDR. Im Dezember 1972 schlossen beide deutsche Staaten den Grundlagenvertrag ab und wurden im September 1973 als Mitgliedstaaten in die UNO aufgenommen. Die DDR unterhielt mit mehr als einhundert Staaten diplomatische Beziehungen. Ihre politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten in Afrika, Lateinamerika und Indochina in dieser Phase des „antiimperialistischen Optimismus"[35] unternahm sie in konsequenter Abgrenzung von der Bundesrepublik. Durch den Stand ihrer Wirtschafts- und wissenschaftlich-technischen Entwicklung war die DDR sowohl im Wirtschaftsbündnis osteuropäischer Staaten, Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, als auch unter den Entwicklungsländern anerkannt. Deren Bedürfnisse überstiegen bald die ökonomischen Möglichkeiten der DDR, die zudem mit den gestiegenen Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt konfrontiert wurde. Schwerpunkt im „antiimperialisti-

---

31 A. Garfinkle, The U.S. Imperial Postulate in the Mideast, in: Orbit. A Journal of World Affairs, 41(1997)1, S. 15-29.

32 Vgl. A. F. K. Organski, The $36 Billion Bargain: Strategy and Politics in U.S. Assistance to Israel, New York, Oxford 1990, S. 142, 161f.

33 Siehe dazu auch: R. J. Lieber, U.S.-Israeli Relations since 1948, in: MERIA, 2.3 (1998) unter: http://meria.idc.ac.il/; D. L. Clarke: US Security Assistance to Egypt and Israel: Politically Untouchable, in: Middle East Journal, 51 (1997) 2, S. 200-214; Jewish Virtual Library: http://www.jewishvirtuallibrary.org/jsource/US-Israel/U.S._Assistance_to_Israel1.html.

34 Siehe dazu auch: Y. Cohen: Economic Integration of Israel in the EEC. Israel and the EEC 1958–1977, Tel Aviv 1977; A. Neustadt. Die deutsch-israelischen Beziehungen im Schatten der EG-Nahostpolitik, Frankfurt a. M. 1983; I. Greilsammer, J. H. H. Weiler (Hrsg.), Europe and Israel: Troubled Neighbours, Berlin 1988.

35 Brock, Spanger (Anm. 21), S. 171.

schen Kampf" der DDR in Nahost war neben der wirtschaftlich begründeten Entwicklungshilfe für den Irak und Syrien die Unterstützung der PLO. Vor dem Hintergrund der Konfliktkonstellation sicherte die DDR-Führung der PLO wiederholt ihre Sympathie und Unterstützung für „das arabische Volk von Palästina"[36] zu. Das unterstrich sie durch Hilfeleistungen auf politischem wie auch materiellem Gebiet. So genehmigte die DDR-Regierung der PLO die Eröffnung ihrer ersten offiziellen Vertretung in einem sozialistischen Land Europas und stellte auch militärische Leistungen zur Verfügung, darunter Waffen.[37]

Als die DDR Verhandlungen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den USA begann, spielte auch die Frage der Wiedergutmachung eine Rolle. Die DDR-Regierung lehnte eine Verantwortung für jüdische Opfer außerhalb der DDR zwar nicht mehr generell ab, aber es kam zu keiner endgültigen Regelung mit der Claims Conference. Während sich einerseits das Verhältnis politisch immer mehr verhärtete,[38] stiegen andererseits ab Mitte der siebziger Jahre die Exporte Israels in die DDR stark an und erreichten 1978 ihr größtes Ausmaß. Sie bestanden zu neunzig Prozent aus Zitrusfrüchten und Zitrusprodukten. In den Jahren ab 1979 ging der Bezug israelischer Waren stark zurück. So dürfte sich die Außenwirtschaftsstrategie der DDR in dieser Zeit – drastische Beschränkung der Importe, vor allem aus den kapitalistischen Ländern – auch hier niedergeschlagen haben. Größere Bedeutung lag nun auf produktionsrelevanten Gütern, wie speziellen Stickstoff- und anderen chemischen Materialien.

Wandel und Neuorientierung

Von Anfang der fünfziger bis Mitte der siebziger Jahre war die ägyptische Wirtschaft der stärkste Handelspartner der DDR in dieser Region. Das änderte sich grundlegend nach dem Abschluss des Friedensvertrages Ägyptens mit Israel 1979 und angesichts der Isolierung des Landes am Nil in der arabischen Welt. In den achtziger Jahren fand die DDR erweiterte Märkte in Syrien sowie in den vom ersten Golfkrieg geschädigten Wirtschaften des Iraks und Irans und steigerte ihren Außenhandelsumsatz mit diesen Ländern. Nach der Erhöhung des Ölpreises und

36 SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/20/859.

37 Timm (Anm. 14), insbesondere S. 269-285; W. G. Schwanitz, Olivenzweig, Waffe und Terror. Deutsche und Palästinenser im Kalten Krieg, in: KAS, Auslandsinformationen, 21 (2005) 3, S. 34-66, speziell S. 52-55.

38 Die DDR stimmte im November 1975 in der UNO für die Annahme der Resolution 3379, die den Zionismus „als eine Form von Rassismus und Rassendiskriminierung" verurteilte. U.N. General Assembly Resolution 3379 (XXX), in: R. Lapidoth, M. Hirsch (Hrsg.), The Arab-Israel Conflict and its Resolutions: Selected Documents, Dordrecht 1992, S. 177f.

der zunehmenden Ökonomisierung der Außenbeziehungen zu den Entwicklungsländern war die DDR-Führung weniger an Entwicklungshilfe interessiert, sondern wollte ihre Handelsbeziehungen ausdehnen, auch in Nahost.

Der Warenverkehr mit Israel verlief in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zwar sehr instabil, jedoch zeigte er eine deutliche Belebung. Israel verzeichnete ab 1986 wieder einen Import aus der DDR. Der Export in die DDR stieg 1987 auf 1,8 Millionen US-Dollar an, aber erreichte nicht die Höhe von 1977 und 1978. Insgesamt entsprach der Warenumfang nicht annähernd den schnell wachsenden Handelsumsätzen, die Israel Ende der achtziger Jahre mit anderen osteuropäischen Ländern erzielte.[39] Die Entwicklung in Richtung einer Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und Israel auf wirtschaftlichem Gebiet verlief sehr langsam. Die bis dahin genutzten Wege wurden fortgesetzt, schließlich hatten sie sich bewährt. Parallel dazu kamen offizielle Gespräche erst 1989 zustande.

Die israelische Tageszeitung Ha-Arez veröffentlichte am 4. August 1989 die Nachricht über einen Vertrag zwischen Tourismusgesellschaften der DDR und Israels. Das staatliche Reisebüro der DDR unterzeichnete eine Vereinbarung mit der israelischen Gesellschaft „Malia" und übertrug ihr seine Alleinvertretung in Israel. Ha-Arez wies darauf hin, dass die DDR diese Verbindungen erst bekannt gegeben hatte, nachdem die UdSSR eine Meldung über die Kooperation ihres staatlichen Touristikunternehmens „Intourist" mit Israel herausgebracht hatte. Im Februar 1990 vereinbarten Vertreter der Fluggesellschaften der DDR und Israels, „Interflug" und „El Al", eine Direktlinienverbindung zwischen beiden Staaten einzurichten. Der am 15. Februar unterschriebene Vertrag regelte die Geschäftsbeziehungen zwischen den Unternehmen, bis die Voraussetzungen zur Aufnahme des Linienverkehrs zwischen Israel und Berlin geschaffen waren.

In diesem Zusammenhang wurden die Frage der politischen Beziehungen und das besondere Verhältnis zwischen beiden Staaten betont. In der Zeitung Ha-Arez äußerte der israelische Verkehrminister Moshe Kazav am 28. Mai 1990, dass in den Beziehungen Israels mit den anderen osteuropäischen Staaten die Verbindungen im Flugwesen der Bestätigung der staatlichen Beziehungen vorausgingen. Im Unterschied dazu wolle er im Falle der DDR erst die Aufnahme politischer Verbindungen zwischen der DDR und Israel sehen, bevor er Flugverbindungen zwischen beiden Staaten zustimme. Israel hatte bereits langjährige Beziehungen mit der „Lufthansa" der Bundesrepublik. Beide Gesellschaften –

39 Siehe auch: Eastern Europe: What Do the Changes Portend for Israel?, in: The Israel Economist, May 1990, S. 10-12.

Interflug und Lufthansa – waren bestrebt, „in dieser Etappe“[40] als selbständige Firmen weiterzuarbeiten; das betraf auch die Verbindungen zu Israel.

Die Indienstnahme der neuen Direktverbindung Berlin-Tel Aviv kam erst im September 1990 zustande; da stand der Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten bereits fest. Hier zeigt sich eine Konstellation, die für die gesamte DDR-Wirtschaft exemplarisch war: Während die anderen osteuropäischen Staaten ihre früheren Beziehungen zu Israel reaktivierten und neue Geschäftsfelder erschlossen, ging die DDR als zweiter deutscher Staat in die Verhandlungen. Firmen der Bundesrepublik unterhielten seit langem bewährte Beziehungen zu israelischen Unternehmen und wollten sich vom Markt nicht verdrängen lassen. Ostdeutsche Betriebe mussten sich also gegen die Konkurrenz sowohl in Deutschland als auch in Israel erst einmal durchsetzen.

Im Januar 1990 fand in der Kammer für Außenhandel der DDR, einer Einrichtung des Ministeriums für Außenhandel, das erste offizielle Gespräch mit israelischen Wirtschaftsvertretern statt. Damit begann eine qualitativ neue Etappe: Zwischen der DDR und Israel wurden offizielle Beziehungen auf der Ebene von staatlichen Institutionen und Direktkontakte zwischen Unternehmen Israels und der DDR hergestellt. Das „starke Interesse“ der israelischen Partner orientierte auf die industriellen Bereiche Maschinenbau und Metallurgie; Produkte dieser Warengruppen waren ja bereits aus der DDR bezogen worden. Insgesamt hatten beide Seiten große Erwartungen, einen schnellen Ausbau der Geschäftsbeziehungen zu vollziehen. Geplant wurden „Joint Venture und andere[n] Formen der Kooperation (incl. Drittlandkooperation) ... incl. Finanzierung“[41]. Die israelische Delegation übermittelte eine Einladung des Präsidenten der israelischen Handelskammer, Dan Gillermann, an den Präsidenten der DDR-Kammer.

Nach Jahrzehnten inoffizieller und stark eingeschränkter Kontakte bestand nun die Aussicht, ein relativ breites Spektrum diversifizierter Wirtschaftsbeziehungen aufzubauen. Aber bald zeigte sich, dass die politische Entwicklung in der DDR keine klare Perspektive für neue Kooperationsbeziehungen mehr gewährleisten konnte. Die Situation der ostdeutschen Volkswirtschaft verschlechterte sich und ein radikaler Umstellungsprozess fand statt. Schließlich zeichnete sich spätestens im Ergebnis der Wahlen zur Volkskammer der DDR im März 1990 eine schnelle Vereinigung ab. Infolgedessen bot die ostdeutsche Seite kaum noch komparative Kostenvorteile und noch weniger Sicherheit. Der Handelsaustausch verzeichnete zwar wieder einen Anstieg, aber der Ab-

40 Ha-Arez, 18. Februar 1990.
41 BArch, L 200/7726.

schluss eines Wirtschaftsabkommens zwischen der DDR und Israel wurde nicht mehr realisiert.

Geschäfte ja, Beziehungen nein

Obwohl zwischen den Regierungen der DDR und Israels keine offiziellen vertraglichen Vereinbarungen bestanden, existierte zwischen beiden Ländern ein dauernder Handelsaustausch (Tab. 1). Von den 50er Jahren an bis 1990 wurde nachweislich in fast allen Jahren ein bilateraler Warenverkehr durchgeführt, allerdings inoffiziell und geheim. Er war quantitativ geringfügig, auch im Vergleich zum Handelsaustausch Israels mit anderen Staaten des Ostblockes wie Rumänien (Tab. 2). Angesichts der umfangreichen und diversifizierten Wirtschaftsbeziehungen Israels mit der Bundesrepublik spielte die DDR als Handelspartner nur eine marginale Rolle (Tab. 3).

Sowohl die DDR als auch Israel waren nur bedingt an wirtschaftlichen Verbindungen interessiert. Israel schützte seinen Markt gegen Importe. Lehnte die DDR offizielle (politische) Beziehungen ab, so sollte die ostdeutsche Wirtschaft auch keinen Zugang zum israelischen Markt erhalten, quasi als „Strafe". Der Bezug von ostdeutschen Waren musste demnach a) einen komparativen Kostenvorteil für die entsprechenden Unternehmen in Israel gebracht haben, sonst wären die Geschäfte nicht realisiert worden, und b) der Wirtschaftsstrategie des Landes entsprechen und war daher immer an einen zumindest gleichwertigen israelischen Export gebunden. Die Einfuhren Israels erfolgten nach konkretem Bedarf, das heißt, es wurden Erzeugnisse importiert, wenn a) Spezialprodukte benötigt wurden, die die DDR in relativ guter Qualität herstellte, und b) wenn die DDR die Waren qualitativ gleichwertig, aber billiger anbot. So kaufte Israel dort Schreibmaschinen mit hebräischen Lettern. Der Ausfuhr seiner Waren stand Israel indes sehr offen gegenüber; dies war das Hauptmotiv für die Kontakte mit der DDR. Der Import wurde nur genehmigt, wenn zuvor auch der Export von Waren nachgewiesen werden konnte. Das israelische Industrie- und Handelsministerium band jeglichen Import an einen wertmäßig äquivalenten Export, um somit einer Verschlechterung der ohnehin defizitären Außenhandelsbilanz zu begegnen. Letztendlich zählte für beide Staaten allein die pragmatische Abwicklung der Geschäfte.

Die DDR-Führung war bis in die achtziger Jahre darum bemüht, die inoffiziellen Kontakte zur israelischen Seite geheim zu halten. Makroökonomisch betrachtet führten aber auch die öffentlich bekannt gewordenen Fakten nicht zu einer signifikanten Beeinträchtigung der Wirtschaftsbeziehungen der DDR mit arabischen Staaten. Der Export, der im Rahmen dieser Verbindungen mit Israel getätigt wurde, trug kaum zur

Diversifizierung des Außenhandels der DDR bei. Obgleich sich ein interessanter Markt bot, war die DDR letztendlich nicht auf diesen Weg der Wirtschaftsverbindungen angewiesen. Letztlich wollte sie die Kontakte nicht auf Kosten ihrer Beziehungen zu arabischen Staaten ausdehnen und öffentlich machen.

Trotz dezidiert konträrer Positionen, die die Regierungen in Ostberlin und in Jerusalem in der Politik weitgehend einnahmen, bestand mit dem Warenaustausch zwischen den beiden Staaten eine lose, zweckdienliche Verbindung. Diese Kontakte fanden sporadisch bei Bedarf statt; ihre Realisierung verlief auf rein geschäftlicher Basis, nach kaufmännischen Kriterien von Preis und Qualität und ohne politisch-ideologische Hemmnisse. Ungeachtet ihrer Instabilität im Umfang basierten die Verbindungen auf der gleichberechtigten Akzeptanz der Partner, Interessenausgleich und gegenseitigem Vertrauen – in die Liquidität der anderen Seite.

Anhang: Tabellen

Tabelle 1: Warenaustausch Israels mit der DDR 1954 bis 1990, in US-Dollar

Jahr	Import Israels	Export Israels
1954	k.A.	21.422
1955	51.171	k.A.
1956	7.406	159
1957	k.A.	k.A.
1958	31.626	k.A.
1959	4.083	241.678
1960	1.000	24.000
1961	k.A.	71.000
1962	39.000	309.000
1963	5.000	128.000
1964	8.000	46.000
1965	19.000	397.000
1966	0	418.000
1967	8.000	255.000
1968	3.000	k.A.
1969	6.000	16.000
1970	256.000	19.000
1971	32.000	55.000
1972	33.000	58.000
1973	45.000	41.000
1974	18.000	206.000
1975	157.000	952.000
1976	35.000	1.762.000

Jahr	Import Israels	Export Israels
1977	78.000	2.578.000
1978	4.000	3.358.000
1979	k.A.	37.000
1980	k.A.	114.000
1981	k.A.	50.000
1982	k.A.	171.000
1983	k.A.	91.000
1984	k.A.	42.000
1985	k.A.	628.000
1986	82.000	98.000
1987	110.000	1.808.00
1988	67.000	365.00
1989	18.000	262.00
1990	139.000	451.00

k. A. – keine Angaben verfügbar
Quelle: Central Bureau of Statistics (CBS): Statistical Yearbook; CBS: Statistical Bulletin of Israel; CBS: Statistical Abstract of Israel; CBS: Foreign Trade Statistics of Israel. Jerusalem, 1952–1991.

Die Statistik Israels unterteilt die Importe nach den Ländern, in denen Israel die Waren einkauft: „Import by country of purchase". Demzufolge sind hier direkt von der DDR bezogene Waren aufgeführt worden. Der Bezug aus Drittländern wurde nicht vollständig erfaßt. Bei den Exporten Israels erfolgt die Unterteilung nach den Zielländern: „Export by country of destination". Diese Ausfuhren waren mit Ziel DDR registriert; unklar blieb der konkrete Verlauf der Abwicklung der jeweiligen Geschäfte.

Diese Festlegung der Kriterien für die Erfassung von Ein- und Ausfuhren des Landes wurden ebenso in der Statistik der DDR vorgenommen. Außer den verwendeten Jahrbüchern waren keine offiziellen Statistika verfügbar. Auch internationale Veröffentlichungen enthielten keine vollständigen Zahlenreihen für den gesamten Untersuchungszeitraum. Teilweise wichen die Werte von der israelischen Landesstatistik ab. Die größte Differenz trat 1975 auf: Die IMF-Statistik gab den Export Israels in die DDR mit 1,5 Millionen US-Dollar (Statistical Abstract: 952.000) und den Import mit 900.000 US-Dollar (166.000) an. Vgl. International Monetary Fund. Direction of Trade Statistics 1980. Washington 1980, S. 141, 213, sowie weitere Jahrgänge.

Tabelle 2: Außenhandel Israels mit Ländern des RGW von 1950 bis 1990, in Millionen US-Dollar (Angaben gerundet)

Jahr	Bulgarien		ČSR/ČSSR		Polen	
	Export	Import	Export	Import	Export	Import
1950	0,10	1,30	0,60	2,50	k. A.	k. A.
1960	0,46	1,38	0,10	0,11	0,58	0,95
1965	3,07	3,22	k. A.	k. A.	5,30	5,54
1970	2,14	2,81	k. A.	k. A.	0,01	0,02
1975	1,00	1,90	5,30	0,60	k. A.	k. A.
1980	6,20	3,40	0	k. A.	k. A.	k. A.
1985	5,10	5,50	2,50	k. A.	k. A.	k. A.
1990	8,52	5,50	8,73	11,89	11,51	43,05

Jahr	UdSSR		Ungarn		Rumänien	
	Export	Import	Export	Import	Export	Import
1950	0	0,20	0,50	2,40	0,30	2,60
1960	0,31	0,11	0,78	0,81	1,64	0,57
1965	0,59	0,36	5,61	4,58	1,95	2,74
1970	0,001	0,06	6,34	4,25	11,02	26,49
1975	0,10	k. A.	5,10	5,60	18,00	34,60
1980	0	0	2,70	11,00	34,90	48,50
1985	0,2	0	4,90	8.00	10,00	20,30
1990	4,79	18,43	21,14	25,13	18,51	22,48

k. A. – keine Angaben verfügbar
Berechnet nach: CBS: Statistical Abstract of Israel. Jerusalem; CBS: Foreign Trade Statistics. Imports and Exports. Jerusalem, Quartals- und Jahresberichte, verschiedene Jahrgänge; R. L. Allen, a. a. O., S. 80.

Tabelle 3: Außenhandel Israels insgesamt und Handel mit der DDR und mit der Bundesrepublik von 1950 bis 1990, in Millionen US-Dollar (Angaben gerundet)

	Gesamtaußenhandel Israels		Handel mit der DDR		Handel mit der Bundesrepublik	
Jahr	Export	Import	Export	Import	Export	Import
1950	35,1	302,0	k. A.	k. A.	0	3,9
1960	216,6	502,7	0,024	0,001	21,1	71,9
1970	778,7	1.462,0	0,019	0,256	66,7	174,9
1975	1.940,7	4.172,6	0,952	0,157	160,5	457,5
1980	5.537,5	7.994,7	0,114	k. A.	548,7	788,6
1990	12.079,8	15.325,5	0,451	0,139	711,9	1.794,0

Berechnet nach: CBS: Statistical Abstract of Israel; CBS: Foreign Trade Statistics, jeweils verschiedene Jahrgänge.

Uwe Pfullmann

Anfänge der zweifachen deutschen Beziehungen zum Nordjemen

Die Beziehungen zum Nordjemen begannen nach dem Zweiten Weltkrieg recht unspektakulär. Wie bei anderen Staaten der Region waren es vor allem Wirtschaftsunternehmen wie die Weserhütte Otto Wolff[1], die sich nach Handelskonditionen und diplomatischen Vertretungen erkundigten. Im Jahr 1952 wurde das Ersuchen der Weserhütte dahingehend beschieden, dass die Bundesrepublik im Jemen nicht vertreten ist und eine Interessenvertretung nur durch den in Ta'izz akkreditierten britischen Geschäftsträger möglich ist. Um dies zu ändern, sollte zunächst der westdeutsche Gesandte in Kairo auch für den Jemen akkreditiert werden. Zu diesem Zweck reiste Dr. Günther Pawelke nach Aden in den britisch besetzten Südjemen, wo er am 12. Oktober 1953 mit Heinrich de Haas, dem einstigen deutschen Honorarkonsul in Djidda, ankam. De Haas und Pawelke reisten von Aden über Ta'izz nach Sana'a. Nach Besprechungen mit Amir Hasan kehrten sie über Ma'rib, Hudaida und Ta'izz nach Aden zurück.[2]

Am 19. Dezember 1953 wurde der Botschafter Westdeutschlands in Kairo, Dr. Pawelke, auch im Nordjemen akkreditiert. Doch auch die jemenitische Seite bahnte Kontakte an, um ihr im höchsten Grad unterentwickeltes Land voranzubringen. Als möglichen Warenlieferanten und Kreditgeber hatte man die Bundesrepublik ins Auge gefasst. Die Botschaft Rom kabelte am 9. Februar 1953 nach Bonn, dass der jemenitische Ministerpräsident am 18. Februar in Frankfurt am Main ankommen und nach Düsseldorf weiterfliegen wird. Die Delegation des Ministerpräsidenten bat zugleich um eine Gelegenheit zur Weiterfahrt nach Bonn sowie um die Stellung eines Dolmetschers namens Hermann Dietrich[3].

---

1 Die Weserhütte wurde 1844 als Eisenwerk gegründet. Der erste Bagger der Weserhütte wurde 1908 als Hochlöffelbagger mit Schienenfahrwerk gebaut. Später folgten Bagger mit Dieselmotor mit Raupenfahrwerk. In den sechziger Jahren gehörte die Weserhütte zu den ganz Großen im Baggerbau. Vgl. www.baggerfreunde.de /Weserhutte/Weserhutte_Geschichtlicher_Abr weserhutte_geschichtlicher_abr.html.

2 Vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin (im Folgenden: PAAA), B 11, Nr. 347, 16. September 1952.

3 Hermann Dietrich war Mitinhaber der Firma Joseph Hansen & Söhne Hamburg, Spitalerstraße 12. Hermann sprach die jemenitischen Dialekte fließend. Er war

Der Vizekönig wünschte den Besuch einer repräsentativen Baumwollspinnerei, einer Traktorenfabrik, eines Zementwerkes, einer Kohlenzeche, eines Eisenbergwerkes sowie einer Mineralölförderanlage und einer Häute- und Lederfabrik. Die Delegation bestand aus Prinz Saif al-Islam Hasan, dem Vizekönig, Ministerpräsidenten und Innenminister des Jemen, Sayyid Hasan Ibrahim, Gesandter des Jemen in London, Scheich Ali Muhammad al-Djabali, Handelsattaché des Imam in Aden, Ahmad Kamud Baahar, dem Direktor für industrielle Angelegenheiten sowie Sayyid Muhammad al-Haifi, dem Privatsekretär des Königs. Die Aufmerksamkeit Bonns gegenüber der jemenitischen Delegation mag Beleg für die zu diesem Zeitpunkt noch erkennbare außenpolitische Isolierung Westdeutschlands sein. Die offensichtlich wenig konkreten Vorstellungen über die Modernisierung und Industrialisierung des Jemen waren den Handelsbeziehungen sicher nicht förderlich. Abschließend konstatierte das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung über den mehrwöchigen Deutschlandbesuch des Vizekönigs, dass jener „in Kreisen der Araberliga[4] größtes Unbehagen ausgelöst" hat. Als der Prinz vor fünf Monaten in Kairo weilte, hat es nicht an Versuchen gefehlt, ihn im Sinne der Ligapolitik zu beeinflussen. Auch hier versuchte der Gesandtschaftsrat in Bonn, Dr. Maamun al-Hamui, die jemenitische Delegation auf dem Flughafen abzufangen, um sie vor dem Staatsbesuch nochmals an die panarabischen Wünsche und Abmachungen zu erinnern."[5] Zu weiteren Hintergründen des Deutschlandbesuchs des jemenitischen Vizekönigs teilte die Deutsche Presseagentur mit, dass

> „die Wirtschaftslage im Jemen einen derartigen Tiefpunkt erreicht (hatte), daß sich die führenden Männer daher gezwungen sahen, deutsche Hilfe in Anspruch zu nehmen, ganz gleich, ob die Bundesregierung den Israel-Vertrag ratifiziere oder nicht..."[6]

Yunus Bahri, der frühere Chefsprecher der arabischen Programme der deutschen Überseesender, polemisierte in der in Paris erscheinenden Wochenschrift „Al-Arab":

---

vor dem Zweiten Weltkrieg 15 Jahre im Jemen. Obige Firma war Generalexporteur für die Ausfuhr von Maschinen aller Art nach Nah- und Mittelost.

4 Korrekt Liga der Arabischen Staaten. Sie wurde am 22. März 1945 als internationale Regionalorganisation in Kairo gegründet. Die Gründerstaaten waren Ägypten, Irak, Nordjemen, Jordanien, Libanon, Saudi-Arabien und Syrien. Ziel der Liga war die Festigung der Beziehungen zwischen den Mitgliedsländern und die Verteidigung der Unabhängigkeit der arabischen Staaten, doch vermochte die Araberliga nur zeitweise die unterschiedlichen Interessen ihrer Mitglieder zu überdecken.

5 Ebenda, dpa-Information, 10.03.1953.

6 Ebenda.

„Dr. Adenauer habe die große Schachpartie aber noch nicht gewonnen, wenngleich es ihm auch gelungen sei, einen arabischen König zu erjagen. Der Bundeskanzler habe erst dann gesiegt, wenn er alle arabischen Könige für sich gewonnen habe. Die Regierungen und Völker der arabischen Länder, schließt Bahri, würden weiterhin Front gegen die judenfreundliche und araberfeindliche Politik Dr. Adenauers machen."[7]

Bahris Fazit verdeutlicht nicht zu Unrecht eine Priorität in der westdeutschen Außenpolitik. Die Beziehungen zu Israel hatten und haben gegenüber den arabischen Ländern absolute Priorität. Die tragische Vergangenheit der Shoah, die Bemühungen beider Seiten zur Schaffung einer besseren Zukunft und die politischen Zwänge der damaligen Situation von den Anfängen der Wiederherstellung des Dialogs zwischen Westdeutschland und der jüdischen Gemeinschaft einerseits und der Kontaktanbahnung zwischen dem westdeutschen Teilstaat und Israel andererseits führten zu einer außergewöhnlich schnellen Annäherung zwischen zwei Ländern und Völkern, die alles nach dem in jüngerer Geschichte beispiellosen Völkermord getrennt haben müsste.[8] Der am 10. September 1952 in Luxemburg unterzeichnete Wiedergutmachungsvertrag bildete vorerst einen ersten Höhepunkt dieser westdeutschen Anstrengungen, die 1965 in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen gipfelten. Die arabischen Politiker sahen in diesen Leistungen an Israel für die im Holocaust ermordeten Juden eine enorme Stärkung des Staates Israel, obgleich dieser arabische Territorien besetzt hielt. Die Isolierung Westdeutschlands in der arabischen Welt zu durchbrechen, machte daher durchaus Sinn.

Bahri machte vor allem den Handelsbevollmächtigten des Imam, Scheich Ali Muhammad, für das Zustandekommen des Besuchs des jemenitischen Vizekönigs in Italien und Deutschland verantwortlich. Protokollarischer Höhepunkt des Besuchs der jemenitischen Delegation war zweifellos deren Empfang bei Bundespräsident Theodor Heuss.

Ein Jahr später hatte man in der Bundesregierung schon wesentlich klarere Vorstellungen von den Wünschen der jemenitischen Seite. Anfang August 1954 regte der jemenitische Gesandte in London und Bonn an, den sich in Kairo aufhaltenden Kronprinzen durch die Bundesregierung einladen zu lassen. Der deutsche Gesandte im Jemen, Wilhelm G. Steffen, mutmaßte den Hauptgrund in dem Wunsch nach langfristigen großen Krediten. Offizieller Anlass sollte der Austausch der Ratifizierungsurkunden zu den deutsch-jemenitischen Verträgen sein, die dem im

7 Ebenda.

8 Vgl. Trimbur, D., De la *Shoah* à la réconciliation? La question des relation RFA – Israël [1949–1956], Centre de Recherche français de Jérusalem. Paris 2000.

Hotel Rheinland in Bad Godesberg residierenden Gesandten Hasan Ibrahim überreicht werden sollten. Resigniert stellte Steffen fest:

> „Eine Einladung des Kronprinzen wird sich allerdings kaum umgehen lassen. Sie wäre vielleicht analog zu der im Januar 1953 im Namen der Bundesregierung erfolgten Einladung des jemenitischen Vizekönigs und Ministerpräsidenten Prinz Saif ul Islam Hassan auszusprechen (...)."[9]

Kronprinz, Chinesen und Sowjets

Die Hintergründe für die Bemühungen der jemenitischen Seite, den Kronprinzen Saif al-Islam Muhammad al-Badr von der Bundesregierung einladen zu lassen, begründete der Gesandte des Jemen in London und Bonn wie folgt:

> „Die deutsch-jemenitischen Beziehungen seien auf ein totes Gleis geraten. Die Frage sei, was getan werden könne, um das deutsch-jemenitische Freundschafts-, Handels- und Kredit-Abkommen zu aktivieren. Die Firmen Krupp, Strabag/Philipp Holzmann und Deilmann[10] hätten wertvolle Vorarbeit geleistet; greifbare Resultate seinen jedoch bisher nicht erzielt worden. Er sei sich darüber klar, daß dies zum großen Teil an den Jemeniten selbst läge, weil Entschlüsse im Jemen nur langsam reiften, und auch inner-politische Schwierigkeiten zu überwinden seien..."[11]

Sayyid Hasan Ibrahim verwies den Diplomaten Dietrich von Mirbach auf die Projekte für den Bau von Straßen, Elektrizitätswerken und eines Zementwerkes. Zudem erwähnte er die Deilmann-Konzession für den Abbau von Kohle und Erzen. Die Untersuchungen der Firma Krupp in Bezug auf Kohlevorkommen waren zwar enttäuschend, aber es wurden jedoch Ölschiefer in abbauwürdigen Mengen gefunden.

Als Ursache für die enttäuschenden Ergebnisse des Deilmann-Vertrages benannte Sayyid Hasan Ibrahim Mangel an Verständnis auf beiden Seiten. So habe der Imam zweimal vergeblich auf den Besuch von Herrn Deilmann gewartet.

> „Zur Überwindung dieser Situation halte er es für zweckmäßig, den Kronprinzen Saif el Islam Muhamed el Badr mehr an dem Deilmann-Vertrag zu interessieren, um so mehr als er Gouverneur der Provinz sei, in der Deilmann arbeite. Er mache daher den Vorschlag, den Kronprin-

---

9 PAAA, B 12, Nr. 1062, Aufzeichnung von Steffen, 10.08.1954.

10 Bei dem heutigen Unternehmen Deilmann-Haniel handelt es sich um einen Spezialausrüster für Bergbau mit Sitz in Dortmund.

11 Ebenda, v. Mirbach an AA, Kairo, 12. August 1954.

zen zu einem Besuch nach Deutschland einzuladen. Der Austausch der Ratifizierungsurkunden könne hierfür den offiziellen Anlaß bieten."[12]

Baron Mirbach verwies auf die Bestrebungen gewisser jemenitischer Kreise, den Vertrag zunichte zu machen. Der schleppende Fortgang der westdeutsch-jemenitischen Kooperation führte wohl 1955 zu einer Umorientierung auf die Sowjetunion und deren Imperium. Im Oktober 1955 meldeten Nachrichtendienste jemenitische Verhandlungen mit den Sowjets über die Erneuerung des 1927 abgeschlossenen Freundschaftsvertrages. Die Verhandlungen wurden von dem stellvertretenden jemenitischen Außenminister Qadi Abdallah al-Umari mit dem in Ägypten akkreditierten sowjetischen Botschafter in Kairo geführt.

Der deutsche Gesandte in Saudi-Arabien teilte dem Auswärtigen Amt mit, dass diese Verhandlungen lediglich eine selbstverständliche Folge der letzten internationalen Entwicklung seien. Nach Meinung arabischer Persönlichkeiten stehe

„der Westen den arabischen Interessen gleichgültig gegenüber, die Sowjets jedoch offensichtlich Verständnis für die Probleme der arabischen Welt bewiesen und darüber hinaus ihre friedliebende Politik deutlich zu erkennen sei, könne einer unabhängigen arabischen Regierung kein Vorwurf gemacht werden, wenn sie bereits früher bestehende freundschaftliche Beziehungen zu einem mächtigen Land erneuere."[13]

Ursachen hierfür waren sicher der Druck der Arabischen Liga, aber auch der Wandel in der internationalen Kräftegewichtung, die sich zu diesem Zeitpunkt eindeutig zugunsten der Sowjetunion veränderte. Höhepunkt dieser Kräfteverschiebung war die Konferenz von Bandung und die Gründung der Bewegung der Blockfreien. Der Westen, vor allem die USA und Großbritannien, sahen in Bandung „das Trojanische Pferd für den Sieg des Kommunismus in Südostasien, im Nahen Osten und in Afrika"[14].

Sie reagierten darauf mit einer Stärkung Israels, der Türkei und Saudi-Arabiens sowie des Iran als lokale Vormächte. Die USA übernahmen mehr oder weniger stark modifiziert die Politik Großbritanniens, schwache, beeinflussbare Regierung in Nahost zu installieren oder zu halten. Die Mossadeq-Affäre im Iran und die amerikanische Militärintervention im Libanon im Juli 1958 galten dafür als Indiz.

---

12 Ebenda.

13 PAAA, B12, Nr. 1063, v. Richthofen an AA, Djidda, 27. Oktober 1955.

14 H. Mejcher, Sinai, 5. Juni 1967. Krisenherd Naher und Mittlerer Osten. München 1998, S. 129.

Der jemenitische Gesandte in Kairo, Abdarrahman Abu Talib, nahm in der Zeitschrift „Gumhuriyya" zur Außenpolitik des Jemen Stellung, deren Ziel die Festigung der arabischen Einheit sei:

> „Der Jemen begrüße daher den Abschluss bilateraler Pakte der arabischen Nationen untereinander, weil dies der einzige Weg für eine fruchtbringende Zusammenarbeit unter ihnen sei. Jeder Drohung, die einem arabischen Staat gemacht werde, halte der Jemen als gegen sich selbst gerichtet. Auf das Verhältnis des Jemen zu Großbritannien kam der Gesandte nur insofern zu sprechen, als er die Ansprüche des Jemen auf das Gebiet von Aden und die dem Jemen vorgelagerte Insel Kamaran hervorhob."[15]

Abd ar-Rahman Abu Talib verurteilte die britische Politik, die die jemenitischen Ansprüche auf diese Gebiete nicht anerkenne und darüber hinaus wiederholt Grenzkonflikte hervorgerufen habe. Die offensichtlich werdende Zurückhaltung der jemenitischen Seite lag in der Entwicklung des Nahost- und Palästinakonflikts begründet. Die israelischen Abschreckungsmaßnahmen, so das Massaker im transjordanischen Grenzdorf Qibiyya im Oktober 1953 und der Überfall auf den ägyptischen Grenzposten bei Gaza im Februar 1955[16], führte zu einer Solidarisierung der arabischen Länder mit den Nachbarstaaten Israels. Auch die jemenitischen Offiziellen konnten nicht ignorieren, dass die militärische Aufrüstung Israels vor allem mit Reparationsleistungen Westdeutschlands bezahlt wurde.

Pankowitische Vorstösse

Diese Chance erkannte die DDR-Führung, um die Hallstein-Doktrin[17] auszuhöhlen und vor allem bei Entwicklungsländern Vorteile erringen zu können. Vom 25. Juni bis 1. Juli 1956 besuchte auf Einladung von Ministerpräsident Otto Grotewohl der Kronprinz des Königreiches Jemen, Saif al-Islam Muhammad al-Badr, die DDR. Die Delegation unter Leitung al-Badrs besuchte Industriebetriebe und kulturelle Einrichtungen der DDR. Der Kronprinz wurde auch von Wilhelm Pieck, Präsident der DDR, empfangen. Al-Badr führte Gespräche mit Otto Grotewohl, mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, und

15 Ebenda, Pawelke an AA, Kairo, 12.03.1956.

16 Vgl. Mejcher (Anm. 14), S. 124.

17 Die in der DDR als Alleinvertretungsanmaßung bekannte Hallstein-Doktrin ging davon aus, dass die Bundesrepublik mit dem ehemaligen Deutschen Reich identisch sei und dass es ein gesamtdeutsches Territorium und Staatsvolk gebe. Die nach dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Walter Hallstein (1901–1982), benannte Doktrin wurde durch den Grundlagenvertrag 1972 obsolet.

mit dem Minister für Außenhandel und innerdeutschen Handel, Heinrich Rau.

Die ostdeutsche Nachrichtenagentur ADN veröffentlichte folgende Absichtsbekundungen:

> „Diese Verhandlungen ergaben eine erneute Bestätigung des Wunsches beider Ländern, die alte Freundschaft, die zwischen dem jemenitischen Volk und dem deutschen Volk stets bestanden, aufrecht zu erhalten und zu gegebener Zeit normale Beziehungen zwischen ihnen herzustellen. Bis dahin wurde es für zweckmäßig erachtet, mit der Entwicklung der wirtschaftlicher Beziehungen und des Handelsaustausches fortzufahren. Zu diesem Zweck wurde ein Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der DDR und dem Königreich Jemen abgeschlossen."[18]

Doch im offiziellen Kommuniqué bei Abschluss der Reise war von normalen Beziehungen zwischen beiden Staaten keine Rede mehr. Stattdessen verwies das deutsch-jemenitische Kommuniqué vom 30. Juni 1956 auf die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und den in der Resolution der Konferenz von Bandung enthaltenen Prinzipien wie der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität, Nichtangriff und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten usw.[19]

Abweichend von diesen allgemeinen Floskeln wurde die ADN-Meldung schon deutlicher:

> „In den Besprechungen herrschte Übereinstimmung auf beiden Seiten, dass beide Länder in gewisser Beziehung ähnlichen Problemen gegenübergestellt sind. Das sind in erster Linie die Fragen des Kampfes der beiden Länder für die Erreichung ihrer nationalen Ziele in politischer wie in wirtschaftlicher Beziehung."[20]

Im gemeinsamen Kommuniqué wurde auch die deutsche Frage erörtert.

> „Beide Seiten sind der Überzeugung, dass die Deutschen selbst in gegenseitiger Verständigung und in brüderlichen Verhandlungen der beiden direkt betroffenen Staaten die nationale deutsche Frage lösen sollten."[21]

Von westdeutscher Seite her wurde zunächst polemisiert, dass sich das deutsch-jemenitische Kommuniqué eng an das sowjetische Schema

---

18 PAAA, B 12, Nr. 1062, ADN-Meldung vom 30. Juni 1956.

19 Vgl. Die DDR und die arabischen Staaten. Dokumente 1956–1982, hrsg. vom Solidaritätskomitee der DDR, ausgew. und eingeleitet von W. und A. Bator, Berlin 1984, S. 59 f.

20 PA des AA, B 12, Nr. 1062, ADN-Meldung vom 30. Juni 1956.

21 Die DDR und die arabischen Staaten (Anm. 19), S. 59 f.

anschließe, das bei Besuchen von Außenminister Dimitri T. Schepilow in Ländern des Nahen Ostens angewandt wurde.

Doch beherrschendes Thema für westdeutsche Diplomaten war, ob das Kommuniqué als jemenitische Anerkennung der DDR aufzufassen sei. Für die Bejahung dieser Frage sprachen nach einer Aufzeichnung die Gesamtdiktion des Kommuniqués, die üblichen Staatsbesuchen entsprach, sowie die durchgängig zu beobachtende Gleichstellung beider Länder. Doch überwogen bei der Erörterung die negativen Aspekte der Bewertung. In einer ersten Analyse der Abteilung III des Auswärtigen Amtes schrieb der Bemate Merchtaler:

> „Als das schwächste, entlegenste und über die deutschen Probleme am wenigstens unterrichtete arabische Land schien der DDR der Jemen der am meisten erfolgversprechende Ansatzpunkt, und ihre Rechnung war offenbar die, daß das nun vorliegende Kommuniqué die Bundesregierung vor die Entscheidung stellen solle, entweder ihre Beziehungen zum Jemen abzubrechen oder die Anerkennung der DDR durch den Jemen hinzunehmen, womit der langersehnte erste Einbruch erzielt sein würde. Dieser Plan ist nun nur zum Teil gelungen, weil die Jemeniten den Pankowern[22] nicht ganz auf den Leim gegangen sind und doch noch so vorsichtig waren, die Herstellung normaler völkerrechtlicher Beziehungen zwischen dem Jemen und der DDR nur als eine Möglichkeit für eine unbestimmte Zukunft, nicht aber als ein sofort zu verwirklichendes Ziel hinzustellen."[23]

In einem zweiten Entwurf präzisierte Merchtaler seine Einschätzung über die überwiegenden Aspekte der Nichtanerkennung der DDR durch den Jemen:

> „Man gewinnt hiernach den Eindruck, dass die Leute von Pankow zwar versucht haben, mit Hilfe des Jemen, in dem sie einen besonders schwachen Punkt sahen, den ersten Einbruch in die ihnen bisher ablehnend gegenüberstehenden Ländern außerhalb des Eisernen Vorhangs zu erzielen, dass ihnen aber der Versuch nicht oder mindestens nicht ganz gelungen ist. Die Jemeniten sind offenbar den pankowitischen Wünschen bis an die äußerste Grenze entgegengekommen, aber sich auch in der deutschen Frage den sowjetischen und sowjetzonalen Stadtpunkt – die Frage müsse von den Deutschen selbst gelöst werden – zu eigen gemacht, aber die Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen haben sie nur als eine Möglichkeit in unbestimmter Zukunft zugestanden..."[24]

---

22 Abwertendes Synonym für die DDR-Regierung, die in Ostberlin Pankow eine Reihe Regierungsgebäude hatte.

23 PAAA, B 12, Nr. 1062, Aufzeichnung Abteilung III, Merchtaler an Staatssekretär AA, Bonn, 3. Juli 1956.

24 Ebenda, S. 2.

Dieser verbal nicht sonderlich taugliche Versuch, die Regierung der DDR mit der sowjetischen gleichzusetzen, zeigt, wie groß die Sorge war, dass die DDR auf außenpolitischem Gebiet bei ihrer Anerkennung vorankommt. Die Abteilung 3 kam schließlich zu dem Fazit, dass man das Kommuniqué vielleicht als eine Vorstufe der Anerkennung ansehen kann,

> „aber wohl kaum als mehr. Zuzugeben ist allerdings, dass die Frage sich nicht eindeutig beantworten lässt. Daraus ergibt sich unser Interesse an einer Klarstellung."[25]

Als mögliche Konsequenz des jemenitischen Vorgehens fasste das Auswärtige Amt den Entschluss, die Zuständigkeit für den Jemen von der Botschaft Kairo auf die Gesandtschaft Djidda zu übertragen. Eine entsprechende Demarche von Bonner Seite zur Klarstellung der jemenitischen Position sollte gegenüber dem jemenitischen Gesandten in Bonn erfolgen. Doch Hasan Ibrahim befand sich zu diesem Zeitpunkt – sicher mit Absicht – in London, dem Ort seiner Erstakkreditierung. Merchtaler erwog schließlich die Konsequenzen eines Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zum Jemen und kalkulierte die Solidarität der Arabischen Liga ein, wobei graduelle Unterschiede bei den einzelnen arabischen Ländern unterstellt wurden.

> „Die Situation könnte sich aber wesentlich ändern, wenn die vorliegende Frage gekoppelt werden sollte mit der ziemlich heftigen Erregung in allen arabischen Ländern über die Novelle zum Bundesentschädigungsgesetz und die daraus sich ergebende Erhöhung deutscher Zahlungen nach Israel. In diesem Falle wäre es nicht unwahrscheinlich, dass sämtliche arabischen Länder, auch der Irak, sich mit dem Jemen solidarisch erklären könnten."[26]

Besonders pikant war die Tatsache, dass der erste Gesandtschaftssekretär der jemenitischen Gesandtschaft in Bonn, Al-Baidani, offizielles Mitglied der Delegation in Ostberlin war. Doch wurde von Seiten des Auswärtigen Amtes nicht auf die Entfernung Al-Baidanis aus Bonn bestanden. Wenige Tage später wurde in einer weiteren Aufzeichnung die nächste Vorgehensweise beschlossen. Die geplante Demarche an die jemenitische Regierung sollte dem jemenitischen Gesandten in Bonn übergeben werden. Das Auswärtige Amt wünschte eine klare Stellungnahme der jemenitischen Seite zur Anerkennungsfrage. Bis zum Erhalt der jemenitischen Stellungnahme wurde die Bestellung des westdeut-

25 Ebenda, Aufzeichnung, Merchtaler an Staatssekretär AA, 5. Juli 1956.
26 Ebenda, S. 4 der Aufzeichnung.

schen Gesandten in Djidda, Oswald Freiherr von Richthofen, in Sana'a zurückgestellt.

Das Auswärtige Amt kam schließlich zu der Einschätzung, dass Al-Baidani vermutlich aus Rücksichtnahme auf Bonn zu der Reise des Kronprinzen nach Ostberlin hinzugezogen worden ist.[27] Wenige Monate später kam es zu einem erneuten Waffengang im Nahen Osten. Im so genannten Suez-Komplott griff Israel gemeinsam mit Großbritannien und Frankreich Ägypten und die Suez-Kanalzone an. Als Nikita S. Chruschtschow mit dem Einsatz von Atomwaffen drohte und Washington die Invasion nicht billigte, zogen sich Angreifer zurück. Das Vorgehen Israels mit den alten Kolonialmächten blieb nicht ohne Folgen. Der Angriff auf die Kanalzone richtete sich auch gegen den panarabischen Nationalismus Abd an-Nasirs, zum anderen hoffte Frankreich die Unabhängigkeitsbewegungen in Algerien und Tunesien von Osten her unter Druck setzen zu können.[28]

Das Suez-Komplott 1956 und seine Folgen

Das Ägypten Abd an-Nasirs orientierte sich immer mehr auf Moskau; auch die DDR profitierte von dieser Umorientierung und wollte hieraus Kapital schlagen. In einer Erklärung des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, zum Abzug der englischen und französischen Truppen aus Ägypten, konstruierte dieser einen Zusammenhang von Wiedergutmachung und Nahostkonflikt:

> „Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wendet sich an die Regierung der Deutschen Bundesrepublik mit der Forderung, die so genannte Wiedergutmachung an Israel, die der Aufrüstung des israelischen Aggressors dient, der Republik Ägypten zur Wiedergutmachung der durch israelische Truppen angerichteten Schaden zu überweisen."[29]

Die eindeutige Stellungnahme osteuropäischer Länder zugunsten arabischer Staaten blieb nicht ohne Folgen. Schon bald folgten Waffenlieferungen an die arabischen Regimes, womit auch eine Reihe von Grenzkonflikten angeheizt wurde. Die westdeutsche Botschaft in Addis Abeba berichtete 1957 über Grenzstreitigkeiten zwischen Jemen und dem britisch besetzten Protektorat Aden. Die neuerlichen Grenzstreitigkeiten fanden durch das zeitliche Zusammentreffen mit der Suez-Krise erhöhte Beachtung, da die jemenitischen Stämme bei den Gefechten von Dhaala zum ersten Mal mehrere Granatwerfer tschechoslowakischen Ursprungs

---

27 Vgl. ebenda, Aufzeichnung, Abteilung 3 an AA, Büro Staatssekretär, 10. Juli 1956.

28 Vgl. hierzu Mejcher (Anm. 14), S. 128 f.

29 Die DDR und die arabischen Staaten (Anm. 19), S. 62.

verwendeten. Der Einsatz der aus Arabern und Somalis bestehenden „Aden Protectorate Levies", zweier Züge der schottischen „Camerons" und der britischen Luftwaffe genügte, um den Grenzkonflikt abzuwehren.

Offensichtlich ist jedoch, dass der von Moskau dominierte Warschauer Pakt versuchte, dem strategisch wichtigen Jemen den Rücken zu stärken, um ihn als Gegengewicht zum britisch besetzten Protektorat Aden sowie gegen Saudi-Arabien aufzubauen. Die im Entstehen begriffene Vereinigte Arabische Republik unter Führung Abd an-Nasirs wurde von den Al Saud durchaus als Bedrohung aufgefasst. So schrieb Freiherr von Richthofen an das Auswärtige Amt:

> „Seine zur Schau getragene Indifferenz, was das Werden der 'Vereinigten Arabischen Republik' anbelangt, hat König Saud nicht daran gehindert, sehr schnell einzugreifen, als auch der Jemen Miene machte, sich der neuen Vereinigung anzuschließen. Er hat auf diese Nachrichten hin keinen Geringeren als seinen Chefberater Sheikh Gamal al-Husaini (den Bruder des bekannten 'Großmufti von Jerusalem') nach Taiz geschickt, um ... dem Imam unzweideutig klarzumachen, daß der eventuelle Anschluss des Jemen an die syrisch-ägyptische Union die schwersten Folgen für die Beziehungen zwischen den beiden Königreichen haben könnte. Ganz offensichtlich will König Saud ein Übergreifen dieser Unionsbestrebungen auf die eigentliche arabische Halbinsel verhindern. Der – wenn auch der ganzen Natur des ultra-reaktionären Regimes im Jemen nach reichlich problematische – Gedanke, dass letzten Endes Nasser auf diese Weise im arabischen Süden weiter Fuß fassen könnte, ist König Saud alles andere als angenehm."[30]

Oswald von Richthofen schlussfolgert folgerichtig, dass Imam Ahmad kaum seine absolutistische Stellung zugunsten einer großarabischen Republik aufgeben oder auch nur einschränken lassen würde. Anders lag die Sache beim Thronfolger Al-Badr, der zu diesem Zeitpunkt in Kairo über den jemenitischen Anschluss an die Union verhandelte. Die unterschiedlichen politischen Überzeugungen des Imam und des Kronprinzen sollten sich als Spaltpilz in der zaiditischen[31] Dynastie erweisen. Hinzu

30 PAAA, B 12, Nr. 1063, v. Richthofen an AA, Djidda, 16. Februar 1958.

31 Die Zaidiya ist eine Gruppe der Schi'at Ali, die wiederum in acht Richtungen gegliedert ist. Zaid ibn Ali stellte sich der von Kufa (Irak) aus agierenden Bewegung des Abu Musa zur Verfügung. Zaid ibn Ali wurde um 740 n. Chr. von umayyadischen Truppen getötet; sein Rumpf in Kufa ausgestellt und besudelt, sein Kopf wurde in Damaskus, Mekka und Medina gezeigt. Männer wie Abu al-Djarud und Salama ibn Kuhail sammelten sich, um das Andenken des Märtyrers aus dem Hause des Propheten zu bewahren. Der Imam der Zaidiya muss zur Ahl al-Bait, zu den Nachkommen der Prophetentochter Faima gehören. Die Zaiditen lehnen die Nachfolge in der Imam-Würde durch Erbschaft ab. Vgl. ausf. R. Strothmann, Das Staatsrecht der Zaiditen, Strassburg 1912.

kam die religiöse Teilung des Landes in Schafiiten und Zaiditen, wobei die Sunniten schafiitischer Prägung vorwiegend die Tihama bewohnten, während die zaiditischen Stämme[32] überwiegend im Hochland siedelten. Gerade im sunnitischen Bevölkerungsteil sollten die Ideen Abd an-Nasirs vom Arabischen Sozialismus[33] Fuß fassen. Wenige Wochen später berichtete Richthofen, dass sich der Kronprinz Muhammad al-Badr in der innerdynastischen Auseinandersetzung um den – wenn auch nur föderativen – Anschluss an die Vereinigte Arabische Republik durchgesetzt hatte.

> „Die Motive des Kronprinzen ... dürften in dem Wunsche gegipfelt haben, dem Lande durch engere Anlehnung an die Vereinigte Arabische Republik eine bessere internationale Stellung und größere Sicherheit zu geben. Die Gefahr, dass sich die ägyptisch-syrischen Bundesbrüder ... zu stark in die inneren Angelegenheiten des Jemen einmischen könnten, eine Gefahr, die vor allem der Imam gescheut haben soll, scheint der Kronprinz mit jugendlichem Optimismus demgegenüber gering zu veranschlagen. Daneben darf man aber auch nicht ausseracht lassen, dass er, wie vielfach zu hören ist, wirklich von der Idee des arabischen Nationalismus stärker geprägt ist, als die sonstigen Potentaten der Halbinsel, und dass er in Nasser den Führer der Bewegung anzuerkennen bereit ist."[34]

Aus diesem föderativen Anschluss ergaben sich eine Reihe völkerrechtlicher Fragen und bündnispolitischer Überlegungen. Eine davon war der britisch-jemenitische Vertrag über die friedliche Regelung von Grenzfragen aus dem Jahr 1934. Sollten künftig derartige Verhandlungen mit Nasser geführt werden? Nicht ganz zu Unrecht mutmaßte Oswald von Richthofen, dass die britische Verwaltung des Protektorats Aden der Entwicklung mit großem Unbehagen zusah. Anfang Mai 1957 wurde offenbar, dass der Einfluss Abd an-Nasirs und somit des Ostblocks auf das konservative Regime des Imam Ahmads gewachsen war. Der westdeutsche Gesandte Wilhelm G. Steffen konstatierte:

> „Der Ostblock ist aktiv dabei, sich in diesem Lande eine Position zu schaffen, die in gewisser Hinsicht mit der Bastion der Sowjets in Albanien verglichen werden kann. ... die Länder des Ostblocks (Sowjet-Union, Rot-China, Tschechoslowakei und die deutsche SBZ) (haben) keine Anstrengungen gescheut, aus der ihnen von Kronprinzen Mo-

---

32 Heute gehören 53 Prozent der Religion der Zaiditen und 47 Prozent der sunnitischen Schulrichtung, den Schafiiten an. Vgl. www.lexikon.freenet.de/jemen.

33 Vgl. W. G. Schwanitz, Arabischer Sozialismus, in: W. Haug (Hrsg.), Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus in zwölf Bänden, Hamburg 1994, S. 391-401.

34 PAAA, B 12, Nr. 1063, v. Richthofen an AA, Djidda, 9. März 1958.

hammed al-Badr gebotenen Möglichkeit die denkbar besten Vorteile zu ziehen und eine beachtliche Position auszubauen. ... An der Tatsache, dass Kronprinz al-Badr der Exponent der jemenitischen Ostblockpolitik ist und sich dabei in Meinungsverschiedenheit mit seinem Vater, Imam Ahmad, befindet, ist kaum zu zweifeln. Der Imam hält mit Zeichen des Ungemütlichfühlens gegenüber der Situation auch nicht zurück, ist jedoch nicht mehr ganz Herr der Entwicklung."[35]

Der Gesandte Steffen führte verschiedene psychologische Gründe an, die dazu geführt haben, dass al-Badr auf die sowjetische Linie einschwenkte. Interessanter ist jedoch Steffens Wahrnehmung des Vertreters der DDR:

„Uns besonders interessierend ist das Vorhandensein einer sowjetzonalen Wirtschaftsdelegation, deren Leiter, ein Herr [Horst] Bastian, einen Pankower Diplomatenpass mit dem Titel 'Konsul' besitzt und von den jemenitischen Behörden mit diplomatischen Privilegien bedacht wird. (...) Er gilt ganz allgemein als diplomatischer Vertreter Deutschlands, da im Jemen kaum jemand imstande ist, zwischen der Bundesrepublik und der so genannten 'DDR' zu unterscheiden. Peinlich ist natürlich das Schauspiel des Zusammentreffens zweier Deutschlands auf so engem Raum, dessen Bewohner zudem in ihrem Getragensein von allgemeiner großer Deutschfreundlichkeit kein Verständnis für den Unterschied aufzubringen in der Lage sind. Die Ideologie des Kommunismus bleibt ihnen in ihrer Primitivität ein fremder Begriff, sie sehen lediglich die von dessen Vertretern ins Land gebrachten materiellen Resultate."[36]

In der ägyptischen Zeitschrift *Al-Musawwar* konstatierte ein Besucher des Jemen:

„It is worthy to mention that I could feel and notice that there is a deep Eastern Bloc's penetration in Yemen, Communism is extending its roots to every part in Yemen; it is strange that great success which they attained. Everywhere in Yemen the people are talking about the Russians, about their help to Yemen und their friendship to the *Arabs and Moslems*; a great deal of the Yemenis in the very remote villages believe, that the Russians are Moslems and talk the Arabic too as their mother language (some of the Russians talk good Arabic)."[37]

35 Ebenda, Nr. 1059 A, Steffen an AA, Djidda, 7. Mai 1958.
36 Ebenda.
37 Ebenda, Anlage zum Bericht der Gesandtschaft der BRD Djidda vom Mai 1958, S. 1.

Ostblockaktivität im Jemen, und wo bleibt der Bund?

Am 11. Mai 1958 meldete die arabische Tageszeitung *Fatat al-Jazira* saudische Truppenkonzentrationen an der Nordgrenze des Jemen. Der Imam traf sich mit dem Kronprinzen Saif al-Islam al-Badr in Taizz. Nach dieser Zusammenkunft wurden die Sowjets veranlasst, ihre Arbeiten in Sana'a und der Tihama einzustellen.[38] Einen Monat später vermeldete die sowjetische Zeitschrift *Mezhdunarodnaja Zhizn*, dass die Bemühungen der DDR zur Eröffnung einer Handelsvertretung in Sana'a geführt haben, der konsularische Vollmachten verliehen wurden.[39]

Diese Vorgänge blieben von den Bonner Stellen nicht unbeobachtet. In einem Gespräch mit dem stellvertretenden jemenitischen Außenminister al-Qadi Muhammad Abdallah al-Ameri kam Wilhelm G. Steffen darauf zu sprechen, dass der Handelsvertretung diplomatische, mindestens jedoch konsularische Vollmachten zugesprochen wurden. Al-Ameri erwiderte, dass zwischen dem Jemen und

> „der von den Sowjets besetzten Zone Mitteldeutschlands lediglich wirtschaftliche Beziehungen bestünden, und der Leiter dieser Wirtschaftsdelegation nur solche konsularischen Befugnisse ausübe, die direkt mit den wirtschaftlichen Dingen zusammenhingen. Darüber hinaus besitze er keinerlei Privilegien. ... Es sei auch nicht beabsichtigt, über diese Vereinbarungen hinauszugehen. Der jemenitischen Regierung sei die Einstellung der Bundesrepublik zu dieser Frage durchaus bekannt, und es läge ihr viel daran, die bestehenden guten Beziehungen aufrechtzuerhalten."[40]

Zu dieser Zeit kam es auch zu einem Wechsel in der Leitung der ostdeutschen Handelsvertretung. Konsul Horst Bastian wurde durch Eberhard Held abgelöst.

Auch Ostberlin unternahm nach Erlangung der formellen Souveränität von der sowjetischen Besatzungsmacht ab Mitte der fünfziger Jahre verstärkte Anstrengungen, die diplomatische Isolierung zu durchbrechen. Dabei ordnete sich Ostberlin der globalen Strategie der Sowjetunion unter, die ihre Position als politische und militärische Weltmacht auszubauen suchte. Die Zeit hierfür schien günstig, zumal eine große Anzahl der Entwicklungsländer entweder schon ihre staatliche Unabhängigkeit erlangt hatte oder dabei war, diese zu erreichen. Erste medizinische Hilfeleistungen der DDR für die JAR wurden 1954 eingeleitet. In den Akten des Ostberliner Außenministeriums gibt es u. a. einen Ver-

---

38 Vgl. ebenda, Nr. 1063, Übersetzung aus der arabischen Tageszeitung Fatat al-Dschazira, 11. Mai 1958.

39 Vgl. ebenda, Vermerk, Bonn, 12. Juni 1958.

40 Ebenda, Steffen an AA, Djidda, 21. Juli 1958.

merk über den Empfang der jemenitischen Regierungsdelegation unter Leitung des Gesundheitsministers Hussein al-Magdani beim Minister für Gesundheitswesen, Max Sefrin, am 13. Oktober 1954.[41] Offenbar gingen bereits 1956 die ersten Ärzte in den Jemen.

In einer Vereinbarung DDR-Jemen über die Beschäftigung von Ärzten und mittleren medizinischen Personal im Jemen sahen die Rechts- und Vertragsabteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten mit Argusaugen darauf, dass die Ärzte aus der DDR nicht diskriminiert wurden. Dabei setzte man aber offensichtlich wenig Vertrauen in die jemenitische Gerichtsbarkeit, denn Herr Amberg teilte der Handelsvertretung in Sana'a mit, dass die Unterwerfung der DDR-Bürger unter die jemenitische Gerichtsbarkeit nicht wünschenswert sei.[42]

Die Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Gesundheitswesen, vertreten durch den Leiter der Handelsvertretung in Sanaa, Eberhard Held, und dem jemenitischen Gesundheitswesen des Königreiches Jemen, Qadi Abdallah Hagri, trat am 7. Juli 1959 in Kraft.[43] Zunächst wollte die Rechtsabteilung des Außenministeriums dem Basislohn von 100 Pfund Monatsgehalt zustimmen, wenn „dies keine Diskriminierung darstellt und für die Bestreitung des ordnungsgemäßen Lebensunterhalts ausreicht".[44] Doch wurde offenbar, dass die jemenitische Seite den ostdeutschen Ärzten die Hälfte weniger zahlen wollte, was aus prinzipiellen Erwägungen und wegen Diskriminierung abgelehnt wurde. Schließlich einigte man sich darauf, dass den Ärzten 150 Pfundsterling und dem mittleren medizinischen Personal 70 Pfundsterling bezahlt wurde. Es handelte sich um einen Zahnarzt, einen Röntgenologen im Krankenhaus Sana'a, ferner einen Zahnarzt, zwei praktische Ärzte, eine medizinisch-technische Assistentin, eine Krankenschwester, die im Krankenhaus in Baida eingesetzt wurden.[45]

Die Aktivitäten der DDR wurden von den Bonner Vertretungen aufmerksam verfolgt. Unter dem Stichwort „Ostblockaktivität im Jemen" kabelte Wilhelm G. Steffen nach Bonn, dass die „Ostzone" ein Angebot zur Errichtung einer Gewerbeschule unterbreitet hat und unterstellte die Absicht, den Westen ganz auszuschalten, was den Imam äußerst beunruhigte. Die

> „Inaktivität des Westens veranlasst aber den sehr ehrgeizigen Kronprinzen mehr und mehr, die vom Ostblock zunächst bedingungslos gebotene Hilfe gegen die Neigung seines Vaters zu akzeptieren."[46]

41 Bundesarchiv (im Folgenden: Barch), MfAA, A 13648. Zeitraum 1954–1956, Mikrofiche.
42 Ebenda, MfAA, A 5940, Bl. 32-33.
43 Ebenda, MfAA, A 5940, Bl. 32 f..
44 Ebenda, Bl. 5.
45 Ebenda, Bl. 32-33.

Bezüglich der ostdeutschen Handelsvertretung in Sana'a führte Steffen aus, dass die DDR zum Preis von 100 Pfundsterling Ärzte und Krankenschwestern zur Verfügung stelle. Das Handelsvolumen habe sich in letzter Zeit bedeutend vergrößert, speziell Pumpen, Textilien, Teppiche, Linoleum, Haushaltsartikel und vereinzelt auch Lebensmittel.

> „Von der DDR-Seite wurde dem Jemen ein Angebot für die Ausbildung von 15 Jemeniten als Handwerker gemacht!! Die Leute werden in Kürze abreisen. Wo bleibt der Bund??"[47]

fragte der Gesandte Steffen enttäuscht seine Vorgesetzten.

Am 13. Juni 1960 schloss der „Volkseigene Betrieb Wasserwirtschaft" aus Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) einen Ausbildungsvertrag mit einem Bürger des Königreiches Jemen, Ali Abu Talib ab, wobei dem jemenitischen Bürger ein monatliches Stipendium von 300 Mark zugebilligt wurde.[48] Für den Zeitraum 1962 bis 1963 stellte daher das ostdeutsche Außenministerium einen Maßnahmeplan auf.[49]

Kommunistische Bedrohung des Islam

Doch zurück zur Entwicklung im Jemen. Für das Jahr 1959 ist charakteristisch, dass der Ostblock seine Positionen ausbauen konnten. Die arabische Wochenzeitung *Fatat al-Djazira* berichtete im März 1959, dass in Sana'a 20 Russen seien, zwölf in Ta'izz, und dass acht von ihnen in Hudaida den Hafenausbau kontrollieren. Ostdeutschland hatte ein Abkommen mit einer jemenitischen Aktiengesellschaft unterzeichnet, das den Import einer Elektroanlage für die Beleuchtung Sana'as im Wert von 200.000 Riyal verbriefte. China schloss Anfang 1959 ein Abkommen über die Pflasterung einer Straße zwischen Sana'a und Hudaida. Offenkundig wurde bei all diesen Modernisierungsarbeiten auch eine gewisse Obstruktion von Imam Ahmad, der dafür sorgte, dass die Arbeiten durch Arbeitskräftemangel nur schleppend vorankamen.[50]

Noch deutlicher wird der Gesandte Steffen in einem Bericht an das Auswärtige Amt wenige Wochen später, als dieser über den Fortgang der Arbeiten am Hafen von Hudaida und Ras al-Khatib sowie eines angeblichen Flottenstützpunktes am nördlichen Ende des Bab al-Mandab berichtete:

---

46 Ebenda, B 12, Nr. 1064, Steffen an AA, Djidda, 10. März 1959.
47 Ebenda.
48 Ebenda, MfAA, Nr. A 13798, bl. 88.
49 Ebenda, Nr. A 3036.
50 PA des AA, B 12, Nr. 1059 A, Übersetzung eines Artikels in Fatat al-Dschazira, 29. März 1959.

„Tatsache ist, daß Russen und Tschechen sie energisch betreiben. Ihre Fortführung wird jedoch durch einen an Sabotage grenzenden Mangel an Arbeitswillen bei den jemenitischen Kulis stark gehemmt, die zudem seit Monaten auf ihre Löhnung warten müssen, da der Imam seinen finanziellen Verpflichtungen in keiner Weise nachkommen will oder kann."[51]

Steffen stellte fest, dass das Schwergewicht auf den Bau der Straße Sana'a-Hudaida gelegt werden sollte, an der 1959 etwa 600 Chinesen arbeiteten. Den Jemeniten war nicht zu verdenken, dass sie auf Grund fehlender Bezahlung kaum arbeiteten.

„Die Chinesen sollen sich deswegen bei der einheimischen Bevölkerung, sozusagen als 'Streikbrecher' bereits denkbar unbeliebt gemacht haben. Der Imam hat, nach bewährtem Vorbild (siehe Firmen Krupp, Deilmann), alle von ihm versprochenen Geldbeiträge und Sachleistungen eingestellt."[52]

Die Schwierigkeit des Terrains tat sein Übriges, so dass die Chinesen nur sehr langsam vorwärts kamen. Die im Westen zum Teil stark übertriebenen Zahlen ostdeutscher Experten im Jemen rückte Steffen zurecht. Er teilte seinen Vorgesetzten mit, dass lediglich 25 Ostdeutsche im Jemen tätig seien, vor allem beim Ausbau des Telefonnetzes. Diesen Auftrag hatte eine DDR-Firma gegen den Mitbewerber Siemens nach längerem Verhandeln erhalten. Nur als katastrophal konnte Steffen die Wirtschaftslage des Jemen einschätzen. War unter Imam Yahya die Kasse noch gut mit Marietheresien-Talern gefüllt, die der Imam für Frauenkleider, Hunderte von Brillen und Ferngläsern etc. – heute im Sana'aer Museum zu besichtigen – auszugeben pflegte, so war sein Nachfolger Ahmad fast bankrott.

„Seine östlichen Handelspartner machen nun mit ihm die gleichen Erfahrungen wie vorher die westlichen. ... Unbezahlte Rechnungen pflegen im Allgemeinen die Liebe des säumigen Schuldners zu dem Gläubiger nicht zu steigern. Und da im Jemen praktisch noch alles von den Gefühlen des Imams und der Oberschicht abhängt, ließe sich durchaus denken, dass [...] man sehr stark dabei ist, die lästigen Helfer aus Moskau, Prag, Peking und Pankow alsbald wieder mit Anstand loszuwerden."[53]

Wilhelm G. Steffen skizzierte auch die innerdynastische Dimension des Konflikts in der Königsfamilie. Die nördlichen, zaiditischen Stämme wandten sich zunehmend gegen den als Refomer unbeliebten Kronprinzen und favorisierten den Bruder des Imam, Amir Hasan, der nach ei-

51 Ebenda, Steffen an AA, Djidda, 20. April 1959.
52 Ebenda.
53 Ebenda.

nem langjährigen Exil in Saudi-Arabien mit Genehmigung Imam Ahmads 1958 in den Jemen zurückkehrte. Bald schon wurde deutlich, dass Hasan beim Machtpoker auf Saudi-Arabien setzte, während Kronprinz al-Badr sich die Unterstützung Abd an-Nasirs und des Ostblocks zu sichern versuchte.[54]

Kronprinz al-Badr hoffte mit Hilfe ägyptischer Offiziere wie in anderen Staaten des Nahen Ostens eine moderne Armee aufbauen zu können, die nicht mehr ihren Stämmen verpflichtet war, sondern ihren Offizieren folgten. Seine Hoffnung war, damit die Zentralgewalt in seinen Händen gegen alle feudalen Kräfte zu stärken. Die von der Sowjetunion und der Tschechoslowakei gelieferten Waffen wurden vom Kronprinzen persönlich abgenommen und an von ihm kontrollierte Orte gebracht.

Offensichtlich ist jedoch, dass auch al-Badr trotz aller Modernisierungsbestrebungen keine klaren Vorstellungen von konstitutionellen Regierungsmethoden hatte und wie sein Vater Ahmad und sein Großvater Yahya im Zweifelsfalle geneigt war, „mit drastisch-diktatorischen Mitteln seinen Willen durchzusetzen."[55]

Im Verlauf des Jahres 1959 wurde offenbar, dass die Anfangseuphorie in der Vereinigten Arabischen Republik abgeklungen war. Die antikommunistische Wendung in der VAR ließ auch die Bereitschaft des Jemen sinken, mit der DDR zusammenzuarbeiten. Damit standen die Chancen für die Errichtung einer westdeutschen Gesandtschaft nicht schlecht. Aus den Akten des Auswärtigen Amtes lässt sich deutlich erkennen, inwieweit sich beide deutsche Staaten in die „Systemauseinandersetzung" involvieren ließen:

> „Allerdings dürfte sich diese Wirksamkeit nicht als rein theoretisch erweisen, sondern müßte mindestens auf dem Sektor der technischen Hilfeleistung, insbesondere bei der Ausbildung von unterem technischem Personal, tatkräftig in Erscheinung treten. Zu I 10) gilt das gleiche..., nämlich, daß die Botschaft stärker mit festfundiertem, in arabischer Sprache ausgearbeitetem Material über die Bedrohung des Islams durch den Kommunismus, über eindeutige Erscheinungen der Unterdrückung der persönlichen, völkischen und religiösen Freiheit durch die sowjetischen Expansionsbestrebungen ebenso wie auch mit Material, das Verleumdungs- und Falschmeldungen über die Bundesrepublik und ihre führenden Männer klar herausstellt, beliefert würde."[56]

Ohne jeden Zweifel trug die Systemauseinandersetzung zwischen Ost und West dazu bei, dass reaktionäre islamische Kreise, vor allem durch Saudi-Arabien, entsprechend auf die Entwicklungen im jemeniti-

54 Ebenda; v. Richthofen an AA, Djidda, 20. April 1959.
55 Ebenda, Aufzeichnung von Steffen, Djidda, 29. Juni 1959.
56 Ebenda, Steffen an AA, Djidda, 26. August 1959.

schen Nachbarland und im arabischen Raum reagiert haben – und dabei gestärkt wurden. Dass auch der Westen seinen Teil dazu beitrug, ist sicher unstrittig. Westdeutschland konnte an eine unheilige Tradition der Politisierung und „Djhadisierung“[57] des Islam anknüpfen.

Von Nord nach Süd und Isolationsumkehr

Aus westdeutscher Sicht hatten die Beziehungen zu Israel in den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts absolute Priorität. Die tragische Vergangenheit der Shoah, die Bemühungen beider Seiten zur Schaffung einer besseren Zukunft und die politischen Zwänge der damaligen Situation von den Anfängen der Wiederherstellung des Dialogs zwischen Westdeutschland und der jüdischen Gemeinschaft einerseits und der Kontaktanbahnung zwischen dem westdeutschen Teilstaat und Israel andererseits führten zu einer außergewöhnlich schnellen Annäherung zwischen beiden Staaten.

Demgegenüber waren die Beziehungen zu den arabischen Staaten zunächst zweitrangig. Die arabischen Politiker sahen in der Leistung von Wiedergutmachung an Israel für die im Holocaust ermordeten Juden eine enorme Stärkung des Staates Israel, obgleich es arabisches Territoriums besetzt hielt. Eine Isolierung Westdeutschlands in der arabischen Welt zu verhüten, machte daher von der Bonner Warte durchaus Sinn. In der arabischen Sichtweise stand der Westen den arabischen Interessen gleichgültig oder gar feindlich gegenüber, wohingegen die Sowjets offensichtlich Verständnis für die Probleme der arabischen Welt bewiesen.

Veränderungen in der internationalen Balance der Kräfte, die sich in der hier untersuchten Anfangsperiode bis 1959 eindeutig zugunsten der Sowjetunion zu verändern schien, eröffneten gleichwohl der ostdeutschen Regierung Möglichkeiten, im Nahen Osten ihre diplomatische und politische Isolierung aufzubrechen. Der Sturz der Haschimiten-Dynastie im Irak 1958 und der wachsende Einfluss Abd an-Nasirs bildeten eine Gefahr für die globalen Interessen Amerikas, das sich einmal weitsichtig aus dem Suez-Abenteuer seiner Verbündeten herausgehalten hatte.

Die USA bauten in der Folgezeit ihre Positionen in der Golfregion konsequent aus und bezogen auch Westdeutschland als Juniorpartner in diese Strategie mit ein. Dabei verstand man diese Hilfestellung als Teil eines weltweiten Kampfes gegen den Kommunismus und dessen Infiltrationsversuche in der Region. Die Anerkennung des Staates Israel 1965 durch die Bonner Republik führte schließlich zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Bonn durch die meisten arabischen Staaten,

57 Vgl. W. G. Schwanitz, Die Berliner Djihadisierung des Islam. Wie Max von Oppenheim die islamische Revolution schürte, in: KAS-Auslandsinformationen, 20 (2004) 10, S. 17-37.

darunter auch Jemen, sowie zur weitgehenden Isolation Bonns im arabischen Raum.

Im Gegenzug konzentrierte sich Ostberlin seit 1967 mehr und mehr auf Aden, wo es seit 1955 eine Handelsvertretung gab und Bonn seit dem 21. Dezember 1956 ein Wahlkonsulat unter Konsul Wilhelm H. Lemke eingerichtet hatte. Die DDR expandierte in Südjemen, mit dem es 1969, 1974 und 1978 nicht nur Kreditabkommen abgeschlossen hat. Aber wie die wohl einmalige Beziehungsachse Ostberlin-Aden vor dem Hintergrund der hier skizzierten Umstände rasch auf Touren kam, ist ein neues, ungemein aufschlussreiches Kapitel in den zweifachen deutschen Beziehungen zu Mittelost. Denn auch dort handelte es sich wie bei den Deutschen daheim um ein geteiltes Land im Kalten Krieg.

Wolfgang G. Schwanitz

Staatsfalke, Reichsadler und Ährenkranz: deutsch-kuwaitische Beziehungen

Das Verhältnis zwischen Deutschland und Kuwait war in die deutschen Beziehungen zu Mittelost eingebettet. Wer dies historisch erkunden will, muss daher zugleich deutsch-arabische und deutsch-iranische Hintergründe erhellen. Damit kommen überdies die jeweiligen Beziehungen zu Amerika und zur Sowjetunion ins Spiel. Nachdem dies kurz umrissen wird, liegt der zeitliche Akzent dieses Beitrages im vorigen Jahrhundert auf der Politik in, zwischen und nach den beiden Weltkriegen und dem Kalten Krieg. Letzterer zeitigte zweierlei deutsch-kuwaitische Beziehungen, um die es hier geht.

Da die politischen Beziehungen zwischen Bonn und Kuwait in den vergangenen 30 Jahren von der westdeutschen Öffentlichkeit aufmerksam verfolgt wurden, sollen nun Beziehungen zwischen Kuwait und Ostberlin stärker ausgelotet werden. Denn manches ist davon kaum bekannt geworden. Gleichwohl muss das deutsche Verhältnis zu Kuwaits Nachbarn und zu Ägypten beachtet werden. Gab es eine palästinensische Schiene und gemeinsamen antijüdischen oder antiisraelischen Nenner? Trifft es allgemeiner zu, dass Deutsche oft Araber gegen die Großmächte aufzuwiegeln suchten? Dass es sich hier lediglich um einen ersten Überblick in der Außenpolitik handeln kann, liegt auf der Hand. Inwieweit dann zweierlei deutsch-kuwaitische Beziehungen typisch für Ära waren, in der die Welt in drei rivalisierende Gruppen des Westens, des Ostblocks und der Paktfreien aufgespaltet war, mag der weiteren Forschung anheim gestellt werden.

Orientgründerjahre, Zanzibar und Bagdadbahn

Vor allem die aus dem Innern der Arabischen Halbinsel eingewanderten Al as-Sabah bildete das kuwaitische Handelszentrum Mitte des 18. Jahrhunderts. Orientalisten und andere Entdecker fanden sie alsbald. Der Arabienforscher Carsten Niebuhr nannte das Zentrum auf seiner Karte „Kuet“ und „Koueit“, sein reisender Kollege Ulrich Jaspar Seetzen erwähnte dort eine britische Faktorei und der Geograph Karl Ritter beschrieb 1818 „Kueits“ Grenze klar.[1] Rasch geriet es in die Mühlen der großen Politik.

COMPARATIV 16 (2006), Heft 2, S. 104-125.

Indes verlegte die britische Ostindien-Kompanie 1821 ihren Sitz von Basra nach Kuwait. Das kleine Fort, wie Kuwait übersetzt heißt, war formell Teil des Osmanischen Reichs: ein Ort der Perlenfischerei, Umschlagplatz der Karawanen und Bauplatz der Dhaus. Mit diesen Segelschiffen gelangte die arabische Seefahrt den Küsten entlang nach Zanzibar vor Ostafrika und nach Indien. Von dort kam schließlich auch das harte Teakholz für diese weithin bekannten Lastensegler aus Kuwait.

Anfang 1899 gingen Kuwait und London den Schutzvertrag ein. Dies sei auch gegen Ambitionen des Deutschen Reichs auf Kuwait geschehen, heißt es noch oft in der Literatur.[2] Zwar vereinbarten die Hansestädte schon ein Dutzend Jahre vor der deutschen Reichsgründung einen Handelsvertrag mit dem Sultan Majid von Oman und Sansibar, dessen Inselreich ja ein Hauptziel der kuwaitischen Seefahrt bildete,[3] jedoch hegte das amtliche Berlin nie Ansprüche gegenüber Kuwait. Indes trieb die hinter den Wappentieren Adler und Falke stehenden Menschen die Neugier um, andere Länder zu erkunden.

Solche frühen Kontakte entfalteten sich in den Deutschen Orientgründerjahren. In jenen drei Jahrzehnten seit 1884 also, in denen Deutsche Mittelost intensiver wahrgenommen und erkundet haben. Zu Beginn der Ära wurde Deutschland eine kleine Kolonialmacht, darunter in Mittelafrika.[4] Kolonialisten um Dr. Karl Peters bildeten im April 1885 die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft. Kaiser Wilhelm stellte ihnen einen Schutzbrief für die Kolonisation in Ostafrika aus, für „Gebiete westlich des Reiches des Sultans von Sansibar". Der Kaiser, der sich gegen Sklavenhandel wandte, sah sich veranlasst, 1885 erstmals ein Geschwader in den Indik nach Sansibar zu schicken, dem Reichskanzler Otto von Bismarck das Begleitschiff „Adler" beigab. Da es seit 1840 das omanische Sultanat von Sansibar gab, das im Arabischen Meer und am

---

1 A. M. Abu Hakima, The Modern History Of Kuwait, 1750–1965, Montreal 1982, S. 119; Niebuhrs Karte vgl. B. J. Slot, The Origins of Kuwait, Leiden 1991, S. 104-105.

2 Auf der Website des Auswärtigen Amts steht, Emir Mubarak ging 1899 mit London einen Schutzvertrag „zur Abwehr von Ambitionen der Osmanen und des Deutschen Reichs auf Kuwait (Bagdadbahn)" ein. Es gab keine deutschen „Ambitionen auf Kuwait" und auch keine osmanischen, denn Kuwait war Teil des Osmanischen Reichs. Der Bau der Bagdadbahn war zwar ambitioniert, aber er ging nicht über die damals üblichen Interessen von Wirtschaft, Politik und Militär hinaus. http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/ laender_ausgabe_html?type_id=9&land_id=90.

3 R. H. Sanger: The Arabian Peninsula. New York 1954, S. 159: „The goal of the Kuwaiti sailor is Zanzibar, a pleasant, low, and heavily wooded island dotted with golden beaches and with a rich history. For Zanzibar has long been a turnabout point for Arabs, the Indians, the Malayans, and the Chinese."

4 G. Graichen, H. Gründer, Deutsche Kolonien, Traum und Trauma, Berlin 2005.

Persischen Golf handelte, rückte Kuwait auch von dort in das deutsche Blickfeld.[5] Doch musste Berlin Londons Vertragssystem[6] beachten.

Anderseits hat das deutsche Projekt der Bagdadbahn und das russische Projekt der Levante-Golfbahn London zum geheimen Schutzvertrag mit Kuwait 1899 geführt. Denn beide Bahnplaner visierten Kazima als gedachten Endpunkt der Streckenführung an. Doch suchten Deutsche dort keinen Kolonialbesitz. Nach dem Treffen mit Scheich Mubarak Ibn Sabah akzeptierten sie dessen Worte, keinen Boden verkaufen oder vermieten zu wollen.[7] Die Studienkommission für den Bau der Bagdadbahn, die Mubarak im September 1899 aufsuchte, beschrieb die Lage zusammengefasst so: in Kuwait leben etwa 25.000 Menschen. Ihr arabischer Herrscher Mubarak sei den Osmanen nur nominell unterworfen. Die Bewohner wären fast alle Fischer. In den Häfen ihrer Stadt schaukeln mehrere tausend Boote der Perlenfischer und Golfhändler. Offenbar erfreuen sie sich ziemlicher Wohlhabenheit.[8]

Allerdings gehöre die Bucht und der Ort Kazima Scheich Mubarak, so der Bericht: er hätte sich den Osmanen gegenüber so unabhängig gemacht, dass sie keine Autorität haben. Zweifellos liege die Bucht als Endpunkt der Bahnlinie im osmanischen Gebiet. Die Hohe Pforte könne sich leicht mit Gewalt durchzusetzen. Aber das sei unnötig. Denn Scheich Mubarak erkannte den osmanischen Sultan als geistlichen und weltlichen Herrn an. Er sagte indes „von den Behörden in Basra nichts wissen zu wollen".[9]

Gegner im Ersten Weltkrieg

In einem Punkt aber irrte sich das deutsche Team: ihm galt es für ausgeschlossen, dass sich Scheich Mubarak gegen die Osmanen wenden und unter den Schutz einer christlichen Macht stellen würde, denn „dafür

---

5 J. Waldschmidt, Kaiser, Kanzler und Prinzessin, Ein Frauenschicksal zwischen Orient & Okzident, Berlin 2005.

6 F. Heard-Bey, From Trucial States to United Arab Emirates, London 1996, S. 279 ff.

7 Abu Hakima (Anm. 1), S. 118-119. Über Mubaraks Treffen mit dem deutschen Team heißt es auf der amtlichen Website Kuwaits: „His perseverance and success in facing the imperial ambitions of those countries which tried to obtain some Kuwaiti land. An example was when Germany, supported by the Ottoman Empire, offered to buy about twenty miles square of Kuwaiti shores to be used as a terminus for the Baghdad railway." http://www.kuwait.kw/diwan/emain/Story_Of_Kuwait/Kuwait_before_Oil/Political/political.html.

8 Bagdad-Bahn-Projekt, Orientalisches Büro, Bericht von der Anatolischen Eisenbahngesellschaft im September 1899 ausgesandten Studienexpedition, Berlin 1900, S. 53.

9 Ebd., S. 82-83.

benötigt er die Zustimmung seiner Bevölkerung, und die dürfte schwerlich zu haben sein."

Freilich, die gewünschten Beziehungen Berlins zu Kuwait rückten in die Ferne, als sich bald das Verhältnis London-Berlin abkühlte. London war vertraglich befugt, äußere Angelegenheiten Kuwaits zu gestalten. Dabei löste sich zwar Scheich Mubarak im Ringen mit den benachbarten Stämmen aus dem Osmanischen Reich heraus, das sich im Ersten Weltkrieg mit Deutschland alliierte. Doch standen sich Deutsche und Kuwaitis feindlich gegenüber. Scheich Mubarak hielt fest zu den Verträgen mit der britischen Demokratie, deren Gegner der osmanische Sultan-Kalif und der Kaiser waren.

Der Stamm der Al Sabah blieb nicht allein, denn die Stämme der Al Saud und Faisal wie auch der Sherif Husain von Mekka wandten sich gleichwohl gegen die Osmanen. Berlin wiederum war im Krieg darauf verfallen, mit osmanischer Hilfe einen Jihad gegen Briten, Franzosen und Russen im kolonialen Hinterland seiner Gegner aufzurühren.[10] Dieser Jihad sollte der panislamische Kitt sein, der Türken und Araber im Kampf gegen Großmächte verbindet. Jedoch obsiegten bei den Arabern die engeren nationalen Ziele, um nach dem Weltkrieg die Räume ihrer Stämme staatlich zu sichern.

Erdöl, Unionsprojekt und Anschluss an Irak

In den 20er Jahren kam in Kuwait die Ära des flüssigen Goldes auf: Öl wurde vermutet.[11] Deutsche hörten das, aber ihr Hauptinteresse galt nicht dem Öl[12], sondern den Handelsbeziehungen. Obwohl die Kuwait Oil Company 1934 entstand und 1938 das große Burqan-Erdölfeld entdeckt wurde, zeigten sich die Deutschen nicht vorrangig am Erdöl interessiert. Doch die möglichen Beziehungen bremsten zweierlei: Angebot und Kaufkraft Kuwaits waren im Muster „Landesprodukte gegen Fertigwaren" eng begrenzt. Zum anderen drosselte nach Hitlers Machtantritt 1933 eine weitere Devisenknappheit und das Berliner Bestreben nach einer ökonomischen Autarkie alle weiteren Verbindungen.

---

10 W. G. Schwanitz, The German Middle Eastern Policy, 1871–1945. In: Ders. (ed.): Germany and the Middle East, 1871–1945, Princeton 2004, S. 1-23.

11 S. H. Longrigg, Oil in the Middle East, New York 1955, S. 26-27.

12 Zum insgesamt zurückhaltenden deutschen Engagement beim Erdöl in Mittelost: H. Mejcher, The International Petroleum Cartel (1928), Arab and Turkish Oil Aspirations and German Policy towards the Middle East on the Eve of the Second World War, in: K. J. Gantzel, H. Mejcher (eds.), Oil, the Middle East, North Africa and the Industrial States, Paderborn 1984, S. 27-61, bes. S. 54 ff.

Trotzdem gab es nicht wenige deutsch-kuwaitische Kontakte. Sie liefen auch über Dr. Fritz Grobba in Bagdad.[13] Dieser deutsche Gesandte berichtete Mitte 1938 über ein Unionsprojekt nach Angaben seines Vertrauten in Kuwait: Erstens gab es Gespräche zur „Vereinigung der Fürstentümer am Persischen Golf": Bahrein, Kuwait, Maskat, Oman und Qatar sollten einen Staatenbund unter saudischer Führung bilden. Das lehnte London aber ab. König Abd al-Aziz Ibn Saud habe seine Verwunderung über die britische Haltung geäußert:

> „Er sei davon überzeugt, dass die Fürstentümer ohne ihn niemals zu einer Einigung kommen würden, und dass sie eine Vereinigung ohne ihn auch nie wünschten."

Zweitens berichtete der kuwaitische Vertraute Dr. Grobbas, der ebenfalls ein gutes Verhältnis zum saudischen Monarchen hatte, die „halb amerikanische, halb englische Kuwait Oil Company" habe nahe der Südgrenze Kuwaits eine große Erdölquelle erbohrt. Sie sei um ein Viertel reicher als die stärkste im Abadan-Gebiet und in Masjid Sulaiman. Daher vermute man, dass die südlich an Kuwait grenzende neutrale Zone ölreich sei. Der Monarch verlange, dortige Erdölvorkommen mit dem Scheich von Kuwait zu teilen. Überdies wolle er alles dort gefundene Erdöl über Kuwaits Hafen ausführen.

Drittens wünsche die irakische Regierung Kuwaits Anschluss. Bagdad habe in der kuwaitischen Bevölkerung eine gewisse Missstimmung gegen den Scheich von Kuwait erzeugt. Denn Kuwaitis verfügten über großen Grundbesitz im Irak, der ihnen aber vorenthalten werde. Trotz vieler Klagen und langjähriger juristischer Prozesse warfen die Kuwaitis ihrem herrschenden Scheich vor, dass er dort ihre Interessen nur ungenügend schütze. London sei gegen einen solchen Anschluss und wolle selbst die kuwaitischen Verluste im Irak ersetzen. Wegen des irakischen Drucks hätte ein Großteil der kuwaitischen Eigentümer Iraks Staatsangehörigkeit erworben, um damit dort ihren Besitz zu sichern.[14]

Hitler, Juden und Araber

So wie Deutsche über Kuwaitis Berichte zur Lage am Golf erhielten, mögen auch Kuwaitis durch Araber Nachrichten zur Politik der Nazis erreicht haben. Die Leitrolle spielten deutsch-saudische Beziehungen,

---

13 Dazu mein Aufsatz „Der Geist aus der Lampe": Fritz Grobba und die Berliner Politik im Nahen und Mittleren Orient. In: Comparativ 14 (2004) 1, S. 126-150.

14 Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (ParchAA), N6, R104795, Nachrichten über Ibn Sauds Beziehungen zu den Nachbarn, zu England und Deutschland, Vertrauensmann aus Kuwait, vertraulich, Bagdad 04.07.1938, gez. Dr. Fritz Grobba.

die ab 1929 auf einem Freundschaftsvertrag, zwei Jahre später auf Berlins Vertretung in Jidda und auf dem Besuch des saudischen Vizekönigs Faisal an der Spree beruhten. Ab 1938 war Dr. Grobba in Bagdad für Saudi-Arabien zuständig. Volle Beziehungen zwischen dem Königreich und Deutschland gab es ab Februar 1939. Diese junge Monarchie galt als echt unabhängiger Staat in Mittelost.

Dies haben auch Kuwaitis beobachtet. Hitler empfing den saudischen Gesandten Khalid Abu al-Walid Al Hud Mitte 1939. Er meinte, Arabern mit warmer Sympathie zu begegnen, da Deutsche keine territorialen Aspirationen in Arabien haben, beide dieselben Feinde haben und gemeinsam die Juden bekämpfen. Nicht eher wolle er ruhen, bis der letzte Jude Deutschland verlassen habe. Khalid erwiderte, so ähnlich habe der Prophet gehandelt, der ein religiöser Führer und großer Staatsmann war. Mohammed habe alle Juden aus Arabien vertrieben. Hitler betonte, er sei zu aktiver Hilfe bereit (es ging damals konkret um den Export deutscher Waffen nach Saudi-Arabien). Von Jugend auf habe er durch seine Lektüre stets eine große Vorliebe für das Arabertum gehabt. Beide deuteten hernach am Teetisch auf dem Berghofe Khalids fundamentale Idee aus, „was aus Europa geworden wäre, wenn Karl Martell die Sarazenen nicht zurückgeschlagen, sondern diese mit germanischen Geiste erfüllt, von germanischem Dynamismus getragen, den Islam in ihrer Weise abgewandelt hätten".[15]

Die Allianz von Deutschen und Arabern aus dem Ersten Weltkrieg war damit erneuert, wobei ein dem Islam fremder Rassismus hinzukam. Wohl gab es dort Judenfeindlichkeit zuvor, aber keinen rassistischen Antisemitismus. Manche waren in Mittelost gern bereit, diese neue Sicht anzuwenden. Jerusalems Großmufti Amin al-Husaini und Iraks Premier Rashid Ali al-Kailani sorgten in Bagdad, Beirut und Damaskus dafür, dass sich Ideen der Nazis zu einem islamistischen Antisemitismus ausformten. Umgekehrt benutzte Berlin den Palästinakonflikt, „um die Araber von Zuschauern zu Beteiligten zu machen".

Männer aus dem Kreis des Großmuftis wie Dr. Said Fattah Imam suchten Nazis zu gewinnen. Mitte 1937 bat dieser Leiter des Arabischen Klubs in Damaskus darum, dass Berlin arabische Radiosendungen für Mittelost aufnehme. Bald entstand das System mit sechs Sendern, die Mittelost erreichten. Im Auftrag des Großmuftis legte Dr. Imam in Berlin einen Vertragsentwurf vor: Araber waren bereit, ideelle und materielle Hilfe aus Berlin für die arabische Nationalbewegung gegen die Verbreitung des Nationalsozialismus im arabisch-islamischen Raum

15 Ebd., Aufzeichnung über den Empfang des Sondergesandten von König Abd al-Aziz Ibn Saud auf dem Berghofe, des Königlichen Rats Khalid Al Hud al-Qarqani, Berlin, 20.06.1939, gez. von Hentig.

einzutauschen. Der fand viele Anhänger, etwa in Damaskus 1940 bei Zaki al-Arsuzi, Mishil Aflaq und Salah ad-Din al-Bitar als Gründer Ba'ath-Partei.[16] Zurück zum Vertragsentwurf. Er spielte auf das Netz von Nachrichtensälen im Osmanischen Reich an, die 1914 bis 1918 der deutsch-osmanischen Aufwieglung zum Jihad gegen Briten, Franzosen und Russen dienten. Nun sollten wieder solche Propagandazentren wirken, um einen eventuellen Judenstaat in Palästina und den Kommunismus in dieser Mittelostregion zu bekämpfen.[17]

Arabisch-iranischer Raum, Jihad und Holocaust

Im Zweiten Weltkrieg war es Amin al-Husaini, der als Hitlers Gast in Berlin Araber für Deutsche warb. Im Rundfunk rief er Muslime zum Jihad gegen Briten und Juden auf. Er, der unterstrich, aus der Familie des Propheten Mohammed zu stammen, rekrutierte muslimische Truppen unter dem Hakenkreuz und entfaltete seinen militanten Antisemitismus. Ab 1942 nahm er in seine Feindliste Amerika auf. Er porträtierte angelsächsische Mächte als Puppen in jüdischer Hand und appellierte auch an Kuwaitis, sie abzuschütteln und Freiheit zu erlangen. Al-Husaini begann nun, Amerika als Großen Satan hinzustellen.[18]

Dabei wusste Amin al-Husaini um die millionenfache Ermordung von Juden durch die Nazis. Zum einen setzte ihn Adolf Eichmann Anfang 1942 in seinem Berliner Kartenzimmer über die „Lösung der europäischen Judenfrage" ins Bild. Der Referatschef „Auswanderung und Räumung" im Reichssicherheitshauptamt beeindruckte den Großmufti durch Statistiken über Europas Juden so, dass dieser meinte, Reichsführer Heinrich Himmler gebeten zu haben, ihm nach dem deutschen Endsieg einen Vertrauten Eichmanns als persönlichen Berater nach Jerusalem zu senden,[19] wo er die Judenfrage lösen wollte. Zum anderen schickten der Großmufti und Rashid Ali in Berlin zwei Araber in das Konzentrationslager Buchenwald, die sich, wie es Dr. Grobba notierte, dort besonders für die Juden interessiert haben. Um so mehr lastete auf den deutsch-arabischen Beziehungen der Schatten des Holocaust. Dies von beiden Seiten, zumal der Großmufti als neuer Führer aller Araber auftrat.[20]

---

16 Sami al-Jundi, Al-Ba'th (Geschichte der Ba'thpartei), Bairut 1969, S. 26-27.

17 Ebd., Angebot an die zuständigen Stellen in Deutschland durch den Großmufti Amin al-Husaini, den Rat des arabischen Nationalbüros für Propaganda und den Vorstand des Arabischen Klubs in Damaskus 24.11.1937, gez. Dr. Imam.

18 Rundfunkrede an die Araber („Märtyrerrede"), 11.11.1942. In: G. Höpp (Hg.), Mufti-Papiere, Berlin 2001, S. 104-105.

19 Betrifft: Großmufti von Jerusalem, handschriftliche Aussage Dieter Wislicenys, Nürnberg 26.07.1946.

Amin al-Husaini betonte oft, Muslime seien im Kampf gegen den Bolschewismus „natürliche Verbündete der Deutschen". Dies nutzte Hitler in seinen Befehlen zum Einsatz deutscher Truppen im Irak 1941.[21] Der Großmufti tat alles, um Berlins „Kampf gegen das Weltjudentum als Erbfeind des Islams" zu unterstützen, wobei er dabei das Motto „der Feind meines Feindes ist mein Freund" – *adu aduwi sahbi* – anführte. Mehrfach, so Ende 1944, schlug er die Bombardierung zionistischer Treffen in Jerusalem und Tel Aviv vor, was Berlin aber wegen einem Mangel an Fliegerkräften im Krieg ablehnte.

Deutsche schmiedeten auch für Arabien und die Golfregion Pläne. Eine Notiz für Adolf Hitler galt dem späteren Übergreifen militärischer Operationen in den persisch-arabischen Raum. Sollten deutsche Truppen im Iran erscheinen, so könne dann unter Mitwirkung des iranischen Militärs die „nationalpersische Revolution in dem von uns gewünschten Sinne mit dem Ziel einer neuen, mit Deutschland auf das engste kooperierenden Regierung proklamiert werden." Noch besser wäre es, so stand es in diesem Führungsdokument, einen militärischen Stoß durch den Iran bis nach Irak voranzutreiben. Interessant ist, dass Berlin 1942 den Plan und die Aktionen des Diplomaten Max von Oppenheim von 1914 aufnahm, in Iran eine (islamische oder nationale) Revolution auslösen zu wollen.

In Bagdad würde die Regierung Rashid Ali al-Kailanis gebildet. Er und der Großmufti sollten dann im arabischen Raum den allgemeinen Aufstand gegen England ausrufen. Sollte es gelingen, auch Ägypten „in unsere Hand zu bringen, so würden solche Aufrufe mit Sicherheit dazu beitragen, auch in Palästina, Transjordanien und Syrien die englische Position unhaltbar zu machen". Berlin plante im Grenzstreit Irak-Iran am Schatt al-Arab das Erdölgebiet um Abadan nicht Irak zu geben, wie es Rashid Ali und Italiens Führer Benito Mussolini forderten. Dann würde Rom, wie es mit Berlin schon für den Raum Mossul verabredet sei, die andere Hälfte der Ölvorkommen um Abadan zufallen.[22]

Erdölvorkommen Arabiens und am Golf spielten in den Kriegsplänen ihre Rolle. Jedoch anders als für die Admiralität, waren sie für Hitler nicht maßgebend. Denn er setzte auf rumänisches und sowjetisches Erdöl, darunter aus Baku. Zum anderen rechnete er nur mit einem halb-

---

20 Auch die Nazis stilisierten den Großmufti zum neuen Führer der Araber. Vgl. dazu das offiziöse Berliner Mufti-Bild: K. Fischer-Weth, Amin al-Husaini, Grossmufti von Jerusalem. Berlin 1943.

21 Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht, Weisung Nummer 30 (Irak und Sonderstab F), Mittlerer Orient, Geheime Kommandosache, Führerhauptquartier, 23.05.1941, gez. Hitler (Originalkopie).

22 U.S. National Archives (USArchII), T120, R28, S41, F28202 ff., Notiz für den Führer, 07.09.1942.

jährigen Krieg. Dennoch erwogen seine Beamten in Berlin, wie es um das arabische Erdöl im Verlauf der Gefechte stehe. Sie bilanzierten: wenn der Sueskanal und die Ölleitungen Kirkuk-Haifa-Tripolis blockiert sind, bleibe der Treibstoff für die Briten im östlichen Mittelmeer aus. Gleichwohl sei dann der Nachschub an Treibstoff aus Kuwait kaum möglich. Dies erlaube den Briten keine Operationen größerer Verbände von Irak her. Im Blockadefall blieben London nur noch kleine Erdölzufuhren aus Ägypten.

Andererseits zogen Deutsche dies Fazit: indes das Erdöl Iraks für die englischen Operationen im Mittelmeer nur eine Zusatzquelle sei, werde es für Operationen der Achsenmächte zwischen dem Mittelmeer und Persischen Golf Hauptgrundlage der Treibstoffversorgung sein. Dortige Aktionen der Achsenmächte sollten daher damit beginnen, diese Treibstoffbasis zu sichern.[23] Zwei Monate nach der Analyse, im Mai 1941, wehrten Briten Hitlers Irak-Unternehmen ab. Hätten die Alliierten nicht in Nordafrika Ende 1942 deutsch-italienische Verbände besiegt und hätte Hitler nicht parallel eine Niederlage in Stalingrad erlebt, wären nach Plan vom September 1942 bei Kuwaits Nachbarn Deutsche einmarschiert.

Die Anti-Hitler-Koalition bewahrte auch Kuwait vor einer Umwälzung. Hätten die Nazis gesiegt, wäre nach arabischem Plan vom Herbst 1941[24] neben Saudi-Arabien ein arabischer Staatenbund entstanden mit Irak, Syrien, Palästina, Transjordanien und allen britisch beherrschten Ländern der Arabischen Halbinsel, auch Kuwait. Der großarabische Bundesstaat wäre durch Berlin dominiert worden. Vor allem hätte Hitler den Holocaust auf dortige Juden erweitert, wie er es dem Großmufti Ende 1941 gesagt hatte: er wollte mit diesen Juden so wie in Europa verfahren. Das hoffte Amin al-Husaini und er wusste, worum es ging. Der Großmufti hatte im November 1941 einen Vertrag mit Berlin und Rom entworfen, der die „Beseitigung des jüdisch-nationalen Lebensraumes in Palästina" bezweckte.[25]

Dass Amin al-Husaini aber auch nur eine Hilfsrolle für Hitler spielte und dass dessen Vorliebe für das Arabertum begrenzt war, ist klar. Im Rassenwahn verachtete er „farbige" Völker. Eine Woche bevor er den Zweiten Weltkrieg begann, sagte er Militärs zum Kampf gegen den Bol-

---

23 Ebd., R901, 61123, Die Bedeutung des Irak-Öls für die Kriegführung im Vorderen Orient (mit einer Skizze), Berlin 05.03.1941.

24 USArchII, T120, R28, S41, F28202 ff., Brief an Fauzi Qawuqji, Grundlagen eines Vertrages zwischen dem arabischen Staatenbund und Deutschland, Konstantinopel, 15.09.1941.

25 ParchAA, F17577, Vorläufig zwischen Großmufti, Duce und Graf Ciano vereinbarter Text der Erklärung, Rom 05.11.1941, gez. Mackensen.

schewismus, das Judentum, die schwache Zivilisation Westeuropas und zum „Aufdämmern der deutschen Erdherrschaft“ auch:

> „Wir werden weiterhin die Unruhe in Fernost und Arabien schüren. Denken wir als Herren und sehen wir in diesen Völkern bestenfalls lackierte Halbaffen, die die Knute spüren wollen.“[26]

Gemeinsame deutsch-arabische Nenner

In einer ersten Zwischenbilanz, die auch Kuwaits Nachbarn einbezieht, scheinen drei Merkmale der Politik in deutsch-arabischen Beziehungen auf, bei denen beide Seiten einander benutzt haben. Berlin kultivierte die Revolutionierungsidee, konkret Muslime mit oder ohne Jihad im kolonialen Hinterland gegen Großmächte aufzuwiegeln. Es schürte den nationalen Radikalismus bei Türken, Arabern und Persern als Teil seines Kurses in Mittelost. War für Deutsche die Mittelostpolitik nur eine sekundäre Politik (mit Blick auf ihre primäre Europa- und Amerikapolitik) und darum nicht vorrangig, sahen Araber in ihrer deutschen Hinwendung einen Hauptfaktor, um ihre imperialen Herren abzuschütteln. Sie vertieften dabei ihre historischen Vorbehalte gegen die Briten, Franzosen und Sowjets.

Diese gemeinsamen Nenner gaben den deutsch-arabischen Beziehungen seit der Reichsgründung 1871 und seit dem Dritten Reich eine gegen Westeuropa und Amerika zielende antidemokratische, seit 1917 auch gegen die UdSSR weisende antikommunistische Richtung, die manchen arabischen Wünschen entgegenkam. Araber mussten hernach zwischen Demokratie, Nationalsozialismus und Kommunismus wählen. Kuwait kam durch sein Vertragssystem mit London auf die demokratische Seite.

Der kleinste gemeinsame Nenner aber in der auswärtigen Politik von Deutschen und Arabern bildete seit 1933 eine militante Judenfeindschaft. Dabei geriet auch Kuwait seit 1900, und verstärkt seit den 30er Jahren in das Berliner Blickfeld. Im Zweiten Weltkrieg wurde es bei den Planungen über die mögliche Aufteilung des arabischen Erdöls und über Häfen für Treibstoffe direkt genannt. Indirekt ging es um Kuwaits Schicksal, als Berlin militärische Aktionen in dessen Nachbarländern wie Irak und Iran plante – und ausführte. Schließlich bildete der Holocaust ein schwerwiegendes Moment in diesen deutsch-arabischen Beziehungen, wie sie von beiden Seiten ausgestaltet worden sind. So erwuchs die Frage, wie die Betroffenen mit diesem Erbe wohl im Kalten Krieg umgehen würden.

---

26 Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Aus dem Archiv des deutschen Auswärtigen Amts, Baden-Baden 1971, Ansprache des Führers vor den Oberbefehlshabern, 22.08.1939, Dokument 192, S. 172.

Zweierlei Deutsche, Erdölboom und Erdölembargo

Die deutsche Niederlage im Zweiten Weltkrieg, der Aufbau- und Erdölboom leiteten eine neue Periode im deutsch-kuwaitischen Verhältnis ein. Anfang 1950 bestieg Scheich Abdullah as-Salim as-Sabah den Thron. Durch Vertrag mit London erlangte er am 19. Juni 1961 die Unabhängigkeit. Inzwischen war ein Kalter Krieg global entbrannt: in jenem Jahr, als Kuwait souverän wurde, teilte der Eiserne Vorhang Deutschland durch den Bau der Berliner Mauer vollends. Die Ostdeutschen folgten eng der Linie des Kremls. Die Westdeutschen fügten sich Washington. Moskau folgende Deutsche nahmen den Staffelstab des Judenhasses auf. Diplomaten der jungen Bonner Demokratie pflegten weiter ihren Antikommunismus, der sich auch gegen das Regime der Landsleute im Osten Deutschlands richtete. Beide deutsche Seiten erwarteten von Arabern, sie je als legitime Deutsche anzuerkennen.

Dies drohte, Mittelost in ein System von Klientelen zu ziehen, das mit beiden antagonistischen Militärblöcken NATO und Warschauer Pakt dort im Werden begriffen war. Einige Führer wie Abd an-Nasir hegten in Mittelost die Illusion, ihren Raum aus dem Kalten Krieg herauszuhalten. Dabei trat eine Eigenart der kuwaitischen Politik zu Tage: die Suche nach dem vermittelnden Ausgleich, die dann 1963 auch zu diplomatischen Beziehungen zwischen Kuwait und Moskau führte. Am Golf ließ sich klar das Vorbild der „positiven Neutralität" erkennen, wie sie Ägyptens Präsident Abd an-Nasir betrieb.

Aber es kam nicht zu den 1964 abgemachten diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Kuwait. Das Scheichtum widerrief dies und schloss sich neun Staaten der Arabischen Liga an, die im Folgejahr Beziehungen zu Bonn abgebrochen haben. Zudem hatten Araber mit Blick auf das deutsch-deutsche Gerangel 1965 die Idee, das arabische Erdöl als politische Waffe einzusetzen. Sie begründeten dies mit den Bonner Waffenlieferungen an Israel, die in einem Skandal bekannt geworden waren.

Bonns Nahostdebakel war dadurch bestimmt, dass Ostberlins Staatschef Walter Ulbricht in Kairo Anfang März 1965 die westdeutsche Hallstein-Doktrin vom Tisch fegte. Bis dahin hatte die Bonner Formel bewirkt, dass andere Länder nicht den ostdeutschen Staat anerkannt haben. Dem setzten Ostdeutsche ihr Bestreben entgegen, durch eine arabische Ländergruppe diplomatisch anerkannt zu werden und so die drohenden Bonner Sanktionen zu entkräften. Als nun Kuwait am 13. Mai 1965 geplante Beziehungen zu Bonn widerrufen hatte, entstand eine neue Lage: zwar hatte Bonn aus der Krise heraus am Vortage diplomatische Beziehungen zu Israel aufgenommen, aber es fehlten ihm jetzt solche zu zehn der 13 arabischen Länder. Hinzukam, dass Abd an-Nasir noch vor dem

Juni-Krieg seine grundsätzliche Bereitschaft verkündet hatte, das Ostberliner Regime auch diplomatisch anzuerkennen.[27]

In Bonn löste all das nach dem für Araber verlorenen Krieg 1967 Gedanken aus, wie man einem möglichen Erdölembargo durch Kuwait, Irak und Libyen begegnen könnte. Denn offenbar ging eine weitere Radikalisierung unter Arabern um, wobei deren positive Neutralität oder Äquidistanz zu Weltblöcken scheiterte. Für Bonn bot sich noch der Westen als Ersatz an. Aber das amerikanisch-venezolanische Öl (51 Cent je Fass) war nahezu viermal so teuer wie das Mittelostöl (15 Cent je Fass). Die Preisspirale kam in Schwung. Noch hoffte Bonn auf Iran, das sich nicht an Sanktionen beteiligen wollte.[28]

Ostberlin, Kuwait und die Palästinenser

Vor der Niederlage trug Damaskus Ostberlin an, „Osteuropas Vortrupp gegen Israel" zu werden. Außenminister Makhus schlug vor, Beziehungen zu Israel zu kappen und stärker Palästinenser bei der Befreiung Palästinas zu helfen: der Schlüssel aller Ziele Ostberlins. Oder: radikaler gegen Israel vorgehen, mehr Hilfe für die PLO leisten und dafür die Anerkennung durch eine Gruppe arabischer Länden erhalten.

Zwar wies Ostberlin dies „syrische Konzept der gewaltsamen Beseitigung Israels"[29] zurück, doch bejahte Walter Ulbricht vor dem Krieg 1967 Waffenlieferungen an Araber. Danach setzte er sich für den Beziehungsabbruch durch fünf Länder Osteuropas zu Israel ein, was auch geschah. In Bonn sah man darin Moskauer Kalküle: der Kreml dränge arabische Länder auf die revolutionäre Linie, um sie von Amerika zu lösen. Den Sowjets sei weder an einer Liquidierung Israels gelegen, das für sie eine Hebelfunktion erfülle, noch an einer konstruktiven Lösung des Nahostkonflikts, sondern an einem spannungsgeladenen Schwebezustand. Dieser eröffne dem Kreml mehr Kontrolle über die Araber.[30]

Auf dieser Linie lag Ostberlins Nahostkurs mit dem „Freund Palästina" und „Feind Israel". Jetzt nutzte Ostberlin das westdeutsche Vakuum in Mittelost, zumal in Kuwait einst viele Palästinenser lebten. Sie gaben Periodika heraus. Im Wochenblatt *Al-Hadaf* mit eintausender Auflage riefen sie 1968 dazu auf, 14 Fidaiyin mit je einem kuwaitischen Bürgen

---

27 Bundesarchiv Koblenz (BarchK) B206/919, Nachrichtendienstliche Führungsorientierung 8/67, BND 05-312/67, Stand der deutsch-arabischen Beziehungen, geheim, 10.05.1967, S. 9.

28 Ebd., 10/67, BND 05-454/67, Möglichkeiten für eine Umorientierung und Neuordnung der Weltölversorgung, geheim, 30.06.1967, S. 9.

29 Dokument in: Orient 35(1994)4, S. 663-666.

30 BArchK, B206/919, Nachrichtendienstliche Führungsorientierung 12/67, BND 05-501/67, Sowjetische Folgerungen aus der Nahostkrise, geheim, 21.07.1967, S. 4.

zu finden, um 14 US-Botschaften der Region in die Luft zu sprengen, sofern Amerika an Israel Phantom-Jäger liefere.[31] In Kuwait hatte Yasir Arafat seinen Fatah-Verein gebildet, mit dem er Anfang 1969 die PLO-Führung übernahm. Da Ostberlin der PLO half und Israel als „imperialistische Basis" denunzierte, fand es auch am Golf viel Anklang.

Nachdem im November 1968 eine Delegation der ostdeutschen Kammer für Außenhandel Kuwait besuchte und im Gegenzug kuwaitische Parlamentarier in Ostberlin weilten, etablierten die Ostdeutschen ihre Handelsvertretung in Kuwait am 8. Januar 1970. Am 27. Dezember des Jahres wurde daraus ein Generalkonsulat, das Generalkonsul Walter Issleib Mitte April eröffnete.[32] Noch war er, in dessen Fahne der Ährenkranz neben Hammer und Zirkel Symbol war, der ranghöchste deutsche Gesandte gegenüber dem nach wie vor bestehenden Bonner Konsulat in der Fahd-As-Salama-Straße. Nachdem kuwaitische Parlamentarier im Oktober 1972 in Ostberlin weilten, kamen am 18. Dezember 1972 die diplomatischen Beziehungen hinzu, die ab Mai 1973 von Bagdad aus realisiert wurden. Der Sitz des kuwaitischen Botschafters für Ostberlin, Adil Najm Jarra, war seit 1978 in Belgrad, später in Prag. Eine direkte diplomatische Residenz Kuwaits gab es in Ostberlin nie.[33]

Die Ostdeutschen akkreditierten Dr. Günther Doberenz mit der Eröffnung ihrer Botschaft in der Abd-an-Nasir-Straße am 2. September 1975 in Kuwait. Ende des Vorjahres hatte der ostdeutsche Premier Horst Sindermann dieses Land besucht. Doch plante Ostberlin nicht, Erdöl von dort zu importieren, da es das Öl unter dem Markpreis von Moskau erhielt. Vielmehr ging es einst um eine Exportoffensive und um *joint ventures*, um Devisen und kuwaitische Investitionen zu binden. Als Anfang 1976 noch Abgeordnete unter Gerald Götting in Kuwait waren, kam die Reisediplomatie in Schwung.

In Europa entspannte sich die Lage nach dem Grundlagenvertrag zwischen Bonn und Ostberlin Ende 1972. Schon Anfang 1967 hatte man im Bundesnachrichtendienst erkannt, dass Araber die Wiederaufnahme voller Beziehungen zu Bonn solange hinauszögern würden, bis Bonn im Zuge der Entspannung die Hallstein-Doktrin aufgebe. So brauchten Araber nicht unter zweierlei Deutschen zu wählen oder Sanktionen zu

31 Das Dokument ist in meiner Besprechung des 9/11-Reports ausgewertet und im Web. Vgl. Review 9/11 Report in: Middle East Policy. XII, Spring 2005, S. 160-163; http://www.mepc.org/journal_vol12/0503_wsbkr.asp

32 Cocktail in Kuwait (mit Abdullah Jabir as-Sabah, Khalid S. Al-Ghunaim), in: Neues Deutschland, 16.04.1971.

33 Ich danke Botschafter a. D. Dr. Arne C. Seifert für seine Auskünfte. Gleichwohl danke ich Professor Dr. Manfred Voigt, Professor Dr. Günter Barthel und Anita Krug für ihre Hinweise.

befürchten.[34] Als beide deutsche Seiten in die UNO kamen, stellten Bonn und Kuwait zum 18. Dezember 1972 erstmals volle Beziehungen her. Am Golf begann das deutsche Gegen- und Nebeneinander. Im Herbst 1973 zeigte der Nahostkrieg, wie wechselseitig abhängig die Welt war. Kuwait drosselte in einer Ländergruppe seine Ölproduktion für politische Zwecke. Bonn erließ ein Energiegesetz, wonach Kraftfahrzeuge an Sonntagen nicht fahren durften. Ostberlin traf es weniger: Es gab nicht so viele Autos, und es wickelte Dreiviertel seines Handels mit Osteuropa ab.

Der Emir, Honecker und Arafat

Als der Ostberliner Staatschef Erich Honecker Mitte Oktober 1982 in Kuwait weilte, war die Weltlage gespannt. Bonn bejahte den NATO-Doppelbeschluss, der Deutsche besonders betraf. In Mittelost sorgten die islamische Revolution in Iran und der sowjetische Einfall in Afghanistan für neue Umstände. Indem Irak im Herbst 1980 gegen Iran Krieg begann, wurde Kuwait gefährdet. Im Lichte dessen – und gleichwohl in Anlehnung an die zügige Integration Westeuropas – entstand der Arabische Golf-Kooperationsrat im Mai 1981 in Abu Dhabi.[35] Mit der islamistischen Bedrohung durch Iran nahm dieses alte Unionsprojekt Gestalt an, über das wie gezeigt der Bagdader Gesandte Grobba aus Kuwait Mitte 1938 berichtet hatte. Moskau stellte 1982 den Erdölexport auf Devisen um. Ostberlin suchte also nach neuen Wegen, Öl gegen Kompensation zu erwerben. Jedoch erwies sich der Schwefelgehalt des Kuwaiter Öls als zu hoch. Damit konnte es nur aufwendig verarbeitet werden.

Erich Honecker besuchte Scheich Jabir al-Ahmad Mitte Oktober 1982. Der Emir verwies auf dessen gute Beziehungen zu Irak und zu Iran. Er fragte ihn, welche Chancen er sehe, um auf den Stopp des Golfkrieges hinzuwirken. Honecker meinte, zwar kenne er Saddam Husain und viele seiner engsten Mitarbeiter persönlich, doch sei dies mit Irans Führung nicht der Fall. Beiden Seiten, so Honecker, wurde bedeutet, dass Ostberlin diesen Krieg schrecklich finde, weil er der arabischen Sache und dem Weltfrieden schade. Ferner behauptete er, allein der Warschauer Pakt und Moskaus Stärke bewahrten Menschen seiner Heimat vor einem Schicksal wie das der Palästinenser. Er habe Kanzler

34 BArchK, B206/919, Nachrichtendienstliche Führungsorientierung 1/67, BND 05-14/67, Nah- und Mittelost, geheim, 15.01.1967, S. 12-13.

35 F. Heard-Bey, Die arabischen Golfstaaten im Zeichen der islamischen Revolution. Innen-, außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit im Golf-Rat. Berlin 1983, S. 176 ff.; vgl. ferner prägnante Übersichten zum Golf-Kooperationsrat und zu Kuwait in: G. Barthel, K. Stock (Hrsg.), Lexikon arabische Welt. Wiesbaden 1994, S. 233-234, 701-704.

Schmidt gesagt, man könne nicht freundlich zu den Arabern stehen und Israel helfen. Die arabische Welt gehöre den Arabern. Weiterhin erläuterte Honecker dem Emir, Israel sei mit Bonner Geldern unter dem Deckmantel der Wiedergutmachung an Juden aufgerüstet worden. Dabei ging es nicht um Juden, die in vielen Ländern leben, sondern um den Staat Israel, der auf fremden Boden erbaut wurde.

Ostberlin, führte Honecker zudem aus, verurteile Israels Aggression in Libanon und genehmigte eine PLO-Vertretung im Range einer Botschaft. Dem Kronprinz Scheich Saad Abdullah sagte er, man könne nicht zugleich Freund der Araber und der Israelis sein. Der Kronprinz erwiderte ihm im Salam-Palast, man wisse, dass Ostberlin die arabische Sache und das palästinensische Volk bei der Wiedererlangung seiner Rechte unterstütze. Als ein kleines Land sei man gegen Gewalt und deren Androhung. Doch gebe es eine Ausnahme: die Realisierung der legitimen Rechte der Palästinenser. Er wolle kein Krieg um des Kriegs willen, sondern nur einem Volk helfen, das von seiner Heimat vertrieben wurde.

Noch am selben Tag traf sich Honecker mit Yasir Arafat in Kuwait, der ein halbes Jahr zuvor seinen Beiruter Sitz nach Israels Intervention verlassen musste. Der Ostdeutsche zeigte sich wegen des Zwistes zwischen Arafat und Hafiz al-Assad besorgt. Letzterer glaubte, in Arafat Kompromiss und Versöhnlertum gegenüber Amerika zu erkennen. Honecker sicherte Arafat weitere Hilfe zu.[36] Auch Kuwaits Minister Abd al-Aziz Husain unterstrich in Ostberlin Mitte 1983 die Sympathie, die Ostdeutsche wegen ihrer Palästinenserpolitik in Kuwait erfahren. Das Lob für Ostberlins Palästina- und Mittelostpolitik kam stets auf, so im September 1986 durch Kuwaits Außenminister Sabah al-Ahmad.

Man muss sich fragen, ob Honeckers Rede den Fakten entsprach. Zunächst: Israel ist nur auf einem Teil „fremder" Erde entstanden (wegen der Völkervielfalt in jenem Raum kann kein Volk da allein den Boden als eigen ansehen). Den Hauptteil hatten Israel die Vereinten Nationen zuerkannt, in denen Moskau und Washington noch 1947 gemeinsam für das Prinzip „Zwei Staaten für zwei Völker" stimmten. Zudem sind Bonner Gelder für Wiedergutmachung nachweislich keineswegs in Israels Rüstung geflossen. Dazu gab es bereits damals Untersuchungen, so dass Honeckers Worte die Wiedergutmachung verleumdeten. Sicherlich bedeutete die so genannte Wiedergutmachung – die Ermordung von sechs Millionen Juden durch Deutsche kann nie wieder gut gemacht werden – auch eine Stärkung Israels in Mittelost. Doch was war diese im Vergleich zum Leid und Schaden, das jüdischen Generationen im Drit-

36 BArchB, SAPMO, JIV 02/201/1446, Staatsbesuch Erich Honeckers in Kuwait, 11.-18.10.1982 und Niederschriften der Gespräche (Anlagen Nr. 6, 7).

ten Reich in Europa zugefügt worden war, so dass der junge jüdische Staat von der Seite her bereits bei seiner Geburt auf längere Dauer geschwächt gewesen ist.

Honecker polemisierte gegen Wiedergutmachung nicht nur, weil sein Land israelische Ersuchen nach Sühne der „Ein-Drittel-Schuld" 1955 abgelehnt und sich aus seiner Verantwortung gegenüber den Juden gestohlen hatte. Sondern er zielte darauf ab, gegenüber Arabern außenpolitische Punkte zu sammeln. Wie sich einst zeigte, traf er bei seinen Gesprächspartnern auf ein reges Echo. Zudem wusch nun eine Hand die andere: Honecker half Arafat, der sich wiederum für ihn bei den Kuwaitis einsetzte.

Und wie steht es um die Worte, wonach man nicht zugleich Freund der Israelis und der Araber sein könne? Man kann gute Beziehungen zu Konfliktseiten finden. Dies hat auch Kuwaits Führung gegenüber den zweierlei Deutschen getan. Ostberlin jedoch zeigte sich total abhängig vom Kreml. Kaum ging dessen System nieder, da verschwand die Basis der deutschen Teilung. Ostdeutsche befreiten sich gewaltlos aus dieser Unmündigkeit. Sie wählten in der friedlichen Revolution die Demokratie, die vor ihren Augen in Bonn erblühte. Ein komplexer Prozess, in dem eine Seite nicht das blieb, was sie war, und die andere Scheinidentitäten verlor, ohne volle Neuidentität erwerben zu können.

Politik in Kuwait mit Palästinensern gegenüber Israel

Angesichts der Worte und Aktivitäten Honeckers mit Arafat in Kuwait, drängt sich eine Kernfrage auf. Worin bestand das Wesen der ostdeutschen Politik gegenüber Palästinensern? Einerseits war es Honeckers Amtsvorgänger Walter Ulbricht, der 1965 erstmals in einem bilateralen Dokument mit Ägypten die legitimen Rechte der Palästinenser auf Selbstbestimmung betonte. Doch für Ostberlin war die Palästinafrage das besondere Zugmittel, um gegenüber einer Gruppe arabischer Länder die volle Anerkennung zu erreichen und den Bonner Anspruch auf die deutsche Vertretung zu Fall zu bringen.

Die Kehrseite der Medaille bildete eine unhaltbare Politik gegenüber Juden und Israel. Ostberlin hat zwar nie offen Israels Existenzrecht bezweifelt. Denn das bedeutete im Umkehrschluss auch, Ostberlins Legitimität zu befragen. Diese, für Ostberlin bedrohliche Linie, sollte also auch nicht für Israel gelten. Zudem konnte auf dieses Land Schuld für das eigene und fremde Versagen geschoben werden.

Andererseits hat Ostberlin seit den ersten offiziellen Kontakten mit der PLO ab 1965 viel getan, um Israels Feinde ideologisch und seit 1970 Palästinenser mit Waffen zu versorgen. In jenem Jahr sind Rüstung und Munition für 5.000 Kämpfer des Saika-Verbandes an die PLO geliefert

worden.[37] Manche der Terroranschläge durch Palästinenser in den 70er und 80er Jahren sind mit Ausrüstung aus Ostberlin bestritten worden. Mehr noch, der ostdeutsche Kurs lief praktisch darauf hinaus, den arabischen Radikalismus gegen Israel und damit den arabisch-israelischen Konflikt zu vertiefen. Ostberlin untergrub Israels Existenz durch Verweigerung, Propaganda und Ausrüstung von dessen Gegnern.

Ostdeutsche haben viele Ansätze einer Regelung als „einseitigen Kompromiss" verworfen. Der ägyptische Präsident Anwar as-Sadat fragte Arafat, mit ihm nach Westjerusalem zu reisen. Dagegen setzten Moskau und Ostberlin ein Sperrfeuer an Propaganda für die „Front der Standhaftigkeit". Noch 1990 drängte der Politiker Hermann Axen Arafat, unbedingt die Intifada fortzuführen. Das war eine extrem blutige Taktik. Kurz, das Wesen der Ostberliner Politik gegenüber Palästinensern bestand darin, ihr Schicksal schließlich mit Erfolg als Vehikel einer vollen Anerkennung in der deutschen Frage benutzt zu haben. Ganz so, wie es einst Syrer vorgeschlagen hatten. Zudem hat Ostberlin Israel als „vom Imperialismus geschaffene Speerspitze" diffamiert[38] und stets verdeckt Israels Existenz in der Region untergraben. Wie sagte es Honecker zum Emir? „Die arabische Welt gehört den Arabern."

Ostberlin klagte die „Achse Bonner Imperialisten und israelischer Zionisten" an. Dies hatte Wirkung, wie sich an den Begründungen für Terror durch Palästinenser und Akteure der „Rote-Armee-Fraktion" zeigte. Sie griffen gern billige Propaganda aus Ostberlin auf. Inwieweit Kuwaitis die Ostberliner Polemik durchschaut haben, die an die alten Pakte zwischen Deutschen und Arabern aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg angeknüpfte, steht dahin. Aber manchen gefiel wohl dieser Kurs.

Exportoffensive und *joint ventures*

Interne Papiere Ostberlins betrachteten Kuwait als Tor am Golf, durch das Beziehungen zu weiteren Ländern angebahnt werden könnten. Denn

---

37 Dokument in meinem Aufsatz Olivenzweig, Waffe und Terror. Deutsche und Palästinenser im Kalten Krieg. In: KAS-Auslandsinformationen, 21(2005)3, S. 34-66 oder im Web: http://www.kas.de/db_files/dokumente/ auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_6454_1.pdf

38 Gemeinsame Erklärung, 01.03.1965. In: Staatsrat der DDR (Hrsg.): Die DDR und die VAR – gute Freunde. Dokumente des Staatsbesuches Walter Ulbrichts in der VAR, 24.02.-02.03.1965, Berlin 1965, S. 79: „Beide Seiten verurteilen die aggressiven Pläne des Imperialismus, nach denen Israel als gegen die Rechte des arabischen Volkes und dessen Kampf für Befreiung und Fortschritt berichtete Speerspitze geschaffen wurde, um seinen Zielen zu dienen." Im Al-Ahram-Interview, ebd.. S. 28, sprach Ulbricht vom „imperialistischen Stützpunkt Israel" und vom „Bonner Neokolonialismus".

solche fehlten den Ostdeutschen zu Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Oman. Sicher spielte im Ostberliner Kalkül mit Knappheit an Devisen Kuwaits Finanzkraft eine Rolle. Das erwies sich 1978 an einem Kredit aus Kuwait über 22 Millionen Dollar für Ostberlins Außenhandelsbank (und im Februar 1987 nochmals 100 Millionen Dollar).

Umgekehrt kam Kuwait seit 1980 die Leipziger Messe als Pforte in den Ostblock gelegen. Die Beziehungen erweiterten sich über den Verkauf von Maschinen und Hafenkränen gegen Devisen in das Gesundheitswesen, indem Personal und Ärzte in Ostdeutschland ausgebildet wurden. Überdies bildeten Ostdeutsche Kuwaits Sportler aus. Dies war die Idee, Importe für immaterielle Leistungen als Kompensationen zu erlangen, dabei Devisen für Importe zu sparen, die man in der Ausbildung von Kuwaitis erwirtschaften wollte. Doch die geschlossene ostdeutsche Ordnung begrenzte Reisen auf wenige. Insgesamt erreichte der Außenhandel Ostberlin-Kuwait etwa ein Viertel des Handels Bonn-Kuwait.

Versuche, solche einseitigen Beziehungen aufzulockern, stießen an die Grenzen des Ostberliner Systems. Bei *joint ventures* war offen, wie Eigentum geteilt, der Profit transferiert und Wertpapiere gehandelt werden könnten, ob „Feuer und Wasser" zusammenpassten. Ostberlins Botschafter Dr. Arne C. Seifert meinte: nach Honeckers Besuch in Kuwait gab es keine kluge Exportoffensive, die dem Markt der Region entspreche. Es kämen noch zu viele Delegationen, die nur allgemein reden, statt mit Vollmacht über Angebote rasch, unbürokratisch und zuverlässig zu entscheiden. Kuwaitis äußerten, Ostdeutsche seien zu träge, unsicher und kennen kaum die Konkurrenz. Telexe dauerten zu lange. Eine Delegation unter dem Präsidenten der Außenhandelskammer Dr. Otto Weitkus auf Durchreise nach Dubai und allgemeine Verhandlungen „würden zunehmende Unglaubwürdigkeit der DDR entwickeln". Dr. Seifert fragte überdies nach einem „zentralen Führungsdokument", wie man Marktanteile und auch den Transithandel mit Saudi-Arabien aufbauen könne. Dabei habe die Leichtindustrie wegen des enormen asiatischen Preisdrucks wenig Chancen. Der Tourismus habe Perspektive, denn es gebe reiche Kuwaitis, die sich wohl gern im mitteleuropäischen Klima erholen wollten.[39]

Ob es die Reformen unter Michael Gorbatschow oder der nahende Ruin des Kremls waren, in der zweiten Hälfte der 80er Jahre kamen noch phantastischere Projekte auf. Wie zuvor die Ostberliner Außen-

39 BstU, Zentralarchiv Berlin, MfS-Sekretariat des Ministers, BKK 1660, Abt. Handelspolitik, an Genossen Dr. Schalck, nur persönlich, 23.11.1982, Blatt 000188-000190.

handelsbank nahm nun die Moskauer Außenhandelsbank einen Kredit in Kuwait auf (150 Millionen Dollar). Wieder ging die Idee von *joint ventures* in Drittländern um. Kuwait sollte nun prüfen, sowjetische Lieferverpflichtungen an Erdöl gegenüber Indien, Südasien und Jemen zu begleichen. Dafür wollte Moskau Kuwaits Verpflichtungen gegenüber Westeuropa übernehmen. Auch im Erdölsektor sollte man kooperieren. Ostberlin prüfte, ein *joint venture* zum Devisen bringenden Absatz von Erdöl zu bilden. Am Ende ist keines dieser Unternehmen ins Leben gerufen worden.

Nicht minder eigen gediehen westdeutsch-kuwaitische Beziehungen. Hierbei rückten politische, wirtschaftliche, militärische und auch kulturelle Interessen der offenen Gesellschaft in das Zentrum. Die 1970er Jahre brachten Kuwait einen reichen Devisenschatz, von dem ein Großteil profitabel in Amerika und Westeuropa angelegt wurde. Kuwaitis erwarben zu Beginn der 1980er Jahre Anteile in westlichen Firmen, etwa Volkswagen und Metallgesellschaft. Bald jedoch hatte Kuwait infolge fallender Erdöleinnahmen mit Turbulenzen zu kämpfen, so dass es sich Mitte der achtziger Jahre entschied, Ländern wie Syrien, Jordanien und der PLO keine so großzügige Finanzhilfe mehr zu gewähren.

Trotz der Schwankungen in den Erdölpreisen rangierte Bonn im Durchschnitt an dritter Stelle als Handelspartner Kuwaits nach Amerika und Großbritannien. Diese und viele weitere Verbindungen in der Wirtschaft schufen eine solide Unterlage für politische Beziehungen, die weniger durch parallele Beziehungen Kuwaits zu Ostberlin belastet waren. Kurz nach dem Fall der Berliner Mauer kam es unter Deutschen in Kuwait zu einer frühen Einheit. Nach dem irakischen Überfall sollten dort keine fremden Botschaften mehr bestehen. Kurt Merkel, letzter ostdeutscher Botschafter in Kuwait, beschloss also den Rückzug. Als ihn sein Bonner Kollege bat, doch etwa 30 Westdeutsche mit aufzunehmen, da Ostberlin einen besseren Stand in Bagdad habe und mehr Sicherheit böte, stimmte Merkel dem rasch zu.[40] Durch die deutsche Einheit ab November 1990 gehört all dies der Geschichte an.

Nationalistischer und islamistischer Terror

Die Berliner Republik entwickelte das Verhältnis zu Kuwait weiter, zumal man ähnliche Probleme hatte. Verstärkt nach dem Terroranschlag durch Palästinenser gegen israelische Sportler auf der Münchner Olympiade 1972 waren westdeutsche und kuwaitische Gebiete zum Schauplatz von terroristischen Angriffen und von Flugzeugentführungen geworden, die sich unter anderem gegen die US-Botschaft in Kuwait ge-

40 K. Merkel, Kuwait, in: B. Malchow (Hrsg.), Der Letzte macht das Licht aus, Berlin 1999, S. 173.

richtet haben. Dazu bekannte sich auch die Organisation Islamischer Heiliger Krieg.

Solche Terroraktionen fanden in den 80er – hier vor allem der Anschlag auf den Emir von Kuwait im Mai 1985 – und 90er Jahren statt. Dagegen suchten die Europäische Gemeinschaft und der Golf-Kooperationsrat Wege, die ökonomische, politische und militärische Kooperation in multilaterale Gremien einzubetten. Dafür sprechen bislang die 15 gemeinsamen Tagungen von Ministern aus dem EG-Rat und dem Golf-Kooperationsrat, die manche solcher Probleme benannt haben. Eine andere Frage ist, wie effektiv die politischen Gremien wirklich über Erklärungen hinaus gewesen sind.

Kuwait fällte strategische Entschlüsse, nachdem es durch eine von Amerika angeführte Koalition von den irakischen Okkupanten befreit wurde. Der Kurs der positiven Neutralität war gescheitert. Hatte Kuwait 1984 noch die Luftabwehrraketen aus der Sowjetunion erhalten, so orientierte es sich nun auf Washington. In Kuwait das Spektrum enorm erweitert, welche Politik die beste sei. Nach dem Kalten Krieg wächst der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition[41] eine neue Rolle zu.

Kuwait ist dreimal durch angelsächsische Demokratien sowie deren Alliierte vor Katastrophen bewahrt worden: 1942, 1991 und 2003. Während beim ersten Mal Nazi-Deutsche und Iraker die Quelle einer eventuellen Ausradierung des kleinen Forts waren, standen die 1991 demokratisch wiedervereinten Deutschen klar zu Kuwait, als es von Irak überfallen wurde. Zwölf Jahre später, vor dem Einfall der angelsächsisch geführten Allianz in den Irak, die von kuwaitischem Gebiet aus begann, entsandte Berlin Truppen zum Aufspüren von ABC-Waffen nach Kuwait. Doch gab Berlin vor der Invasion durch seinen „Pariser Kurs" Saddam Husain viel Raum zum manövrieren. Die zerbrochene Allianz des Westens hat ihm am meisten gedient sowie London und Washington sehr geschadet.

Berlin begrüßte die jüngsten Schritte der Demokratisierung am Golf, bei denen Kuwait auch mit dem Wahlrecht für Frauen voranschritt. Die Zeichen von gedeihlichen bilateralen Beziehungen Berlin-Kuwait sind umso günstiger, je mehr demokratische Passfähigkeit beide Seiten hierbei einbringen. Viele der globalen und regionalen Fragen in Amerika, Mittelost und Europa erfordern das auch.

---

41 C. Koch, Politische Entwicklungen in einem arabischen Golfstaat. Die Rolle von Interessengruppen im Emirat Kuwait, Berlin 2000.

Bilanz, Probleme und Perspektiven

Obwohl Entdecker und Orientalisten erste Kontakte zwischen dem deutschen und kuwaitischen Raum Ende des 18. Jahrhunderts knüpften, stand 100 Jahre später die Bagdadbahn am Anfang der direkten Verbindungen. Neue Beziehungen in Politik und Wirtschaft folgten Ende der 60er Jahre, die nach Bonns Nahostdebakel zunächst Ostberlin anführte. Seit den vollen Beziehungen zu zweierlei Deutschen Ende 1972 stand der politische Austausch im Zeichen der Zweistaatlichkeit. Ostberlin konnte keine *joint ventures* mit Kuwait realisieren, Kuwait mit Bonn aber schon. Die global kompatible Ordnung hat beiderseits obsiegt.

Als Problem erwies sich die NS-Geschichte. Der Antisemitismus des deutschen Rassenwahns und der islamistische Antisemitismus verbanden sich. Sie konnten nur durch die individuelle Erkenntnis begrenzt werden, zu der die persönliche Einsicht in das inhumane Wesen des NS-Regimes in Mitteleuropa und seiner Anhänger in Mittelost zählte. Ähnlich stand es um die Diktaturen in Osteuropa. Waren es vordem Hitler und seine arabischen Partner, die ihre Gemeinsamkeit im Rassenwahn fanden, so erkannten manche Araber nach 1945 nicht die Gefahr des osteuropäischen Klassenwahns. Deren Vertreter benutzten die Palästinenser als Vehikel zur Erlangung der vollen Anerkennung durch arabische Staaten, zu denen Kuwait zählte. Zum anderen förderte Ostberlins Außenpolitik verdeckt Terroristen und einen aggressiven Kurs gegenüber Israel und Juden.

Vielleicht war dies einigen Kuwaitis recht, glaubten sie doch, durch die Anheizung der radikalen palästinensischen Gewalt neue Umstände in Mittelost zu schaffen. Dass aber diese Politik ein Spiel mit dem Feuer war, indem Terroristen geholfen wurde, ist sehr bald in Kuwait selbst deutlich geworden. Von dort riefen Palästinenser im Exil auf, die amerikanischen Botschaften in die Luft zu sprengen. Wenig später gehörten die US-Botschaft in Kuwait und der Emir selbst zu den Zielen des islamistischen Terrors.

Unter dem historischen Strich standen Ostdeutsche der totalitären Tradition näher, obwohl all ihre Vertreter im auswärtigen Dienst Neuanfänger waren. Aber sie waren mit den Sowjets verknüpft, die wiederum eines der letzten großen Kolonialreiche des 20. Jahrhunderts vertraten. Anders im Bonner Auswärtigen Amt: Dort gab es zwar eine beträchtliche Anzahl von Diplomaten aus dem vorherigen auswärtigen Dienst des Dritten Reichs. Unter Aufsicht der alliierten Demokratien setzten sie ihre antikommunistische Linie fort. In Einzelfällen waren sie ein beschämender Stein des Anstoßes. Doch insgesamt erwies sich die Bonner Politik als richtig, im Kalten Krieg totalitäre Regimes und ihre ostdeutschen sowie arabischen Anhänger zu begrenzen und schließlich zu

überwinden. Doch hat Bonn manches überzogen und in seinem Nahostdebakel Washingtons Suppe ausgelöffelt.

Aus Kuwait und Ostberlin flossen bis 1990 Gelder zur Unterstützung der PLO, die ihrerseits Israels Beseitigung auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Bald aber schlug der Terror auf Kuwait zurück, wobei sich Arafat nach dem Überfall Iraks auf Kuwait noch mit dem Bagdader Diktator traf und damit den Palästinensern schweren Schaden zufügte. Kuwaiter lobten stets die ostdeutsche Hilfe für Arafat und die PLO, wobei Ostberliner Führer nachweislich um dessen Doppelspiel mit dem Olivenzweig in einer Hand, der Waffe in der anderen und dem Terroranschlag unter der Hand wussten.

Als Problem der politischen Beziehungen erwies sich der Terror. Deutsche hofften zu Beginn, mit Terroristen verhandeln und diese beeinflussen zu können. Doch diese unterschieden weder nach Nationalitäten oder Religionen noch nach Männern, Frauen oder Kindern. Terror erwies sich als nicht steuerbar, egal, ob er sich auf Münchens Olympiade, auf Kuwaits Regierungsviertel, auf israelisch besetzte Gebiete oder in Israels Kernland gegen Zivilisten richtete. Über die arabische und deutsche Verarbeitung des deutschen und islamistischen Antisemitismus und die arabische und ostdeutsche Förderung von terroristischen Vereinen in Mittelost und Europa unter multilateralem Einfluss im Kalten Krieg besteht Forschungsbedarf. Deutsche Quellen sind ergiebig zur Innen- und Regionalpolitik Kuwaits. Die Forschung sollte parallel auch Kuwaits Akten zu Deutschland und Europa erschließen.

Nach den Turbulenzen haben die deutsch-kuwaitischen Beziehungen in dem Maße Perspektive, wie sich beide nach demokratischen Normen und Zielen in Mitteleuropa und Mittelost richten. Eines Tages gibt es *joint ventures* mit Beteiligungen aus der Türkei, Palästina, Israel, Irak und Iran. Jeder mag seine Qualitäten einbringen. Mittelost sieht Schüben an neuen Entwicklungen entgegen, in denen nicht wenige der Beteiligten der Zeit nach dem Erdöl zuarbeiten können.

Klaus Jaschinski

Ins Unvermeidliche gefügt? Amerikaner, Iraner und Deutsche driften in den Kalten Krieg

Obwohl Amerikaner, Iraner und Deutsche auf dem internationalen Parkett von jeher in verschiedenen Klassen spielten, kam es zum Ausgang des Zweiten Weltkrieges und unmittelbar danach zu Interaktionen, die dem Abdriften in den Kalten Krieg und der damit verbundenen bipolaren Frontenbildung Vorschub leisteten. Die entscheidenden Impulse und Weichenstellungen dazu gab es allerdings auf horizontaler Ebene durch die führenden Mächte der Anti-Hitler-Koalition selbst, die beim Suchen nach einer neuen Weltordnung bei allen guten Ansätzen nicht davon loskamen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Eigennutz über das propagierte Gemeinwohl zu stellen.

Wehe den Besiegten

Noch am 25. August 1941, als sowjetische und britische Truppen in abgestimmter Aktion über die iranischen Grenzen vordrangen, also Iran als neutrales Land unter fadenscheinigem Vorwand okkupierten, appellierte Reza Schah an Präsident Roosevelt, er möge sich in Moskau und London für eine umgehende Einstellung der Feindseligkeiten verwenden. Irans Botschafter in den USA, Mohammad Shayesteh, brachte gegenüber Außenminister Hull dahingehend sogar die Atlantik-Charta ins Spiel.[1] Präsident Roosevelts Antwort kam am 2. September 1941. Sie bestätigte aber nur das, was Reza Schah und seine Vertrauten schon am 30. August 1941 begreifen mussten: Die USA würden nicht zugunsten Irans in dessen Konflikt mit Großbritannien und der Sowjetunion Partei ergreifen, geschweige denn intervenieren.[2] Keine Spur mehr von amerikanischer Solidarität, wie sie noch gegenüber Finnland im Winterkrieg 1939-1940 zutage getreten war.

Auch die Entsendung des *US Persian Gulf Command* – etwa 30.000 Mann, denen primär die Abwicklung der „Lend-Lease"-Transporte durch iranisches Gebiet in Richtung Sowjetunion oblag – wurde in Iran mit recht gemischten Gefühlen aufgenommen. Nicht, dass Amerikaner

1 F. Eshraghi, The immediate aftermath of Anglo-Soviet occupation of Iran in August 1941, in: Middle Eastern Studies, 20 (July 1984) 3, S. 343.

2 Ebenda, S. 343.

COMPARATIV 16 (2006), Heft 2, S. 126-141.

in jener Zeit nicht gern gesehen gewesen wären. Was auf iranische Seite für Unmut sorgte, war vielmehr die Art, wie diese Präsenz zustande kam. Am 29. Januar 1942 hatten die Sowjetunion und Großbritannien mit Iran ein Bündnisabkommen geschlossen, dass auch die Anwesenheit ihrer Truppen auf iranischem Boden legalisierte. Diesem Abkommen schlossen sich die USA im August 1942 faktisch an.[3] Einige Monate zuvor, am 10. März 1942, war Iran selbst für wert befunden worden, „Lend-Lease"-Hilfe zu erhalten.[4] Allerdings hielt man es in Washington offenbar nicht für nötig, in Bezug auf die Entsendung des *US Persian Gulf Command* bei iranischen Stellen anzufragen. Die „Einladung" der britischen Besatzer genügte hier vollauf.

Mochte es anfangs auch so ausgesehen haben, als wollten sich die USA bezüglich Irans mehr im Hintergrund halten und mit einer eher passiven Rolle nebst entsprechenden ad-hoc-Entscheidungen begnügen, ab 1943 konnte davon nicht mehr die Rede sein. Hauptsächlich geschuldet war das der bei amerikanischen Regierungs- und Militärstellen grassierenden Erdölgier. Außenminister Hull betonte 1943, dass es im Interesse Amerikas liege, wenn keine andere Großmacht am Persischen Golf gegenüber den in amerikanischer Hand befindlichen saudi-arabischen Erdölvorkommen präsent sein würde.[5] Begünstigt wurde diese Hinwendung zu verstärktem Engagement zudem noch durch innenpolitische Entwicklungen in Iran selbst.

Thronwechsel und Erdöl

Nach der erzwungenen Abdankung Reza Schahs und der Inthronisierung seines 21 Jahre alten Sohnes Mohammad Reza Pahlawi am 17. September 1941, brach sich in Iran ein Prozess der Demokratisierung langsam Bahn. Der durch die alliierte Invasion massiv beschleunigte wirtschaftliche Niedergang des Landes und der damit wachsende soziale Unmut in weiten Teilen der Bevölkerung ließen daraus jedoch keinerlei politische Stabilität erwachsen. Die drei politischen Hauptgruppierungen (Monarchisten, Nationalisten und Islamisten) waren in viele Fraktionen zersplittert, die mit- und untereinander teils erbitterte Grabenkämpfe austrugen. Bei Briten, Sowjets und Amerikanern um Sympathie werben, um zusätzlichen Rückhalt zu bekommen, war darin inbegriffen.

Allerdings schieden sich schnell die Geister, wenn es allzu offen um Kollaboration im Dienste und zum Wohle fremder Mächte ging. Vor

3 Keesing's Archiv der Gegenwart, 15 (1945), S. 242.

4 J. A. Bill, The eagle and the lion, the tragedy of American-Iranian relations, New Haven 1988, S. 18.

5 B. R. Kuniholm, The origins of the cold war in the Near East, Princeton 1980, S. 160.

allem im Lager der Monarchisten, wo das parlamentarische Treiben ziemlich argwöhnisch betrachtet wurde, schien man besonders erpicht, die USA für die eigenen machtpolitischen Belange zu interessieren und zu involvieren. Zu Grunde lag dem das „positive Gleichgewicht" – eine politische Denkart, wonach die USA gleichsam als dritte Kraft in die Rolle schlüpfen sollte, die vor der alliierten Invasion eigentlich Deutschland innegehabt hatte, um Briten und Sowjets auszubalancieren und an übermäßiger Einflussnahme nebst Druckausübung zu hindern. Bereits 1942 kamen auf offizielle iranische Ersuchen hin zwei amerikanische Militärmissionen unter General Ridley (für die Armee) und Oberst Schwartzkopf (für die Gendarmerie) ins Land. Überdies wurde Dr. Millspaugh erneut zum Berater bei der Reorganisation der Staatsfinanzen berufen.[6]

Auch im Lager der Nationalisten schien man einem verstärkten amerikanischen Engagement gegenüber keineswegs abgeneigt zu sein. Immerhin hatten sich die USA in der Deklaration von Teheran vom 1. Dezember 1943 mit für Irans Unabhängigkeit und territoriale Integrität verbürgt.[7] Bei der hier verfolgten Linie des „positiven Gleichgewichts" stand insbesondere der Gleichklang im Demokratieansatz und -denken obenan. Die im Lager der Monarchisten gepflegte Praxis, amerikanisches Wohlwollen mit Abtretung von Souveränitätsrechten und Vergabe von Konzessionen zu honorieren, stieß allerdings auf wenig Gegenliebe, weil gerade das vermieden werden sollte, um generell das ausländische Interesse an Iran zurückzuschrauben und dem Land so größere Handlungsfreiheit zu verschaffen.[8]

Zum Eklat kam es am 2. Dezember 1944, als das Parlament in Teheran ein Gesetz verabschiedete, das es der Regierung und anderen „Staatsdienern" bis zum Ende des Krieges schlechtweg untersagte, Konzessionen an Ausländer zu vergeben ohne vorherige Debatte und Billigung im Parlament.[9] Vorausgegangen waren dem „Anfragen" von britischen und amerikanischen Erdölkonzernen (Royal Dutch Shell, Socony-Vacuum und Sinclair Oil) nach Konzessionen im Südosten des Landes.[10] Auch aus Moskau wurden umgehend Wünsche nach einer Erdölkonzession im Norden Irans angemeldet. Anfang September 1944 erschien eigens der stellvertretende sowjetische Außenminister Sergej Kaftaradze in Teheran, um dem Nachdruck zu verleihen. Im Gespräch mit Pre-

6 H. Arfa, Under five shahs, Edinburgh 1964, S. 325.
7 R. Pfau, Containment in Iran, 1946: The shift to an active policy. In: Diplomatic history, Fall 1977, S. 359.
8 E. Abrahamian, Factionalism in Iran: Political groups in the 14th parliament (1944–46). In: Middle Eastern Studies, 14 (January 1978) 1, S. 36.
9 H. Katouzian, Musaddiq and the struggle for power in Iran, London 1990, S. 57.
10 The Middle East. A political and economic survey, London 1954, S. 383.

mierminister Sa'id legte er sogar noch nach und forderte Nordiran gleich ganz als Sicherheitszone.[11] Das Einschwenken großer Teile der im September 1941 gegründeten Tudeh-Partei auf diesen Kurs und die unter sowjetischer Obhut aufwallenden Autonomiebestrebungen in Iranisch-Aserbaidshan und Iranisch-Kurdistan gaben dem noch zusätzlich einen bitteren Beigeschmack.

Ob nun mit demonstrativen Drohgebärden untersetzt oder als „großzügiges" Entgegenkommen ausgewiesen, Briten, Sowjets und Amerikanern versuchten gleichermaßen, ungeachtet aller wohlklingenden Worte, aus der Schwäche Irans Kapital zu schlagen und beim ins Auge gefassten Ausverkauf einen „guten Schnitt" zu machen. Wie ohnmächtig das iranische Staatswesen angesichts dessen auch gewirkt haben mochte, hinter den Kulissen kam es zum verstärkten patriotischen Schulterschluss zwischen Teilen der Monarchisten, Nationalisten und Islamisten. Konservatismus, Pragmatismus und Radikalisierung nahmen im Zuge dessen spürbar zu. In allen drei politischen Hauptströmungen drängten mit General Ali Razmara (Monarchisten), Dr. Mohammad Mossadegh (Nationalisten) und Ayatollah Seyyid Abol Qassem Kashani (Islamisten) zudem charismatische Führungspersönlichkeiten an die Spitze, die gegen staatlichen Zerfall, Sezessionismus und nationalen Ausverkauf, wenn auch mit unterschiedlichen Prioritäten, massiv Front zu machen gedachten und sich vom Ausland aus nicht ohne weiteres vereinnahmen, geschweige denn steuern ließen.

Marsch in den Kalten Krieg

Dass die letzten sowjetischen Truppen Anfang Mai 1946 endlich nach langem Hin und Her vollständig aus Iran abzogen, wird gerade im Westen den USA nach wie vor als besonderes Verdienst angerechnet. In der Tat hatten Amerikaner bei verschiedenen Gelegenheiten im interalliierten Dialog den sowjetischen Truppenabzug aus Iran angemahnt. Auch hatten sie Iran ermutigt, wenn nicht gar gedrängt, in Reaktion auf sowjetische Hinhaltemanöver am 19. Januar 1946 während der ersten UNO-Vollversammlung Klage gegen die Sowjetunion zu führen und damit die „Iranische Krise" gleichsam als Auftaktkrise zum Marsch in den Kalten Krieg richtig losgetreten. Präsident Truman wähnte sogar, über Iran mit der Sowjetunion in Krieg geraten zu können.[12] Später behauptete er noch, Stalin regelrecht ein Ultimatum für den Truppenabzug aus Iran

11 Katouzian (Anm. 9), S. 58.

12 G. Mai, Containment und militärische Intervention. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 32 (1984) 4, S. 495.

gestellt zu haben.[13] Schah Mohammad Reza Pahlawi stieß ins gleiche Horn. In Verbindung mit den Ereignissen in und um Iranisch-Aserbaidshan betonte er, dass die US-Regierung zum ersten Mal in der Geschichte „die Rolle des Führers im Mittleren Osten" übernommen hätte.[14]

Aber wer hat hier wen vor wessen Karren zu spannen verstanden? Den eigentlichen Verhandlungsmarathon mit der Sowjetführung absolvierte die iranische Seite. Wie man die iranische Verhandlungsführung letztlich auch bewerten mag, der erwähnte patriotische Schulterschluss zeigte Wirkung und wand den Sowjets längst sicher geglaubte „Errungenschaften" wieder aus den Händen.[15] Selbst General Ali Razmara, der mit reichlich amerikanischer Fürsprache Ende Juni 1950 ins Amt des Premierministers gehievt wurde, obwohl man ihm nachsagte, in die Fußstapfen Reza Schahs treten zu wollen und ein gewisses Faible ausgerechnet für die als kommunistisch und prosowjetisch eingestufte Tudeh-Partei zu haben, meinte noch 1951, dass die Amerikaner im Grunde keine klare Politik hätten und folglich „Arbeitsbeziehungen" mit Briten und Sowjets unerlässlich wären.[16]

Irans Erdölreichtum ließ bei amerikanischen Regierungs- und Militärstellen geradezu bizarre Blütenträume reifen. Im Oktober 1946 konstatierten die Vereinigten Stabschefs auf Anfrage aus dem State Department, dass Iran in einem möglichen sowjetisch-amerikanischen Krieg bedeutsam wäre; zum einen als Verteidigungsbarriere und zum anderen als Aufmarschbasis für Attacken gen Norden, wobei noch iranisches Erdöl für die „Gegenoffensive" immens wichtig sei. Aber mit wem und womit sollte das Ganze erfolgen? Nach Meinung der Vereinigten Stabschefs sollte der iranischen Armee, die bei der Abwehr der alliierten Invasion kläglich versagt hatte und den erlittenen Schock noch verdauen musste, „nichtaggressive" militärische Ausrüstung, sprich leichtes Kriegsgerät, geliefert werden, das wohl taugen mochte, um gegen die eigene Bevölkerung vorzugehen, aber gewiss nicht, um sowjetische Truppen aufzuhalten.[17]

---

13 K. A. Samii, Truman against Stalin in Iran: A tale of three messages. In: Middle Eastern Studies, 23 (January 1987) 1, S. 95.

14 E. A. Orlov, Vnešnaja politika Irana posle vtoroj miravoj vojny (Die iranische Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg), Moskau 1975, S. 30.

15 Im Dezember 1946 wurde den bis dahin autonomen Republiken Aserbaidshan und Kurdistan mit militärischen Mitteln ein Ende bereitet, und am 22. Oktober 1947 lehnte das Parlament in Teheran mit 102 gegen zwei Stimmen auch die zuvor ausgehandelte gemischte sowjetisch-iranische Erdölgesellschaft ab.

16 M. R. Ghods, The rise and fall of General Razmara. In: Middle Eastern Studies, 29 (January 1993) 1, S. 30.

17 R. Pfau (Anm. 7), S. 365.

Dass das amerikanische Mitmischen in Irans Erdölbelangen am Ende auf eine Stärkung der Position der Anglo-Iranian Oil Company (AIOC) hinauslaufen würde, war den Nationalisten um Dr. Mossadegh schon zum Ausgang des Krieges aufgegangen.[18] Die amerikanische Standard Oil of New Jersey und die Socony-Vacuum Oil Company schlossen 1947 sogar noch Öllieferverträge mit der AIOC mit einer Laufzeit von 20 Jahren, obwohl die Zeichen der Zeit eher zur Vorsicht rieten, zumal schon vor der offiziellen Gründung der „Nationalen Front" am 23. Oktober 1949 von einem breiten Spektrum an politischen Kräften in Iran der AIOC als Relikt des britischen Kolonialismus unverhohlen der Kampf angesagt worden war und selbst einige in der Region ansässige amerikanische Erdölkonzerne, allen voran die in Saudi-Arabien agierende Arabian American Oil Company (ARAMCO), danach trachteten, den lange übermächtigen britischen Konkurrenten endlich loszuwerden.[19]

Die Anfang Mai 1951 von der Regierung Mossadegh verfügte Nationalisierung der AIOC bildete so gesehen nur eine Konsequenz, zu der Amerikaner in der einen wie anderen Richtung einiges beigesteuert hatten. Wie zögerlich, unentschlossen und teils sogar moderat die amerikanische Politik hinsichtlich des Disputs mit AIOC nach außen zeitweilig auch erschienen sein mochte, auf der strategischen Entscheidungsebene war die Parteinahme für den britischen Bundesgenossen längst erfolgt. Schon Ende der 40er Jahren war der amerikanische Geheimdienst im Zuge verdeckter Aktionen auf iranischem Boden ziemlich aktiv geworden, und nach der Nationalisierung der AIOC fühlte man sich in Washington geradewegs gefordert, Iran, koste es, was es wolle, im Lager des Westens zu halten und für Stabilität auf dem internationalen Ölmarkt zu sorgen.[20]

Um dies zu erreichen, gab es zweifellos mehrere Optionen, nicht nur die des Staatsstreichs. Für letztere fiel aber dann die Entscheidung. Der unter amerikanischer Federführung arrangierte Sturz der Regierung Mossadegh am 19. August 1953 markierte nicht nur eine Zäsur, an der die endgültige Staffelstabübergabe in punkto Vorherrschaft in Iran von britischen in amerikanische Hände abgelesen werden kann. Er war auch eine Schurkerei sondergleichen, da damit gerade jene demokratischen

18 Arfa (Anm. 6), S. 358.

19 Schließlich bot die ARAMCO Irans Nationalisten und Islamisten beim Aufbegehren gegen die AIOC regelrecht Schützenhilfe, als sie Ende Dezember 1950 mit der Regierung in Riad eine Gewinnteilung auf der Basis 50 % zu 50 % vereinbarte, wodurch die Ergebnisse langwieriger iranischer Verhandlungen um ein Zusatzabkommen als längst überholt angesehen werden mussten und die Stimmung in der iranischen Bevölkerung gegen die AIOC noch mehr Auftrieb bekam.

20 M.J. Gasiorowski, The 1953 Coup d'Etat in Iran. In: International Journal of Middle Eastern Studies, 19 (August 1987) 3, S. 267 ff.

Kräfte im Land, die in vielem mit den von den USA gepriesenen (Demokratie-)Wertvorstellungen konform gingen, verstärkter Verfolgung und Unterdrückung ausgesetzt wurden. Sie wurden gleichsam geopfert und das Land zur strategischen Vorteilssicherung mit Brachialgewalt in den Kalten Krieg getaucht, offenbar noch dazu in der irrigen Annahme, mit Kräften des Gestern im Schlepptau relativ problemlos ins Morgen steuern zu können. Eine Handlungsweise, die letztendlich nicht nur dem amerikanischen Steuerzahler teuer zu stehen kam, sondern sich auch noch, wenngleich etliche Jahre später, mit der „Islamischen Revolution" bitter rächen sollte und heutzutage im schier nicht endenden Gezeter amerikanischer Politiker und Militärs über den „Schurkenstaat" Iran geradezu jämmerlich nachhallt.

Deutsche Trümmerfelder und Teilstaaten

Hatten die amerikanischen Nachkriegsplanungen bezüglich Irans auch vieles zu wünschen übrig gelassen und glichen streckenweise eher einem Stochern mit Stangen im Nebel, im Hinblick auf die Nachkriegsgestaltung im besetzten Deutschland war das mitnichten der Fall, zumal sich Amerikaner hier angesichts des Scheitern der Versailler Nachkriegsordnung gleich direkt gefordert sahen und keinerlei Neigung verspürten, anderen (Sowjets, Briten und Franzosen), die durch politisches und militärisches Versagen zeitweilig arg in Bedrängnis geraten waren, den Vortritt zu lassen. Es gab reichlich geistige Vorarbeiten, die der „Racheplaner" um Finanzminister Henry Morgenthau inbegriffen, und ebenso entsprechende Fachkräfte (Civil Affairs Division), die Gewähr dafür zu bieten schienen, die anvisierten Primärziele (Entnazifizierung, Demokratisierung, Entmilitarisierung und Dekartellierung) auch zu erreichen.[21]

Bereits am 16. März 1945 ernannte Präsident Roosevelt General Lucius D. Clay zum Stellvertretenden Militärgouverneur, der quasi zum amerikanischen Sachwalter in Deutschland aufstieg. Wenige Tage nach der deutschen Kapitulation, am 15. Mai 1945 äußerte er auf einer Pressekonferenz, dass die amerikanischen Truppen wahrscheinlich lange in Deutschland bleiben werden und ihre Politik in dieser Zeit streng und realistisch sein würde.[22] Am 15. Juni 1945 bekam das War Department von Präsident Truman die alleinige Zuständigkeit für die Besatzung ü-

21 W. Benz (Hrsg.), Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, Berlin 1999, S. 33 ff.

22 M. Overesch, Das besetzte Deutschland 1945–1947. Eine Tageschronik der Politik, Wirtschaft, Kultur, Augsburg 1992, S. 23.

bertragen, während das State Department für rein außenpolitische Fragen in der Verantwortung blieb.[23]

Das Sagen hatten somit vor allem Militärs, die in erster Linie aber Befehlen gehorchen mussten und daher nur wenig Spielraum für Eigeninitiative besaßen. Aber gerade die war zunehmend gefragt, um die Kriegsschäden zu beseitigen und einen möglichst schnellen Übergang zu einem halbwegs normalen Leben zu erreichen. Über sieben Millionen Deutsche waren durch den Zweiten Weltkrieg umgekommen. Schätzungen zufolge gab es in Deutschland bis zu zweieinhalb Millionen Kriegerwitwen, ebenso viel Schwerversehrte und bis zu sechs Millionen Bombengeschädigte. Durch die Flugzeugeinsätze der Alliierten waren fast ein Viertel des gesamten Wohnraums vollständig zerstört worden.[24] Außerdem befanden sich auf deutschem Boden über zehn Millionen Flüchtlinge, so genannte *displaced persons*.[25]

Erschwerend kam hinzu, dass mit der Demobilisierung viele Fachkräfte in die USA zurückkehrten und durch weniger qualifiziertes Personal ersetzt wurden, was zeitweilig zu einem beachtlichen Chaos in der Verwaltung führte und die Übertragung von Aufgaben an die deutsche Verwaltung zwingender denn je machte, aber mitnichten einheitlich ablaufen ließ, da sich der „Rückgriff" auf Deutsche alles andere als einfach gestaltete. Abgesehen von machtbesessenen Emporkömmlingen gab es hinreichend Fachleute aus Politik und Wirtschaft, die bezüglich Wissen und Können amerikanischen Experten in nichts nachstanden und dazu noch als „Heimspieler" viele Vorteile auf ihrer Seite wussten. Ein Großteil davon hatte aber eine „braune Vergangenheit" und musste sich der Entnazifizierung unterziehen, die indes mit dem am 5. März 1946 von der Militärregierung verkündeten „Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus" an deutsche Stellen überging und bald zur „Persilschein"-Vergabe verkam.[26]

---

23 Nach amerikanischer Auslegung vom Mai 1945 sollte jeder Besatzungszonen-Kommandeur bei fehlender Einigung im Alliierten Kontrollrat, der in der Phase des deutschen Nichtstaatseins das oberste Regierungs-, Kontroll-, Koordinations- und Verwaltungsorgan der vier Besatzungsmächte auf deutschem Boden verkörperte, das Recht zu uni- oder bilateralem Vorgehen haben, was auf einen Dualismus zwischen Zonenverwaltung und Kontrollrat hinauslief und gerade sowjetischen Denkweisen anfangs sichtlich entgegenkam, zumal sich das als Rechtfertigung für Alleingänge jeder Zeit in die Waagschale legen ließ. Vgl. Benz (Anm. 21), S. 229.

24 Overesch (Anm. 2), S. 14

25 Ebenda, S. 22.

26 In der US-Besatzungszone wurden bis 1948 fast 13 Mio. Personen überprüft. 3,6 Mio. davon waren von der Entnazifizierung betroffen. Vgl. Benz (Am. 21), S. 40.

Auch die Dekartellierung blieb bald hinter den wirtschaftspolitischen Zielen der Besatzung zurück, vor allem aus Furcht vor Sozialisierung, die mit dem Schreckgespenst der Enteignung einherging. Einzig der I.G. Farben-Konzern wurde zerschlagen und die Dezentralisierung der Großbanken durchgesetzt. Ende Juli 1949 konstatierte die Zeitschrift *U.S. News & World Report* schließlich:

> „Die Kontrolle der Ruhr liegt jetzt in den Händen von ein paar hundert Männern, wie während des Krieges und vor dem Krieg. Die meisten der gegenwärtigen Bosse der Ruhr sind Männer, die den Gipfel ihrer Macht während der Hitler-Ära erreichten ... Die Wiedererholung Deutschlands soll sich unter amerikanischer Anleitung durch solche Leute vollziehen."[27]

Im Unterschied zu Sowjets, Briten und Franzosen, die beim Eintreiben von Reparationen sehr auf materielle Werte (Produktionsstätten und Produktionsentnahmen) fixiert waren, richtete sich das amerikanische Interesse mehr auf die Aneignung von geistigem Eigentum (Konstruktionspläne, Forschungsergebnisse, Prototypen etc.), wodurch sich immerhin ein Gewinn von gut fünf Milliarden Dollar erzielen ließ.[28]

Der von Iran über die Türkei und Südosteuropa herüberziehende Wind des Kalten Krieges schlug Konrad Adenauer (CDU) und Kurt Schumacher (SPD) kräftig entgegen. Bereits am 5. Oktober 1945 gab Adenauer britischen und amerikanischen Pressevertretern gegenüber zu verstehen, dass es das Beste wäre, falls die Sowjets nicht mitspielten, sofort aus den drei westlichen Besatzungszonen einen Bundesstaat zu bilden. Tags darauf wurde er von seiner Funktion als Oberbürgermeister von Köln, zu der ihm Amerikaner verholfen hatten, auf britische Order hin entbunden, weil er seiner Pflicht gegenüber der Bevölkerung nicht nachgekommen wäre.[29] Schumacher erdreistete sich sogar in der ersten

---

27 H. W. Kahn, Der Kalte Krieg, Spaltung und Wahn der Stärke 1945–1955, Bd. 1, Köln 1986, S. 174.

28 Völlig zum Erliegen kam der amerikanische reparationspolitische Eifer mit dem Anlaufen des wirtschaftlichen Wiederaufbauprogramms im Zuge des Marshallplans (European Recovery Program). Auf Grund der offenkundigen Unvereinbarkeit von Demontagen und Wiederaufbau wurde das Demontageprogramm in den Westzonen auf amerikanischem Druck hin Schritt für Schritt reduziert. Von den fast 1800 Betrieben vom Frühjahr 1946 stand im Herbst 1947 nur noch rund die Hälfte zur Debatte. Im Petersberger Abkommen vom November 1949 einigten sich die Westmächte mit der Bundesregierung schließlich auf 680. Tatsächlich demontiert wurden bis 1951 667 Fabriken, die hauptsächlich der Rüstungsproduktion gedient hatten. Vgl. Benz (Anm. 21), S. 165.

29 Kahn (Am. 27), S. 133.

Nachkriegszeit, General Clay dahingehend zu belehren, dass die Sowjets als Feinde anzusehen seien.[30]

Trotz solcher Anwandlungen bei deutschen Politikern, die im Aufwind des Kalten Krieges agierten, war die deutsche Teilung nicht allein das Werk der Deutschen. Wie auch, ohne eigenen Staat? Vielmehr mussten sie notgedrungen die Alliierten walten lassen, was sich nach der Verkündung der Truman-Doktrin und des Marshall-Planes in der Berlin-Krise 1948/49 zeigte. Bei aller Wertschätzung für das amerikanische Engagement gerade zur Luftbrücke, die Rechnung für den alliierten Machtpoker hatten auch Deutsche in Ost und West zu zahlen. Inwieweit der vorauseilende Gehorsam deutscher Politiker zum Eintritt in den Kalten Krieg bei amerikanischen Stellen auch auf Gegenliebe stieß, die damit oft verknüpfte Vorliebe zum Säbelrasseln wurde keineswegs geteilt. Ernst Reuters Anregung, den angeblichen Bluff der Sowjets mit einer militärischen Einlage mittels Verlegung einer kleinen bewaffneten Einheit nach Helmstedt auffliegen zu lassen, konnte General Clay wohl etwas abgewinnen, in Washington fand sie jedoch keinen Zuspruch.[31] Wie auch? Gegen die 6.500 in Berlin und knapp 60.000 in Westeuropa stationierten amerikanischen Soldaten konnte Stalin in Reichweite Berlins eine Streitmacht von bald 400.000 Mann aufbieten.[32]

Im Zuge von Truman-Doktrin und Marshall-Plan wurde das zuvor verfolgte Ansinnen, Deutschland „einzudämmen", grundlegend modifiziert, und zwar dahingehend, nunmehr Westdeutschland zur „Eindämmung" der Sowjetunion fest in das westeuropäisch-atlantische Wertesystem zu integrieren. Die „Berlin-Krise" bot so gesehen noch eine treffliche Gelegenheit, das Bild der auf deutschem Boden stationierten amerikanischen Soldaten zu wandeln: weg vom Besatzer hin zum Beschützer und gleichsam Garant, dass die „deutsche Frage" trotz Spaltung weiter offen blieb. Die Gründung der DDR galt dementsprechend als „ungesetzlich", und Adenauer zögerte nicht lange, um daraus den Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung herzuleiten.[33]

---

30 Ebenda, S. 141.

31 Ebenda, S. 169f.

32 G. Dallas, Poisoned peace 1945 – The war that never ended, London 2005, S. 600.

33 Adenauer erklärte am 21. Oktober 1949 vor dem Bundestag: „In der Sowjetzone gibt es keinen freien Willen der deutschen Bevölkerung ... Die Bundesrepublik dagegen stützt sich auf die Anerkennung durch den frei bekundeten Willen von rund 23 Millionen stimmberechtigten Deutschen. Die Bundesrepublik Deutschland ist somit bis zur Erreichung der deutschen Einheit die alleinige legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes. Sie fühlt sich verantwortlich für das Schicksal der 18 Millionen Deutschen, die in der Ostzone leben ... Die Bundesrepublik Deutschland ist allein befugt, für das deutsche Volk zu sprechen." Vgl. Kahn (Anm. 27), S. 176.

Deutsch-iranische Beziehungen im Aufwind der US-Mittelostpolitik

Die britisch-sowjetische Invasion Irans Ende August 1941 mit anschließender Verschleppung auf iranischem Boden weilender deutscher Bürger in britische und sowjetische Gefangenschaft hatte für ein ziemlich abruptes Ende in den deutsch-iranischen Beziehungen gesorgt. Den Tiefpunkt setzte dann Irans Kriegserklärung am 9. September 1943. Bedingt durch Irans eigene Probleme mit den alliierten Besatzern und Deutschlands zwischenzeitliches Nichtstaatsein kam die Normalisierung der deutsch-iranischen Beziehungen nur langsam voran. Allerdings wurden Vertreter Irans nach dem Kriegsende beizeiten bei alliierten Stellen im besetzten Deutschland vorstellig, um auf deutschem Boden „aufgegriffene" Iraner zu repatriieren[34], iranisches Eigentum vor alliiertem oder sonstigem Zugriff zu bewahren und Kontakt zu deutschen Firmen zur Handelstätigkeit zu bekommen. Schließlich war bis zur alliierten Invasion Deutschland Irans größter Handelspartner gewesen. Irans Vertretung beim Alliierten Kontrollrat nahm von April 1946 bis August 1951 Abdollah Entezam wahr, der sein Domizil in Stuttgart aufgeschlagen hatte.[35]

Eine Vorreiterrolle zur Neubelebung in den deutsch-iranischen Beziehungen übernahmen Vertreter der Presse und der Wirtschaft. So reiste Dr. Markus Timmler von der *Frankfurter Neuen Presse* auf Einladung einer schwedischen Luftfahrtslinie im November 1950 nach Teheran, wo er auch mit Premierminister Ali Razmara und Außenminister Mohsen Raiss zusammentraf und die Frage nach Errichtung eines deutschen Generalkonsulats aufwarf.[36] Die aufkeimende Hoffnung, eine deutsche Delegation zur Hochzeit des Schahs mit Soraya Esfandiary entsenden zu können, zerschlug sich allerdings schon Anfang Dezember 1950 ob der kaiserlichen Entscheidung, nur im Familienkreis feiern zu wollen.[37]

Mit der Berufung von Khalil Esfandiary, dem Vater Sorayas, zum neuen Chef der iranischen Gesandtschaft auf deutschem Boden (ab Au-

---

34 Aus Deutschland zurückgekehrten Iraner gründeten 1948 in Teheran unter Dr. Mukri eine Partei mit Namen „Sumka", die eine frappierende Ähnlichkeit mit der NSDAP gehabt hätte, sich extrem antikommunistisch gab und bis 1951 verschiedene nationale Kräfte in sich vereinigen konnte. Sie unterhielt Kontakte zum Hof des Schahs, zu Mossadegh-Gegnern im Parlament und hochrangigen Militärs. Sogar der Name von General Zahedi, der Mossadegh von der Macht putschte, taucht in Verbindung damit auf. Vgl. H. Ansari, Deutsch-iranische Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg (Diss.), München 1967, S. 34 f.

35 Ebenda, S. 41.

36 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA), Bestand B11, 248, Fiche 1, S. 002.

37 Ebenda, S. 004.

gust 1951), bekam das deutsch-iranische Verhältnis dennoch neuen Auftrieb. Einen Monat zuvor, am 11. Juli 1951, hatte der iranische Generalkonsul Abdol Hussein Meftah in Holzminden einen Vortrag vor dem „Arbeitskreis für Gegenwartsfragen" gehalten und dabei die Nationalisierung der iranischen Erdölindustrie als „das beste Mittel auch zur Ausgestaltung guter Beziehungen zwischen Iran und Deutschland" bezeichnet.

> „Denn abgesehen davon, daß Deutschland ein Markt für unsere Ölproduktion sein wird, so benötigen wir auch die deutschen Sachverständigen und Ingenieure auf diesem Gebiet."[38]

Inwieweit man in deutschen Wirtschaftskreisen auch mit iranischen Öllieferungen geliebäugelt haben mochte, Briten und Amerikanern wollte man hier beim sich zuspitzenden Disput um die AIOC gewiss nicht ins Gehege kommen. Folglich wurden deutsche Fachleute auch prompt von Regierungsstellen davor gewarnt, sich für die Erdölgewinnung und -verarbeitung in Iran anwerben zu lassen.[39] Einige Deutsche folgten dennoch dem iranischen Ruf nach Sachverständigen. Der wohl prominenteste von ihnen dürfte Dr. Hjalmar Schacht, ehemals Hitlers führender Finanzbeschaffer, gewesen sein, den die Regierung Mossadegh 1952 nach Teheran einlud, um sich angesichts zunehmender finanzieller Engpässe beraten zu lassen.[40] Bezeichnenderweise ging dann auch der Auftrag zur Errichtung einer bundesdeutschen Gesandtschaft in Teheran im Juli 1953 an Dr. Lutz Gielhammer; an einen Finanzsachverständigen, der von 1929 bis 1938 am Aufbau der iranischen Nationalbank mitgewirkt hatte und Anfang Sommer 1953 eigens dafür vom Bundesfinanzministerium ins Auswärtige Amt gewechselt war.[41]

Erst am 24. Oktober 1951 hatte man auf iranischer Seite den Kriegszustand mit Deutschland für beendet erklärt.[42] Ein Jahr zuvor, am 2. Oktober 1950, war aber schon ein Abkommen über den Warenverkehr zwischen der BRD und Iran paraphiert worden, und Ende Oktober 1951 billigte der Senat in Teheran das geplante Clearingabkommen, wonach jeder Vertragspartner auf der Basis des Clearings Waren in Höhe von 26 Mio. US-Dollar exportieren konnte. Allerdings sollten keine deutschen Luxusgüter eingeführt werden.[43] Die offizielle Anerkennung der Bundesrepublik durch Iran erfolgte am 26. Februar 1952, und am 16. Juni

38 Ebenda, S. 010.
39 PAAA, Bestand B11, 113, Fiche 1, S. 005.
40 Als Präsident der Reichsbank war Dr. Hjalmar Schacht schon 1936 einer iranischen Einladung gefolgt. Vgl. Ansari (Anm. 34), S. 35.
41 Ebenda, S. 36.
42 PAAA, Bestand B11, 113, Fiche 1, S. 005.
43 PAAA, Bestand B11, 248, Fiche 1, S. 011.

1952 nahm die iranische Gesandtschaft in der Bundesrepublik mit Khalil Esfandiary an der Spitze ihre Arbeit auf.[44] Dagegen konnte die Gesandtschaft der BRD in Teheran erst am 1. Oktober 1953 richtig mit der Arbeit beginnen. Vor allem vermögensrechtliche Fragen gab es im Vorfeld noch zu klären, da nach der alliierten Invasion das gesamte deutsche Vermögen in Iran beschlagnahmt worden war und Veruntreuungen von erheblichem Ausmaß stattgefunden hatten.[45]

An alte Kontakte anzuknüpfen, erwies sich überhaupt als probates Mittel, um der Entwicklung in den bilateralen Beziehungen neuen Schwung zu geben, auch wenn hier und da infolge von Personalentscheidungen Rückschläge hingenommen werden mussten. Verkehrsminister Gholam Ali Meykadeh, der sich deutschen Lieferangeboten gegenüber sehr aufgeschlossen gezeigt hatte und zum Vorstand der deutsch-iranischen Kulturvereinigung gehörte, fiel Ende Dezember 1953 bei General Zahedi und seinem Regime in Ungnade.[46] Auch der plötzliche Tod des Leiters der Siebenjahrplan-Behörde Panahi schlug hier negativ zu Buche, zumal noch den ins Auge gefassten Nachfolgern eine probritische Haltung nachgesagt wurde, was eine Zurückstellung deutscher Investitionspläne erwarten ließ.[47] In Gestalt von General Zahedi als Regierungschef hatte man nach dem Sturz der Regierung Mossadegh allerdings einen Ansprechpartner, der als deutschfreundlich gelten konnte und darüber hinaus Gewähr für ideologischen Gleichklang im Kalten Krieg bot. Bei einer Unterredung mit General Zahedi am 8. Oktober 1953 beglückwünschte Botschafter Gielhammer ihn dann auch dazu, das Land „vor dem Zugriff des Kommunismus" gerettet zu haben. General Zahedi bekundete Interesse an einer Erweiterung des deutsch-iranischen Handels. Geprüft wurden iranische Bestellungen im Wert von 60 Millionen Dollar, die teils aus Mitteln des US-Punkt-4-Programms[48] bezahlt

44 Botschafter Esfandiary, geboren 1901, der Vater Sorayas, hatte 1923 als Privatmann in Berlin Handelswissenschaften studiert. 1936 war er als Schirmherr der deutsch-iranischen Gewerbeschule in Esfahan tätig gewesen und hatte die Entsendung zahlreicher iranischer Studenten nach Deutschland veranlasst. PAAA, Bestand B11, 113, Fiche 1, S. 007.

45 Ebenda, S. 005.

46 Ebenda, S. 045 und 047.

47 PAAA, Bestand B11, 113, Fiche 00113-2, S. 99.

48 Verkündet worden war das Punkt-4-Programm von Präsident Truman am 20. Januar 1949 mit der Maßgabe, es unterentwickelten Ländern zu ermöglichen, amerikanische Fortschritte auf technischem und wissenschaftlichem Gebiet für eigene Zwecke zu nutzen. Außenminister Acheson schränkte allerdings ein, dass es hierbei nicht in erster Linie um den Aufbau von Industrieanlagen in Entwicklungsländern gehe, sondern um den Erhalt der eigenen Sicherheit. Iran war das erste Land in Nah- und Mittelost, das in den Genuss der aus diesem Programm auch wenn nicht gerade üppig sprudelnden Finanzmitteln kam. Vgl. N. Bahman,

werden sollten. Ihm zufolge hätte die Regierung Mossadegh dem Land eine Staatsschuld von 17,7 Milliarden Rial (2,3 Milliarden Mark) hinterlassen. Ferner erwähnte er noch gleichsam als Fingerzeig, während seiner Gefangenschaft bei den Briten mit einem deutschen Geologen in Kontakt gekommen zu sein, der ihm interessante Vorschläge zur wirtschaftlichen Erschließung Irans unterbreitet hätte.[49]

Dass unter dem Zahedi-Regime Menschenrechtsverletzungen größeren Ausmaßes vonstatten gingen, blieb auch in Bonn nicht verborgen. Anfang Januar 1954 gelangte ein Protestschreiben gegen das Zahedi-Regime aus Iran sogar an den Bundespräsidenten, das vom Auswärtigen Amt aber als „Pamphlet" von Anhängern der Tudeh-Partei gewertet und folglich als solches abgetan wurde.[50] Mitte März 1954 erhielt man auch eine Kopie von einem Beschwerdebrief, den Ayatollah Kashani an den UNO-Generalsekretär gesandt hatte, in dem auch stand, dass eine Handvoll Banditen, Verbrecher und ausländische Agenten unter dem Schutz der Bajonette über das iranische Volk regieren würde.[51] Offizielle Proteste gab es nicht. Dafür hielt man offenbar die Amerikaner für zuständig.

Frühzeitig erfuhr man in Bonn auch, dass die Bemühungen, Iran in ein prowestliches Bündnis einzubinden, trotz aller offiziellen Dementis aus Teheran, schon ziemlich weit gediehen waren. Anfang März 1954 ließ Irans Botschafter in Rom in einem Gespräch durchblicken, dass die Regierung in Teheran in dieser Angelegenheit bereits ernste Verhandlungen mit der Türkei und Pakistan führen würde.[52]

Allein schon ob des langen diplomatischen Tauziehens um den sowjetischen Truppenabzug aus den iranischen Nordprovinzen stieß die von der Bundesregierung vermittelte Sicht zur deutschen Teilung bei vielen Iranern nicht von ungefähr auf viel Verständnis. Entsprechend kühl und abweisend reagierten Iraner auf diplomatische Vorstöße der DDR. Wenn es überhaupt einmal zu Kontakten mit offiziellen Abgesandten Irans kam, dann hörten Ostberlins Vertreter meist gleich die Bonner Sichtweise. Motto: die deutsche Teilung sei „unnatürlich".[53] Außerdem nahm die DDR etliche Iraner auf, die nach dem Sturz der Regierung Mossadegh aus dem Land hatten fliehen müssen, um drohender Verfolgung zu entgehen. Das hielt Teheran zusätzlich dazu an, auf Distanz zu bleiben, da

---

Persien, Modell eines Entwicklungslandes oder die Diktatur der Freien Welt, Reinbek bei Hamburg 1967, S. 31 ff.

49 PAAA, Bestand B11, 248, Fiche 1, S. 051-052.

50 PAAA, Bestand B11, 113, Fiche 1, S. 050 und 066.

51 Ebenda, S. 079.

52 Ebenda, S. 072-073.

53 PAAA, MfAA A 11.351.

hier, anders als bei der BRD, keine Kooperation bei der Unterbindung „umstürzlerische Umtriebe“ zu erwarten war.

Des einen Leid, des anderen Freud 1955

Schlimm genug, dass sich Präsident Truman am 23. September 1949 gezwungen sah, bekannt zugeben, dass die Sowjetunion Atommacht geworden war, im Frühjahr 1955 musste man sich in Washington auch endgültig von Vorstellung verabschieden, exklusive Sicherheit haben zu können und unverwundbar zu sein. Dafür sorgte eine Luftwaffenschau im Mai 1955 nahe Moskau, bei der viele Langstreckenbomber über die Stadt hinweg donnerten. Die „Bomberlücke“ ging um.[54] Zwei Jahre ereilten den Westen der Sputnik-Schock und das Bewusstsein um eine Raketen-Lücke gegenüber dem Ostblock.

Am 5. Mai 1955 erlangte Bonn seine Teilsouveränität. Das Besatzungsstatut wurde aufgehoben, der so genannte Deutschlandvertrag trat in Kraft. Allerdings behielten sich die drei Westmächte alle Rechte in Bezug auf Berlin und „Deutschland als Ganzes“ vor, was die Rücknahme der vollen Regierungsgewalt im Falle eines inneren oder äußeren Notstandes sowie alle notwendigen Maßnahmen zur Sicherheit ihrer vollzählig im Land verbleibenden Truppen einschloss.

Tags darauf trat der Vertrag zur Westeuropäischen Union in Kraft, und am 9. Mai 1955 wurde die Bundesrepublik in die NATO aufgenommen. Die Aufnahme der DDR in den Warschauer Pakt folgte nur wenige Tage später, am 14. Mai 1955. Vor dem Hintergrund der militärtechnischen Entwicklung waren die Deutschen in Ost und West – bei aller beginnenden Wohlstandsentwicklung – damit zu den am meisten Betroffenen im Falle eines möglichen nuklearen Schlagabtauschs unter den Weltmächten aufgerückt. Iran trat dem Bagdad-Pakt offiziell am 3. November 1955 bei. Im Unterschied zu ihren deutschen Kollegen zeigten Irans führende Politiker, bei aller Anlehnung an das amerikanische globale Sicherheitsdenken, wenig Neigung, im Ringen gegen die Sowjetunion und den Ostblock eine Vorreiterrolle zu spielen. Sich propagandistisch in Szene setzen, um nach außen Verlässlichkeit im Ost-West-Konflikt zu bekunden, konnte man Teheran auch. Aber es fehlte dort – ungleich der Bundesrepublik – an einer boomenden Wirtschaft, die daraus über die Grenzen des eigenen Lagers hinweg Kapital schlug. Wie man mit solchem Selbstwertgefühl auftrumpfen konnte, zeigte die Reise Adenauers nach Moskau im September 1955.

Im Februar 1955 traf Schah Mohammad Reza Pahlawi erstmalig zu einem einwöchigen Staatsbesuch in der Bundesrepublik ein, um den bilateralen Beziehungen gerade in wirtschaftlicher Hinsicht Impulse zu

54 Kahn (Anm. 27), S. 293.

verleihen. Am 4. November 1954 war es bereits zur Unterzeichnung eines Vertrages über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit BRD-Iran gekommen. Außerdem kamen beide Regierungen überein, eine Reihe deutsch-iranischer Verträge der Vorkriegszeit, die nach der alliierten Invasion nichtig geworden waren, wieder zu beleben. Damit bestand eine vertragsrechtliche Basis, auf der die bilateralen Beziehungen neue Substanz gewinnen konnten.[55]

Die iranische Zeitung *Tolou* hatte schon Ende Juli 1954 propagiert, dass das deutsche Volk für Iran ein Vorbild sein müsse, denn es hätte mit seiner Hände Arbeit nach dem Krieg die Achtung und Freundschaft aller Völker erworben.[56] Adenauers Gegenbesuch in Iran fand vom 28. März bis 2. April 1957 statt. Dies rief vor allem die Londoner und Pariser Presse auf den Plan, deren Blätter kommentierten, dass der Kanzler „politische Farblosigkeit" benutzen würde, um in Gebieten, in denen bislang andere Privilegien besaßen, eine wirtschaftliche Großoffensive in Gang zu setzen.[57]

Dies hatte sich schon bei Adenauers Moskau-Reise in Umrissen angedeutet. Hinter der „politischen Farblosigkeit", die mit viel Säbelrasseln im Ost-West-Konflikt einherging, war die unter US-Obhut kräftig genesene westdeutsche Wirtschaft drauf und dran, Brückenschläge zu vollführen und den Angelsachsen manche Schnippchen zu schlagen. Freilich reiften nicht alle Blütenträume, denn zwei Jahrzehnte nach Adenauers Besuch in Teheran nahm der Iran diplomatische Beziehungen zu Ostberlin auf. Seit 1. Januar 1973 residierte dort Botschafter Ferdinand Thun, der auch für Afghanistan zuständig war. Wie in Teheran die anfänglich gegenüber Ostberlin so abweisende Haltung weichen konnte, betrifft ein neues Kapitel der deutsch-iranischen Beziehungen im Kalten Krieg.

55 PAAA, MfAA C530/75, Fiche 3.
56 PAAA, Bestand B11, 113, Fiche 00113-2, S. 103.
57 Ansari (Anm. 34), S. 42.

Helmut Goerlich

Verfassungsorientierte Wandlungen des Staates des Grundgesetzes – vier aktuelle Perspektiven[1]

Unter mehreren Aspekten vollziehen sich jedenfalls über längere Zeiträume Wandlungen des Verständnisses von Staat und Verfassung. Viele von ihnen werden ökonomisch bedingt sein. Andere lösen Veränderungen der rechtlichen oder auch nur politischen Einbettung eines Staates in seine Umgebung aus. Das gängige Paradigma hierfür ist in Europa die europäische Integration. Manche sind aber auch durch das nationale Verfassungsrecht induziert. Es mag seinerseits wiederum unter sich rechtlich oder tatsächlich wandelnden Bedingungen stehen, die es modifizieren. Oft führt dies aber zu einer Internalisierung neuer Orientierungen, die dann, unter die normative Regie der nationalen Verfassung genommen, bewirken, dass der Staat – den diese Verfassung hervorbringt – sich anzupassen hat.

Solche Anpassungsprozesse sind gegenwärtig jedenfalls zu beobachten im Bereich der Transparenz staatlichen Handelns unter Aspekten der Verwaltungsöffentlichkeit aufgrund einer auch national verfassungsrechtlich fundierten Informationszugangsfreiheit. Sie sind auch im Gange, was die Zukunftsvorsorge im Sinne einer nachhaltigen Steuerung im Interesse künftiger Generationen angeht, und sie werden postuliert im Blick auf Aspekte der nationalen Identität, auch im Sinne einer kulturellen Identität. Dabei wird oft wie auch in anderen Rechtszusammenhängen angenommen, dass diese Anpassungen nur auf normativ von Anfang an angelegte Direktiven zurückgreifen, mithin nicht rechtlich Neues normativ gefordert werde, vielmehr eine bloße Verfassungsfortbil-

1 Zugleich Sammelrezension von: Matthias Rossi, Informationszugangsfreiheit und Verfassungsrecht. Zu den Wechselbeziehungen zwischen Informationsfreiheitsgrenzen und der Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland (= Beiträge zum Informationsrecht, Bd. 11), hrsg. von H. Gerstka u. a., Berlin: Duncker & Humblot 2004, 384 S.; Ivo Appel, Staatliche Zukunfts- und Entwicklungsvorsorge. Zum Wandel der Dogmatik des Öffentlichen Rechts am Beispiel des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung im Umweltrecht (= Ius Publicum. Beiträge zum Öffentlichen Recht Bd. 125), Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) 2005, 618 S.; Arnd Uhle, Freiheitlicher Verfassungsstaat und kulturelle Identität (= Jus Publicum. Beiträge zum Öffentlichen Recht Bd. 121), Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) 2004, 590 S.; Christian Seiler, Der souveräne Verfassungsstaat zwischen demokratischer Rückbindung und überstaatlicher Einbindung (= Jus Publicum. Beiträge zum Öffentlichen Recht Bd. 124), Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) 2005, 432 S.

COMPARATIV 16 (2006), Heft 2, S. 142-155.

dung auf bestehenden Grundlagen Platz greife. Dies mag im Ansatz schwieriger so zu begründen sein, wenn eine Verfassungsänderung mit solchen Anpassungsprozessen einhergeht. Dazu aber dann an gegebener Stelle. Hier sollen vier jüngere Habilitationsschriften diese Thesen exemplifizieren.

I.

Informationszugangsfreiheit und Verfassungsrecht sind auf dem Wege ein Bündnis einzugehen. Es wird ein anderes, neues Modell staatlichen Verhaltens bewirken. Wenn eine prinzipielle Aktenöffentlichkeit und die Informationsfreiheit als Informationszugangsfreiheit etabliert sind, dann wird der Staat zu einer anderen Transparenz verpflichtet, als dies bisher unter Maximen des Amtsgeheimnisses und der Unzugänglichkeit der Akten und Archive der Fall war.

Die unter der Ägide von Michael Kloepfer entstandene Berliner Habilitationsschrift von *Matthias Rossi* verdient um so mehr Interesse, nachdem das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes nun doch noch in Kraft getreten ist[2] und schon länger mehrere derartige Gesetze in den Ländern für deren Verwaltungen vorliegen. Diese Gesetzgebung und ihre Interpretation sind für sämtliche Medien von großer Bedeutung. Sie kann nämlich eine größere Transparenz der öffentlichen Verwaltung bewirken, mithin also die Arbeit der Medien nicht nur in Stil und Form, sondern auch in der Recherche und im Duktus der Präsentation verändern.

Zwar liegt schon im Titel der vorliegenden Schrift eine gewisse Inkonsistenz, da sich danach die Arbeit mit einer Freiheit befasst, dann aber enger mit dem Untertitel sogleich auf deren Grenzen fokussiert. Das ist aber für praktische Perspektiven weniger schädlich als für den theoretischen Zugang. Denn in der Praxis wird es in erheblicherem Maße darauf ankommen, die Grenzen dieser Freiheit zu kennen, als darauf, ihre Grundlagen und ihre Reichweite auf theoretischer Ebene, also aus akademischer Perspektive vermittelt zu bekommen. Dennoch ist es eine nicht ganz unproblematische juristische Arbeitsweise, die Reichweite einer Freiheit schon im ersten Zugang von ihren Grenzen her, also nicht aus ihrem Schutzbereich, den sie sichern soll, zu bestimmen. Solche Grenzen ergeben sich etwa aus Aspekten des Datenschutzes, der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse oder auch zwingenden öffentlichen Interessen. Die Denkweise nicht vom bezweckten Schutz des Informationszuganges, sondern von solchen Grenzen her, kann nämlich zu einer

2 Vgl. Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes (Informationsfreiheitsgesetz – IFG) v. 5.9.2005 (BGBl. I, S. 2722); es ist am 1. Januar 2006 in Kraft getreten.

zu engen, das heißt zu sehr eingrenzenden, ja vielleicht erdrosselnden Auslegung dieser Freiheit über die Heranziehung ihrer Grenzen und damit zu einer grundlegenden und dauerhaften Gefährdung der betreffenden Freiheit führen. Allerdings kommt die Arbeit in ihrem dritten Kapitel dann doch an zentraler Stelle aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Medienöffentlichkeit von Gerichtsverhandlungen[3] geradewegs dazu, dass der engere ältere Begriff der Informationsfreiheit – auch dieses Gerichts – nicht mehr zu halten sei, mithin eine grundrechtliche Fundierung der Informationszugangsfreiheit zu bejahen ist. Früher hatte man nämlich die Allgemeinzugänglichkeit von Informationen zum Abgrenzungskriterium für die Einschlägigkeit der Informationsfreiheit als Grundrecht gemacht, was, wenn es gerade um den Zugang geht, dieses Grundrecht außer Gefecht, also matt gesetzt hat, d. h. das betreffende Recht ließ man dann gar nicht zur Anwendung kommen. Denn ist sein Schutzbereich überhaupt nicht einschlägig berührt, ist sozusagen tatbestandlich das betreffende Recht „nicht gegeben". In dieser Lage erübrigt sich mithin also auch, die begrenzenden Schranken des betreffenden Rechts überhaupt zu erörtern. Die restriktive, schon im Schutzbereich das Grundrecht verneinende Sicht hatte ihre autoritative Grundlage bisher in einem engen Verständnis von Entscheidungen zur Zusendung von Zeitungen aus der früheren DDR in das westliche Bundesgebiet, die weit zurück ergangen waren.[4] Diese Entscheidungen haben wenig später gewissermaßen eine nicht nur interne Kritik dieses Gerichts mit auf den Weg bekommen, als es über Einfuhrverbote für Filme sprechen musste.[5] Dort kam es zu einer restriktiven verfassungskonformen Auslegung der zum Eingriff ermächtigenden Normen, die nicht Eingriffe in die Verbringung von Zeitungen über die innerdeutsche Grenze, sondern Einfuhrverbote für Filme ermöglichen, während ein Sondervotum zweier Richter sogar zur Nichtigkeit dieser Normen kam.[6]

Die ersten beiden Kapitel der hier anzuzeigenden Schrift führen zu der Erkenntnis, dass die Informationsfreiheit des Grundgesetzes heute auch die Informationszugangsfreiheit mit umfasst. Das ist insofern sachgerecht, als in einem ersten Schritt die gesamte historische, rechtsdogmatische, rechtsvergleichend geprägte und europa-, insbesondere umwelt- sowie völker- und informationsrechtlich unterfütterte Entwicklung entfaltet wird, die von einer prinzipiell beschränkten Aktenöffentlichkeit nach deutschem Verwaltungsverfahrensrecht zu einer Transparenz der Verwaltung als grundlegender Maxime geführt hat. In einem zweiten

3 BVerfGE 104, 44, 59 ff., Medienöffentlichkeit von Gerichtsverhandlungen.
4 BVerfGE 27, 71 ff; 27, 88 ff. u. a. die alte „Leipziger Volkszeitung" betreffend.
5 BVerfGE 33, 52 ff., Filmimportverbote.
6 BVerfGE 33, 52 ff., 78 ff., Richterin Rupp von Brünneck und Richter Simon.

Schritt wird die verfassungsrechtliche Determinierung des Ergebnisses dieses Paradigmenwechsels erörtert, was grundrechtsdogmatisch dann als eine Erörterung von Grenzen bzw. Schranken erscheint, wenn man – wie daraufhin vollzogen – den Informationszugangsanspruch schließlich doch in ein vorhandenes Grundrecht integriert und so den Wandel der Rechtslage mithin als grundrechtsdogmatische Wende firmieren lässt. Dabei mag dieser Wandel – abgesehen von der sozusagen amerikanischen Vorgeschichte – vor allem europarechtlich induziert sein. Er führt jedenfalls dazu, dass das nationale Verfassungsrecht – auch dank vorrangigen Rechts, wie es das Europarecht ist – diesem Wandel ausgesetzt ist, ein Phänomen, das die Schrift schon in der Einleitung anspricht.

Welches Ausmaß an Konsequenzen sich aus dieser Kehre ergibt, das zeigen dann die späteren Ausführungen der außerordentlich interessanten Schrift: Ist nämlich eine grundrechtliche Fundierung des Informationszugangsanspruchs zu bejahen, so verändert das in der Folge die Anforderungen an die Kontrollmechanismen der Beanspruchung dieser Freiheit auf allen Ebenen – also in der Verwaltung, zwischen den Verwaltungen und in ihren Hierarchien, durch das Parlament und die Gerichte, aber auch durch die Rechnungshöfe und die öffentliche Meinung – ebenso, wie es Veränderungen des Verständnisses demokratischer Rechtfertigung der öffentlichen Gewalt nach sich zieht, u. a. im Sinne einer Schwächung der politischen Parteien und der Parlamente, sowie u. U. in einer Modifikation des Volksbegriffs durch eine Stärkung von Minderheiten und Medien, ja womöglich auch eine Schwächung der rechtsstaatlichen Ordnung, etwa i. S. der Gesetzesbindung der Verwaltung sowie deren Politisierung oder „Demokratisierung". Dabei treten die letzten Gesichtspunkte eher zurück, werden aber als Fragen aufgeworfen und sind zweifellos von nicht nur fachwissenschaftlichem Interesse.

Insgesamt wandelt sich damit wenn nicht normativ, so jedenfalls faktisch – und das ist ebenfalls gesehen – die Legitimation der öffentlichen Verwaltung, die sich bisher in strikter Gesetzesbindung und parlamentarischer Verantwortlichkeit ihrer Spitzen normativ dargestellt hat. Denn das, was dank des Informationszugangs in Ausübung der respektiven Freiheit publik wurde, in einer öffentlichen Diskussion Bestand hatte und dann dennoch in den klassischen Formen – etwa auch vor Gericht – angegriffen wird, das kann sehr viel eher bestehen als das, was in diskreter Form allenfalls in Betroffenenöffentlichkeit und nur rechtsstaatlich geleitet erarbeitet worden ist. So zugespitzt und so dramatisch sind allerdings auch bisher schon dank der Recherche und der Indiskretion – bis hin zur Verletzung des Amtsgeheimnisses – die Verhältnisse nicht. Idealtypisch betrachtet ergeben sich aber sukzessive veränderte Strukturen auf gesichertem Rechtsboden – und darum geht es auch in dieser

Schrift. Sie ist wegen ihres grundsätzlichen Ansatzes, ihrer Tiefe in medien-, informations-, verwaltungs- und nicht zuletzt verfassungsrechtsdogmatischer Sicht, ihrer umfassenden Anlage, ihrer Lesbarkeit und ihrer umfassenden Literaturauswertung nachhaltig zu empfehlen.

II.

Art. 20 a des Grundgesetzes ergänzt diese Verfassung, indem er eine Staatszielbestimmung dahin formuliert, dass der Staat auch in Verantwortung für künftige Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung, und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung zu schützen habe. Diese Schutzpflicht brachte einen Stand der Entwicklung, einen Konsens zum Ausdruck, der schon vor dieser Verfassungsänderung angelegt war. Die Konsequenzen dieses Konsenses gerade auch im nationalen Verwaltungsrecht und damit für die nationale Staatspraxis hat die Habilitationsschrift von *Ivo Appel*, die bei Rainer Wahl in Freiburg entstanden ist, in hervorragender Weise entwickelt. Dem Staat sind damit neue Steuerungsfunktionen zugewachsen, die den neoliberalen Tönen der Tagespolitik nicht abzugewinnen sind. Diese Funktionen sind aber dennoch etablierte Elemente des Rechts und der Verfassung.

Die Konzeption wird nach einer Einleitung ganz herkömmlich von der Aufgabe her entfaltet, wobei zuerst die an sich klassische staatliche Verantwortung für Zukunft und Entwicklung als erster Teil auftritt, dann als zweiter Teil das Nachhaltigkeitskonzept als Ausprägung der sich dadurch auch verändernden, wesentlich gesteigerten staatlichen Verantwortung für Zukunft und Entwicklung folgt, was im dritten Teil anhand der Ausformungen des Nachhaltigkeitskonzepts im Umwelt- und Planungsrecht konkretisiert wird und im vierten und letzten Teil in Perspektiven des Nachhaltigkeitskonzepts als regulatives Steuerungsmodell gestellt wird. Auf diese Weise wird zunächst die wachsende „Ökologisierung“ und „Futurisierung“ rechtlicher Räume entwickelt, um dann deren normative Umsetzung auf allen Ebenen – vom Völkerrecht über das Europa- und das nationale Recht bis etwa zum örtlichen Planungsrecht – darzustellen und Fragen der Vollzugsfähigkeit aufzuwerfen, um schließlich diesen erarbeiteten Kontext in das Licht der Debatte um die Reform des Verwaltungsrechts zu stellen, die mit neuen Formen der rechtlichen Steuerung die Zukunfts- und Entwicklungsvorsorge des Staates dingfest werden lassen will. Ausgangspunkt ist dabei wiederum die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts insofern, als dessen Rechtsprechung die Ableitung von Schutzpflichten aus Grundrechten entwickelt hat, die zunächst mit dem Schutz ungeborenen Lebens einsetzte und

dann zu umweltorientierten Lebenssachverhalten erging.[7] Diese Pflichten entwickelt die Untersuchung fort und erschließt von daher auch die einschlägige Änderung des Grundgesetzes.

Damit ist wesentlich mehr gewonnen als mit den schlichten Worten des Art. 20 a GG von einer Schutzpflicht zur Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen auch für künftige Generationen zunächst ausgesprochen scheint. Vor allem zeigt sich, dass der Staat in eine ganz andere Dimension rückt, wenn er diese Aufgabe integriert, auf Dauer und eben „nachhaltig" genügen soll. Dass dabei zugleich die älteren Methoden der Steuerung menschlichen Verhaltens durch konditionale Programmierung, Überwachung und Eigenregie des öffentlichen Sektors durch gewissermaßen quasi-private, marktorientierte und autonom gesetzte Modelle der Durchsetzung der Zielorientierungen abgelöst werden, das liegt auf der Hand. Insofern trägt die Schrift auch Eulen nach Athen, was allerdings so für die Rechtsdogmatik noch nicht, vielmehr erst nach dieser Untersuchung auch dort gilt. Hier leistet sie nämlich eine Kanonisierung dieser Erkenntnisse in diesem Fach und auf diesem Gebiet in einer umfassenden und vollständigen, systematisch durchstrukturierten und auf herkömmliche Modelle der Staatstätigkeit bezogene, Kompilation, die der Dogmatisierung im Verwaltungsrecht den Weg öffnet und sozusagen eine neue Wissenschaft einfordert, die ihre interdisziplinären Grundlagen kennt und ihre Ergebnisse in die jeweils konkreten verfassungsrechtlichen Zielorientierungen zu vermitteln vermag.

Die Praxis erhält zugleich durch solche Arbeiten eine Grundlegung zur Seite gestellt, die ihr ermöglicht, der Reformdebatte im Verwaltungsrecht zu folgen und sie sich anschaulich werden zu lassen durch eine so umfassende Konkretisierung der neuen Situation, ihrer normativen Folgen und ihrer Auswirkung auf Recht und Verwaltung unter Heranziehung neuer Instrumente der Steuerung, die mit imperativen Konzepten nicht mehr allein auskommen kann. Insofern hat *Ivo Appel* nicht nur der Verfassung und der Wissenschaft, sondern auch der Praxis der Verwaltung mit seiner Schrift einen großen Dienst erwiesen. Umso weniger erstaunt, dass sich Schrift und Autor durchsetzen konnten.

III.

Eine ganz andere Neuorientierung findet ihren Ausdruck in der dritten hier vorzustellenden Schrift, die allerdings auftritt im Gewand der Behauptung, dass es um die Kontinuität der eigenen kulturellen Identität gehe, wiewohl es sich tatsächlich um eine neue „Aufstellung" handelt, wie man das wohl in der Sprache des Sports bezeichnen würde, nämlich um eine – um einen weiteren neuartigen Ausdruck zu nutzen – „Positio-

7 Vgl. seit BVerfGE 39, 1 ff., Abtreibung I, die Schutzpflichtjudikatur des Gerichts.

nierung" für den oder in einem „Kampf der Kulturen"[8], nun nicht mehr zwischen Ost und West, sondern gegen fremde Fundamentalismen, von denen man sich abzusetzen sucht. *Arnd Uhle* hat mit seiner Münchner Habilitationsschrift, die bei Rupert Scholz entstand, der freien Verfassung westlicher Staaten indes eher einen Bärendienst erwiesen, wie noch näher zu zeigen ist. Auch wird der Staat, wenn er dieser Verfassungsorientierung folgt, eher in immer größere, ja nicht mehr beherrschbare Schwierigkeiten geraten, als dies nach einer tiefer verstandenen freiheitlichen Tradition des Westens zu erwarten wäre.

Die Arbeit gliedert sich in sechs Kapitel, wobei das erste der Einleitung und das letzte einer Zusammenfassung in umfangreichen Thesen dient. Die Einleitung umreißt den „Begriff" der kulturellen Identität und verhandelt die Zielsetzung sowie den Gang der Untersuchung. Das zweite Kapitel enthält eine verfassungstheoretische Betrachtung unter dem Titel „Freiheitlicher Verfassungsstaat und kulturelle Identität". Das vierte Kapitel bietet verfassungsrechtliche Erörterungen zum selben Gegenstand als Bestandsaufnahme aus der Entstehung und dem Gehalt des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, allerdings reichlich garniert mit historischen und ideengeschichtlichen Exkursen, etwa zu geistesgeschichtlichen Grundlagen des Menschenbildes, das hier schon kraft der Präambel des Grundgesetzes maßstäblich sein soll sowie zu „Identitätsspuren" in Grundrechtstatbeständen dieses Gesetzes, in Freiheit, Gleichheit und Würde. Das vierte Kapitel widmet sich Schutz und Pflege der kulturellen Identität gemäß diesem Grundgesetz. Dabei wird auf ein Staatsziel der „Vitalität" und „Dauerhaftigkeit" abgestellt, mit dem Vereins- und Parteiverbot als Instrumente in Zusammenhang stehen sollen, ebenso wie auf die unverrückbare Gewährleistung bestimmter Rechte und Prinzipien durch Art. 79 Abs. 3 GG als weiteren Sicherungsmechanismus, wiederum wie schon im vorausgegangenen Kapitel mit größeren Ausflügen ins Staatskirchenrecht sowie zur staatlichen Neutralität unter Wahrung eines „Identitätsvorbehalts", der auch einem etwaigen Wandel der Identität Grenzen setzen soll. Das fünfte, als letztes sachlich eigenständige Kapitel vor dem letzten Kapitel, das die Zusammenfassung enthält, bietet eine europarechtliche Betrachtung des Gegenstandes „Verfassungsstaat und kulturelle Identität", die mit einem Exkurs zu „Europäischer Union und kultureller Identität" endet.

Der Ansatz der Schrift ist unter mehreren Aspekten problematisch. Die Untersuchung „verortet" eine kulturelle Identität, nicht als Resultat eines der Wandlung zugänglichen Willensakts, sondern als eine Meta-

8 Vgl. S. P. Huntington, Kampf der Kulturen, Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, [8]1998 (zuerst 1996 unter dem Titel „The Clash of Civilizations").

ebene normativer Befindlichkeit der Verfassung, die diese und das Gemeinwesen steuert. Damit wird gewissermaßen eine Fundamentalontologie dieses Staates etabliert, die unverrückbar statuiert, wie er und vor allem seine Verfassung zu verstehen sind. Damit erreicht die Schrift verschiedene Effekte, die rechtlich und integrations- wie auch weltpolitisch sehr bedenklich sind.

Zunächst ist festzuhalten, dass in der Europäischen Union die kulturelle und nationale Identität zu bestimmen den Gliedstaaten zugewiesen ist.9 Dies setzt offenbar auch Möglichkeiten des Wandels voraus. Ob sich ein Staat hier dieser Möglichkeit des Wandels begeben kann, das erscheint sehr fraglich, zumal dann elementare Akte der kulturellen Souveränität für die Zukunft unterbunden erscheinen. Ob eine solche „Versteinerung" der Identität möglich wäre, ist mithin schon rechtlich sehr zweifelhaft. Denn eine solche Versteinerung kann die Mobilität der Gliedstaaten im Prozess der internen Interaktion der Union ebenso behindern wie im Verhältnis nach außen. Integrationspolitisch wird damit die Union ebenso wie ihre Gliedstaaten an ein schweres unbewegliches Gewicht angeseilt, das sie lähmt. Weltpolitisch führt dies dazu, dass die nationale Identität nicht als das sensible innere Bewusstsein eines Landes verstanden erscheint, sondern als ein Instrument der Aus- und Abgrenzung. Damit kann sich die Kategorie der nationalen kulturellen Identität leicht als Quelle eines fundamentalistischen Verständnisses der eigenen Verfassung erweisen, die die Kommunikation mit anderen Staaten, Völkern, Religionen und Kulturen so sehr erschwert, dass sich daraus in der Tat ein „Kulturkampf" nähren, entfalten und fortführen lässt, der Probleme nicht löst, sondern stetig neue schafft. Und innerstaatlich wie in der Europäischen Union gehen damit die Offenheit und Beweglichkeit verloren, die die Glaubwürdigkeit einer modernen Verfassung dank der Selbstbestimmung, der Menschenrechte und bestimmter demokratischer Grundstrukturen ermöglichen. Dadurch werden die Probleme unlösbar, welche die Arbeit vermutlich in einer bestimmten Weise lösen will, nämlich durch Ab- und Ausgrenzungen, die das Zusammenleben beherrschen sollen. Damit werden aber konsoziative, auf kommunikativen Prozessen aufbauende, dadurch grundrechtlich und demokratisch legitimierte Lösungen verworfen. Sie fallen sozusagen aus dem Konzept heraus. Dies führt dazu, dass die tatsächliche Entwicklung der Gesellschaften und Staaten, die sich in solchen Kommunikationsprozessen selbst dann verhalten, wenn sie unter autoritärer oder diktatorischer Herrschaft stehen, ausgeblendet wird. Es führt also zu einem Modell,

---

9 Vgl. P. Lerche, Achtung der nationalen Identität (Art. F. Abs. 1 = heute Art. 6 Abs. 3 EUV), in: Festschrift für H. Schippel zum 65. Geburtstag, München 1996, S. 919 ff. mit Nachweisen.

das gerade nicht prozesshaft, sondern autoritativ zu verstehen ist, mit der Folge, dass es, eingesetzt gegen tatsächliche Entwicklungen, zur Kandare werden kann. Und in Auseinandersetzungen wie etwa im Rahmen des islamisch auftretenden Terrorismus und des dafür genutzten religiösen Fundamentalismus hilft ein solcher Ansatz ebenso wenig wie in Fällen ganz anderer Art, wie etwa dem Fall des Beitrittsprozesses zwischen der Europäischen Union und der Türkei.

An all diesen Beispielen zeigt sich, dass eine Untersuchung zur kulturellen Identität ein sehr viel schwierigeres Unterfangen darstellt, als diese Untersuchung glauben machen könnte. Der rechtlich gebotene Respekt vor den Menschenrechten, wie sie auch in anderen Kulturen Geltung beanspruchen, erfordert nämlich gerade den Dialog mit diesen Kulturen. Er ist aber nur möglich, wenn von prinzipieller Gleichberechtigung auszugehen ist und die Bereitschaft besteht, nebeneinander zu bestehen, und von einander zu lernen. Daher können die Verfassung und das Recht nichts aufgeben, was in diesem Sinne den Menschenrechten und der ihnen zugrunde liegenden Würde des Menschen widerspricht, auch nicht eine Identifikation mit einer vermeintlich fest umrissenen, unverrückbaren, in diesem Sinne identitären Kultur. Es ist kein Zufall, dass die Untersuchung den Charakter einer freiheitlichen Verfassung als offene Verfassung[10] an keiner Stelle durch einen eigenen Abschnitt thematisiert; die offene Verfassung ist kein Stichwort des Sachverzeichnisses; und auch das Grundgesetz als gleichzeitiger Garant kultureller Offenheit und kultureller Bindung tritt nur als Schlagwort im Sachverzeichnis, nicht als Überschrift eines Abschnitts auf.[11] All dies gilt unbeschadet des Umstandes, dass in der Tat ein gewisser Grundkonsens als Bedingung der Möglichkeit der Verfassungsgebung wie auch eines förderlichen Verfassungslebens erscheint[12], was wiederum aber nicht heißt, dass dieser Konsens zur Waffe der Ausgrenzung nicht „Zugehöriger" (Paul Kirchhof) dienen dürfte. Nur eine solche Offenheit ermöglicht, kosmopolitisch, also nicht introvertiert nach innen, zum traditionellen Staat hin orientiert zu sein, womit die Anerkennung des kulturell Anderen zur eigenen Grundlage wird.[13]

---

10 Dazu K. Hesse, Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Heidelberg [20]1995, Rn. 49 u. passim.

11 Vgl. Uhle (Anm. 1), S. 579.

12 Dazu H. Goerlich, Hermann Heller. Demokratieorientierung in Staatsrecht und Volksbildung, in: D. Schulz/H. Wollersheim (Hrsg.). Theodor Litt Jahrbuch 4 (2005), S. 21 ff. (30 ff.).

13 Dazu U. Beck/E. Grande, Das kosmopolitische Europa, Frankfurt a. M. 2004. Dass die Schrift von A. Uhle inzwischen vernichtend rezensiert worden ist, erstaunt nach allem nicht, vgl. H. Dreier, Kultur im Singular. Aus der Kirchhof-Schule. Wie christlich ist das Grundgesetz?, in: Süddeutsche Zeitung, 28.11.2005, S. 16.

IV.

Die Schrift von *Christian Seiler*, einem Schüler von Paul Kirchhof, greift ein großes Thema nach einer Entwicklung gerade auch im Recht der Europäischen Union auf, dem zuvor schon viel Kraft geopfert worden ist.[14] Dabei spielt hier keine Rolle, dass diese Entwicklung durch das Scheitern zweier Verfassungsreferenden in Mitgliedstaaten der Europäischen Union sich nun etwas abgedämpft vollzieht, aber keineswegs aufzuhalten ist. Denn unabhängig vom demokratisch-nachrevolutionären Verfassungsbegriff auch in Europa[15] entwickeln sich die Instrumente der europäischen Integration fort und bedienen sich dabei des Werkzeugkastens der Verfassungswissenschaften, wandeln ihre Begrifflichkeit und setzen sie für ihre Zwecke ein.[16] Vor diesem Hintergrund nimmt die Schrift von *Christian Seiler* eine wichtige Rolle ein: Sie verdeutlicht, dass auch die Begrifflichkeiten der nationalen Verfassung für solche Wandlungen offen sind, mithin die Annahme, es komme zu einem unversöhnlichen Konflikt zwischen nationalem Verfassungsrecht und weiteren europäischen Integrationsschritten, bei näherem Hinsehen und aufgrund einer eingehenden Analyse hinfällig wird. Grundlegende Begriffe, wie sie sich in Art. 79 Abs. 3 GG finden, sind hinreichend offen, um diese Entwicklungen rezipieren zu können und sich als tauglich zu erweisen für das europäische Verfassungsleben, unabhängig von einzelnen Gerichtsentscheidungen und verfassungspolitischen Zwischenschritten, die sich als Schritte einer Springprozession mit offenem Ausgang, aber doch von großer Ausdauer, darstellen. Das gilt auch für die Fortbildung von Elementen demokratischer Legitimation, wiewohl es noch kein Europäisches Volk gibt, sondern nur europäische Völker.[17] Dennoch wäre es falsch, abstrakt an einem Begriff des Staatsvolks anzusetzen und damit die europäische Rechtsentwicklung aushebeln zu wollen. Diese Vorgehensweise, die an die Maastricht-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts erinnert[18], wird also verabschiedet. Dabei zeigt sich

---

14 Vgl. etwa I. Pernice/P. M. Huber/G. Lübbe-Wolff/Chr. Grabenwarter, Europäisches und nationales Verfassungsrecht, in: Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 60 (2001), S.148 ff.; 194 ff.; 246 ff.; 290 ff.

15 Siehe D. Grimm, Die größte Erfindung unserer Zeit, in: FAZ, 16.6.2003, S. 35; und ders., Der Vertrag. Die „europäische Verfassung" ist keine echte Verfassung – aus der Europäischen Union wird kein Bundesstaat, in: FAZ, 12.5.2005, S. 6.

16 Zu den Problemen: R. Wahl, Erklären staatstheoretische Leitbegriffe die europäische Union?, in: Juristenzeitung 2005, S. 916 ff.

17 Dazu St. Korioth/A. v. Bogdandy: Europäische und nationale Identität. Integration durch Verfassungsrecht?, in: Veröffentlichungen der Deutschen Staatsrechtslehrer 62 (2003), S. 117 ff.; 156 ff.; A. v. Bogdandy, Europäische Verfassung und europäische Identität, in: Juristenzeitung 2004, S. 53 ff.

18 Vgl. BVerfGE 89, 155 ff.

beiläufig, dass sich in der Schule von Paul Kirchhof solche Perspektiven ergeben können, wiewohl man ihm die Rigidität dieser Entscheidung eher angelastet hat als seinem Kollegen Ernst-Wolfgang Böckenförde in diesem Spruchkörper, der einer gewissen rousseauistischen Tradition in nationalstaatlichen und demokratietheoretischen Purismen zuneigt.[19]

Die Schrift setzt dabei ganz konventionell ein mit der Geschichte der Staatsidee sowie dem souveränen Verfassungsstaat und seinem Recht. Das führt alsbald zum Staat in der internationalen Gemeinschaft, darauf zur Europäischen Gemeinschaft als supranationaler Organisation und schließlich zum titelgebenden Kapitel über den Verfassungsstaat zwischen demokratischer Rück- und überstaatlicher Einbindung sowie den „entwicklungsleitenden Grundgedanken" dieses Vorgangs. Die eingehende Zusammenfassung bringt am Ende die Summe der Arbeit zum Ausdruck, indem sie unter dem Motto der Kontinuität und des Wandels souveräner Verfassungsstaatlichkeit steht. Entscheidende Impulse erhält die Arbeit, indem sie die zahlreichen rechtlichen Bindungen des Staates im internationalen Geflecht in Skizzen einblendet; auf diesem Wege zeigt sie, in welchem Maße in einem Kontinuum geschichtlicher Entwicklung dieser Staat sich an die Rechtsverhältnisse anzupassen vermag, die ihm abgefordert werden. Dabei zeigt sich auch, dass die größte Gefährdung etwa der demokratischen Legitimation des Staates kraft seiner Verfassung von der Globalisierung ausgeht, in die er unaufhaltsam eingebunden ist.[20] Es ist deshalb überholt, solche Frage in Ansehung der europäischen Integration isoliert zu betrachten. Hinzu kommt in ihrem Rahmen, dass Purismen – etwa zum Begriff demokratischer Legitimation oder dem der Verfassung – eben diese Geschichtlichkeit der Rechtsbegriffe verfehlen, in der sie immer gestanden haben und heute unter neuen Bedingungen, die bei genauerer Betrachtung schon lange am Horizont standen, verstärkt stehen. Gerade ältere Verfassungsstaaten, wie etwa Großbritannien, denen die Schrift einen „Sonderweg" zuweist, haben diese Erfahrung längst gemacht und zugleich frühzeitig darauf verzichtet, in diesem Sinne die „reine Lehre" auf ihre Fahne zu schreiben. So ist etwa die Kritik der Europäischen Union im Lichte von Demokratiepostulaten darauf hinzuweisen, dass die Repräsentation im englischen Parlament nie rigiden egalitären Postulaten genügt hat und dennoch, von einem Prozess fortgesetzter Wahlrechtsreformen geprägt, heute nach britischer Sicht unzweifelhaft den Anforderungen unserer Zeit genügt. Eine solche Perspektive vermag *Christian Seiler* nicht einzu-

---

19 Siehe vor allem E.-W. Böckenförde, Demokratie als Verfassungsprinzip, in: J. Isensee/P. Kirchhof (Hrsg.): Handbuch des Staatsrechts (= Grundlagen von Staat und Verfassung Bd. 1), 1987, § 22, S. 887 ff.; jetzt 3. Aufl. 2004, § 24, S. 429 ff.

20 Vgl. dazu G. Lübbe-Wolff, Globalisierung und Demokratie. Überlegungen am Beispiel der Wasserwirtschaft, in: Recht und Politik 2004, S. 130 ff.

nehmen, nachdem seine Schrift diese Tradition – was die Ausbildung des Staats- und Souveränitätsbegriffs angeht – als „Sonderweg" bezeichnet, eine Qualifikation, die noch in der Weimarer Zeit und der Tradition des deutschen Widerstands in einem positiven Sinne benutzt wurde, um damit sozusagen mitteleuropäische Doktrinen von einem Deutschland zwischen Ost und West einzuführen, einem Land zwischen westlicher „Zivilisation" und östlicher Autokratie letztlich kraft eines uns heute fragwürdigen Anspruchs auf der Basis einer vermeintlich eigenständigen „Kultur" der politischen „Gemeinschaft" dieser – wie sich dann zeigte – „verspäteten Nation" (H. Plessner).[21] Insofern scheint die Schrift gewissermaßen manchmal doch noch ein wenig jener deutschen Ideologie verhaftet, nämlich der eines eigenständigen Status einerseits deutscher Kultur und eines deutschen Konstitutionalismus sowie andererseits der kontinentaleuropäischen, angeblich von Rousseau oder einem liberal-demokratischen Lockeschen Verfassungsverständnis geprägten westlichen politischen Zivilisation. Dieses Konzept ist längst abgelöst von der Sicht der westlichen Tradition als einer gemeinsamen transatlantischen politischen Kultur.[22] Die Schrift haftet denn auch nicht an solchen Reminiszenzen, die bei der älteren Generation oft noch aufleuchten. Sie zieht nicht nur die Globalisierung als ein Ergebnis auch dieser transatlantischen Kultur heran[23], sie vermag vielmehr auch, ihr Staatsmodell in diese und andere Netzwerke transnationaler Rechtsbindungen einzubetten. Und in der Tat kann man umgekehrt die Europäische Union mit Begriffen des herkömmlichen Verfassungsrechts und einer solchen Staatslehre schwerlich erfassen.[24] Daher ist es kein Zufall, dass sie die älteren eingefahrenen Gleise verlässt und der Autor sich als Jongleur eines beweglichen, die Komplexität der Realität fassbar machenden Konzepts von Staat und Verfassung erweist.

Als zweifelsfreier Ertrag der Schrift kann mithin gelten: Ein bloß statisches Verständnis der Grundbegriffe von Staat und Verfassung würde auch die Verfassung gefährden. Die stete Entwicklung des übergeordne-

---

21 Dazu auch H. Goerlich, „Gemeinschaft" aus der Sicht der Staatsrechtslehre, in: D. Schulz/H. W. Wollersheim (Hrsg.): Theodor-Litt-Jahrbuch 3 (2003), S. 67 ff.

22 Vgl. B. Bailyn, Atlantic History. Concept and Contours, Cambridge 2005.

23 Jüngst wurde dieses Phänomen mit dem Hinweis auf den „Güter"kreislauf im Atlantik anschaulich, etwa des Transports der Sklaven in die Karibik und die später südstaatlichen Kolonien, des Rums, der Walfangprodukte und der Baumwolle nach Norden und nach England sowie wieder zurück mit englischen Produkten in den Südatlantik sowie über den Nordatlantik: A. Eckert, Großraum Atlantik, in: FAZ, 15.6.2005, S. 37, unter Bezug auf P. Gilroy: The Black Atlantic. Modernity and double consciousness, Cambridge 1993.

24 Zur Untauglichkeit von traditionellen Begriffen für die Erfassung der Europäischen Union nochmals R. Wahl, Erklären staatstheoretische Leitbegriffe die Europäische Union? in: Juristenzeitung 2005, S. 916 ff. m. w. N.

ten Rechts und im Übrigen auch des sozialen Substrats des betreffenden Gemeinwesens zwingt ein solches Verständnis zu vermeiden, soll die Verfassung nicht an Bestand und Bedeutung verlieren. Soweit sie den sozialen und den zwischenstaatlichen Realitäten sich nicht anzupassen vermag, schwindet ihre Normativität. Insofern liegt ein besonderes Verdienst darin, dies auch im eigenen Kontext deutlich gemacht und damit Anerkennung gefunden zu haben.

V.

Insgesamt stellen diese Arbeiten die kommunikativen Prozesse zwischen dem Einzelnen und dem Staat, der gegenwärtigen und der künftigen Generation eines Gemeinwesens und schließlich zwischen diesem Gemeinwesen und anders ausgerichteten Identitäten in ein neues, teils anderes, teils manchmal etwas verfehltes Licht. Sie zeigen aber alle, auch soweit ihre Lichtkegel die Sache nach der hier vertretenen Sicht verfehlen, dass der Staat dieses Gemeinwesens sich den Wandlungen der Anforderungen an ihn anzupassen hat, soll die Wahrnehmung seiner Aufgaben gelingen. Die geschieht mit der Entwicklung des Informationsrechts mit Hilfe eines Informationsanspruchs, ebenso dank der Konkretisierung der Schutzpflichten im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung zugunsten künftiger Generationen, aber auch mit der Verpflichtung zur Pflege und Bewahrung einer kulturellen Identität. Sie alle setzen voraus, dass notwendige Anpassungen der Leistungen des Staates geschehen. Wenn dieser auf eine Identität verpflichtet wird, die das Gemeinwesen daran hindern, so entspricht dies nicht der Dynamik der politischen wie der Rechtskultur einer offenen Verfassung, wie sie das Grundgesetz darstellt. Das führt auch zu grundlegenden Wandlungen des Fachrechts des öffentlichen Rechts, also der Teilgebiete des Rechts, welche das Verhalten von Staat, Verwaltung sowie Bürgern und anderen Gebietsansässigen im Verhältnis zu diesen steuern. Dieser Wandel kann aber nicht die Grundlagen einer Verfassung antasten, die ihre Offenheit schon dank der Menschenrechte nicht verlieren kann.

Buchbesprechungen

Eva-Maria Stolberg (Hrsg.): The Siberian Saga. A History of Russia's Wild East, Frankfurt a. M.: Peter Lang 2005, 251 S.

Der vorliegende Sammelband ist Russlands „Drang nach Osten" gewidmet. 1582 eroberten Kosaken unter Führung Ermak Timofeevs 1582 Sibir', die Hauptstadt des sibirischen Khans Kucum, die dann den eroberten Gebieten den Namen gab. Sibirien ist seit den ersten Kulturkontakten im Zarenreich, der Sowjetunion und selbst in der heutigen Russländischen Föderation ein zentraler Gegenstand von Überlegungen, Projektionen und (Zukunfts-)visionen (gewesen). Wenigstens drei bipolar konstruierte und eine Negation der Verhältnisse des europäischen Russlands darstellende Repräsentationen Sibiriens lassen sich konstatieren: erstens europäische Metropole versus (koloniale) asiatische Peripherie, zweitens europäische Ordnung versus Wildheit und Freiheit Sibiriens und drittens „alte" versus „neue Welt", wobei diese mit einer verheißungsvollen Zukunft sowohl positiv als auch als Verbannungsort bzw. mit F. M. Dostoevskij gesprochen als „Totenhaus" negativ konnotiert sein konnte.

Sechzehn englischsprachige Aufsätze, die nicht alle hier besprochen werden können, haben Eingang in den vorliegenden Sammelband gefunden. Das Werk deckt nicht nur eine longue durée vom ausgehenden 17. bis in das ausgehende 20. Jh., sondern auch eine breite Themenpalette ab. In ihrem einführenden Beitrag greift *E.-M. Stolberg* (Bonn) ein inzwischen über hundert Jahre altes Postulat des amerikanischen Historikers Frederick Jackson Turner auf: „Russia ought to have its frontier interpretations". Unter „frontier" wird eine fluide, diffundierbare, intermediäre bzw. transkulturelle Kontaktzone verstanden, in der mindestens zwei unterschiedliche Kulturen aufeinandertreffen, wobei die intensive Interaktion zwischen verschiedensten Akteuren erfolgen kann: Zentrum und Peripherie, Staaten, Regionen, lokalen Gruppen und Individuen. *Stolberg* rekurriert auf zwei zentrale Kategorien Turners, nämlich „Zivilisation" und „Wildnis", ohne jedoch Reinhart Koselleck's Konzept asymmetrischer Gegenbegriffe aufzugreifen, das sich bestens auf den Kontakt von Russen und „Wilden" in Sibirien anwenden lässt. Diese Begriffe indizierten nicht nur Handlungseinheiten, sondern prägten und schufen sie sogar erst. Die Russen grenzten sich als europäische Kulturträger von den Indigenen ab, kompensierten gleichsam ihre dem „Westen" gegenüber immer wieder empfundene Inferiorität durch ihre als europäisch deklarierte Mission unter den Indigenen, den sog. *inorodcy*. Die Wildheit der indigenen Bevölkerung des Ostens diente als willkommene Rechtfertigung der territorialen Expansion, galt es doch Russlands Grenzen vor Überfällen durch die „Wilden"

vermittels eines Cordons zu schützen. Das politische Vakuum dieser Pufferzonen musste dann durch Russland ausgefüllt werden. Dieses Hinausschieben einer Kultivierungsgrenze in die „Wildnis“ kann als klassisches Element der Grenzkolonisation gedeutet werden. Die halbamtlichen „Irkutskija Gubernskija Vedomosti” propagierten 1857 das offizielle Programm: „Wir verbreiten das Christentum und Zivilisation unter wilden Stämmen und Menschen.“ Die russische Kolonisierung Sibiriens brachte den „wilden Menschen“, die bis dahin „in Stille und Dunkelheit“ gelebt hatten, nicht nur Zivilisation und Christentum, sondern schuf in ihnen die Voraussetzung, sich des natürlichen Reichtums des Landes erst bewusst zu werden. Dieser Formulierung lag die Verbreitung eines zweckrationalen ökonomisch-materialistischen Denkens zugrunde, die verdeutlichte, dass dem zweiten der beiden in dem Presseorgan formulierten Akkulturationskonzepte der Vorrang gebührte.

In Sibirien fehlte freilich die von Turner für die USA konstatierte Tendenz der Homogenisierung und Nationsbildung. Insofern haben diejenigen, die sich von der Anwendung Turners auf die russische Geschichte einen Erkenntnisgewinn versprechen, Schwierigkeiten zu erklären, weshalb die Binnenkolonisation Russlands im Allgemeinen und Sibiriens im Besonderen die Gesellschaft des Ancien Régime nicht im dem Maße geprägt hat, wie Turner es für die USA behauptete. Diese Historiker begehen m. E. den Fehler, Turners empirisch nicht erhärtete These mechanisch auf Russland zu übertragen, ohne zu berücksichtigen, dass Turner die europäischen Traditionen der Siedler in den USA ausblendete, um im Sinne einer nationalistischen Geschichtsschreibung die Leistung der „amerikanischen“ Pioniere zu überhöhen. Die von *Stolberg* propagierte Anwendung der Turner-These auf die russische Geschichte vermag nicht recht zu überzeugen, weil noch immer eine metahistorische Herangehensweise mit einer staatszentrierten Perspektive der Metropole dominiert, ohne das Geschehen der Akteure in der „frontier“ gebührend zu berücksichtigen.

David N. Collins (Leeds) führt in seinem Beitrag am Beispiel der Gebirgsregion des Altai überzeugend in die Probleme des russischen Staates und seiner Akteure im 17. Jh. ein, die in der asiatischen Peripherie generell noch weniger präsent waren als im europäischen Herrschaftszentrum. Von Überlegenheit der europäischen-russischen „Zivilisation“ konnte hier anders als bei den im Norden Sibiriens lebenden Ethnien keineswegs die Rede sein, trafen die Russen doch auf die Dsungaren, die bis zur Mitte des 18. Jh.s kulturell und militärisch ebenbürtig waren, bis sie 1756 durch eine große chinesische Offensive entscheidend geschlagen wurden. Die Politik der Russen in der Frontier zeichnete sich durch eine bemerkenswerte Flexibilität aus: Sie nutzten zum einen durch wechselnde Bündnisse Feindschaften unter den Indigenen aus und setzten zum anderen zum Schutz vor Übergriffen auf unterschiedliche Defensivmaßnahmen: von Grenzpatrouillen über befestigte Siedlungen [*ostrogi*] bis hin zu Verhaulinien [*zaseki*].

Susi Frank (Konstanz) thematisiert einen wichtigen Aspekt sibirischer Andersartigkeit. Sie beschäf-

tigt sich mit schamanistischen Praktiken der indigenen Bevölkerung in der Interpretation des russischen Aufklärers und systemkritischen Schriftstellers Aleksandr Radiščev. Darüber hinaus verdeutlicht *Frank*, dass sich Radiščevs Darstellung von derjenigen der Historiker G. F. Müller, N. M. Karamzin und V. N. Tatiščev, die gleichsam als Repräsentanten der offiziellen Historiographie betrachtet werden können, unterschied. Karamzin betonte weniger die Bedeutung des Staates bei der Kolonisierung Sibiriens als vielmehr die der einzelner Gruppen der Bevölkerung, die unabhängig von staatlichen Interessen agierten.

Dieter Stern (Berlin) erörtert wirtschaftspolitische Aspekte des über die Grenzstadt Kjachta abgewickelten russisch-chinesischen Handels. Nachdem 1757 der ältere Karawanenhandel zwischen Moskau und Peking als Konkurrenz wegfiel, avancierte Kjachta zu einem der bedeutendsten Handelszentren des Russischen Reiches. Durch die Verlagerung der Handelsströme, insbesondere durch den kostengünstigeren Seetransport, sowie die Ratifizierung eines neuen Handelsabkommens im November 1860, das sämtliche bestehenden Handelsrestriktionen beseitigte, fiel die Grenzstadt in die Bedeutungslosigkeit.

Mit einem für die bilateralen Beziehungen Russlands und Sibiriens zentralen Aspekt setzt sich *Andrew Gentes* (Brisbane) in seinem der Verbannung und Zwangsarbeit gewidmeten Aufsatz auseinander. Er macht deutlich, dass sich die zaristische Regierung seit 1696 auf möglichst kostengünstige Art und Weise devianter Akteure zu entledigen versuchte. Indem die Autokratie zahlreiche Schwerverbrecher nach Sibirien verbannte, ohne diese dort kontrollieren zu können, so dass ihnen häufig die Flucht gelang, trug die Regierung beträchtlich zur „Wildheit" der Sozialbeziehungen in diesem Reichsteil bei.

Auch der Beitrag von *Peter L. Roudik* unter dem Titel „From the Legal Custom to the Court of Law" verdeutlicht die beträchtliche Sonderstellung Sibiriens im Reichsverband. Die Justizreform von 1864 wurde nämlich hier zunächst nicht eingeführt, was wohl auch der ethnischen Heterogenität der indigenen Bevölkerung geschuldet war, die zumindest erstinstanzlich nach dem tribalen Gewohnheitsrecht Recht sprechen sollte. Sibirien blieb also von den staatlichen Homogenisierungstendenzen zunächst ausgenommen, so dass sich die Rechtsvorstellungen der Indigenen, aber auch der ethnisch russischen sibirjaki deutlich von denen der gebildeten russischen Gesellschaft abhoben. Erst Mitte der 1880er Jahre wurde in Sibirien die Prokuratur eingeführt, so dass nun der Weg zur Vereinheitlichung der Rechtsverhältnisse des Reiches beschritten wurde, ohne diese jedoch in toto herzustellen.

Der sibirische Historiker *A. A. Chramkov* (Barnaul) befasst sich mit der Agrarreform des Ministerpräsidenten Stolypin von 1906 und ihren Folgen. Stolypin verfolgte das Ziel, der bäuerlichen Unrast im Kontext der Russischen Revolution von 1905 Einhalt zu gebieten, indem er die Bauern zu Landeigentümern machte. Zudem versuchte er, den erheblichen Bevölkerungsdruck in Teilen des europäischen Russlands zu minimieren, indem der Staat

durch Kredite, Landvergabe etc. die Übersiedlung in die Weiten Sibiriens und der zentralasiatischen Steppengebiete förderte, die erst nach der Fertigstellung der Transsibirischen Eisenbahn – die im übrigen im Artikel von *V. A. Lamin* (Novosibirsk) behandelt wird – zu Beginn des 20. Jh.s in großem Stil ermöglicht worden war. Sibirien avancierte zu einem der großen landwirtschaftlichen Exportgebiete.

Chramkovs der amerikanischen Frontier-Diskussion entlehnte These, dass Sibirien zu einem meltingpot geworden sei, ist zumindest fraglich. Zwar wanderten allein zwischen 1906 und 1914 etwa drei Mio. Menschen, überwiegend Russen oder Ukrainer, aus dem europäischen Russland nach Sibirien ein. Dadurch gerieten die Ureinwohner Sibiriens fast überall in die Minderheit, doch blieben Ethnizität und Religion, wie *Chramkov* selbst einräumt, zentrale identitätsbildende Kategorien. Dass die eigentlich vom Staat intendierte „Russifizierung" eine Chimäre blieb, versäumt *Chramkov* dem Leser mitzuteilen: Der Kulturtransfer war keine Einbahnstraße, wie das Phänomen der Jakutisierung bzw. Nativisierung zahlreicher Russen belegt. Russen wurden von den *inorodcy* akkulturiert, indem sie Sprache, Bräuche und Religion übernahmen und darüber ihre ursprünglichen einbüßten. Zwischen dem offiziellen imperialen programmatischen Anspruch und der sibirischen Realität lag eine unüberwindliche Kluft.

Der Sammelband weist zwei Schwerpunkte auf. Dem ausgehenden Zarenreich sind sechs Artikel gewidmet, der Stalinära vier, und zwar zu den Bereichen des Alten Glaubens und des „neuen Menschen", der arktischen Expeditionen, des ersten Fünfjahrplans und der „wilden" Sozialbeziehungen in Sibirien, die durch die Deportation Hunderttausender Kulaken und anderer „Feinde" die Lebensverhältnisse vor Ort nachhaltig beeinträchtigten.

Welches Fazit lässt sich ziehen? Ein erkenntnisleitender roter Faden, der alle Beiträge strukturiert, ist nicht erkennbar. Auch vermag beispielsweise der impressionistische Beitrag von *Brigitta M. Ingemanson* über Vladivostok als Stadt in der Frontier nicht zu überzeugen, weil eine klare Fragestellung fehlt. Nichtsdestoweniger vermittelt der Sammelband insgesamt einen guten Überblick über wichtige Facetten der Geschichte Sibiriens und des Gesamtstaates. Der Band zwar enthält eine kurze Auswahlbibliographie, jedoch leider kein Register.

Lutz Häfner

Sepp Linhart/Susanne Weigelin-Schwiedrzik (Hrsg.): Ostasien 1600–1900. Geschichte und Gesellschaft (= Edition Weltregionen), Wien: Promedia-Verlag & Verein für Geschichte und Sozialkunde 2004, 280 S.

Wie schon die 1999 im gleichen Verlag erschienene Aufsatzsammlung „Ostasien. Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert" (hrsg. von Sepp Linhart und Erich Pilz, besprochen von mir in Comparativ H. 3, 1999) wurde auch der vorliegende Band als eine Art einführendes Lehrwerk konzipiert, das einen Überblick über die Geschichte ostasiatischer Gesellschaften – nunmehr für den als

„Neuzeit" bezeichneten Zeitraum – gibt. Er ist das Resultat einer Reihe von Vorlesungen, die von China-, Japan- und Koreawissenschaftlern am Institut für Ostasienwissenschaften der Universität Wien gehalten wurde. Zugleich richtet er sich auch an Experten, die sich für vergleichende historische Forschung der Weltregion Ostasien sowie für theoretische und methodische Probleme globaler Geschichtsschreibung interessieren. In ihrer Einleitung geht die Mitherausgeberin *Weigelin-Schwiedrzik* zunächst auf den zumeist unreflektiert gebrauchten Begriff „Ostasien" ein und legt dar, warum die ca. 300 Jahre währende Zeitspanne zwischen 1600 und 1900 gewählt wurde: Sie geht von der auch für den Vorläuferband zutreffenden methodischen Kritik aus, es könne (auch an deutschsprachigen sich als „ostasienwissenschaftlich" bezeichnenden Instituten) bislang „von einer Ostasienforschung eigentlich nicht die Rede sein", da es „keine explizite Definition dessen, was unter Ostasien zu verstehen ist", gebe und die „historische Entwicklung in China und Japan bzw. Korea nebeneinander" gestellt bliebe (S. 10). Auch im englischsprachigen Raum werde schlicht davon ausgegangen, „dass es sich bei Ostasien um einen kulturell von China geprägten Raum handelt, der in Vergangenheit und Gegenwart ein großes Maß an Affinität aufweist". Ausdruck dieser kulturellen Einheit seien dabei „nicht zuletzt die historisch in allen Ländern Ostasiens benutzten chinesischen Schriftzeichen als Grundlage der […] schriftlichen Kommunikation. (ebd.)

Diese Forschungstraditionen aufgreifend, versucht der Band in beiderlei Hinsicht „einen Schritt weiter zu gehen": die gängigen Begrifflichkeiten zu hinterfragen, um einen reflektierten Umgang damit zu ermöglichen; und statt die drei Länder in den Beiträgen nur nebeneinander zu stellen, „in Anlehnung an die vorwissenschaftlich virulenten Auffassungen zur Einheit Ostasiens Themen zu formulieren, die ermöglichen, das Vereinende, das Vergleichbare und das Abweichende in der historischen Entwicklung dieser drei Länder herauszuarbeiten". Damit soll ein Mosaik entstehen, das sich „nach und nach zu einem Gesamtbild zusammenfügt" (ebd). Den Zeitraum 1600–1900 habe man gewählt, da er die letzte Phase der vormodernen Entwicklung in dieser Region darstelle, „in der vieles weitergeführt wird, was für die vormoderne Phase und diesen Raum charakteristisch ist, und in der einiges vorbereitet wird, das den Übergang in die Moderne bis zum heutigen Tag prägt" (S. 11). Im Anschluss an diese Explikation der Ziele des Sammelbandes werden die einzelnen Beiträge vorgestellt, deren Themen allesamt stark von der Frage nach dem jeweils spezifischen Übergang in die Moderne beeinflusst worden sind.

Einen Überblick über Ostasien von 1600 bis 1900 liefern der erste Beitrag von *Erich Pilz* (China), *Rainer Dormels* (Korea) und *Sepp Linhart* (Japan). *Richard Trappels*, *Dormels* und *Susanne Formanek* befassen sich daraufhin mit der Frage „Verschiedene Sprachen, gemeinsame Schrift?" *Weigelin-Schwiedrzik* setzt sich mit dem chinesischen Modell der Regelung des Verhältnisses von Zentrum und Peripherie auseinander – einem Thema, das in dem Beitrag von *Margareta Griessler* über die Au-

ßenbeziehungen Chinas in jener Zeit sowie von *Ralf Kauz* mit der Betrachtung von Chinas Westen und den vor allem dort ansässigen Muslimen im Verhältnis zu muslimischen Zentren und zu den mandschurischen Herrschern der Qing-Dynastie konkretisiert wird. *Klaus Vollmer* untersucht „Vorstellungen und Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung in Ostasien". *Angela Schottenhammer* stellt „Landwirtschaftliche Entwicklungen in Ostasien" dar (wobei Japan und Korea auf insgesamt nicht einmal zwei Seiten nur randständig behandelt werden; auch die Ausführungen zu China sind eher detaillierte Aufzählungen von landwirtschaftlichen Produkten, technischen Neuerungen bzw. Quellen, die darüber verfasst wurden). *Formanek* vergleicht „Familie und Bevölkerungsentwicklung in Japan und China 1600–1900". *Linhart* beschreibt „Verstädterung und Populärkultur", ebenfalls auf Parallelen und Unterschiede in Japan und China eingehend (die er als die „beiden großen ostasiatischen Kulturen" bezeichnet, wovon konservative Geschichtsrevisionisten im gegenwärtigen Japan sehr angetan sein dürften), stellt für beide eine hohe Literarizitätsrate fest, was ihn angesichts der weiteren sehr unterschiedlichen modernen Entwicklung zu der Vermutung führt, dass dieser Faktor möglicherweise „doch keine sehr entscheidende Rolle" für eine erfolgreiche Modernisierung gespielt habe (S. 195). *Hans van Ess* problematisiert den Begriff des Konfuzianismus als angeblich prägende Kraft in Ostasien und zeichnet seine – den unterschiedlichen sozialen Strukturen entsprechend – verschiedenen Ausprägungen als Welt- und Ordnungsanschauung in China, Japan und Korea nach; er ist (neben z. B. *Formanek*) einer der wenigen Autoren, der dabei von aktuellen Diskussionen über apologetische oder „kulturkämpferische" Aussagen über neokonfuzianische Gesellschaften ausgeht und auch am Ende seines Beitrages nach dem Sinn von allzu groben Vereinfachungen in der Verwendung des Begriffes fragt: Was ist angesichts realer Entwicklungen in diesen drei Gesellschaften (Überalterung, Emanzipation der Frauen etc.) noch konfuzianisch? Läuft der Begriff nicht Gefahr, zu einer bedeutungslosen Chiffre zu werden? (S. 213f.)

Den Abschluss des Bandes bilden zwei Beiträge, die sich zu jüngeren und jüngsten methodenkritischen Auseinandersetzungen vor allem im Umkreis zu sich an Webers „Protestantismusthese" reibenden modernisierungstheoretischen Ansätze positionieren: *Pilz* fragt „‚Warum nicht China? Fragen zum ‚Niedergang' des Reiches der Mitte nach 1800" und *Wolfgang Schwentker* thematisiert „Die historischen Voraussetzungen ‚erfolgreicher' Modernisierung: Japan 1600–1900". Letzterer, bekanntlich ein Weberspezialist, ist zwar bemüht, die lange Zeit gängige Darstellung des japanischen Wegs in die Moderne zu relativieren, indem er ihre Charakterisierung als „erfolgreich" (im Vergleich vor allem zu China) mit Anführungsstrichen versieht und auf „Opfer" verweist, die sie gefordert hat. Doch die Beschreibung von Staat und Gesellschaft als in „semifeudalen Strukturen" verbleibend, als „Teilmodernisierung" (S. 262) verweist doch auf eine Herangehensweise, die mittlerweile als methodischer Eurozentrismus bezeich-

net wird. Das wird auch deutlich, wenn *Schwentker* die konstituierenden Merkmale von Modernisierung aufzählt (S. 256), die von der Modernisierungstheorie geprägt und letztlich dem „Gänsemarschmodell" (Osterhammel) – bzw. dem Modell der „Aufholjagd nichtwestlicher Gesellschaften" im Vergleich zur „westlichen" Modernisierung – verhaftet bleiben. So ist es auch nicht verwunderlich, dass seine abschließenden acht Thesen zum Überblick des gesellschaftlichen Wandels in der Edo-Zeit einerseits und der Qing-Gesellschaft andererseits weitgehend kontrastiv ausfallen bzw. den Schwerpunkt eindeutig auf die Unterschiede beider Entwicklungen legen. Dieser methodische Teleologismus ist tendenziell auch in anderen Beiträgen zu entdecken. Bei Vergleichen (v. a. immer wieder zwischen Japan und China), werden Parameter zugrunde gelegt, die (bewusst oder unbewusst) modernisierungstheoretischen Ansätzen entnommen wurden (wie Bevölkerungsstruktur bzw. -wachstum; Alphabetisierungsgrad etc.) und die das westliche Ideal als Maß anderer Entwicklungswege zugrunde legen.

Pilz hingegen stellt diese Vorgehensweise insofern infrage, als er bei seiner Rekonstruktion einer (an der chinesischen wirtschaftlichen Entwicklung) exemplifizierten Auseinandersetzung zwischen der „California School" und herkömmlichen „Niedergangsdarstellungen" Chinas die Ausgangsperspektive letzterer (ebenfalls basierend auf der Idee der „nachholenden Entwicklung") methodisch grundsätzlich problematisiert. Erstere hingegen habe (bei aller Kritik) versucht, Industrialisierung aus einer globalen Perspektive zu erklären bzw. nach einer möglicherweise grundsätzlich anderen Zielstellung politischer Ökonomie im frühneuzeitlichen China zu suchen: „des Ausgleichs, der Vorsorge für benachteiligte Regionen auf Kosten der reicheren, also auf Prinzipien, welche die politische Ökonomie des Kaiserreiches geprägt hatten", der zufolge China kein „Duplikat Europas" ist (S. 241). Hier wird versucht, sich aus dem „Korsett" (oder „Gefängnis") lange Zeit unhinterfragter Prämissen der Erklärung von Moderneentwicklung zu befreien, die letztlich vor allem kontrastiv bleiben.

In diesem Zusammenhang sei abschließend noch kurz auf den Beitrag von *Vollmer* eingegangen. Er kommt meiner Ansicht nach dem in der Einführung gestellten Anspruch, „einen Schritt weiter zu gehen" (als bloßes Nebeneinanderstellen bzw. als das Kontrastieren der unterschiedlichen nationalstaatlichen Entwicklungen der drei Länder auf der Folie des „westlichen" Modells), am nächsten. Hier wird in klarer Fokussierung auf einen begrenzten Ausschnitt der neuzeitlichen Gesellschaften in China, Japan und Korea in der Tat der Versuch unternommen, strukturelle Gemeinsamkeiten in der Entwicklung von Eliten zum einen und des „niederen Volkes" zum anderen herauszuarbeiten, ohne dabei Unterschiede auszublenden. Das gelingt *Vollmer* auch deshalb, weil er die Selbst- (bzw. Fremd-) Beschreibungen der genannten Gesellschaften, wie sie sich im Rahmen moderner nationalstaatlicher wissenschaftlicher Institutionen seit Ende des 19. Jh. etabliert haben, ebenfalls kritisch hinterfragt (basierend auf neuesten historiographischen methodischen Ansätzen u. a. in Japan). Beispielswei-

se sei hier das Gesellschaftsideal der Ständehierarchie shi-nō-kō-shō genannt, die vielfach noch immer als zentrales Struktur- und Darstellungsmerkmal von frühneuzeitlicher Geschichtsschreibung gilt, dabei aber entscheidende Phänomene und Entwicklungsprozesse ausblendet. Weitere Versuche, Ostasien historisch (aber auch aktuell) zu erforschen und zu beschreiben – also eine wirkliche Ostasienwissenschaft zu etablieren –, sollten vor allem daran anknüpfen, was in diesem Beitrag angedacht und angegangen wurde. Um so ärgerlicher ist es daher, dass gerade dieser Beitrag nachlässig bzw. gar verfälschend redigiert wurde: es ist unvorstellbar, dass im ursprünglichen Manuskript von *Vollmer* von „Tokyo" (statt „Kyoto") als dem Sitz des japanischen Kaiserhauses die Rede ist; und der vom Autor zitierte und für seine Argumentation wichtige japanische Mediävist Amino taucht dann leider im Literaturverzeichnis nicht auf. Generell leuchtet übrigens nicht ein, warum (auch in anderen Beiträgen) bestimmte aus dem Japanischen stammende Termini in ihrer Schreibweise unüblicherweise „eingedeutscht" wurden: so u. a. „Schogunat" statt „Shogunat", „Tokyo" statt „Tōkyō", „Osaka" statt „Ōsaka".

Mit dem Hervorheben dieses Beitrags sollen jedoch Informationsgehalt und Anregungspotential der anderen Aufsätze des Bandes keineswegs geschmälert werden. Empfehlenswert ist seine Lektüre in jedem Fall – sowohl als Wissensquelle zu den einzelnen abgehandelten Themen für Studenten der entsprechenden ‚Area Studies' und darüber hinaus, als auch um einen Einblick in den Stand der Forschung und Lehre der hiesigen Ostasien-Geschichtswissenschaft zu erhalten. Die vorliegende Mischung von Themen und Ansätzen spiegelt wohl wider, was die (historische) „Ostasienwissenschaft" im deutschsprachigen Raum gegenwärtig auch aufgrund ihrer überkommenen institutionellen Struktur zu leisten in der Lage ist. Nach wie vor sind der nationalstaatlich geprägte institutionelle akademische Rahmen („Sinologie"/China; „Japanologie"/Japan; „Koreanistik"/Korea – wobei sich die hierzulande völlig unzureichende Präsenz Koreas als wissenschaftlicher Gegenstand sich leider auch in diesem Band niederschlägt) und methodischer Nationalismus einander homolog. Wirklich überwunden kann das nur werden, wenn auch Veränderungen in der institutionellen Landschaft erfolgen. Und: Es muss hierzulande wohl auch stärker zur Kenntnis genommen werden, was wissenschaftlich diesbezüglich in Ostasien selbst geschieht. Nicht zuletzt der seit einigen Jahren die Öffentlichkeit Japans, Chinas/Taiwans und Koreas weit über fachhistorische und -pädagogische Kreise hinaus bewegende sog. „Geschichtsschulbuch-Streit" hat dazu geführt, dass Experten zumindest Japans und (Süd-)Koreas, in Anfängen aber auch Chinas (und Taiwans!), sich zusammenfinden und gemeinsam darüber nachdenken, was „Ostasien" für jedes Land einzeln und als gemeinsam bewohnte Region bedeutet: in seiner Vergangenheit, seiner Gegenwart und auch mit Blick auf seine Zukunft. Vor diesem Hintergrund wachsen auch die Bemühungen um eine transnationale Geschichtsschreibung, die die Verflechtungszusammenhänge auf subnationaler, nationaler und

supranationaler Ebene herausarbeitet. Dass solche Versuche alles andere als einfach sind, liegt auf der Hand, ist doch vor allem die jüngere, moderne Vergangenheit vom japanischen Kolonialismus geprägt gewesen. Von Interesse sollten daher für hiesige Experten nicht nur die Resultate solcher Geschichtsdarstellungen sein, sondern auch die Art und Weise, wie sie zustande kamen.

Steffi Richter

Manfred Hettling/Bernd Ulrich (Hrsg.): Bürgertum nach 1945, Hamburg: Hamburger Edition, HIS 2005, 437 S.

Kann man nach 1945 noch von einem Bürgertum sprechen, wie es sich im ausgehenden 18. Jh. europaweit formierte? Diese Frage wurde in der Bürgertumsforschung lange Zeit gar nicht gestellt, und wenn, dann wurde sie entschieden verneint. Erst in den letzten Jahren wird das rigorose Diktum vom Ende des Bürgertums zunehmend in Zweifel gezogen, ohne dass ein ähnlicher Forschungsboom zur Geschichte des Bürgertums des 20. Jh.s damit ausgelöst worden wäre wie er vor einigen Jahren zum 19. Jh. beobachtbar war. Der Aufsatzband „Bürgertum nach 1945" wagt sich insofern auf ein noch wenig erschlossenes, lange sogar vermintes Gelände.

Die von *Manfred Hettling* in seiner fundierten und anregenden Einleitung konstatierte zunehmend positive Konnotation des Begriffs „Bürger" macht offenbar Mut, dieses nun zu betreten. Statt dem vielstimmigen und lautstarken Chor von Abgesängen auf das Bürgertum weiter zu lauschen, plädiert er dafür, „nach fortdauernden Elementen von Bürgerlichkeit zu fragen und sie als wirkungsmächtige Faktoren in der Geschichte der Bundesrepublik ins Bewusstsein zu rufen". (S. 19) Für ihn haben lange übersehene Fragmente vergangener Bürgerlichkeit die Wandlungsprozesse der deutschen Nachkriegsgesellschaft mit initiiert und ihnen ihren „bürgerlichen" Stempel aufgedrückt. Nicht zuletzt der häufig mit Verwunderung registrierte Erfolg der Bundesrepublik, so *Hettlings* emphatische These, hängt mit dem Fortwirken bürgerlicher Traditionen zusammen.

Diese Thesen werden, mehr oder minder explizit, in vier Abschnitten des Bandes mit Leben gefüllt. Im wahrsten Sinn des Wortes geschieht das in den autobiographischen und biographischen Skizzen, u. a. dem Interview mit Reinhart Koselleck, den Selbstzeugnissen von Bedrich Loewenstein und Günter Wirth und den Ausführungen von *Heinz Bude* über Hellmut Becker, Joachim Fest, Joschka Fischer. Aber auch in den unter dem zweiten Abschnitt versammelten Aufsätzen von *Josef Mooser, Ulrich Bielefeld, Kai Linnemann* und *Bernd Ulrich* sind es vor allem exemplarische Bürger der Bundesrepublik, die in unterschiedlichen Bereichen mehr oder weniger erfolgreich Mosaiksteine einer „bürgerlichen Gesamtordnung" konzipierten. Dieser Schwerpunkt des Bandes, die Fortexistenz des Bürgertums am Beispiel einzelner Bürger und gelebter Bürgerlichkeit zu demonstrieren, leuchtet sehr ein. Er erweist sich vor allem dann als besonders instruktiv, wenn namentlich Vertreter der Niedergangsthese wie *Reinhart Koselleck* und der von

Bernd Ulrich brillant vorgeführte Bremer Paradebürger Theodor Spitta, in ihrem Lebenskonzept dem „bürgerlichen Wertehimmel" des 19. Jh. so nah, ihren eigenen bürgerlichen Schwanengesang ad absurdum führen.

So sehr die so präsentierten Bürger in Weltsicht und Wertekanon an ihre Vorfahren aus dem 19. Jh. erinnern, so wenig klar erscheint die „Bürgerlichkeit" des „Konsumbürgers", den *Michael Wildt* vorführt. Zu Recht verweist er zwar auf die Pluralisierung der Konsumgesellschaft nach 1945, in der die Bourdieuschen „feinen Unterschiede" immer mehr an Bedeutung gewannen. Ob spezifische Konsumformen zur Subjektivierung eines bundesrepublikanischen Bürgertums führen, bleibt leider ungeklärt. Allein die „Selbstbedienung" stilisiert *Wildt* als genuine Einkaufsform des „mündigen Bürgers", die aber zumindest in ihrer Anfangsphase als Kontrast zu den „Feinkost-", „Kolonial-" und „Tante-Emma-Läden" gerade einer bürgerlichen Kundschaft zuwider war, die bereit und in der Lage war, für individuelle Behandlung und Beratung tiefer in die Tasche zu greifen. Bei allen spannenden Befunden bleibt hier die Definition von „Bürger" unklar und die Frage nach der Bürgerlichkeit marginal. Dies gilt auch für den Aufsatz *von Burkart Lutz*, der zwar verspricht, der „Verbürgerlichung des Facharbeiters" nachzuspüren, die Bürgerlichkeit des von ihm plausibel präsentierten „neuen Arbeitertypus" jedoch nicht recht zu belegen vermag. Ein eher überraschender Ort hingegen, an dem sich zeitgenössische „Experten" explizit und durchaus kontrovers mit Formen der Bürgerlichkeit auseinandersetzten, war die Bundeswehr in den 1960er Jahren. In ihrem Versuch, die Sozialfigur des „Staatsbürgers in Uniform" zu konturieren, finden sich in den von *Klaus Neumann* herangezogenen „Stil-Broschüren" erstaunliche Entlehnungen aus bürgerlichen Benimmbüchern des 19. Jh., wenn auch mit besonderen Akzentuierungen (Ausrichtung der Verhaltensnormen am Primat des Dienens; eine starke Regelungsdichte und die durchgängige Aufforderung zur Selbstzucht). Die frühe Erkenntnis der Bürgertumsforschung, dass das Bürgertum nicht zuletzt durch sein wechselhaftes Verhältnis zum Adel sein Selbstbild konstruierte, setzt schließlich *Eckart Conze* mit seinem sehr gelungenen Beitrag zum „Edelmann als Bürger" fort. Von der Bürgertumsforschung lernend hat sich in der Adelsforschung in den letzten Jahren die Suche nach der „Adeligkeit" durchgesetzt, die es auch hier erlaubt, eher Dynamiken dieser Sozialformation in den Blick zu bekommen. Diese gingen, so *Conze*, nach 1945 deutlich in die Richtung „einer Art nachholenden Verbürgerlichung", indem sich bundesrepublikanische Adelige an Werten orientierten, welche dem bürgerlichen Kanon des 19. Jh. entnommen schienen. Dieser Prozess, der von vielen Forschern bereits im Kaiserreich beobachtet wurde, hat sich laut *Conze* nach 1945 beschleunigt und intensiviert vollzogen.

Der letzte Abschnitt des Bandes mit der Überschrift „Gegenbilder" hätte durchaus mit einem Fragezeichen versehen werden können, denn sowohl die von *Wolfgang Kraushaar* betrachtete 1968er Bewegung, sieht man sie nicht zuletzt als Motor der vielfältigen „Bürgerbewegun-

gen“ der 1970er Jahre, als auch die von *Thomas Großbölting* betrachtete DDR-Gesellschaft erwiesen sich als bürgerlicher als ihnen lieb sein konnte. Was *Großbölting* eher zögerlich für die frühe DDR für die lokale Ebene und später für den kirchlichen Raum und die private Sphäre konzediert, nämlich eine besonderer Beharrungskraft von Bürgerlichkeit in der Enklave, hat *Günter Wirth* in den Erinnerungen an seine Potsdamer Nachkriegsjahre eindrucksvoll belegt.

In der Summe bietet der Band in der Tat eine Fülle von „Varianten von Bürgerlichkeit“, die vielfach ausgeprägter, aber auch traditioneller erscheint, als es der auch in dieser Aufsatzsammlung stellenweise allzu verhaltene Umgang mit der Bürgertumsbegrifflichkeit suggeriert. Umso mehr gewinnt die affirmative Einleitung von *Manfred Hettling* an Plausibilität. Alles in allem handelt es sich um einen äußerst gelungenen Auftakt zu einer hoffentlich bald auch florierenden Forschung zum Bürgertum des 20. Jh.s.

Gunilla Budde

Clemens Wischermann (Hrsg.): Vom kollektiven Gedächtnis zur Individualisierung der Erinnerung (= Studien zur Geschichte des Alltags, Bd. 18), Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2002, 203 S.

Seit einigen Jahren erfreut sich die Erinnerungs- und Gedächtnisforschung großer Aufmerksamkeit und erhält mit dem *von Clemens Wischermann* herausgegebenen Sammelband einen weiteren Beitrag. Das Buch entstand in einem von *Wischermann* geleiteten Arbeitszusammenhang an der Universität Konstanz, der sich zum Ziel gesetzt hat „die Legitimation der Erinnerung als wissenschaftliche Kategorie, als Zentralbegriff historischen Bewusstseins“ (Vorwort) durchzusetzen. Vier der insgesamt sieben Aufsätze stellen Ergebnisse von Dissertationsprojekten dar, die im Rahmen der Konstanzer Arbeitsgruppe entstehen. Sie werden von drei weiteren Beiträgen einschließlich der einleitenden Überlegungen des Herausgebers ergänzt und mit einer Auswahlbibliographie sowie „Biographischen Selbstnotizen“ abgeschlossen.

Gemeinsamer Ausgangspunkt sowohl der theoretischen als auch der empirischen Aufsätze bildet die Feststellung, dass trotz der Vielzahl vorliegender Arbeiten zu verschiedensten Aspekten der Erinnerungs- und Gedächtnisforschung zumindest eines fehle, „die notwendige Differenzierung, Pluralisierung und Regionalisierung von kulturellen Gedächtnissen wie Erinnerungsorten“ (Vorwort). Betrachte man nämlich gegenwärtige Gesellschaften genauer, ließen sich zeitgleiche, überlappende, miteinander konkurrierende und generationsspezifische Gedächtnisgemeinschaften beobachten, die noch nicht in generationsübergreifende Erinnerungsmuster integriert seien. Zugleich würde deutlich, so *Wischermann*, dass das 20. Jh. von einer „Erosion kollektiver Gedächtniskonstruktionen“ geprägt sei, die mit dem Aufkommen konkurrierender, individualisierter Vergangenheitsbeschreibungen einherginge. Eine Geschichtswissenschaft, die sich diesem „Individualisierungsparadigma“ (S. 22) nicht von vornherein verschließe, müsse Vergangenheit neu konzeptualisie-

ren. Vorschläge dazu will der vorliegende Sammelband liefern, wobei als Schlagworte „erinnernde Sinnkonstruktion“, „lebensgeschichtlich verfasste Welt“, „Individualisierung der Erinnerung“ (S. 23) und „Verbindung von Geschichte und Gegenwart“ dienen.

Die erste der vier empirischen Studien wendet sich dem deutschen Kaiserreich, insbesondere den Geschichtsbildern im katholischen Milieu als gemeinschaftsprägende Konstanten und als Gegenentwürfe zu einem nationalen Gedächtnis zu. *Ute Rasche* zeigt anhand der Analyse des Angebotes zweier katholischer Verlage, Bachem und Herder, wie zwischen den 1870er und 1880er Jahren tagespolitische Publikationen von einer intensiven Behandlung historischer Themen abgelöst wurden, wobei diese „nicht mehr zur Delegitimation der missliebigen protestantischen Kaisermacht“, sondern zur „Selbstvergewisserung der Gruppe“, nicht „zur Abwehr des Fremden“, sondern zur „Stärkung der eigenen Identität“ (S. 38) dienten. Die Hinwendung zur Geschichte wurde zugleich von einer Konzentration auf spezifische historische Themen begleitet, um gezielter den „Auflösungstendenzen des in der Sozialstruktur heterogenen katholischen Milieus“ (S. 51) entgegenzuwirken. Die hier aufscheinende Pluralität von Erinnerungsgemeinschaften, müsse, so folgert die Autorin, die „Vorstellung einer gemeinsamen Vergangenheit, eines kollektiven Gedächtnisses“ als „Faktor in die Milieudefinition“ (S. 53) aufnehmen.

Einen anderen Aspekt deutscher Geschichte nimmt *Miriam Gebhardt* in ihrer vergleichenden Untersuchung von Tagebüchern und Autobiographien jüdischer Menschen in den Blick, wenn sie diese Selbstzeugnisse vor und nach dem Stichjahr 1933 auf die jeweilige Thematisierung von Antisemitismus analysiert. Während Tagebücher seit den 1890er Jahre bis 1933 sehr wohl Beschreibungen antisemitischer Erlebnissen enthielten, blendeten Autobiographien aus dem gleichen Zeitraum diesen Aspekt vollkommen aus. Im Gegensatz dazu berichteten Autobiographien, die nach 1933 verfasst wurden, auch in Darstellungen der Zeit vor Hitlers Machtübernahmen über Antisemitismus. Hier zeige sich, dass Erinnerung und Erlebnis nie ineinander fallen, dass lebensgeschichtliche Erinnerung nur entsteht, wenn „das vergangene Erlebnis und der gegenwärtige Erinnerungskontext“ (S. 58) zusammenfallen, und dass jede Erinnerung von der Situation ihrer Entstehung geprägt ist.

Stefan Zahlmann verdeutlicht in seinem Beitrag über die Erinnerungskultur in der DDR am Beispiel von ausgewählten DEFA-Filmen dreierlei: Zum ersten ist die Erinnerung durch das Medium – also den Film, das Tagebuch etc. – geprägt, in dem sie entsteht, formuliert oder dargestellt wird, ebenso wie sie in einen Kontext eingebettet ist, der für das Verständnis dieser Erinnerung notwendig ist. Zum zweiten ist das kulturelle filmische Gedächtnis keineswegs statisch, sondern verändert sich beständig. Während bis in die 1960er Jahre eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus grundsätzlich mit einer harten Faschismuskritik einherging, wurden in den 1970er Jahren auch andere Urteile und Sichtweisen sowie weitere historische Perioden aufgegriffen. Zum dritten lässt sich

schließlich eine Differenzierung in der Wahrnehmung der Zuschauer feststellen: Waren die Filme der ersten beiden Dekaden durchgängig von einer einheitlichen kollektiven Deutungsperspektive gekennzeichnet, wurden seit in den 1970er Jahren individuelle Facetten von Vergangenheitsaneignung in die Filme integriert.

Ebenfalls mit einem Aspekt der Geschichte der DDR setzt *sich Helke Stadtland* auseinander, indem sie darlegt, wie die KPD ihr Geschichtsbild bei der Besetzung von Führungspositionen in der Gründungsphase des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes einsetzte und welche Spannungen daraus zu konkurrierenden Erfahrungen und Sichtweisen entstanden. *Stadtland* gelingt es, Dynamik und Ambivalenzen der Entwicklungen bis in die frühen 1950er Jahre nachzuzeichnen, auch wenn das Ergebnis des Aushandlungsprozesses eindeutig ist: Ab 1951 waren alle Gewerkschaftsvorstände ohne (ehemalige) Sozialdemokraten besetzt, da es der SPD u. a. nicht gelang, ein eigenes Geschichtsbild jenem der KPD wirksam entgegenzusetzen. Das Verhältnis der Gewerkschaftsfunktionäre zur eigenen Basis trübte sich in dem Maße wie die historischen Erfahrungen der deutschen Arbeiter durch den beständigen Verweis auf die Sowjetunion verdrängt wurden. Einzig ehemalige Parteigenossen sowie Teile der HJ-Generation waren bereit, ihr Bild der Vergangenheit im Tausch gegen gesellschaftliche Integration aufzugeben. Den anderen blieb nur „eine offene Flanke in der Vergangenheitspolitik der neuen Machthaber", nämlich der Kampf „um den Fortbestand von vor 1945 gewährten materiellen Errungenschaften" (S. 115). Dieser vermochte bisweilen eine Sprengkraft zu entwickeln, der sich die Gewerkschaftsführung nicht entziehen konnte und die zeigt, dass die KPD/ SED zwar im Elitenaustausch erfolgreich war, bei der Durchsetzung ihres Geschichtsbildes jedoch an ihre Grenze stieß.

Den skizzierten Aufsätzen schließen sich drei stärker theoretisch ausgerichtete Beiträge an, die jedoch vor allem den Ausführungen von *Rasche* und *Stadtland* an Überzeugungskraft und Differenzierungskraft nachstehen. Zwar wird hier durchaus interessant über das Thema des Sammelbandes reflektiert, aber die Verbindung dieser Erörterungen mit historischen Beispielen fehlt, und damit das tatsächliche Aufzeigen von individualisierten, sich überlagernden und konkurrierenden Gedächtnissen, welches sich der Herausgeber des Buches zum Ziel gesetzt hatte.

Die Überlegungen von *Katja Patzel-Mattern* gehen davon aus, dass „in der sich herausbildenden Einzigartigkeit des Lebenslaufes (…) die eigene Vergangenheit zum letzten Bezugspunkt individueller Sinnstiftung" (S. 119) wird. Um Anregungen für einen Zugang zum subjektiven Erleben vergangener Zeiten zu gewinnen, wendet sich *Patzel-Mattern* ausgewählten Philosophen (u. a. Freud, Dilthey und Simmel) zu und sucht deren Verbindung von erinnerndem Ich und seiner konstituierenden Faktoren herauszuarbeiten. Mit Hilfe dieser lebensphilosophischen Ansätze ließe sich, so die Autorin, die gegenwärtig biographisierte Gesellschaft (Ulrich Beck) besser begreifen und die daraus für die Geschichtswissenschaft entstehende

Ersetzung kollektiver Großgedächtnisse durch subjektive Sinnbeziehungen zu bewerkstelligen. *Patzel-Mattern* formuliert das Normativ einer historischen Forschung, in der das „Interesse an der Sinnanforderung der Gegenwart" und die Befähigung des „Menschen vor dem Hintergrund seiner Geschichte zum gegenwärtigen Handeln" (S. 154) im Mittelpunkt steht, Geschichte als eine „gegenwartsabhängige Konstruktion des Historikers " verstanden würde und man „Erinnerungskollektive als Sinnstiftung" auffasst, die dem „Konstrukt des eigenen Lebens entnommen" (S. 156) sind.

Auch *Sandra Markus* geht von einer biographisierten, individualisierten Gesellschaft aus, in der das Individuum nicht durch das Kollektiv, sondern durch die beständig notwendige, selbstständige Integration seiner diversen sozialen Rollen geprägt sei und sie fragt nach den Folgen, die sich daraus für die Geschichtswissenschaft ergeben. Die erste Konsequenz ist, so *Markus*, dass Vergangenheit „nur noch durch das Individuum hindurch bedeutsam" (S. 160) werden kann. Nicht die Gedächtnisgemeinschaft, sondern „die Person mit ihrer spezifischen Lebensgeschichte als Sinngebung" (ebd.) trete in den Vordergrund. Zweitens müsse man daher versuchen „Vergangenheit und Gegenwart aus der Mitte des Individuums heraus zu reflektieren" und „die Muster individueller Erinnerung theoretisch zu fundieren" (ebd.). Die Autorin erprobt dies anhand einer Analyse von Autobiographien, welche die Konvergenz von Erzählstrukturen und lebensgeschichtlicher Sinnkonstruktion aufzuzeigen vermag. Eben diese Konvergenz und die Einsicht, dass Geschichte nur erzählt werden kann, bilden die Grundlage für *Markus'* Plädoyer, „Geschichte als erinnernde Sinnkonstruktion" aufzufassen (S. 176 ff.).

Die zuweilen apodiktischen Ausführungen von *Patzel-Mattern* und *Markus*, besonders jenes wiederholte Betonen des Konstruktionscharakters von Geschichtswissenschaft, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung sowie ihrer Anbindung an die Gegenwart, werden von einem Text ergänzt, der in sich selbst die Ambivalenzen seines Themas, nämlich individuelle Erinnerung im Spannungsfeld von Erinnern und Vergessen in der Moderne, widerspiegelt. Matthias Dümpelmann thematisiert in seinem Beitrag Voraussetzungen moderner Individualität und Faktoren ihrer Verwirklichung. Fixpunkte seiner Ausführungen sind dabei die Einsicht in die Komplementarität von Erinnern und Vergessen in Form einer „Interaktion als Schritt zum eigenen Leben" (S. 190); das Erkennen der bedeutsamen Rolle von Flexibilität und beständig individueller Neuausrichtung von Lebensperspektiven (S. 192); und schließlich die Feststellung, dass „Individualität eine ganz neuartige Vergesellschaftungsform [ist], deren Wirkprinzipien marktmäßig und allgemein organisiert" (S. 195) sind.

Dass die historischen Fallstudien die Zielsetzung des Buches, nämlich das Aufzeigen von Differenzen in Gedächtnisgemeinschaften, durchaus überzeugend umgesetzt haben, steht außer Frage. Nach der Lektüre fragt man sich allerdings, ob hier nicht einmal mehr in der Forschung bereits bekannte Phänomene aufgezeigt wurden, statt den Anspruch einzulösen, einen

bislang unbehandelten Aspekt des Themas aufzugreifen. Zudem verwundern bei aller Offenheit gegenüber Reflexionsanregungen aus postmoderner Wissenschaftskritik und Philosophie die Folgerungen, die *Patzel-Mattern* und *Markus* daraus für die Geschichtswissenschaft ziehen, denn sie wirken beinahe anachronistisch und scheinen der Komplexität der Bestimmung des Verhältnisses von individueller Erinnerung zu kollektiven Erinnerungsprozessen in der Geschichtswissenschaft nur bedingt gerecht zu werden. Und schließlich wirft das Insistieren auf eine nunmehr biographisierte Gesellschaft, der Ausgangspunkt des Sammelbandes, die Frage auf, ob hier nicht die gegenwärtige gesellschaftliche Selbstbestimmung fortgeschrieben wird, statt zu einer kritischen Reflexion derselben beizutragen.

Katja Naumann

Autoren und Autorinnen

Gunilla Budde, Prof. Dr., Carl von Ossietzky Universität Oldenbourg, Institut für Geschichte (gunilla.budde@uni-oldenburg.de)

Helmut Goerlich, Prof. Dr., Universität Leipzig, Juristenfakultät (goerlich@rz.uni-leipzig.de)

Lutz Häfner, PD Dr., Universität Leipzig, Historisches Seminar, Universität Bielefeld (lkhaefner@web.de)

Sabine Hofmann, Dr. oec., Freie Universität Berlin (SabHofmann@aol.com)

Klaus Jaschinski, Dr. phil., Berlin (praktikantfg22@gmx.de)

Katja Naumann, M. A., Universität Leipzig, Zentrum für Höhere Studien (knaumann@uni-leipzig.de)

Uwe Pfullmann, Dr. phil., Gornsdorf (uwe@pfullmann.de)

Klaus Polkehn, Journalist, Berlin (klauspolkehn@t-online.de)

Steffi Richter, Prof. Dr., Universität Leipzig, Ostasiatisches Institut (richters@uni-leipzig.de)

Wolfgang G. Schwanitz, Dr. oec., Burlington County College, Browns Mills/New Jersey (wgs130@juno.com)

Angelika Timm, Dr. sc., Bar Ilan University, Israel (timmang@mail.biu.ac.il)

REVIEW

FERNAND BRAUDEL CENTER

A Journal of the
Fernand Braudel Center for the Study of
Economies, Historical Systems, and Civilizations

Vol. XXIX in 2006 has a special issue on

Decolonizing Postcolonial Studies

and articles on

"New Imperialism or New Capitalism"
"Secular Trends, Long Waves, and the Cost of the State"
"Complexity and the Social Sciences"

Previous Special Issues and Sections still available include:

XXVIII, 4, 2005 — **In Honor of Vitorino Magalhães Godinho**
XXVIII, 2, 2005 — **Discussions of Knowledge**
XXVIII, 1, 2005 — **The Black World and the World-System**
XXVII, 4, 2004 — **The Environment and World History**
XXVII, 3, 2004 — **Russia and Siberia in the World-System: German Perspectives**
XXVII, 1, 2004 — **Directions for World-Systems Analysis?**
XXVI, 2, 2003 — **Ecology of the Modern World-System**
XXV, 3, 2002 — **Utopian Thinking**
XXIV, 1, 2001 — **Braudel and the U.S.: *Interlocuteurs valables?***
XXIII, 4, 2000 — **Development Revisited**
XXIII, 1, 2000 — **Commodity Chains in the World-Economy, 1590–1790**
XXII, 4, 1999 — **Caribbean Migrants to Core Zones**
XXII, 3, 1999 — **ReOrientalism?**

A brochure containing the Table of Contents of past issues is available on request.

Institutions $125/yr.
Individuals $28/yr.
Non-U.S. addresses, postage $8/yr.
Special rate for low gnp per capita countries $10/yr.

Managing Editor, *Review*
Fernand Braudel Center
Binghamton University
State University of New York
PO Box 6000
Binghamton, NY 13902-6000

Aus dem Inhalt

Aufsätze

Wolfgang G. Schwanitz — Ägypten: Zweierlei Deutsche im Kalten Krieg

Klaus Polkehn — Die Mission des Si Mustapha – ein Deutscher kämpft für Algerien

Angelika Timm — Der Faktor USA in der Entwicklung deutsch-israelischer Beziehungen während des Kalten Krieges

Sabine Hofmann — Wirtschaftskontakte versus Realpolitik: Israel und Ost- und Westdeutsche in der Außenwirtschaft

Uwe Pfullmann — Anfänge der zweifachen deutschen Beziehungen zum Nordjemen

Wolfgang G. Schwanitz — Staatsfalke, Reichsadler und Ährenkranz: deutsch-kuwaitische Beziehungen

Klaus Jaschinski — Ins Unvermeidliche gefügt? Amerikaner, Iraner und Deutsche driften in den Kalten Krieg

Literaturbericht

Helmut Goerlich — Verfassungsorientierte Wandlungen des Staates des Grundgesetzes – vier aktuelle Perspektiven

ISSN 0940-3566
ISBN 3-86583-144-3